G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Friedhelm Baukloh
Regiert die CDU/CSU weiter mit?

Rainer Rilling
Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD (I)

Werner Hofmann
Preiskontrolle

Horst Lemke
Zur Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes

Marlis Krüger, New York
Zur Entwicklung in Peru

Sergio Vilar, Paris
Zur Krise des Francismus

Einzelheft 3,50 DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Abonnement für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,– DM

Dezember 12 1969

XIV. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats November 1969 1251

Kommentare und Berichte

Rückzug aus Vietnam — jetzt! (Martin Hall, Los Angeles) 1254

Alte Kameraden (Klaus Ehrler) 1257

Konferenz über Sicherheit in Wien (Wilhelm M. Breuer) 1262

Friedhelm Baukloh
Regiert die CDU/CSU weiter mit? 1266

Rainer Rilling
Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD (I) 1272

Zum Tode Werner Hofmanns 1294

Werner Hofmann
Preiskontrolle 1297

Horst Lemke
Zur Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes. Restauration statt Reform 1303

Marlis Krüger, New York
Zur Entwicklung in Peru. Revolution oder Reaktion? 1312

Sergio Vilar, Paris
Zur Krise des Francismus 1321

Harry Gräser
Rationalität und Irrationalität in der Wirtschaftstheorie 1328

Heinz Brüdigam
Verlagskonzentration und Literaturproduzenten 1335

Fernseh-Spalte

Deep in the Heart of Texas (E. H. Wahl) 1343

Bücher

Eichholtz/Schumann (Hrsg.), Anatomie des Krieges (Hans-Dieter Bamberg) 1344

Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden (Wilfried v. Bredow) 1346

Robert M. W. Kempner, Das Dritte Reich im Kreuzverhör (Wilhelm Kayser) 1349

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1351

Dokumente zum Zeitgeschehen

Rede des Nobelpreis-Trägers Dr. George Wald, Professor der Biologie an der Harvard-Universität, über die Schwierigkeit mit Studenten 1352

Wortlaut der Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Atomwaffensperrvertrag) vom 28. November 1969 1357

Wortlaut der Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Atomwaffensperrvertrag) vom 28. November 1969 1359

Kommentare und Berichte

Rückzug aus Vietnam — jetzt!

Der 15. November 1969 ist vorbei. Er brachte die größte Friedensdemonstration, die es bisher sowohl in Washington wie in San Francisco gegeben hat. Eine halbe Million Menschen in der Hauptstadt des Landes und nahezu dreihunderttausend in San Francisco mobilisiert zu haben — die Tausende von Teilnehmern an den Moratorien, Märschen und Mahnwachen in Dutzenden weiterer Städte nicht mitgerechnet —, ist politisch von ungeheurer Bedeutung: der beispiellose, organisierte Versuch der Regierung, von einer Teilnahme an diesem zweiten Schlag der amerikanischen Friedensbewegung gegen Nixons Krieg in Vietnam abzuschrecken, ist total gescheitert.

Niemals zuvor hat die amerikanische Regierung so bewußt provoziert: hohe Beamte kündigten freimütig Gewalt an und teilten mit, man habe allein nach Washington 40 000 Mann in der Aufruhrbekämpfung ausgebildete Truppen eingeflogen. Offensichtlich erhoffte man sich davon, daß außer ultraradikalen Elementen niemand an den Demonstrationen teilnehmen werde und daß es für die agents provocateurs ein Leichtes wäre, Zwischenfälle zu provozieren, die dann dazu benutzt werden könnten, die Friedensbewegung als Ganzes zu diskreditieren und den tiefen Eindruck zu verwischen, den der disziplinierte und würdige Ablauf des ersten Moratoriums am 15. Oktober 1969 in der Öffentlichkeit hinterlassen hat.

Erst in der letzten Minute wurde für die wichtigste Marschsäule die Pennsylvania Avenue freigegeben, und auch das nur nach einem dringenden persönlichen Appell des schwarzen Bürgermeisters von Washington an den Präsidenten. Als es vor dem Gebäude des Justizministeriums zu einem kleinem Zwischenfall kam — das Vorgehen einiger vereinzelter Steinewerfer war von der „riot police" (speziell zur Aufruhrbekämpfung ausgebildete Einheiten der Polizei — Anm. d. Übs.) mit einem massiven Tränengaseinsatz beantwortet worden —, waren die Beteiligten sofort isoliert. Als die Regierung zwei Tage später den verspäteten Versuch unternahm, diesen Zwischenfall zur Diskreditierung des New Mobilization Committee, das die Märsche in Washington und San Francisco organisiert hatte, zu benutzen, schlug dieser Plan völlig fehl.

Es ist notwendig, an die vielen und mit der Zeit immer panischeren Schritte zu erinnern, die die schwer angeschlagene Regierung Nixon nach dem aufsehenerregenden Erfolg vom 15. Oktober mit dem Ziel unternahm, für den 15. November einen Fehlschlag zu garantieren, wenn man sich das Ausmaß des Sieges bewußt machen will, den die Friedensbewegung am 15. November erringen konnte.

Da war zunächst der politische Schnitzer, den Nixon selbst mit seiner Erklärung beging, er werde sich von keinerlei Massendemonstration beeinflussen lassen und es nicht erlauben, daß die Politik auf der Straße gemacht werde. Einige Tage nach dem ersten Moratorium kündigte Nixon weit früher als üblich an, er werde in einer Rede an die Nation am 3. November seine Vietnampolitik erläutern. Die tiefe Enttäuschung über diese Rede, die nur bestätigte, daß Nixon keinen Plan zur baldigen Beendigung des Krieges hat, die widerwärtige Tatsache, daß, wie bekannt wurde, Nixon seine Rede vorher mit seinen Kreaturen in Saigon abgestimmt hatte, das Fehlen jeglichen

Zeitplans für den Abzug der Truppen und die Wiederholung der alten Johnson-Formeln vom „ehrenhaften Frieden" fielen zusammen mit Drohungen gegen die Opposition im eigenen Lande gegen diese Politik und mit der Behauptung, eine von der Regierungspolitik abweichende Meinung verlängere nur den Krieg und helfe dem Feind.

Im ältesten Wahlkampfstil war jeder republikanische Parteivorsitzende auf Staatenebene zuvor angewiesen worden, eine Flut von Telegrammen und Briefen an das Weiße Haus zu organisieren, in denen Nixon unterstützt werden sollte. Die Organisatoren dieser „Lawine der Unterstützung" machten in ihrem Eifer einige drastische Fehler. Schon Stunden bevor Nixon seine Rede im Rundfunk und Fernsehen gehalten hatte, waren die Telegrafenämter mit Telegrammen überschwemmt, deren angebliche Absender eine Rede unterstützten, die sie noch gar nicht hatten hören können. Die Kommentare der Rundfunk- und Fernsehstationen waren so kritisch und oft so sarkastisch, daß Nixon seinen Vizepräsidenten Spiro Agnew in einer Rede vor republikanischen Politikern in Iowa die Fernsehanstalten attackieren ließ — in einer Rede, deren Übertragung er von allen vier Stationen erbeten und erhalten hatte. Unter beispiellosen Drohungen gegenüber den Nachrichtenmedien erklärte Agnew, eine „kleine Gruppe von Leuten" übe diktatorische Macht durch die Auswahl von Nachrichten aus, die zu hören sie der Öffentlichkeit erlauben wollten. Diese Leute seien von niemandem gewählt und niemandem verantwortlich. Er beklagte sich darüber, daß gewisse Kommentatoren Nixons Rede sofort kritisch analysiert hätten und drohte, falls die Nachrichtenmedien nicht mehr Zurückhaltung übten, werde man etwas unternehmen müssen.

Er dementierte zwar, an die Einführung der Zensur zu denken, seine Rede und eine spätere Bemerkung vom Vorsitzenden des Bundesausschusses für Kommunikation (ein Ausschuß, der über die Vergabe von Radio- und Fernsehlizenzen entscheidet und dessen von Nixon ernannter Vorsitzender die Rede Agnews voll unterstützte) lassen jedoch klar erkennen, daß die Regierung Nixon beschlossen hat, die Massenmedien wegen ihrer Sympathie für die Kritiker der Regierung einzuschüchtern. Der nächste Schritt im Rahmen der Regierungskampagne zur Vereitelung eines Erfolges am 15. November bestand in einem Appell an die Nation, den Tag der Veteranen (11. November), der aus Tradition zur Erinnerung an das Ende des Ersten Weltkrieges begangen wird, zu einem Tag von Massendemonstrationen derjenigen zu machen, die Nixon die „schweigende Mehrheit" nannte, zu einem Tag der Unterstützung seiner Vietnampolitik. Mit der einzigen Ausnahme von Birmingham (Alabama), wo hunderttausend Menschen der Militärparade zusahen, wurde der Tag der Veteranen ein völliger Mißerfolg. In Los Angeles, wo General Omar Bradley, der einzige lebende amerikanische Fünfsternegeneral sprechen sollte, war nicht einmal ein Zehntel des Stadiums besetzt.

Dennoch wurden die hektischen Versuche fortgesetzt, jedem möglichen Erfolg der Friedensbewegung entgegenzuwirken. In New York explodierten in den Zentralen großer Firmen vier Bomben — übrigens ohne jemanden zu töten — und sofort teilte die Polizei mit, es seien anonyme Flugblätter gefunden worden, denen zu entnehmen sei, daß Gegner des Vietnamkrieges für diese Bombenanschläge verantwortlich seien. Man wurde unangenehm an den Reichstagsbrand erinnert, der den Nazis den Vorwand lieferte, ihren Terror voll gegen alle zu entfesseln, die sich ihnen widersetzten. Es klappte jedoch nicht. Generalstaatsanwalt Mitchell, bei weitem finsterstes und ultrareaktionärstes Mitglied von Nixons Kabinett, erklärte öffentlich, er habe Beweismaterial da-

für, daß die Organisatoren der Demonstrationen in Washington und San Francisco Gewalt und Aufruhr planten; andere Sprecher der Regierung wiederholten Agnews Erklärungen, jede Demonstration für einen unverzüglichen Rückzug aus Vietnam helfe nur dem Gegner und erleichtere seine Situation, wenn sie nicht sogar Landesverrat darstelle.

Diese Haßkampagne bewirkte, daß Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Senats, die in den vergangenen Monaten Nixons Außenpolitik und insbesondere die des Pentagon und seinen skandalumwitterten finanziellen Druck auf den Kongreß kritisiert hatten, das erhielten, was Senator Fulbright, der erklärte Sprecher des außenpolitischen Senatsausschusses, die schlimmste „Haßpost" nannte, die er seit den Tagen Joe McCarthys erhalten habe. Fulbright erklärte warnend, Agnew spiele mit dem Feuer und vertiefe den Riß, der quer durch die ganze Nation geht. Ungerührt ließ sich Nixon vernehmen, seiner Meinung nach verhalte sich sein Vizepräsident großartig. Reaktionäre Kongreßmitglieder brachten Dutzende von Gesetzentwürfen ein, die im Falle ihrer Verabschiedung die Wiedereinführung von Paßbeschränkungen für „Subversive", die Schaffung neuer Nachrichtendienste zur Bespitzelung von Bürgern, bei denen man Gegnerschaft zur Regierungspolitik vermutet usw. usw. bedeuten würden. Vizepräsident Agnew stellte sich an die Spitze dieser Haßkampagne, als er Gegner der Regierungspolitik „heruntergekommene und unverschämte Snobs" nannte, „die sich als Intellektuelle bezeichnen". Er empfahl, die Nation solle nicht zögern, diese Elemente „aus der Gesellschaft zu entfernen ... ebenso wie man nicht zögern würde, einen faulen Apfel rauszuwerfen".

Zur gleichen Zeit fand in Chicago der Prozeß gegen acht „Verschwörer" statt, die angeblich im vergangenen Sommer während des Parteikongresses der Demokraten Unruhen geplant haben sollen. Die Art und Weise, wie der betreffende Richter den Prozeß führt, hat das Verfahren zu einer puren Travestie der Justiz werden lassen. Bobby Seale, der Vorsitzende der Black-Panther-Partei, hatte wegen Erkrankung seines Verteidigers sein Recht auf Selbstverteidigung gefordert. Er wurde schließlich geknebelt und mit Händen und Füßen an einen Stuhl gefesselt bis er fast ohnmächtig wurde, und dann zu vier Jahren Gefängnis wegen Mißachtung des Gerichts verurteilt, noch bevor er überhaupt zu den gegen ihn vorgebrachten Anklagepunkten vernommen worden war. Trotzdem sprachen mindestens vier der Angeklagten auf Friedenskundgebungen in verschiedenen Teilen des Landes.

Hatte die Nixon-Regierung erwartet, mit dieser Einschüchterungs-, Angst- und Rufmordkampagne die Bevölkerung von der Demonstration am 15. November abhalten zu können, so hatte sie die Haltung immer größerer Teile der Bevölkerung wiederum falsch eingeschätzt, die sich der Friedensbewegung in einer bisher beispiellosen Breite angeschlossen haben.

Darin liegt die wirkliche Bedeutung der millionenstarken Friedensdemonstrationen, die in Amerika am 13., 14. und 15. November stattfanden. Das Volk hat Nixon geantwortet: „Uns wird man nicht einschüchtern, und wir werden keine Ruhe geben, bis der letzte amerikanische Soldat aus Vietnam zurückgekehrt ist." Die quälende Betroffenheit über das sinnlose Töten in Vietnam fand niemals einen bewegenderen Ausdruck als während des vierzig Stunden langen einreihigen Schweigemarsches, der vor der Massendemonstration des 15. November in Washington am Weißen Haus vorbeizog. Der Zug wurde angeführt von einer großen Gruppe Männer und Frauen, die Söhne in Vietnam verloren haben und von Trommlern mit ge-

dämpften Trommeln. Jeder Teilnehmer dieses Schweigemarsches trug ein Schild mit dem Namen eines in Vietnam gefallenen amerikanischen Soldaten. Als die Demonstranten vor dem Weißen Haus angekommen waren, blieben sie einen Augenblick stehen und jeder von ihnen, einer nach dem anderen, rief laut den auf seinem Schild geschriebenen Namen eines gefallenen Soldaten. In der Nacht wurden diese Namensschilder dann bei Kerzenlicht in große Särge gelegt und zum Weißen Haus gebracht.

Es ist unmöglich, den großen Erfindungsreichtum zu beschreiben, der in diesen Demonstrationen seinen Ausdruck fand. Praktisch alle der von den Demonstranten mitgeführten Schilder waren selbstgemacht. Auf einigen waren Karikaturen von Nixon und vor allem von Agnew zu sehen. Die meisten waren ernst und düster. Ein junges Mädchen trug das Bild eines Friedhofs mit der einfachen Unterschrift „Die schweigende Minderheit". Eine Gruppe Jugendlicher trug ein Transparent mit der Zahl der Toten und Verwundeten des Vietnamkrieges und dem Slogan „Auch nicht einen einzigen Toten mehr!"

Viele kamen von weit her mit Bussen; sie waren die ganze Nacht hindurch gefahren, um zur Demonstration zu kommen, marschierten den ganzen Tag und fuhren die ganze Nacht hindurch wieder zurück. Ein Bus voll junger Leute aus Los Angeles legte auf der Rückreise in den frühen Morgenstunden eine Erfrischungspause ein. Als die Jugendlichen für ihren Kaffee und ihre Sandwiches bezahlen wollten, sagte man ihnen, alles sei bereits bezahlt — vom Busfahrer, der 24 Stunden vorher noch keinen einzigen der jungen Leute gekannt hatte.

Dieser Geist kann nicht gebrochen werden. Es werden bereits Pläne für eine andere Art von Moratorium ausgearbeitet. Es soll dieses Mal aus örtlichen Veranstaltungen bestehen, die sich auf Heiligabend konzentrieren. Und in dem Maße wie die Zuversicht und die Begeisterung einer neuen und breiteren Koalition der Friedenskräfte zunehmen, wird sich der Mann im Weißen Haus, Richard Nixon, der erklärt hatte, er werde sich nicht im geringsten von irgendwelchen Friedensdemonstrationen beeinflussen lassen, und dessen Schlaf in der Nacht vom 15. November durch die Stimmen von Vätern und Müttern gestört worden sein muß, die vor dem Weißen Haus die Namen ihrer gefallenen Söhne ausriefen, einer tieferen Krise als sein Vorgänger gegenüberstehen. Johnson mußte seinen Traum von einer zweiten Amtsperiode aufgeben. Welchen Preis wird Nixon zahlen müssen?

Martin Hall, Los Angeles

Alte Kameraden

Ursprünglich war der 17. Bundesparteitag der CDU in Mainz als Heerschau der stets wahlsiegreichen Kanzlerpartei geplant. Man nahm im CDU-Präsidium wohl an, daß allenfalls notwendig werdende Koalitionsverhandlungen sieben Wochen nach der Bundestagswahl abgeschlossen und erneut mit der führenden Rolle der Unionsparteien gekrönt sein würden. Ihre Terminerwartung hat sich inzwischen erfüllt, nicht aber ihre politische Zielprojektion. Kiesinger berief sich zur Entschuldigung seines Mißerfolges bei der neuen Bonner Regierungsbildung auf das diesmal erreichte drittbeste prozentuale Abschneiden der CDU/CSU in sechs Bundeswahlen, und andere CDU-Prominente brachten deutlich ihren Unmut darüber zum Ausdruck, daß das von Willy Brandt und

Walter Scheel geschlossene Regierungsbündnis die beiden Unionsparteien CDU und CSU um die Früchte ihres Wahlerfolges gebracht oder, wie es auch gelegentlich hieß, betrogen habe. In der Tat ergab sich der knappe Mißerfolg der CDU/CSU aus dem Scheitern der NPD, deren Ergebnisprozente (4,3) zusammen mit denen der Unionsparteien (46,1) rein rechnerisch die absolute Mehrheit der gültigen Wählerstimmen gebildet, aber eben mandatsmäßig wegen der Fünf-Prozent-Klausel nicht zu Buche geschlagen haben. Nachdem im März 1969 die Summe der Wahlmännerstimmen von CDU/CSU und NPD nicht ausgereicht hatte, den Erfolg Gustav Heinemanns zu verhindern, ergab sich also noch im selben Jahr die für die deutsche Geschichte untypische Wiederholung einer Positionsverbesserung der linken Mitte. Nach den Erhardschen und Schillerschen „Wirtschaftswundern" nun auch ein kleines politisches Wunder in der Bundesrepublik?

Daß solches Wunder gar nicht erst eintrete oder doch zumindest nicht groß und situationsbestimmend werde, war nun nach der gewiß für die CDU ernüchternden Veränderung der Parteitagsvoraussetzungen das Hauptziel ihrer Jahrestagung; die seit dem Frühjahr überfälligen Präsidiums- und Vorstandsneuwahlen zwangen die CDU auch zur personalpolitischen Profilierung und Akzentuierung ihrer nun von der Oppositionsseite her aufgegebenen konservativen Brems- und Blockierungsrolle. Schon während der Periode der Großen Koalition hatten Kiesinger und Strauß es nicht leicht, einige mit dem Zug der Zeit und dabei auch mit den Interessen maßgeblicher und befreundeter NATO-Partner nicht mehr im Einklang stehende Uralt-Position der CDU-Politik gegen die Wünsche der als Junior-Partner mitregierenden SPD aufrechtzuerhalten; die Bonner Starrheit in den Fragen des Nonproliferationsvertrages, der Oder/Neiße-Grenze und der DM-Aufwertung war auch vom verbündeten Ausland her nur im Blick auf die mögliche SPD-FDP-Alternative noch einigermaßen erträglich. Mangel an Sensibilität nach außen hat vielleicht nicht weniger zur parlamentarischen Schwächung der CDU beigetragen als ihre häufig betonte Harthörigkeit und auch Arroganz gegenüber Reform- oder Erneuerungsbestrebungen in struktur-, sozial- und kulturpolitischen Bereichen. Aber all diese kleinen — wenn auch jetzt optisch sehr wirksam gewordenen — Unterschiede in der Bewertung der CDU-Politik dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Substanz der Ergebnisse der zwanzigjährigen CDU-Herrschaft von der neuen Koalition nicht in Frage gestellt worden ist und vielleicht auch nicht in Frage gestellt werden wird und daß aufgrund dieser Tatsache es der CDU/CSU-Opposition nicht schwerfallen kann, die neue Bundesregierung zur rechten „Ordnung" zu rufen und von entscheidenden Kursänderungen der Bonner Politik abzuhalten.

Es war darum eine Illusion anzunehmen, daß der Mainzer CDU-Parteitag zu einem Scherbengericht für den maßgebenden Kiesinger-Flügel der Union führen werde; solange Grundstruktur und Hauptkurs von Bundesrepublik und Bundespolitik unverändert bleiben, hat die wichtigste Gründerpartei ihres Staates keinen Anlaß, sich Asche aufs Haupt zu streuen.

Die taktischen und personalpolitischen Differenzen, die in Mainz zur Debatte und teils auch zur Entscheidung standen, bezeichnen demnach auch keinen grundlegenden Machtwechsel in der Partei oder gar Kurswechsel der Partei. Äußerlich gesehen könnte von einem stärkeren Hervortreten und vielleicht auch größeren Mitbestimmungseinfluß der sozialen (Katzer-) und liberalen (Rollmann-) Flügel der CDU, gewissermaßen parallel zur sozial-liberalen Koalitionsbildung in Bonn, gesprochen werden; die genaue Prüfung der Zusammensetzung von Präsidium und

Vorstand nach der Neuwahl ergibt indessen ein Überwiegen der konservativen und rechten Vertreter zumindest im Verhältnis 2:1. Die optische Aufwertung der CDU-Sozialausschüsse durch die Wahl Hans Katzers ins Präsidium, die seinen vor zweieinhalb Jahren mißlungenen Versuch, wenigstens Mitglied des Bundesvorstandes zu werden, jetzt mehr als ausgleicht und vergessen läßt, wird flankiert von der steilen Aufstiegskurve des Krupp-Managers Gerhard Stoltenberg und den festen Positionen Gerhard Schröders, Rainer Barzels, Kai-Uwe v. Hassels und Kurt Schmückers, den die „Politisch-soziale Korrespondenz" als Schöpfer des Stabilisierungsgesetzes feiert. Im Vorstand finden sich viele alte Kameraden der rechten Adenauer-Linie wieder, wie etwa Johann-Baptist Gradl, Konrad Kraske, Heinrich Windelen, Franz Amrehn und Hans Filbinger, der an dem zu häufig gewordenen Gebrauch des Wortes „Reform" in den Reihen der Partei Anstoß nahm.

Gewiß muß die Kritik des RCDS-Vorsitzenden Uwe Rainer Simon an der CSU und ihrem für das Image der CDU abträglichen „Bayern-Kurier" ernst genommen werden, weil die Verluste von mehr als dreißig nach dem Mehrheitswahl-Modus vergebenen Direkt-Mandaten vor allem in den städtischen Ballungsgebieten ein Alarm- und Warn-Signal vor dem zu ländlich-primitiven Operations- und Wahlkampfstil der Unionsparteien in die Bonner CDU-Zentrale gefunkt haben. Gewiß wird nach dem wegen der Fünf-Prozent-Guillotine für die CDU doch negativen Ausgang des Rechts-Überholens der NPD vor allem durch die CSU nun mehr Gewicht auf Bildungs- und Sozialpolitik gelegt werden; aber die im Sommer 1969 von den CDU-Sozialausschüssen verabschiedeten 33 Oldenburger Thesen, deren fünfte sogar die kurz vorher beim Verkehrsstreik in Hannover popularisierten Nahverkehrs-Null-Tarife empfiehlt, sind nicht das Parteiprogramm, und selbst das „Berliner Programm" vom November 1968, gegen das sich manche Parteien der Oldenburger Thesen fast linksradikal abheben, wird von der offiziellen CDU-Propaganda nur so lau vertreten, daß RCDS und Junge Union den Wahl-Mißerfolg der CDU bei der Jungwählerschaft daraus ableiteten. Die oberflächlich feststellbaren Differenzen in den Linien der Parteitags-Hauptreferate von Kiesinger und Heck erklären sich aus diesem Zwang zur Anpassung an soziale und kulturelle Modernitäten bei gleichzeitiger Beibehaltung der konservativen „integrierenden Mitte" (Kiesinger), die stets eine rechte Mitte zur Integration der gemäßigten Linken und zur Ausschaltung der konsequenten Linken geblieben ist. Heck übernahm den Part der taktischen Reue-Übung der Parteispitze, Kiesinger exerzierte oder besser zelebrierte den unwandelbaren Kurs des CDU-Flaggschiffs. Die Mehrstimmigkeit der CDU bedeutet also keinen Pluralismus ihrer orientierenden und leitenden Kräfte; noch immer entzieht sich der „Wirtschaftsrat der CDU e.V." der organisatorischen Einfügung in den statutenmäßig vorgeschriebenen Rahmen des Sonder-Vereinigungswesens der Partei — er bleibt außerhalb und über der CDU. Was macht es demgegenüber aus, daß die Politische Akademie Eichholz, die ideologische Kaderschmiede der CDU, höchst aktuelles und modernes „Material zum Thema Futurologie, Prognostik, Planung" und sogar „Analysen und Dokumente zur Auseinandersetzung mit der NPD" erarbeitet und einer freilich sehr beschränkten Öffentlichkeit vorlegt (das Image darf „draußen im Lande" schließlich nicht zu links und intellektuell ausfallen) — die großindustriellen Hauptstützen und -nutznießer der Partei werten solche klösterlichen Fleißarbeiten höchstens für ihrer direkten und indirekten Machtapparaturen aus.

Die Vermutung, daß in den Unionsparteien eine schärfere Differenzierung etwa nach den traditionellen Richtungen

des alten Weimarer Zentrums und der Deutschnationalen eintreten könnte, wobei die CDU mehr von der Zentrumslinie und die CSU vom Westarp- oder gar Hugenberg-Kurs bestimmt würde, wird im wesentlichen gegenstandslos bleiben, weil die sozialpolitisch progressiv orientierten Kräfte in CDU und SPD es in den ersten zehn Jahren der Bundesrepublik versäumt haben, ihre linken Positionen auch in die Außen- und Friedenspolitik hineinzutragen. Eine Große Koalition, die Adenauer 1949 ja mit Zähigkeit und Bedacht auch gegen die Mehrheit der CDU verhindert hat, wäre in den fünfziger Jahren auf eine Politik des relativ linken Ahlener CDU-Programms im Innern und auf einen Kurs der etwa von Ollenhauer vertretenen Paktungebundenheit im Äußeren, d. h. der jetzt aktualisierten gesamteuropäischen kollektiven Sicherheit hinausgelaufen, hätte also all die vom deutschen Bereich der internationalen Politik ausgehenden Zuspitzungen und Spannungen vermeiden können, die als Folge des von Adenauer auch gegen den Widerstand seines 1950 zurückgetretenen Innenministers Gustav Heinemann durchgesetzten innerdeutschen Rüstungswettlaufs zu jenen sozialpolitischen und bildungspolitischen Positionsnachteilen der bundesdeutschen Arbeitnehmerschaft geführt haben, die jetzt durch eine Detailpolitik im Mitbestimmungsstreit oder in der narkotisierend vertröstenden Vermögensbildungsfrage des kleinen Mannes in mittleren bis längeren Fristen ausgeglichen werden sollen.

Was in den fünfziger Jahren als Vorhutgefecht mit langanhaltender Entscheidungswirkung positiv auszutragen versäumt wurde, muß jetzt als langwierig-anstrengendes Nachhutscharmützel mit nur begrenzten Aussichten auf höchstens mittlere Rand- und Teilverbesserungen durchgestanden werden. Kurz: die SPD und auch die Katzers in der CDU wurden erst dann zur politischen Geschäftsteilhabe zugelassen, als die spielbestimmenden Würfel schon gefallen waren.

Nachdem die traditionelle deutsche Realdialektik von Feindfixierung, Aufrüstung und Rüstungswirtschaft mit ihren immanenten Systemstimulierungen durch konkurrenzbedingte und profitorientierte materielle und psychische Anpassungszwänge wieder in Gang gebracht war, konnten die Reformer und Verbesserer (die man mitunter vorher als „Weltverbesserer" lächerlich zu machen versucht hatte) zum Zwecke der funktionellen Modernisierung und technokratischen Effektivierung des Systems in den Herrschaftsapparat hineingelassen werden. Der Streit um das Ausmaß der Teilnahme solch jüngerer oder/und linkerer Kräfte am Herrschaftsgeschäft ist der Kernpunkt der in Mainz teilweise kokett zur Schau gestellten „Richtungskämpfe" innerhalb der CDU und der methodischen Distanzierungen von der CSU, nicht mehr — aber auch nicht weniger, denn die CDU kann es sich nicht leisten, der SPD die städtischen Ballungsgebiete als Wählerreservoir zu überlassen.

Die Mainzer Parteitagsdiskussion widmete wegen der unsicheren Wahlchancen der CDU bei dem in diesen Ballungsräumen entstandenen und von Kiesinger ausdrücklich beschworenen „neuen Mittelstand" den Organisationsfragen verhältnismäßig viel Zeit und Energie. Aber auch hier dürfte der wiedergewählte Parteivorsitzende das vorläufig letzte Wort behalten: „Ich glaube nicht, daß wir wesentliche strukturelle Änderungen im Aufbau der Partei vornehmen sollten." Denn nicht der Rückzug in das Getto strenger Mitgliederformationen, auch nicht die optisch-formal verbesserte Werbewirksamkeit modernisierter Argumentations- und Organisationsweisen kann der CDU die Aufrechterhaltung ihrer Vormachtstellung in der Grundorientierung der Bundespolitik sichern; nur das direkte oder indirekte inhaltliche Weiterbestehen der alten Bonner Ta-

bus und Hauptrichtlinien ermöglicht es den Unionsparteien, diesen prinzipiell dominierenden Einfluß immer wieder geltend zu machen. Rainer Barzel frohlockte: „Die Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung blieb zur Deutschlandpolitik nicht ohne Erfolg: Die Weisungen an unsere Auslandsvertretungen waren vorsichtiger, als wir nach der Regierungserklärung oder gar nach den Wahlreden des jetzigen Außenministers befürchten mußten." Mit dem Bonner Alleinvertretungsanspruch und der Hallstein-Doktrin, die dritten Staaten die völkerrechtliche Anerkennung der DDR bei Strafe des Entzugs der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik verbietet, hat der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende genau den entscheidenden Punkt berührt, der zum schwachen und schwächenden Punkt der neuen SPD-FDP-Koalition werden kann und es nach dem Wunsch der CDU auch werden soll. Was den Atomwaffensperrvertrag und die vertraglich besiegelte Akzeptierung der Oder/Neiße-Grenze betrifft, so hätte auch eine CDU-Regierung eines baldigen Tages die wesentlichen Zugeständnisse leisten müssen, zumindest um der NATO das Angebot ernsthafter Entspannungsschritte gegenüber dem Warschauer Pakt zu erleichtern. Die harte Linie des auf Rückgewinnung verlorener alter Wirtschafts- und Strategie-Positionen ausgerichteten Antikommunismus hätte sich dann ganz auf das strikte Durchhalten der Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR konzentrieren müssen. Nun freilich ist infolge der verlorenen Schlacht um die Bonner Regierungsbildung dieser Fall viel früher und sehr plötzlich eingetreten; ein Trost besteht für CDU und CSU darin, daß sie jetzt um die regierungsamtliche Haupt- oder Mitverantwortung für die beiden unumgänglichen Schritte bundesdeutscher „Verzicht"-politik (Sperrvertrag und Grenzanerkennung für Polen) herumkommen und sie in späteren Wahlkämpfen den jetzigen Regierungsparteien anlasten können. In Sachen DDR aber müßte die CDU ihr bei der Gründung der Bundesrepublik fixiertes Selbstverständnis und Sendungsbewußtsein geradezu opfern, wenn sie der von Willy Brandt verkündeten Zwei-Staaten-These nachgeben würde. CDU und CSU werden hartnäkkig versuchen, die praktische Brisanz des Brandt'schen Neuansatzes zu vermindern oder gar zu annullieren, indem sie nur den staats- und nicht den völkerrechtlichen Rang der Zweistaatlichkeit zur Geltung kommen lassen wollen. Durch Entfaltung des alten Tabu-Terrors wollen sie Bundeskanzler und Außenminister zur Zurücknahme ihrer ursprünglichen Ziellinie, der Erreichung eines geregelten staatlichen Nebeneinanders von BRD und DDR, zwingen, das ja nur auf dem Wege der Akzeptierung voller Völkerrechtssubjektivität der DDR zu erreichen ist.

Die neue Bundesregierung muß sich darüber im klaren sein, daß auch ihre sozial- und kulturpolitischen Erfolge letztlich von ihrer konsequenten Entspannungspolitik gegenüber der DDR abhängig sind, so etwa, wie schon in den fünfziger Jahren die sozialpolitischen Positionen der linken Mitte — damals negativ — vom Gang der Rüstungs- und Blockpolitik beeinflußt worden sind. Gelingt es der SPD-FDP-Koalition nicht, den harten Kern der CDU-Deutschlandpolitik aufzubrechen und die von CDU-Generalsekretär Bruno Heck anvisierten 51 Prozent (potentieller) CDU/CSU-Wähler der Bundesrepublik von der politischen Orientierung auf das Adenauer-Kiesinger'sche Selbstverständnis der CDU durch konsequente Entspannungspolitik und die durch sie möglichen Erfolge in Sozial- und Kulturpolitik abzubringen, so könnten die in Mainz noch und wieder tonangebenden alten Kameraden der Christenunion mit ihrem Erfolg zufrieden sein.

Klaus Ehrler

Konferenz über Sicherheit in Wien

Vom 29. November bis zum 1. Dezember fand in Wien eine internationale „Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit" statt. Etwa 300 Persönlichkeiten aus 26 europäischen Ländern (darunter mehr als dreißig aus der Bundesrepublik) und Vertreter von 23 internationalen Organisationen waren nach Wien gekommen, um gemeinsam die Probleme der europäischen Sicherheit zu diskutieren und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit aller europäischen Staaten zu erörtern. Die Teilnehmer der Wiener Konferenz repräsentierten die unterschiedlichsten politischen und sozialen Kräftegruppierungen in Europa, doch sie alle einte die Überzeugung, daß eine friedliche Zukunft Europas auf der Grundlage eines wirksamen und dauerhaften Systems der kollektiven Sicherheit nur ausgehend von der gegenwärtigen territorialen Realität aufgebaut werden kann.

Die Initiative zu dieser Konferenz ging von einer Gruppe bekannter belgischer Persönlichkeiten aus — darunter vor allem Maurice Lambilliotte, Direktor der Zeitschrift „Synthèses", und Domherr Raymond Goor — und fand sehr bald Unterstützung in ganz Europa. Auf einer Vorbereitungskonferenz im April 1969 in Wien wurde der Termin für die Konferenz festgelegt und ein Appell verabschiedet, der alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen, religiösen und politischen Kräfte in Europa aufrief, diese Möglichkeit des Dialogs und der Zusammenkunft zu nutzen und dazu beizutragen, die öffentliche Meinung zu mobilisieren, um ein günstiges Klima für Verhandlungen zwischen den Regierungen der europäischen Staaten zu schaffen.

Die Konferenz begann mit einer Plenarsitzung aller Teilnehmer. In einer großen Eröffnungsansprache umriß Maurice Lambilliotte die Probleme Europas, die Notwendigkeit der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems und die großen Perspektiven einer breiten Zusammenarbeit aller europäischen Staaten. Er machte deutlich, daß der Wunsch nach Entspannung und Sicherheit kein Wunsch gegen irgend etwas, sondern ein positiver Ausdruck des Willens für etwas, für eine bessere Welt ist, eine Verpflichtung gegenüber der Zukunft.

Nach der Eröffnungssitzung des Plenums teilte sich die Konferenz in vier Arbeitskommissionen auf. Die erste Kommission, der sich 55 Konferenzteilnehmer anschlossen, beschäftigte sich mit dem Thema „Gegenwärtige territoriale Realitäten in Europa, Grenzen und die beiden deutschen Staaten". Nach einem grundlegenden Referat von Prof. Dr. Dr. Arvidson (Schweden), dessen Ausführungen einmütig bestätigt wurden, entwickelte sich eine lebhafte Diskussion; in drei mehrstündigen Sitzungen kamen insgesamt 30 Konferenzteilnehmer aus 17 europäischen Ländern zu Wort. Der Schwerpunkt der Diskussion lag auf der Notwendigkeit einer eindeutigen, völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der territorialen Realitäten in Europa; dabei betonten alle Sprecher vor allem die Notwendigkeit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch alle europäischen Staaten, die Nichtigkeit des Münchener Abkommens aus dem Jahre 1938 von Anfang an und die Endgültigkeit und Unantastbarkeit der Westgrenze Polens an Oder und Neiße. In Anbetracht der bisherigen Haltung der Regierungen der Bundesrepublik wurde vor allem die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs mit allen Konsequenzen gefordert. Vielen Diskussionsrednern wiesen auch darauf hin, daß eine solche Neuorientierung der westdeutschen Politik nicht zuletzt dem Interesse der Bevölkerung der Bundesrepublik Rechnung trüge.

Ein zweiter Schwerpunkt der Diskussion der ersten Kommission war die Dringlichkeit der Einberufung einer

europäischen Sicherheitskonferenz, an der alle europäischen Staaten, einschließlich der beiden deutschen Staaten, gleichberechtigt teilnehmen. Die Kommission begrüßte die Einladung der finnischen Regierung an alle Staaten, eine solche Konferenz in Helsinki abzuhalten — eine Initiative, auf die bisher 23 europäische Staaten positiv geantwortet haben. Als ein weiterer Schritt zu einer Konferenz der europäischen Staaten wurde die auf der Prager Außenministerkonferenz der Staaten des Warschauer Vertrages empfohlene Konzentrierung der ersten gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz auf die am leichtesten lösbaren Probleme begrüßt. In ihrem Abschlußbericht empfahl die Kommission der gesamten Wiener Konferenz „die Unterstützung aller Aktionen, die der Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz dienen. Die Kommission ist davon überzeugt, daß die Völker Europas von allen europäischen Regierungen ein klares Ja zur schleunigen Einberufung der europäischen Sicherheitskonferenz verlangen, ein Ja ohne irgendwelche Einschränkungen oder Vorbedingungen."

Die größte Kommission der Wiener Konferenz war die, die sich mit dem Thema „Wege zur Herstellung der kollektiven Sicherheit in Europa" beschäftigte, an der mehr als hundert Personen teilnahmen. Sowohl in dem einführenden Referat von Stanislaw Trepczynski (Polen) wie in allen anderen Diskussionsbeiträgen kam klar zum Ausdruck, daß Europa keinen anderen Ausweg als den Frieden hat, daß die friedliche Koexistenz eine Notwendigkeit ist. Zwar leben die beiden in Europa bestehenden unterschiedlichen Gesellschaftssysteme seit 24 Jahren in Frieden, doch dieser Friede ist ein „bewaffneter Friede" des Wettrüstens auf beiden Seiten. Der Übergang von diesem „Gleichgewicht der Angst" zu einer positiven Friedensordnung erfordert, wie von allen Rednern übereinstimmend festgestellt wurde, die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit und der gesamteuropäischen Zusammenarbeit. Nur so würden Bedingungen geschaffen, die es ermöglichen, das Wettrüsten durch Abrüsten zu ersetzen. Die Diskussion dieser Kommission machte deutlich, wie eng das Thema der ersten Kommission — die gegenwärtigen territorialen Realitäten in Europa — mit der europäischen Sicherheit zusammenhängt. Übereinstimmend ergab sich, daß eine europäische Friedensordnung nur auf der Grundlage der Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen, der Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik und der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags durch alle europäische Staaten errichtet werden kann. Die Unterzeichnung des Sperrvertrags durch die Bundesregierung, die kurz vor Beginn der Wiener Konferenz erfolgte, wurde intensiv diskutiert, wobei die umfassenden Vorbehalte der Bundesregierung von Vertretern der unterschiedlichsten politischen Positionen kritisiert wurden und nicht als hoffnungsvoller Beginn einer Friedenspolitik gewertet werden konnten. Auch diese Kommission beschäftigte sich intensiv mit der geplanten Sicherheitskonferenz der europäischen Staaten.

Die von der Kommission aufgezeigten Perspektiven umfaßten die Forderung nach dem Abschluß eines Vertrages der kollektiven Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa, die Unterzeichnung des Kernwaffensperrvertrags als ersten Schritt zur Abrüstung in Europa und die Erweiterung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Ländern. Die von Maurice Lambilliotte beschworene Verpflichtung gegenüber der Zukunft klang auch im Referat von Stanislaw Trepczynski an: „In diesem Jahrhundert haben die Kriegsherde in Europa zweimal die ganze Welt erfaßt. Unser Kontinent muß sich verpflichtet fühlen, etwas für den Weltfrieden zu unternehmen,

Kriege aus dem Wortschatz der internationalen Beziehungen zu streichen, und ein Beispiel zu geben für eine friedliche Koexistenz."

Die dritte Kommission beschäftigte sich mit Fragen der Rüstung und Abrüstung. Im Bewußtsein der Tatsache, daß Waffen noch niemals internationale Probleme gelöst haben und daß alle aktuellen Probleme in Europa auf dem Verhandlungswege gelöst werden können, betrachteten die 41 Teilnehmer dieser Kommission die Abrüstung als eines der wichtigsten Ziele zur Herstellung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa. Man war sich darüber einig, daß es in der Abrüstungsfrage keinen „Alles-oder-nichts"-Standpunkt geben kann; wenn auch die vollständige Abrüstung das gemeinsame Endziel sei, müsse man doch nach Zwischenlösungen auf dem Weg zu diesem Ziel suchen. Die Kommission beschäftigte sich mit zahlreichen solcher Zwischenstufen, auf die hier jedoch im Rahmen eines kurzen Berichts nicht eingegangen werden kann. Ausgehend von der Tatsache, daß die Wiener Konferenz eine nichtstaatliche Zusammenkunft sei, unterstrichen zahlreiche Diskussionsredner, daß das Ziel ihrer Vorschläge vor allem die Mobilisierung der öffentlichen Meinung sei. Dabei könne, wie vielfach betont wurde, darauf hingewiesen werden, daß die Abrüstung nicht nur der Sicherheit diene, sondern auch beträchtliche finanzielle Mittel freisetzen würde, die eine schnellere Entwicklung der Wirtschaft, der Kultur und der Wissenschaft ermöglichen könnten. Auch die Kommission über Abrüstungsfragen kam zu dem Ergebnis, daß eine gesamteuroppäische staatliche Sicherheitskonferenz unter der gleichberechtigten Teilnahme aller europäischen Staaten von allen, die ernsthaft an der Abrüstung interessiert sind, begrüßt werden muß.

Die in den verschiedenen Kommissionen oft angesprochene Notwendigkeit der europäischen Zusammenarbeit wurde in der vierten Kommission erörtert. Diese Kommission stellte fest, daß die zukünftige Entwicklung Europas und seiner Sicherheit die Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten auf der Grundlage des gegenwärtigen Vertrauens und der Gleichberechtigung erfordert. Um zu diesem Ziel zu gelangen, machte die Kommission zahlreiche Vorschläge, von denen nur einige aufgezählt werden können: Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ohne jede Diskriminierung; wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zum Nutzen aller Beteiligten; gemeinsame Erschließung und Nutzung der natürlichen Reichtümer und der Energiequellen Europas; Zusammenarbeit auf dem sozialen Sektor, im Bildungswesen und auf medizinischem Gebiet; Intensivierung der kulturellen Zusammenarbeit, um die gegenseitige Kenntnis zu vermitteln und Vorurteile abzubauen etc. Nach Abschluß der Kommissionsberatungen fanden besondere Treffen von Gewerkschafts- und Jugendvertretern statt, auf denen konkrete Fragen der Zusammenarbeit erörtert wurden.

Die Wiener Konferenz endete am 1. Dezember mit einer zweiten Plenarsitzung aller Konferenzteilnehmer, in der eine Deklaration verabschiedet wurde, die die wichtigsten Ergebnisse der Konferenz zusammenfaßte. In dieser Deklaration heißt es: „Die Teilnehmer der Konferenz von Wien sind sich einig in der Ansicht, daß die Durchsetzung eines dauerhaften Friedens in Europa am besten durch kollektive Anstrengungen der europäischen Staaten sowie durch die Schaffung eines wirksamen Systems der gesamteuropäischen Sicherheit, das allen Staaten, kapitalistischen und sozialistischen, großen und kleinen, Mitgliedern militärischer Gruppierungen oder neutralen Ländern, offensteht, gewährleistet werden kann. Die Schaffung eines solchen Systems könnte dazu beitragen, der Spaltung Europas in militärische Gruppierungen rascher ein Ende zu setzen, und würde deren Existenz über-

flüssig machen. Ein dauerhafter Frieden in Europa wäre von entscheidendem Einfluß auf die Stärkung des Friedens in der ganzen Welt. Die Konferenz von Wien unterstützt die Idee, im Jahre 1970 in Helsinki eine europäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit einzuberufen, an der alle Staaten mit gleichen Rechten teilnehmen. Sie stellt fest, daß diese Idee eine ständig wachsende Zahl von Anhängern in den Ländern Europas findet ... Nach Ansicht der Teilnehmer an der Konferenz kann und muß die breiteste europäische Öffentlichkeit ihren Beitrag zur Entspannung, zum Verständnis und zu einer konstruktiven Zusammenarbeit auf allen Gebieten auf unserem Kontinent leisten. Die Schaffung einer solchen Atmosphäre ist Angelegenheit aller Europäer ... Die friedliche Zukunft Europas steht vor der Tür. Doch um sie zu erleben, müssen wir sie erringen."

Die Wiener Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit stellt zweifellos eines der wichtigsten Ereignisse im Bemühen um einen dauerhaften Frieden in Europa dar; sie kann, wie es Professor Rasch, der Maurice Lambilliotte im Namen der Konferenzteilnehmer für die Vorbereitung dieser Konferenz dankte, ausdrückte, eine neue Etappe in diesem Bemühen eröffnen.

Wilhelm M. Breuer

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Friedhelm Baukloh

Regiert die CDU/CSU weiter mit?

„Wäre die NPD in den Bundestag eingezogen, dann hätte die an Stimmenzahl in der Minderheit gebliebene Links-Koalition keine parlamentarische Mehrheit gehabt" [1]). So weinte der CSU-offizielle „Bayernkurier" nach der von CDU/CSU und NPD gemeinsam verlorenen Wahl. Ähnliche Gefühle bewegten die meisten CDU-Politiker. Aber in den Presseverlautbarungen der CDU, wie auch bei den selbstkritischen Pflichtübungen auf dem Mainzer Parteitag, wurde an diesen wunden Punkt nicht gerührt. Die Aufgabenteilung der Unionsparteien sieht nämlich so aus, wie sie kürzlich vor jungen Unternehmern in Köln der für Parteien und Verbände zuständige Abteilungsleiter des Deutschen Industrieinstituts, Günter Triesch, markant umriß: Die CDU will sich bemühen, durch „Druck und Zuspruch", mit „Zuckerbrot und Peitsche" einen solchen Einfluß auszuüben, das sie „faktisch mitregiert". Die CSU wird gleichzeitig „scharfe Opposition gegen nationalen Ausverkauf" betreiben. In diesem Licht, so meinte der Experte aus dem Deutschen Industrieinstitut, müsse man auch den „gelegentlichen Austausch kritischer Bemerkungen" zwischen den Spitzen von CDU und CSU als „taktisch bestimmtes Unterscheidungsmerkmal" werten, als ein für die breitere Öffentlichkeit bestimmtes Manövrieren, das den CDU-Vorschlägen an die Regierung zu „konstruktiver Mitarbeit" größeren Nachdruck geben solle.

Bei der CDU täuscht man sich gleichwohl nicht über die Schwierigkeiten bei der Durchführung dieser Absichten. Man setzt auf jene sozialdemokratischen Politiker in Regierung und Fraktionsspitze, die ohnehin der „großen Koalition" eher zuneigten. Das sind vor allem Verteidigungsminister Helmut Schmidt, Verkehrsminister Georg Leber, Fraktionschef Herbert Wehner als der „Kern" der weiterhin gegenüber der CDU „Kooperationsbereiten". Daß Gerhard Schröder zum Sprecher der CDU für Fragen der Außenpolitik und zum Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages gemacht wurde, deutet darauf hin, daß man sogar die Hoffnungen auf einen reparierbaren Draht zum FDP-Vorsitzenden und neuen Außenminister Scheel bei der Union noch nicht aufgegeben hat. Rainer Barzels unangefochtene Stellung als Fraktionschef und faktischer Oppositionsführer im Bundestag rührt ganz entscheidend daher — darüber sind sich wohl alle Beobachter der neuen CDU-Taktik einig —, daß dieser Politiker am besten geeignet ist, den Part des sozusagen „konstruktiven Regierungskritikers" in solcher Tendenzrichtung wirksam zu spielen. Mit seiner sprichwörtlichen Glätte weiß er weich zu tadeln und hart „nationale Gemeinsamkeit" zu fordern — vor allem in puncto „keine Konzessionen" an die DDR und anderer „Anliegen der Selbstbehauptung der Bundesrepublik", von denen er so beflissen tönt. In der Wirtschaftspolitik ist die Koalition aller Mitbestimmungsgegner — einschließlich des Ministers Karl Schiller, der schon auf dem Nürnberger SPD-Parteitag gegen die gewerkschaftlichen Forderungen stimmte — „ideal" perfekt, nachdem es den Sozialausschüssen auch in der veränderten Situation nicht gelungen ist, in der CDU an Boden zu gewinnen, und nachdem Krupp-Direktor Stoltenberg zum Wirtschaftssprecher der CDU, nach seinem Prestige-Erfolg bei den Wahlen zum CDU-Präsi-

[1]) Emil Franzel im „Bayernkurier", München, 15. 11. 1969.

dium in Mainz, ernannt wurde. Da mit Stoltenberg auch die Aufwertungsbefürworter im Wirtschaftsrat der CDU, dem Unternehmerflügel, sich gegen Kiesinger-Strauß durchgesetzt haben, steht dem Mitregieren der CDU in der Bundeswirtschaftspolitik, über die sich bei Regierung wie Opposition gleich heimisch fühlende Industrielobby, ohnehin keine Barriere mehr im Wege.

Bei dieser Entwicklung hat die FDP gut daran getan, durch ihren Vorsitzenden, den Außenminister Scheel, darauf zu drängen, daß der Atomwaffensperrvertrag — gegen Wehners und Schmidts Bedenken — rasch unterzeichnet wurde, ehe die CDU auch hier mit ihrer Aufweichungstaktik Aufschub bewirken konnte, der alles womöglich noch einmal in Frage gestellt hätte. Auch der Versuch, realistische Gespräche mit Polen, einschließlich einer Anerkennung der bestehenden Westgrenze Polens durch die Bundesrepublik, unverzüglich einzuleiten, wurde beispielsweise von dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Prof. Ralf Dahrendorf, bei einer Diskussion mit Parteifreunden aus der FDP exakt als Versuch bezeichnet, „das ostpolitische Konzept der Koalition vor weiterer Verwässerung zu bewahren". Denn sowohl die Hallsteindoktrin wie die Anerkennung der DDR sind Fragen, die entgegen den Vorstellungen, wie sie FDP und Teile der SPD im Wahlkampf beschworen, schon der negativen „Behandlung" durch die CDU zugänglich gemacht wurden, sowohl im Bundestag wie hinter den Kulissen, wie auch durch den massiven Einsatz der als Brückenbauer zwischen CDU und SPD unermüdlich intrigierenden Springerpresse und ihrer Freunde, die nicht zuletzt in Mainz beim Zweiten Deutschen Fernsehen bekanntlich zahlreich und einflußreich sind.

Sebastian Haffner hat unlängst in einer Kolumne im „stern" die neue Bundesregierung gewiß nicht aus Übermut mit großem Ernst beschworen, der CDU kämpferisch entschlossen entgegenzutreten und sich durch kein Zetern und keine falschen Gemeinsamkeitsparolen aus der antikommunistischen Mottenkiste zum Nachgeben animieren zu lassen. Haffner ging dabei von der richtigen Erkenntnis aus, daß die CDU dann alles zurückgewonnen haben würde, wenn es ihr gelänge, soviel Abstriche vom Regierungsprogramm zu bewirken, daß die Regierung nicht mehr fähig wäre, ihre Alternativvorstellungen zu zwanzig Jahren CDU-Herrschaft wenigstens in den Grundlinien kompromißlos durchzudrücken.

Die CDU hat ein Wort gefunden, das gleichzeitig die Parole „Keine Experimente" ablöst — eine Parole, die sich keine Oppositionspartei in der ganzen Welt leisten könnte — und doch, auf die veränderten Verhältnisse seit dem 28. September bezogen, das gleiche zum Ausdruck bringt: Das Wort heißt „Kontinuität". Ins Bild gesetzt wurde das CDU-Verständnis von „Kontinuität" in der neuen Situation erstmals geradezu ideal für christdemokratisches Empfinden, als bei der Amtsübergabe im Bundesverteidigungsministerium Gerhard Schröder und sein Nachfolger Helmut Schmidt gemeinsam die Front des Wachbattaillons auf der Hardthöhe abschritten. Das war, in Wort und Bild, nicht Machtwechsel, sondern „kontinuierliche Wachablösung". Anschließend setzte Helmut Schmidt sich auf einer Tagung der Verteidigungsminister der Partnerstaaten der NATO in Washington — wo er als erster Minister der neuen Bundesregierung aufkreuzte — für Pläne zu beschleunigter NATO-Rüstung und für eine deutsche Beteiligung an der Verfügung über Nuklearwaffen ein, die sein Vorgänger Schröder noch ausgearbeitet hatte und die Schmidt „kontinuierlich" — und erfolgreich — weiter vorantrieb. Schmidt hatte es bei seiner Konzeption begreiflich eilig, das Schrödersche Papier in Washington noch vor einer Unterschrift der Bundesrepublik unter den Atomwaffensperrvertrag genehmigt zu bekommen, um damit in der Frage der Mitverfügung über Atomwaffen im NATO-Rahmen die Unterschrift der Regierung Brandt unter den

Sperrvertrag im voraus ins Zwielicht sophistischer Interpretationen zu rücken. Das ist ihm, unter freundschaftlichem Applaus der CDU-Presse, gelungen.

Noch während der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung von Willy Brandt fanden sich im Bonner Studio des ZDF Helmut Schmidt und Gerhard Stoltenberg, zusammen mit dem neuen Innenminister Genscher (FDP), zu einem Gespräch vor dem Bildschirm mit Journalisten ein. Dabei waren sich die ehemaligen Koalitionspartner Schmidt und Stoltenberg weitaus näher in ihren Ansichten als etwa die jetzigen Koalitionspartner Schmidt und Genscher. Fast meinte man — und der Leiter der Diskussionsrunde, der Publizist Appel sprach es auch aus —, es herrsche noch die „große Koalition und die FDP sei nach wie vor in der Opposition". Helmut Schmidt verzeichnete durchaus als Pluspunkt, daß die neue Opposition, CDU und CSU, bei seinen Ausführungen applaudiert habe, was keinem anderen Minister als Huldbeweis der Christdemokraten bei jener Debatte zugestanden wurde. Sogar der CSU-Sprecher Zimmermann, ein enger Freund von Strauß, gab der Konzeption des Verteidigungsministers in der Aussprache seine Zustimmung. Da hatte es Stoltenberg ebenfalls nicht schwer, natürlich unter Berufung auf das schöne Bild der Wachablösung Schröder—Schmidt auf der Hardthöhe, von der „Kontinuität unserer Sicherheitspolitik" zu sprechen, welche die CDU bei Helmut Schmidt „gewahrt" sehe.

Jenes Gespräch vor der Fernsehkamera machte aber auch deutlich, wie sich die insgeheim der „großen Koalition" nachtrauernden Gefährten Schmidt und Stoltenberg die Verbindung zwischen der Weiterführung der bisherigen Militärpolitik und einer möglichen „Gemeinsamkeit" in der Außenpolitik vorstellen. Helmut Schmidt sprach sich gegen eine Anerkennung der polnischen Westgrenze aus und fand auch dabei einen Consensus mit Stoltenberg. Beide befürworteten als „Ausgleich" oder als „Zeichen grundsätzlicher Verständigungsbereitschaft" Bonns gegenüber Warschau eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen. Genscher stand folglich, wie in Oppositionszeiten der FDP, allein mit seiner Forderung nach einer realistischen Sicht, nach Anerkennung der Grenze, die aus deutsch-polnischen Verhandlungen ohnehin nicht auszuklammern sei. Die Ablehnung einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR sah alle drei Politiker dann einig, und was die Hallsteindoktrin betraf, so fand Schmidt, sie verlange nach „Modifizierung", womit er eine Position bezog — scheinbar — zwischen Stoltenberg, der die Hallsteindoktrin nach wie vor für „nützlich" hält, und Genscher, der sie als „erledigt" ansah. In Wirklichkeit läßt sich natürlich die Frage nach der Hallsteindoktrin, eine Grundsatzfrage der Bonner Politik, nur mit Ja oder Nein beantworten. Helmut Schmidt, der sich mit Rücksicht auf die Stellungnahme des Bundeskanzlers und SPD-Vorsitzenden kein bedingungsloses Ja zutraute, hat mit seinem „Ja, aber" im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Hallsteindoktrin votiert. Vielleicht sollte man die vieldiskutierte, mit Recht Aufsehen erregende Anweisung Scheels an die Bonner Missionschefs im Ausland, bei der er sich in dieser Frage gleichfalls gegenüber dem Druck der CDU und bestimmter Teile der SPD konzessionsbereit zeigte, als ein „Nein, aber" bewerten, als Scheels — freilich wenig routiniertten — Versuch, Dampf abzulassen und dort faktisch die Hallsteindoktrin fallenzulassen, wo immer sie „zitiert" und positiv interpretiert werden könnte. Allerdings ist der Wurm des Zweifels auch an diesem Punkt ins Regierungskonzept eingedrungen. Sollte es der massiven rechtsextremistischen Agitation der CSU („Ausverkauf Deutschlands", „Verzichtpolitiker" usw.) gelingen, im Verein mit dem „Suchen nach Gemeinsamkeit", das die CDU unter Barzel beisteuert, die Regierung sowohl einzuschüchtern (Angst, vor allem bei SPD-Politikern, vor Verketzerung durch die Nationalisten) als auch zur „nationalbewußten

Haltung" zu ermuntern (was auch bei der FDP-Fraktion Resonanz finden könnte), so wäre dieses Spiel mit Drohung und Lockung so weit gediehen, daß die CDU tatsächlich von sich behaupten könnte, auch in der Opposition die Richtlinien der Politik Bonns „kontinuierlich" mitbestimmt zu haben.

Das aber würde bedeuten, daß die Regierung Brandt ihr Hauptversprechen gegenüber den Wählern nicht einzulösen bereit wäre: eine konsequente Friedens- und damit Entspannungspolitik zu betreiben, die sich an den gegebenen Realitäten ausrichtet und die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs seitens der Bundesrepublik endlich anerkennt. Wer weiter Hochrüstung betreibt — wie es Helmut Schmidt mit seinem Planungsstab als eine Art deutscher McNamara vorhat, den von Regierung wie Parlament unabhängigen, von der Industrie bezahlten Manager Mommsen vom Thyssen-Konzern als Rüstungskoordinator zur Seite, denselben Mann, der schon einen Albert Speer, den Rüstungsminister Hitlers, im Zweiten Weltkrieg beriet —, wer sich weigert, die DDR anzuerkennen und damit die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu normalisieren, wer die Hallsteindoktrin lediglich „modifizieren", statt endgültig über Bord werfen will, wer sich eventuell gar dem Trugschluß hingibt, durch wirtschaftliche Konzessionen Polen den Anspruch auf die Anerkennung seiner Westgrenze durch die Bundesrepublik abkaufen zu können: wer das alles „kontinuierlich" weiterbetreiben möchte, hat den Anspruch, eine neue Politik einzuleiten, selbst preisgegeben. Ärger könnten SPD und FDP ihre auf dieses Regierungsbündnis eingeschworenen Wähler kaum narren.

„Die Spannweite der CDU ist noch groß genug"[2]), so spricht Ulrich Frank-Planitz der neuen Opposition bei dem Versuch, dennoch mitzuregieren, Mut zu. Der stellvertretende Chefredakteur von „Christ und Welt", einem Wochenblatt, das sich mitsamt dem Untertitel „Deutsche Zeitung", den es neuerdings führt, selbst zum Organ eines „neuen Konservatismus" in der Bundesregierung ernannt hat — eines militanten Konservatismus, der in der Ostpolitik „der Regierung auf die Finger sehen will" —, spricht der CDU „gerade jetzt" ein „deutschland- und außenpolitisches Wächteramt" zu. Denn Kanzler Brandt erscheint diesen „konservativen" CDU-Publizisten als „unzuverlässig", wohl schon, weil Brandt als Emigrant Widerstand gegen Hitler leistete, als der Chefredakteur von „Christ und Welt", Giselher Wirsing, SS-Uniform trug.

Wirsing schreibt jedoch auch im CDU-Belehrungsstil zu Brandts Politik: „Jetzt erst scheint man in der Bundeshauptstadt allmählich zu erkennen, daß es bei deutsch-polnischen Verhandlungen für Warschau überhaupt nicht auf den guten Willen ankommt, sondern auf die genaue Erfüllung der nie revidierten polnischen Maximalforderungen. Tatsächlich haben die Polen nie einen Zweifel darüber gelassen, daß für sie nur die vorbehaltlose Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in Frage kommt"[3]). Diese Art des Hinweises von „Kennern" an die „Traumtänzer" in der neuen Bundesregierung ist typisch für die Taktik, wie sie im Lager der CDU-Opposition gepflegt wird. Das Stichwort „Kontinuität" schließt die „Erfahrung" mit ein, die angeblich dieser Regierung — da ohne CDU-Kanzler und CDU-Richtlinien — fehlen muß. Die „Erfahrung" muß demnach die CDU beisteuern, wenn unsere Politik nicht „einen gefährlichen Bruch" (wie Gerhard Schröder das nannte) verzeichnen soll. Auch ein Blatt wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", das sich anstrengt, den Nimbus des Regierungsblattes zu wahren, und dabei die Regierung Brandt als Fortsetzer der „großen Linien" (Jürgen Tern) der bisherigen CDU-bestimmten Politik hinstellt, steuert nahezu täglich „Erfahrung"

2) „Christ und Welt", Stuttgart, 21. 11. 1969.
3) Giselher Wirsing, „Kein polnisches Wunder" in „Christ und Welt", Stuttgart, 28. 11. 1969.

ungebeten bei, die darauf hinausläuft, möglichst in der „großen Politik" alles wie bisher zu handhaben, vielleicht mit einigen technischen Verbesserungen im Verkehrswesen, die Reformgeist erkennen lassen . . .

Die CDU und ihre Freunde geben sich folglich gern als hilfreiche Augenöffner. Alte Hasen, die sie sind, ausgebufft, sich nichts vormachen lassend, erläutern sie nun die arglistigen Pläne, die in Warschau und Moskau, in Prag und Budapest und überall sonst außerhalb des rettenden Hafens des NATO-Bündnisses gegen die Bundesrepublik gehegt werden. Sie analysieren das geduldig und eindringlich, denn „es geht darum", nach Barzel, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden". Auch nach der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, worüber sie freilich nicht weniger ergrimmt waren als die Springerpresse, die Münchener „Nationalzeitung", der CSU-„Bayernkurier" und die „Deutschen Nachrichten" der NPD, auch danach also sind sie gleich wieder bereit, sachverständig zu erläutern, wie der Atomwaffensperrvertrag im Sinne effektiver Unwirksamkeit zu interpretieren ist und wie man somit diesen „voreiligen", „von wenig Erfahrung zeugenden Schritt" praktisch so gut wie ungeschehen machen könnte.

Freilich, wenn die Bundesregierung manchmal auch schon vor einer Debatte zu Kompromißformeln greift, um die Opposition zu beschwichtigen — so zum Beispiel, als sie die Propagandazentrale des Kalten Krieges gegen die DDR, genannt „Gesamtdeutsches Ministerium", nicht einfach, wie andere überflüssige Ministerien, bei der günstigen Gelegenheit des Regierungswechsels auflöste, sondern in „Ministerium für innerdeutsche Beziehungen" umtaufte —, kann nur Spott von seiten der Opposition die sichere Quittung sein. Und das nun, wie man zugeben muß, nicht unverdient. Ängstliche Halbheiten stimmen den Gegner allemal schadenfroh. Johannes Groß, CDU-Publizist, hat in einem Kommentar der Deutschen Welle darauf hingewiesen, daß dieses Wort nicht einmal grammatisch die Logik für sich habe, geschweige denn politisch.

Die Überschrift zu einem Artikel von Giselher Wirsing in „Christ und Welt" über die Debatte zum Atomwaffensperrvertrag im Bundestag ist geradezu kennzeichnend für das neupolierte Selbstgefühl, über das die CDU-Getreuen bereits wieder verfügen — wenige Wochen, nachdem sie in die Opposition überwechseln mußten. Die Überschrift lautet: „Nicht alles wurde entkräftet — Die Regierung geht auf die Einwände der Opposition nicht näher ein"[4]). Die CDU-Opposition ist der Examinator dieser „unerfahrenen" Regierung. Diese Opposition betrachtet sich nicht als Alternative zur Regierung, nach den demokratischen Spielregeln vom Machtwechsel. Sondern sie ist die Lehrmeisterin, die der Regierung Zensuren erteilt. „Le Monde" nannte das so: „Die CDU verkörpert nicht die Opposition im Bundestag, sondern die Tradition, und sie hat schon erreicht, daß sich die Regierung Brandt an dieser Tradition mißt, sich durch diese Tradition bewerten läßt"[5]). Da ist der Schulmeister Barzel — mit erhobenem Zeigefinger, die Brille auf- und absetzend — natürlich genau am richtigen Platz, obwohl er gewiß nicht der künftige CDU-Kanzlerkandidat sein wird. Er erfüllt seine Funktion hinreichend — vor allem für die Zuschauer am Fernsehschirm — der Gutachter über das Treiben der neuen Regierung zu sein.

Wie verkauft demgegenüber die Regierung ihr neues, ihr alternatives Programm? „Keine weiteren einseitigen deutschen Vorleistungen, ehe man in Gespräche eintritt"[6]), das ist die Parole, die der Regierungssprecher offiziell verkündet hat. Folgenden Kommentar gibt dazu der Bonner Korrespondent der

4) „Christ und Welt", Stuttgart, 21. 11. 1969.
5) Le Monde, Paris, 18. 11. 1969.
6) Zitiert nach WDR, Echo des Tages, 27. 11. 1969.

Springer-Zeitung „Die Welt", Georg Schröder, in einem Leitartikel: „Die Bundesregierung muß also schon ein Abwehrgefecht führen, und sie wird die Hoffnungen in Moskau und in Ost-Berlin, aber auch in Warschau, vorweg gratis und franko weitere Zugeständnisse zu erhalten, nur dann dämpfen, wenn sich die FDP nicht als schwacher Punkt der Koalition erweist. Man wird vermuten können, daß Bundeskanzler und Bundesaußenminister darüber schon offene Worte gewechselt haben. So bleibt denn die Fortsetzung einer mit der Friedensnote der Regierung Erhard/Schröder begonnenen Politik" [7]). Das liest sich nun allerdings wie glatter Hohn. Jene Note von Erhard und Schröder, die außer verbalen Friedensbeteuerungen keinen Hinweis auf ernstliche Absichten der damaligen CDU-beherrschten Bundesregierung enthielt, den Realitäten in Mitteleuropa Anerkennung zuteil werden zu lassen, zur Entspannung und Abrüstung auch nur den geringsten Beitrag zu leisten, jenes sublimierte Produkt Schröderscher Fortsetzung des Kalten Krieges durch agitatorisches understatement, darauf also soll die Ostpolitik sich unter Brandt einpendeln? Und welche „Vorleistungen" sind denn erfolgt, die ein Regierungssprecher „einseitig" nennen konnte, und die nun von Osteuropa und der DDR zu „honorieren" wären? Es sind der Wunsch zu Verhandlungen mit Polen und die Erkenntnis der Bundesregierung, daß Bundesrepublik und DDR zwei deutsche Staaten sind. Hinzugekommen ist danach — in der Perspektive der Springerpresse gleichfalls eine „einseitige Vorleistung", die „sowjetischen Wünschen", nicht etwa auch deutschem Interesse an Frieden und Sicherheit entspricht — die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch die Bundesregierung (mit einer zur Beschwichtigung der CDU/CSU-Opposition angehängten abschwächenden Note der Bundesrepublik, die so manche Behauptung enthält, welche noch im Wahlkampf von Sprechern beider Koalitionsparteien als „CDU-Agitation" treffend gebrandmarkt und zurückgewiesen wurde).

Ein aktiver gewerkschaftlicher Fürsprecher einer Friedenspolitik der Bundesrepublik, der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker, sagte dieser Tage gesprächsweise, es sei noch manchem Mitglied der neuen Bundesregierung anzumerken, daß die Umstellung von der Kooperation mit der CDU in der von Kiesinger geführten Regierung der „großen Koalition" zum unbevormundeten Verwirklichen der eigenen Politik in der neuen Regierung des Kanzlers Willy Brandt einem Klimawechsel gleichkomme, an den man sich erst gewöhnen müsse. Das mag so sein. Aber hoffentlich dauert die Umstellung nicht so lange, daß sich Regierung, Opposition und Umwelt in jenem besorgniserregenden Umfang, der sich bereits abzeichnet, an das Mitregieren der CDU gewöhnen.

Die neue Regierung kann nur Erfolg haben und eine Wende der Politik der Bundesrepublik erzielen, wenn sie eine Regierung der inneren Reformen im Sinne einer umfassenden Demokratisierung dieser noch hierarchisch gelenkten spätkapitalistischen Leistungsgesellschaft wird. Dazu braucht die Regierung Brandt eine Minderung der Rüstungsausgaben und damit eine Politik des Abbaus der NATO-Verpflichtungen, die Helmut Schmidt aber „kontinuierlich" weiter hochschrauben will. Dazu braucht diese Regierung eine friedliche, den Realitäten entsprechende Regelung ihrer Beziehungen zu Osteuropa und auch zur DDR. Dann muß sie statt einer „Modifizierung" der Hallsteindoktrin deren endgültige Preisgabe und die vorbehaltlose Anerkennung der bestehenden Grenzen anstreben. Wenn die neue Bundesregierung dies klargestellt und besiegelt hätte, dann erst hätte sie sich ganz durchgerungen zu einer Friedenspolitik für die siebziger Jahre, die jede Verwechslung mit dem CDU/CSU-Konzept der Politik des Kalten Krieges und des Rüstungstaumels mit Großmachtgelüsten ausschlösse.

7) Georg Schröder, „Ernüchterung folgt der Euphorie", in „Die Welt", Hamburg, 28. 11. 1969.

Rainer Rilling

Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD (I)

Die private und öffentliche Forschung und Entwicklung (FE) bis 1966/67

Die augenblickliche Diskussion um die Kriegsforschung an den westdeutschen Universitäten hat bisher fast völlig die allgemeine Entwicklung der staatlichen Forschungspolitik in der BRD und ihr Verhältnis zur Industrieforschung außer acht gelassen. Dabei befindet sich gegenwärtig die westdeutsche Forschungspolitik in einer Phase grundlegender Strukturveränderung und Neuorientierung, die durch scharfe Konflikte zwischen verschiedenen Gruppierungen der herrschenden Klasse der BRD gekennzeichnet ist. In dieser Auseinandersetzung um Richtung und Inhalt der Forschungspolitik der nächsten Jahrzehnte treffen die verschiedensten politischen und ökonomischen Entwicklungslinien heftig aufeinander, die in der zweiten Hälfte der 50er Jahre begannen und sich immer mächtiger herausarbeiteten und durchsetzten. Vor einer möglichst detaillierten Analyse der westdeutschen Vernichtungswissenschaft muß deshalb diese Entwicklung kurz skizziert werden.

Die Industrieforschung bis 1966/67

Die einzige ökonomisch bedeutsame Forschung der BRD war bis 1955 die Industrieforschung gewesen. Während zur Zeit der Jahrhundertwende in Deutschland die Forschungsergebnisse noch relativ spontan und individuell erzielt und nur sporadisch in den kapitalistischen Verwertungsprozeß eingeführt wurden, setzte vor allem in der Chemie bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine neue Entwicklung ein: „Betriebliche Forschung und Entwicklung wurden nun darauf angesetzt, planvoll Gewinnmöglichkeiten durch naturwissenschaftlich-technische Neuerungsarbeit herbeizuführen" [1]). Durch die Errichtung industrieller Forschungsstätten, in denen nach Maßgabe betrieblicher Rationalität FE-Prozesse planvoll und systematisch organisiert und erwerbswirtschaftlichen Interessen unterworfen wurden, verwandelte sich das Arbeitsverhältnis der einzelnen Wissenschaftler grundlegend [2]) und wurde erstmals die Trennung von angewandter Forschung, die direkt dem Kapital unterstellt wurde, und Grundlagenforschung, die nun weitgehend unter staatliche Regie kam, institutionalisiert. Nach 1945 wurde diese grundlegende Arbeitsteilung zunächst fortgeführt. Die nach und nach wieder errichteten „traditionellen" Forschungsstätten (Universitäten, TH's und Max-Planck-Institute, die sich vorwiegend auf naturwissenschaftliche Grundlagenforschung konzentrierten) dienten im wesentlichen als vorgelagerte Ersatz- und Rekrutierungsrservoire der unmittelbar konzerngebundenen und auf direkte industrielle Verwertung angelegten Industrieforschung [3]). Die Industriefor-

[1]) Karlheinz Bund, Die Parallelarbeit im Rahmen industrieller Forschungs- und Entwicklungstätigkeit, Diss. Berlin 1962 S. 39.

[2]) Der wissenschaftliche Arbeiter wird „selbst den gleichen Methoden unterworfen . . . die er zur Beherrschung der Natur anwendet. Auch er wird wissenschaftlich beobachtet, auf seine Eignung geprüft, bis zum Äußersten seiner Fähigkeiten genutzt und wie irgendein anderes Werkzeug weggeworfen, sobald er den gewünschten Zweck nicht mehr erfüllt", Robert Jungk, Die Zukunft hat schon begonnen, Stuttgart 1957, S. 18.

[3]) Die Einflußnahme der Privatindustrie auf Hochschulen und „freie" Forschungsstätten blieb auf ein wenig ausgebautes Vertragsforschungssystem und unkoordinierte „Förderungsmaßnahmen" über Stiftungen etc.

schung selbst wurde nach einer kurzen Anlaufphase wieder massiv ausgebaut. Von 1948 bis 1956 finanzierte die Industrie ihre FE mit ca. 3,3 Mrd. DM; von 1956 bis 1968 investierte sie den zehnfachen Betrag und erreichte dabei höhere Zuwachsraten als die amerikanische Industrie; bei manchen Unternehmen und Industriezweigen beläuft sich so momentan der Anteil der Forschungskosten am Umsatz auf 10 bis 12 % [4]).

Analysiert man die Gesamtaufwendungen der Wirtschaft für FE im Jahre 1967 (5,09 Mrd. DM ohne Gemeinschaftsforschung), so zeigt sich zunächst folgendes: der Anteil des Staates an der Finanzierung der FE-Aufwendungen der Wirtschaft beläuft sich auf ca. 353 Mio. DM und liegt damit weit unter den entsprechenden staatlichen Anteilen in den USA [5]). Die Tendenz zur öffentlichen Finanzierung der privaten Kapitalverwertung bzw. zur Sozialisierung der FE-Kosten zu Lasten der öffentlichen Hand bei Weiterbestehen privater Gewinne erscheint so noch nicht sehr ausgeprägt. Bezogen auf einen längeren Zeitraum, zeigt sich jedoch, daß, wie in allen kapitalistischen Staaten, der Anteil der Privatwirtschaft an der Finanzierung der gesamten Forschungsaufwendungen der BRD allmählich fällt, wogegen ihr Anteil am Verbrauch der aufgewandten Mittel stetig zunimmt [6]). Bereits hier wird deutlich, daß mit dem Trend zur öffentlichen „Bezuschussung" der Industrieforschung und damit der privaten Kapitalverwertung eine interessengebundene Indienstnahme der öffentlichen Hand stattfindet.

Gliedert man die Mittel für unternehmenseigene FE nach Industriesektoren und Größenklassen auf, so entfallen 1967 29,2 % auf die chemische Industrie, 81,1 %, auf den Sektor Eisen- und Stahlerzeugung, 28 % auf Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau und 27,2 % auf Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; rund 50 % der gesamten unternehmenseigenen FE-Aufwendungen entfielen dabei auf ganze 8 Unternehmen, und 29 % der gesamten unternehmenseigenen FE-Aufwendungen konzentrierten sich auf die 8 umsatzgrößten Unternehmen [7]). Während sich 1965 noch 81 % der FE-Aufwendungen der Privatwirtschaft auf die genannten forschungsintensiven Industriezweige konzentrierten, waren es 1967 bereits 84 %. Rund 50 % der gesamten nationalen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung konzentrieren sich also auf einige wenige Branchen und innerhalb dieser Branchen wieder auf wenige Konzerne, die meist in der Gruppe der umsatzstärksten Unternehmen liegen und monopolistische Markstellungen innehaben. Diese knapp fünfzig Konzerne beanspruchen bei der Definition und Durchführung der staatlichen Forschungspolitik daher ein nahezu exklusives Gestaltungsrecht. Da in ihren Forschungsstätten fast ausschließlich angewandte Forschung betrieben wird, die auf direkte ökonomische Verwertbarkeit abzielt [8]), sind sie

---

beschränkt. Ebenso wie die Organisation wissenschaftlicher FE bis 1955 traditionellen Vorstellungen verhaftet blieb, bestanden auch kaum politische und juristische Voraussetzungen für eine zentrale finanzielle und organisatorische Lenkung des Wissenschaftsprozesses. Das mangelnde Interesse der Privatindustrie an der HochschulFE erklärt sich im wesentlichen aus der ökonomischen Entwicklung bis 1955: eine zaghafte Lohnentwicklung, ein relativ beständiges Arbeitslosenreservoir, der in einigen Sektoren relativ hochentwickelte technische Maschinenpark und der mit dem Marshall-Plan erfolgte Transfer anglo-amerikanischer Technologie (so flossen 1950/1 ca. 30 Mio. DM Marshallplangelder in die „wirtschaftsnahe Forschung", vgl. „Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes NRW" (AGF), Heft 17, Düsseldorf, Köln-Opladen 1953, S. 79) ließen die westdeutsche Privatindustrie schnell eine Stellung auf dem Weltmarkt erlangen.

4) Vgl. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (SV), (Hg.), Wirtschaft und Wissenschaft, H. 1—5/1969 sowie die Bundesberichte Forschung (BF) I—III des BMwF, Bonn, 1965, 1967, 1969, jeweils statistischer Anhang. Die IG-Farben-Nachfolger gaben 1968 800 Mio. DM für FE aus, der Anteil der Wissenschaftler an den Belegschaften betrug 16,8 % bis 20,2 %, der Anteil der FE-Kosten am Umsatz 4,9 % bis 6,5 %, Vgl. Industriekurier (IK) v. 10. 5. 1969.

5) 1968 entfielen dort 62 % der FE-Ausgaben auf den Staat und 33 % auf die US-Industrie, dagegen 69 % des Mittelverbrauchs auf die Industrie und 14 % auf den Staat, BF III S. 239.

6) Der Anteil der Wirtschaft am Verbrauch der aufgewandten Mittel stieg von 54,6 % (1962) über 57,6 % (1964) und 56,5 % (1965) auf 58,9 % (1967), ihr Anteil an den FE-Aufwendungen stieg in diesem Zeitraum ebenso stark an wie der staatlicheAnteil. Vgl. BF III S. 154 ff.

7) Vgl. Wirtschaft und Wissenschaft 3,5/1969.

8) Der Anteil der Aufwendungen für Grundlagenforschung an den gesamten FE-Aufwendungen der Industrie betrug 1967 2,3 % (ohne chemische Industrie), vgl. Wirtschaft und Wissenschaft 3/1969; Für die industrielle

daran interessiert, die Grundlagenforschung — bei der die Möglichkeiten gewinnträchtiger Verwertung noch nicht genau abzusehen sind — durch den Staat finanzieren zu lassen, ohne dabei aber auf Einfluß über die entsprechenden Forschungsstätten zu verzichten, da sie die Voraussetzungen für die eigene Tätigkeit liefern. Weiter aber zieht die ungeheure Konzentration der gesamtgesellschaftlichen FE-Aufwendungen auf wenige Konzerne eine qualitative Neuorientierung der allgemeinen Richtung der wissenschaftlichen Forschung nach sich. Innerhalb der Forschung entsteht eine irreversible Gewichtung, und die Grundlagenforschung wird immer näher an den industriellen Verwertungsprozess herangeführt, ohne freilich direkt und institutionell dem Kapital unterstellt zu werden; ihre Träger — vor allem die Universitäten — geben dabei die Initiative für die Bestimmung der Forschungsschwerpunkte und -richtungen an die Privatwirtschaft oder an die neugeschaffenen Lenkungsorgane von Staat und Industrie im Rahmen der „Schwerpunktprogramme" ab.

Charakter und Funktion der staatlichen Forschungsprogramme bis 1966/67

Bis 1955/57 hatte sich die staatliche Aktivität in Sachen Forschung auf die Pflege der Forschung in den Hochschulen und wenigen bundeseigenen Organisationen beschränkt. Die Schwerpunktprogramme Atomforschung (1955/56) und Weltraumforschung (1962) bedeuteten nun eine neue Qualität in der kapitalistischen Verwertung technischen Wissens. Während die Konzernforschung „die sporadische Nutzung von Erfindungen durch die kapitalistisch organisierte kollektive Forschung" [9]) ersetzte und das selbst finanzierte, produzierte technische Wissen sofort in den Kapitalverwertungsprozeß einführte und damit die Richtung des FE-Prozesses direkt bestimmte, sprengten die mit der „Großforschung" anvisierten Projekte und ihre Durchführung die personellen, organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten privater Monopole. In ihr werden Grundlagenforschung, angewandte Forschung und technische Entwicklung in einer „höhere(n) Stufe der Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation" [10]) innerhalb des Gesamtprozesses in einer langfristig arbeitenden Projekteinheit unter einem planenden Forschungsmanagement zusammengefaßt. Die Planung der weitgehend staatlich finanzierten Projekte erfolgt durch ein kombiniertes FE-Management aus Vertretern der Staats- und Industriebürokratie, das langfristige Finanzierungsprogramme durchsetzt und die Ergebnisse schließlich der von Beginn an eingeschalteten Industrie zur privaten ökonomischen Nutzung überläßt [11]). Innerhalb weniger Jahre ist die Großforschung in der BRD zum herrschenden Produktionsverhältnis in der FE geworden.

Grundlagenforschung gilt, daß sie „nicht nur um der Forschung willen existiert, sondern auf lange Sicht dem Werk von Nutzen sein soll". Unter die „Angewandte Forschung" in der Industrie „fallen diejenigen Arbeiten, die erforderlich sind, um bestehende Produkte zu verbessern, um Umsatzausbeutung zu erhöhen oder spezielle Verfahren auszuarbeiten", Hoechst-Forschungsleiter W. Schultheiss, Forschung in Hoechst, in: Chemische Industrie XVII/1965, S. 501.

9) Autorenkollektiv, Wissenschaft im Klassenkampf, Berlin 1968, S. 46.

10) Ebenda, S. 50.

11) Die Großforschung, die „zu einer neuen Verbindung von Forschung und Industrie führt" (G. Stoltenberg, Unsere Chancen, in: Der Volkswirt, Beiheft zu Nr. 27 v. 8. 6. 1966, S. 8) ist nach dem BF III dort notwendig, wo „ein besonderes öffentliches Interesse vorliegt oder die kurzfristige Nutzenerwartung für die Industrie zu gering ist und infolgedessen die privaten Leistungsanreize für das Engagement der Industrie nicht ausreichen" (S. 40). Oder noch deutlicher die Industrie: „Läßt sich nicht klar erkennen, ob ein bestimmtes Forschungsvorhaben bei angemessenem finanziellen Aufwand innerhalb eines nicht zu langen Zeitraumes durch seine gewinnbringende Anwendung in der Bilanz eines Unternehmens einen positiven Niederschlag finden wird, dann ist eine solche Forschung der Privatwirtschaft nicht zuzumuten" (W. Koeck, Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbandes der chemischen Industrie, in: Atomwirtschaft 1/1965, S. 21). Für die Forschungspolitik des Staates formuliert W. Cartellieri (vormals Bundesministerium der Verteidigung (BMVtdg), dann BMwF) die Konsequenz: „Der Wunsch des Staates, bestimmte Fachbereiche zu fördern, beruht oft auf Überlegungen, die nicht aus dem wissenschaftlichen, sondern aus dem wirtschaftlichen Bereich stammen, aus der Abwägung von Investition und späterem Nutzen, der Rendite" (Deutsche Universitäts-Zeitung 2/1966, S. 12). Hauptaufgabe der Großforschung ist also die „Risikoverteilung oder Risikoentlastung" (BF I, S. 25) der Kapitalisten, wie die Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten des großen Kapitals und deren Profitsicherung wortgewandt umschrieben wird.

Am 6. Oktober 1955 hatte sich die Bundesregierung entschlossen, ein „Bundesministerium für Atomfragen" unter Strauß zu gründen. „Es war den Verantwortlichen in der Bundesrepublik klar, daß der Ruf und Rang als Industrienation und Exportland dahinschwinden würden, wenn nicht große Anstrengungen auf dem Gebiet der Kernenergie unternommen würden" [12]). Mit dieser Entscheidung änderte sich die Situation auf dem Gebiet der staatlichen Forschungspolitik völlig; der Bund dehnte seine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz aus und verschaffte sich die Möglichkeit, „die Entwicklung auf dem Atomgebiet in der Bundesrepublik . . . zu steuern" [13]). Im Januar 1956 wurde der zentralen Leitungsinstanz die „Deutsche Atomkommission" zugeordnet, in der sich — natürlich unkontrolliert — zur Planung und Leitung ad personam berufene Vertreter der beteiligten Atomindustrie, Ministerialbürokratie und Wissenschaftler zu einem staatsmonopolistischen FE-Management zusammenschlossen. In der DAtK sind vor allem die großen Atomkonzerne vertreten [14]), die auf Grund ihrer starken Position ihre Interessen so eindeutig vertreten können, daß der Minister (wie der DAtK-Geschäftsführer mitteilte) „bei seinen Maßnahmen nur in seltenen Ausnahmefällen von den Beratungsergebnissen abweicht" [15]). Dieses erste Beispiel der Integration und Einfunktionierung privater, demokratisch nicht kontrollierter Gruppen in den staatlichen Regierungsapparat wurde zum Vorbild für die weiteren Schwerpunktprogramme. Von 1956 bis 1963 gaben Bund (70,7 % Anteil) und Länder (29,3 %) fast 2 Mrd. zur Erforschung und Nutzung der Kernenergie aus; die gesamten Wissenschaftsausgaben des Bundes stiegen von 1955 bis 1961 um 1500 %, die der Länder um ganze 224 %. Diese Konzentration der forschungspolitischen Aktivität reflektiert die mit den Schwerpunktprogrammen „erreichte Stufe der Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Arbeit . . . , (die) ihre zentralisierte gesellschaftliche Leitung objektiv notwendig" [16]) machte. Nach der Gründung des Wissenschaftsrats wurde in einem zweiten Schritt das „Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung" (BMwF) gegründet und so organisiert, „daß es sich nur mit Führungsaufgaben von Wissenschaft, Forschung und technischer Entwicklung" [17]) befassen sollte. Bis 1966 wurden dem BMwF noch die Aufgaben der „Allgemeinen Wissenschaftsförderung" (Hochschulausbau, Beiträge DFG, MPG) und das Schwerpunktprogramm Weltraumforschung übertragen; in diese drei Programme investierte es von 1962—1966 nahezu 5 Mrd. DM. Mit der Etablierung des BMwF und seinem allmählichen Kompetenzausbau konnte die hinter den Großforschungsprojekten stehende Großindustrie ihre Position befestigen: die zentrale Zusammenfassung der Schwerpunktprogramme und die allmähliche Ausrichtung der „freien" und Hochschulforschung auf diese Programme, wie sie der Wissenschaftsrat schon 1960 empfohlen hatte, garantierten ihr eine enge Koordination der Einzelprojekte und eine institutionell abgesicherte Einflußnahme, die sich auch auf mittlerer und unterer Ebene in den Senaten oder Kuratorien „autonomer" wissenschaftlicher Selbstverwaltungsorgane immer spürbarer realisierte [18]). Durch den forcierten Ausbau der „Zukunftsindustrien" und der

12) J. Sobotta, Das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, Bonn 1969, S. 24.
13) Ebenda, S. 27.
14) Deutsche Bank AG, AEG, Siemens, Esso AG, VW, Hoechst, Haniel, RWE, Mannesmann, vgl. Taschenbuch für Atomfragen 1964, Bonn 1964.
15) Ebenda, S. 14.
16) Autorenkollektiv, Formierte Universität, Berlin 1968, S. 61.
17) Sobotta, a.a.O., S. 29/30.
18) Nach einer Aufstellung in „Wissenschaft im Klassenkampf" sind von den Mitgliedern der Handvoll großer westdeutscher Chemiekonzerne vertreten 12 in Organen des SV und verschiedener Stiftungen, 25 in Organen der industriellen Gemeinschaftsforschung und wissenschaftlicher Gesellschaften, 5 in staatlichen Lenkungsorganen, 21 in Organen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), 32 als zum Teil lehrende Honorarprofessoren an Hochschulen, 9 in Universitätsfördererergesellschaften und schließlich 15 als Ehrendoktoren und -senatoren von Hochschulen; zur Besetzung wissenschaftspolitischer Gremien vgl. im übrigen SDS Marburg, Universität & Kapital, November 1968, S. 42 ff. Die Einflußnahme auf das BMwF geschieht bei allen Schwerpunktprogrammen über die entspre-

Großforschung als eines neuen Typus der Organisation wissenschaftlicher FE wurde nun die traditionelle Form der kapitalistischen Verwertung der Hochschulforschung (Vertragsforschung) [19]) gesprengt; da das große Kapital auf den Ausbau der Schwerpunktprogramme und die vehemente Vergrößerung des Nachwuchsreservoirs durch die Industrialisierung der Universitäten drängte [20]), konzentrierte sich die staatliche Aktivität in dieser Phase auf die verschiedenen Sparten des Ausbildungssektors („Bildungsnotstand") und auf die programmatische und institutionelle Vorbereitung der letzten Entwicklungsphase, die 1966/67 einsetzte.

Staatliche Forschungspolitik und Kapital

In den letzten 20 Jahren wurden in der BRD ca. 100 Mrd. DM für die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung aufgewandt [21]). Dabei entfielen auf den Staat etwa 60 %, auf die Wirtschaft 40 %; die Gesamtaufwendungen stiegen um das 16fache, die des Staates um das 13- und die der Wirtschaft um das 26fache. So könnte scheinen, als ob ein immer größerer Teil der Gesamtaufwendungen von der Privatwirtschaft getragen würde. Gleichwohl sind die privaten und öffentlichen FE-Ausgaben seit dem Beginn einer expansiven Forschungspolitik ungefähr gleich angestiegen: von 1961—1968 im öffentlichen Bereich von 1,748 Mrd. DM (= 100) auf 4,926 (= 282) und im privaten Bereich von

---

chenden „Kommissionen", die dem BMwF zugeordnet sind, die gegenwärtig 397 Mitglieder umfassen und vom BMwF mit 200 000 DM jährlich unterhalten werden; wie erfolgreich die Abstimmung über diese Organe verläuft, zeigen verschiedene Interviews: „So klagen gelegentlich sogar seine (Stoltenbergs — d. V.) Mitarbeiter darüber, der Minister gebe ein bestimmtes Projekt allzu schnell auf, wenn sich etwa der Vorsitzende der Farbwerke Hoechst, Winnacker, dagegen ausspreche" (Süddeutsche Zeitung, Sonderdruck September 1969); sowohl der Raumfahrtindustrielle Bölkow wie auch Ernst von Siemens waren der Meinung, daß die „richtigen Leute" das BMwF „beraten", daß die BRD eine richtige Forschungspolitik betreibe (Bölkow: „Sie ist noch nicht optimal, wird aber vonJahr zu Jahr besser" — Siemens gab auf die Frage ein schlichtes „Ja" zu Protokoll), und daß die Macht des BMwF „durchaus zufriedenstellend" (Siemens) sei bzw. „Allen Anzeichen (nach) . . . künftig mit steigendem Einfluß zu rechnen" sei (Bölkow), vgl. SZ-Sonderdruck a.a.O.

19) So waren 1961 für die industrielle Gemeinschaftsforschung 82 Hochschulinstitute, 7 Institute der MPG, 12 Bundesforschungsanstalten, 3 FhG-Institute und weitere 25 „freie" Forschungsanstalten tätig, vgl. SV-Jahrbuch 1962, Essen-Bredeney 1963, S. 215; 1962 arbeitete der Hauptträger der insbesondere von der Klein- und Mittelindustrie getragenen industriellen Gemeinschaftsforschung, die „Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen" (AIF) bereits mit 185 Forschungsinstituten zusammen (vgl. AGF, H. 122, Düsseldorf, Köln-Opladen 1963, S. 82).
Wichtiger noch ist die direkte Vertragsforschung der Industrie, über die kaum Angaben vorliegen; da ja der Vertragsforschung heute „nicht mehr so enge Grenzen (gesetzt) sind wie es gelegentlich die Würde der Wissenschaft zu erfordern schien" (H. B. Ziese, Vom Wert der Industrieforschung, in: Wirtschaft und Wissenschaft, Sonderdruck 1960, S. 19) schufen 1955 der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT), der SV, die DFG, die AIF und der Verband techn.-wissenschaftlicher Vereine bei der DFG eine „Vermittlungsstelle für Vertragsforschung", die von 1955 bis 1958 Forschungsvorhaben in Höhe von 4 Mio. DM vermittelte; allein die chemische Industrie vergab über die VfV in den letzten 15 Jahren Aufträge an die Hochschulen in Höhe von vermutlich 200 Mio. DM; über ihr spezifisches Lenkungsinstrument, dem „Fonds der Chemischen Industrie" vergab sie für Forschungsförderung von 1950—1965 27,6 Mio. DM; allein von 1960 bis 1965 wandte sie insgesamt 100 Mio. DM für FE-Förderung auf, vgl. Die BASF 1,3/1966, u. H. Heer, Die Monoole und die Festung Wipssenschaft, in: S. Leibfried (Hg.), Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967, S. 67 ff. Wie sehr die Universitäten von den Industriegeldern abhängig sind, zeigt die Situation an der TU Berlin: 1968 stammten von den gesamten Forschungsgeldern 5,36 Mio. DM aus dem Universitätsetat und 11,09 Mio. DM aus hochschulfremden Quellen; allein das Institut für Kraftfahrzeuge bezog 84 082 DM aus Etat- und 916 814 DM aus Drittmitteln, vgl. Der Spiegel 40/1969, S. 85/6; auch in kleinere Hochschulen sind — nach Aussagen vonVerwaltungsdirektoren — über 2/3 der Professoren von Aufträgen betroffen. Bereits 1958 stellte der niedersächsische Kultusminister fest: „Angesichts der unzureichenden staatlichen Hilfe wenden sich die Universitäten immer mehr der Zweckforschung zu, die von der Wirtschaft finanziert wird"; die dafür auf der Industrie aufgewandten Mittel hätten einen Umfang angenommen, der „annähernd dem Betrag, den der Staat für die gesamte Forschung in Westdeutschland bereitstellt, gleichkommt", (zit. n. M. Zipfel, Die Hochschulforschung und das Patent unter westdeutschen Verhältnissen, in: Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Hochschulwesen in Westdeutschland, Berlin 1966, S. 409). Die große Bedeutung der Vertragsforschung liegt sowohl in der Höhe der Gelder wie auch im System der Mehrquellenfinanzierung und der sich herausbildenden Arbeitsteilung zwischen privaten und staatlichen Aufträgen und in der Tatsache, daß bis zu 20 % der in die Hochschulen gehenden Fremdmittel nicht einmal der Universitätsbürokratie bekannt sind, geschweige einer weiteren Öffentlichkeit. Über das System der Mehrquellenfinanzierung kann die Forschung in den Instituten mit verhältnismäßig geringen Mitteln von außeruniversitären Stellen gelenkt werden. Wo die Finanzierung zu teuer wäre (Physikalische Institute o. ä.) springen staatliche Instanzen „fördernd" ein, eignen sich die erbrachten Forschungsergebnisse an und übermitteln die Nutzungsrechte kostenlos oder zu geringem Entgelt an die Industrie; entsprechende Unterlagen wurden für die Heidelberger Hochschulinstitute Physik und Chemie von streikenden Studenten Mitte 1969 eingebracht und geprüft. Zu den „freien" Vertragsforschungsinstituten wie Batelle-Institut u. a. und ihre völlige Funktionalisierung im Dienst der Industrie vgl. IK v. 26. 8. 1969.

20) Vgl. S. Leibfried, Die angepaßte Universität, Frankfurt 1968; SDS Marburg, Universität & Kapital; „Konstanz: technokratische Reformhochschule" und „München: Huber-Plan", in: SDS-info 18/1969 sowie „Militarisierte Wissenschaft", in: marburger blätter Oktober 1968.

21) Wirtschaft und Wissenschaft 4/1969; folgende Angaben hieraus.

1,873 Mrd. DM (= 100) auf 5,250 (= 280). Während so nach 1945 der Staat kaum Gelder für FE investierte, stieg sein Anteil an den gesamten Aufwendungen in der Folgezeit rasch an; gegenwärtig werden bereits fast 50 % der nationalen Gesamtausgaben für FE von der öffentlichen Hand aus Steuergeldern finanziert, „obwohl schon die Wirtschaft der größte Nutznießer von Forschungsergebnissen ist" [22]). Da in der mittelfristigen Finanzplanung die Wissenschaftsausgaben des Bundes bei weit überdurchschnittlichen Zuwachsraten bis 1972 auf 6,5 Mrd. DM steigen sollen, wird sich dieser Trend fortsetzen, ebenso wie der Anteil der Privatwirtschaft am Verbrauch der aufgewandten Mittel steigen wird. Die bedeutende Rolle des Staates allein schon bei der Forschungsfinanzierung zeigt, daß das private Kapital allein nicht vermag, eine unbeschränkte und systematische Entwicklung der „Produktivkraft Wissenschaft" [23]) zu leisten; auch auf diesem Sektor wird der Staat für die beschränkten Zwecke der privaten Kapitalverwertung und die Sicherung des gesellschaftsleitenden Profitinteresses mobilisiert. Seine Aufgabe ist es nun, die der kapitalistischen Wirtschaftsweise selbst inhärenten Grenzen einer systematischen Entwicklung wissenschaftlicher FE zu erweitern. Weder ist das private Kapital in der Lage, aufwendige Großforschungsprojekte selbst langfristig vorzufinanzieren; noch entspricht das relativ hohe „Risiko" bzw. die erst nach längerer Zeit mögliche Verwertung der Ergebnisse den kurz- und mittelfristigen Profiterwartungen des Kapitals; schließlich verhindert die Privatisierung von FE eine breite und intensivere Nutzung ihrer Ergebnisse und führt z. B. zu einer volkswirtschaftlich sinnlosen Doppelarbeit. Da jedoch der technische Fortschritt „in einer kapitalistischen Wirtschaft sowohl die Rate der Kapitalakkumulation als auch die Wachstumsrate der Produktion bestimmt" [24]) und das Privatkapital von den kapitalentwertenden Folgen der FE bewahrt werden will, müssen die vorhandenen FE-Kapazitäten mit staatlicher Hilfe erweitert und in eigene Regie genommen werden, so daß letztlich die expandierenden Kosten sozialisiert werden, während sich das Kapital immer größere Teile des Nationaleinkommens aneignet. So formulierte Cartellieri präzise: „Vielfach werden die so zunächst von der öffentlichen Hand geförderten Aufgaben nach Erreichen bestimmter wissenschaftlicher Ziele oder aber der Aussicht auf wirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten an die allgemeine Wissenschaft oder aber an die Wirtschaft abgegeben werden können" [25]).

Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD

Beginn der Kriegsforschung und Rolle der Industrie

Der offiziell ausgewiesene Beginn der sogenannten „Verteidigungsforschung" datiert auf das Jahr 1955/56. Zwar hatten sich verschiedene Sektoren der Groß-

22) Kurt Lotz (VW-Vorstandschef, SV-Vorstandsmitglied, DAtK-Mitglied) am 18. 3. 1968 vor der IHK Braunschweig, zit. n. Wirtschaft und Wissenschaft 3/1968.

23) Zur „Produktivkrafttheorie" vgl. V. Stoljarow, Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft und die materialistische Geschichtsauffassung, in: Deutsche Zeitschrift f. Philosophie (DtZPh) 7/1963, S. 826 ff.; G. Harig u. H. Neels (Hg.), Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft, Leipzig 1963; H. Klotz u. K. Rum, Über die Produktivkraft Wissenschaft, in: Einheit, 2—3/1963; E. Lassow, Probleme der Produktivkrafttheorie in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und der technisch-wissenschaftlichen Revolution, in: DtZPh 4/1967; J. Albert u. G. Buchheim, Stand und Aufgaben der philosophischen Theorie der Produktivkraftentwicklung, in: DtZPh 2/1968.

24) P. Oehlke u. H.-H. Herzog, Wissenschaft und Intelligenz im Spätkapitalismus, in: ad lectores 8, Neuwied u. Berlin 1969, S. 139.

25) W. Cartellieri, Die Großforschung und der Staat (Bd. I), München 1967, S. 53; auf den Vorwurf zu den Großforschungsanlagen, „daß sich an ihrer Finanzierung die Industrie kaum noch beteiligt, obwohl sie doch später mindestens von einem Teil der Forschungsarbeit die materiellen Früchte ernten kann", meinte Stoltenberg: „. . . Wir fordern auch fast immer von der Industrie eine mindestens 50%ige Eigenbeteiligung an diesen Basisarbeiten. Das sind solche Entwicklungen, die, langfristig gesehen, große Bedeutung haben, entweder für den wirtschaftlichen Fortschritt oder aber auch für die Bewältigung öffentlicher Aufgaben . . . Bei dieser Art der Förderung erscheint es mir zweifelhaft, ob man wirklich eine Rückzahlung verlangen kann, weil die Industrie nachher das Risiko der Produktion und auch des Wettbewerbs völlig alleine trägt . . . Ich verweise darauf, daß zum Beispiel bei den marktbezogenen Förderungsvorhaben der Luftfahrtindustrie ausdrücklich eine Rückzahlung dann vorgesehen ist, wenn die Produkte in die Gewinnzone kommen"; in: E. Herzfeld, Großforschung in Europa, Sendung des NDR III v. 30. 5. 1969.

industrie bereits früher mit Fragen des Aufbaus einer nach militärischen Zwekken orientierten FE beschäftigt und die objektiven Voraussetzungen für den Wiederaufbau kriegsorientierter Konzernforschung initiiert [26]); zwar waren ebenso in verschiedenen Industriebereichen [27]) und Hochschulinstituten [28]) Kapazitäten aus der Zeit der faschistischen Kriegsproduktion zusammengefaßt worden; die wirtschaftliche Situation hatte jedoch bis zu diesem Zeitpunkt weder den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie noch die Finanzierung und Organisation des „technischen Fortschritts" über den Aufbau einer eigenen Vernichtungswissenschaft erfordert [29]). Als jedoch 1955 der „vorhandene Produktionsapparat ... abgesehen von branchenbedingten Abweichungen voll ausgenutzt, der Arbeitsmarkt erschöpft" [30]) war, sah sich das Kapital „ausschließlich auf Produktivitätssteigerungen angewiesen, was wiederum die Ablösung von Erweiterungs- durch Rationalisierungsinvestitionen bedingte" [31]). Der Übergang zur kapitalintensiven Akkumulation erforderte die systematische Entfaltung von Forschung und Entwicklung, die über das militärische Konzept einer konventionellen Massenarmee mit wenig qualifizierter Rüstung der damaligen Adenauer/Blank-Regierung nicht zu leisten war; zudem hätte der schnelle Aufbau einer 500 000 Mann umfassenden Bundeswehr die Ware Arbeitskraft noch mehr verknappt. Dieser Widerspruch zwischen Remilitarisierung und Übergang zu kapitalintensiver Akkumulation verschärfte sich im Jahre 1956 und kam Ende des Jahres auf der politischen Szenerie offen zum Ausbruch, als sich unter Führung von Jaeger/Strauß die sogenannte „Wehrkoalition" vor allem aus den „Militärexperten" aller Parteien bildete und sich gegen die Regierung stellte. Die von der CSU neuformulierte Konzeption [32]) setzte sich dann allgemein durch und wurde — nach dem Avancement von Strauß zum Verteidigungsminister — zur Basis der offiziellen Politik. Die Entscheidung für die Einschränkung der Wehrpflichtzeit und des Personalbestandes kam den Interessen der Industrie angesichts der knappen Arbeitsmarktlage entgegen; mit der Neuorientierung auf eine technologisch hochstehende Armee „versprach das revidierte Rüstungsprogramm der privaten Wirtschaft, anstatt sie mit Produktionsaufgeboten zu belasten, Forschungs- und Entwicklungsaufträge zu erschließen. Am Modell qualitativer Rüstung orientiert, entsprach es unter Vollbeschäftigungsbedingungen den Erwartungen der privaten Unternehmer eher als die quantitativen Rüstungspläne der frühen fünfziger Jahre" [33]). Der Beifall der Privatindustrie für die von der Wehrkoalition eingeleitete forschungspolitische Integration von Remilitarisierung (KriegsFE) und Produktivitätssteigerung durch technische Rationalisierung und Modernisierung, die zugleich längerfristig eine kontinuierliche Anhebung

26) Vgl. H.-D. Bamberg, Ökonomie und Remilitarisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1969; auf der 17. Sitzung der AGF am 9. 1. 1952 forderte der damalige TH-Professor und vormalige wissenschaftliche Mitarbeiter in der Krupp'schen Rüstungsproduktion Schenck, „unbedingt die reichen Fabrikationserfahrungen des Krieges wieder zu sammeln ... Noch lebt eine große Anzahl der Herren, die dieses wertvolle Gut ... noch kennen und zusammentragen können. Es birgt außerordentlich große Schätze, aus denen besonders die zivile Technik reichen Nutzen ziehen kann." Auf derselben Sitzung kündigte Ministerialrat Hinsch vom BMWi an: „Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß die Forschungszweige, die bis jetzt nach dem Kriege verboten waren, in Zukunft besonders gefördert werden müssen, wenn sie für die deutsche Wirtschaft wichtig sind." 1953 wurde im BDI „die Bildung eines Arbeitskreises für Rüstungsfragen im BDI und einer Anzahl von Arbeitsgruppen zu einem gewissen Abschluß gebracht" (BDI-Jahresbericht 1953/4, Köln 1954, S. 164), die als wichtigste Aufgabe die „Mitwirkung bei der Aufstellung von Programmen für wissenschaftliche und technische Forschung und Entwicklung" zu erfüllen hatten (vgl. BDI-Jahresbericht 1952/3, S. 157).

27) Insbesondere die Sektoren Maschinen- und Fahrzeugbau, Eisen-, Stahl-, Chemie- und Elektroindustrie.

28) Dies gilt vor allem für Einrichtungen der Luftfahrtforschung.

29) Zum folgenden vgl. Kurt Johannson, Vom Starfighter zum Phantom, Frankfurt 1969, u. Gerhard Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, Witten/Berlin 1966.

30) Brandt, a.a.O., S. 171.

31) Brandt, a.a.O., S. 172.

32) Vgl. Brandt, a.a.O., S. 190.

33) Brandt, a.a.O., S. 200. Diese „zivile" Dimension wurde von Strauß später stark hervorgehoben: „Ich sehe es jedoch als eine meiner Aufgaben an, das Geld der deutschen Steuerzahler für scheinbar unproduktive Zwecke, nämlich für Rüstungsmaterial, wenn auch notwendig im höheren Sinne des Wortes, in einer anderen Dimension nutzbringend anzuwenden, denn die moderne Hochleistungstechnik beim Schiffbau, Flugzeugbau und auf anderen Gebieten wird ausstrahlen" in: FAZ v. 6. 5. 1959.

des industriellen Produktionsniveaus und die Monopolisierung im großen Maßstab produzierten technischen Wissens in Aussicht stellte, wird an den Jahresberichten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), die just seit 1955 den Problemen der (auch militärischer) FE-Politik breiten Raum gaben, besonders deutlich. Bereits im Bericht 1955/56 wurde die Verklammerungsfunktion der KriegsFE betont: „Ein weit größerer Teil der anstehenden Forschungsarbeiten hat aber Bedeutung nicht nur für die militärische Ausrüstung, sondern auch für die Wirtschaft im allgemeinen" [34]); nach der Durchsetzung der neuen Konzeption deutet sich ein Jahr später die Wendung der Industrie zu allgemeinen Fragen der FE-Politik an: „... die Notwendigkeit, ganz allgemein der Wissenschaft eine bessere finanzielle Grundlage zu geben, haben den BDI veranlaßt, gemeinsam mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft diesen Fragen seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Bestimmend für diese Haltung war nicht zuletzt die Erkenntnis, daß die deutsche Industrie ihre Stellung auf dem Weltmarkt zu einem wesentlichen Teil den großen Leistungen der deutschen Forschung verdankt und daß jeder Rückschritt auf wissenschaftlichem Gebiete auch Nachteile auf wirtschaftlichem Gebiet zur Folge haben müßte" [35]). Es galt nun, „die im wirtschaftlichen Bereich bereits vorhandene Verbindung der Arbeiten des BDI auch auf andere Fachrichtungen auszudehnen und insbesondere die bisher kaum vorhandenen Beziehungen zu den Universitäten, Hochschulen und sonstigen Forschungsstätten herzustellen" [36]). In der Folgezeit wurde die Kriegsforschung zu einem der bedeutendsten Sektoren der westdeutschen Wissenschaft.

Aufwendungen für Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft

In den folgenden Tabellen [37]) sind die Wissenschaftsausgaben des BMVtdg. zusammengefaßt und in Beziehung zu den staatlichen Gesamtausgaben bzw. den Wissenschaftsausgaben des Bundes für die Schwerpunktprogramme gesetzt.

Wirtschaftsausgaben des BMVtdg. 1955—1969 in Mio. DM und in % der Gesamtaufwendungen des Bundes für Wissenschaft:

1955	1,0	0,1	1963	547,9	32,1
1956	9,0	5,2	1964	649,2	31,8
1957	31,9	9,5	1965	704,2	31,6
1958	111,2	20,5	1966	760,6	28,1
1959	155,8	24,1	1967	968,9	28,3
1960	182,9	29,7	1968	985,3	27,8
1961	381,0	35,8	1969	1070,9	26,2
1962	410,3	28,7			

Wissenschaftsausgaben des Bundes nach Schwerpunktprogrammen 1962—1969 in Mio. DM (Allg. Wissenschaftsförderung=I, Atomforschung=II, Weltraumforschung=III, Kriegsforschung=IV, Studienförderung=V):

	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
I	373,9	378,2	406,7	464,2	647,7	855,3	963,5	1068,2
II	311,9	335,4	422,3	454,6	590,7	707,2	672,9	782,9
III	10,8	50,5	141,0	143,6	177,3	268,4	295,6	351,2
IV	410,3	547,9	649,2	704,2	760,6	968,9	985,3	1070,9
V	100,1	130,2	135,7	147,5	158,8	179,3	180,5	197,7

34) BDI-Jahresbericht 1955/6, Köln 1956, S. 181.
35) BDI-Jahresbericht 1956/7, Köln 1957, S. 98.
36) BDI-Jahresbericht 1957/8, Köln 1958, S. 42.
37) Zu den folgenden Angaben vgl. BF I—III, jeweils statistischer Anhang; Wirtschaft und Wissenschaft 1—5/1969; Der Spiegel 21/1969; Air-Force-Forschungsresumee 1966; Protokoll des „Hearing before the Comitee on Foreign Relations United States Senate" v. 9. 5. 1968. In den BF I—III auch die Anteile der Ausgaben für „Verteidigung" und Wissenschaft (mit u. ohne „Verteidigungsforschung") an den Gesamtausgaben der öffentlichen Verwaltung.

Charakteristisch für die Entwicklung des Sektors Kriegsforschung ist zunächst folgendes:

a) Innerhalb weniger Jahre stieg der Anteil der Aufwendungen für Kriegsforschung auf rund ein Drittel der gesamten Wissenschaftsausgaben des Bundes und auf ca. ein Sechstel der gesamten staatlichen Wissenschaftsausgaben. Über ein Fünftel der gesamten staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung entfallen auf Kriegsforschung.

b) Zwischen 1962 und 1969 verdoppelten sich die Ausgaben für reine Kriegsforschung und schlugen 1969 erstmals mit über einer Mrd. DM zu Buch; nur das Programm Allgemeine Wissenschaftsförderung nahm im selben Zeitraum mit knapp 700 Mio. DM absolut stärker zu. Während von 1962—1969 die ausschließlich zivil nutzbaren Förderungsprogramme des Bundes (Allgemeine Wissenschaftsförderung, Studienförderung, Ressortforschung) einen von 48,8 % auf 43,3 % sinkenden Förderungsanteil aufwiesen, stieg der Anteil der zumindest sekundär militärtechnologisch verwertbaren Programme an den Gesamtausgaben des Bundes von 51,2 % auf 56,7 %.

c) Gemessen an den entsprechenden Aufwendungen für KriegsFE in den USA und den westeuropäischen Ländern hinken die westdeutschen Ausgaben gemäß dem allgemeinen Rückstand hinterher; sie machen ca. 1,3 % des Bundeshaushalts aus.

d) Die Ausgaben des BMVtdg. umfassen jedoch nicht alle Gelder, die in der BRD Kriegsforschung ermöglichen. Von der US-Air-Force wurden 1966 19 Kriegsforschungsaufträge in der BRD abgewickelt, von der US-Army 1967 16 Aufträge für 1,545 Mio. DM in die BRD vergeben und 1969 vom Pentagon 21 Kriegsforschungsaufträge für alle Waffengattungen im Werte von 2,741 Mio. DM vergeben, wobei sich das Schwergewicht immer mehr auf die Universitäten verlagerte (1969 17 Aufträge für 2,56 Mio. DM). Welche Aufträge über die NATO in der BRD finanziert werden, ist unbekannt; sie förderte in den letzten sieben Jahren 280 Forschungsprojekte mit ca. 21 Mio. DM, und in ihrem Programm „Wissenschaftliche Spezialgebiete, die für die NATO von besonderer Relevanz sind", förderte sie mit 5,6 Mio. DM ca. 35 Forschungsvorhaben u. a. aus den militärisch interessanten Bereichen der Meeres- und Unternehmensforschung.

Die Analyse der Gelder stößt auf die erwarteten Schwierigkeiten. In den Haushaltsplänen ausgewiesen sind einzig als Schwerpunkte die „Wehrtechnische Forschung" und die „Wehrtechnische Entwicklung", wobei auf die Forschung durchgehend nur 10—15 % der aufgewandten Mittel entfallen [38]). Da nur geringe Beträge auf die Grundlagenforschung entfallen — während sich die Aufwendungen für FE gewöhnlich wie 30:70 verhalten [39]) —, erscheint der Schluß legitim, daß die militärtechnologisch bedeutsame Grundlagenforschung über die anderen Schwerpunktprogramme des Bundes organisiert wird: „Voraussetzung und Basis der zweckorientierten Forschungsansätze und Entwicklungen im Rahmen der wehrtechnischen Programme des Bundesministeriums der Verteidigung ist eine allgemeine Grundlagenforschung von hohem Niveau" [40]). Bereits im Bundesforschungsbericht I wird denn auch auf „die weitgehende Überlagerung der Forschungsarbeiten für militärische und zivile Ziele" [41]) hingewiesen. Von großer Wichtigkeit sind dabei vor allem die neueren Schwerpunktprogramme Datenverarbeitung (1966 vom BMVtdg mit 4,7 Mio. DM finanziert), Neue Technolo-

[38]) Vgl. BF II sowie Gerhard Schätzle, Forschung und Entwicklung als unternehmerische Aufgabe, Köln-Opladen 1965, S. 128.
[39]) Ebenda.
[40]) BF I, S. 63.
[41]) Ebenda.

gien und Meeresforschung (für 1969—1973 vom BMVtdg. 89,2 Mio. DM vorgesehen), die sich auf anwendungsorientierte Grundlagenforschung und jene Gebiete konzentrieren, die etwa in den USA über die Kriegsforschung entwickelt wurden. Die Schwerpunktprogramme des Bundes freilich ausschließlich unter Kriegsforschung zu rubrizieren, verkennt den spezifischen Charakter der westdeutschen Forschungspolitik (s.u.).

Lenkungsorgane der Vernichtungswissenschaft

Mit der Einrichtung der Abteilung T (Wehrtechnik) im BMVtdg., die vor allem dem Drängen der Rüstungsindustrie und der Rüstungstechnokraten der Parteien zu verdanken war, war die Clearingstelle für die wehrtechnischen Wünsche der Militärs und der Kriegsindustrie geschaffen worden. In der Abteilung T und den ihr nachgeordneten Dienststellen sind „zusammengefaßt alle Arbeitsgebiete der naturwissenschaftlichen Forschung und der technischen Entwicklung. Die Entwicklung ist unterteilt in die großen Arbeitsgebiete der Heerestechnik, der Luftwaffentechnik und der Marinetechnik" [42]). Die Kriegsforscher bilden im BMVtdg. „die größte Abteilung mit einem Personal, das dem eines normalen Ministeriums entspricht: etwa 25 Wissenschaftler und rund 200 Ingenieure und Techniker" [43]). Zusammen mit der Abteilung „Verteidigungswirtschaft" arbeitet die Abteilung T mit den militärischen Führungsstäben die „Militärischen Forderungen an das Material" aus und übergibt die ausgearbeiteten Aufgabenstellungen an das dem BMVtdg. nachgeordnete „Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung" (BWB) [44]). Diese „straffe Zusammenfassung der Forschung, Entwicklung und Produktion aller drei Teilstreitkräfte in einer Hauptabteilung und in dem nachgeordneten Oberamt", dem BWB, verschaffte der westdeutschen Kriegsorganisation einen „schon in der alten Wehrmacht angestrebten Vorteil" [45]) gegenüber den westlichen Staaten, die vor allem die „Partnerschaft zwischen Verteidigung und Industrie" [46]) erleichterte.

Das BMVtdg. und das BWB bilden das Zentrum der staatlichen KriegsFE. Von ihnen gehen formelle und informelle Verbindungen aus: a) zu einzelnen Ministerien, b) zu verschiedensten Wissenschaftsorganisationen, c) zur Rüstungsindustrie, d) zu verschiedenen Gruppen des militärisch-industriellen Komplexes der BRD und e) zur NATO. Da nach dem BWB-Präsidenten „in großem Umfange Mittel aus Entwicklungsaufgaben der Wehrtechnik der projektorientierten Forschung zugute" [47]) kämen und diese zum Teil eine zumindest potentielle militärische Bedeutung durch entsprechende Grundlagenforschung besitzt, müssen dieVorhaben der Kriegsforschung bereits frühzeitig auf ministerieller Ebene mit den anderen Projektbereichen abgestimmt werden. „Obwohl das Verteidigungsministerium seine Forschungsverträge selbst abschließt und nicht eine allgemeine Forschungsförderung betreibt, besteht eine gute Koordinierung der Aufgaben mit den anderen Bereichen der Bundesregierung" [48]). Sie findet formell statt im von allen Ministerien besetzten „Wissenschaftskabinett"; „Interministerielle Ausschüsse sorgen außerdem für eine laufende Koordinierung in den verschiedenen Gremien. Ganz besonders eng und wichtig ist die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

42) Wehrtechnische Monatshefte 2/1964, S. 65/66.
43) Jupiter-Film GmbH (Hg.), Sprechtext: „Wehrforschung — Streng geheim?", 8. 11. 1968, Teil I, Vom Faustheil zur Kernenergie.
44) Das BWB umfaßt ca. 4500 Angestellte und Mitarbeiter und vergibt jährlich Beschaffungs- und Entwicklungsverträge in Höhe von 6—7 Mrd. DM; zum BWB vgl. Wehrtechnische Monatshefte 8/1966, S. 329 ff. u. Jahrbuch der Wehrtechnik 1966, Darmstadt 1966, S. 198 ff.
45) Wehrtechnische Monatshefte 1/1967, S. 6.
46) T. Benecke (ehem. Leiter der Abt. T), Die Auftragsforschung im Rahmen der Wehrtechnik, Sendung DLF v. 7. 8. 1969.
47) Ebenda.
48) Ebenda.

und der Abteilung Wehrtechnik" [49]) des BMVtdg. Wie sich aus der Aufgabenstellung der einzelnen Unterabteilungen und Referate des BMwF ergibt, ist nahezu das gesamte BMwF auf den verschiedensten Teilgebieten von der Aktivität des BMVtdg. direkt betroffen [50]). Daneben stimmt sich das BMVtdg. mit den entsprechenden Ressorts der anderen Bundesministerien laufend ab: „Die Referenten für Forschung in den einzelnen Ressorts stehen in enger Verbindung" [51]). Diese enge Kooperation — 1969 verwalteten BMwF und BMVtdg. 77,9 % der Wissenschaftsausgaben des Bundes — ist als Versuch zu werten, die Zersplitterung der Forschungspolitik bis hinein in die 60er Jahre aufzuheben; gleichzeitig wird darin die wachsende Einflußnahme der beteiligten Privatindustrien deutlich, die hinter den einzelnen Schwerpunktprogrammen stehen und seit geraumer Zeit nach „straffer Koordinierung der vielen Organisationen . . . , die sich mit Forschung und Entwicklung beschäftigen", rufen [52]).

Die Kontakte zu nachgeordenten wissenschaftspolitischen Lenkungsgremien sollte neben der „beim Ministerium gebildeten Gruppe von 25 Fachexperten" [53]) vor allem der 1964 gebildete „Gesprächskreis Wissenschaft und Verteidigung" halten, der außerdem noch die verschiedenen „Möglichkeiten der Abstimmung und Koordinierung schwerpunktmäßiger Förderungsprogramme und -methoden zwischen allgemeiner Wissenschaft und Verteidigung" [54]) klären sollte. Ein Jahr nach seiner Konstituierung hatte er jedoch erst ein- bis zweimal getagt. Formell vertreten ist das BMVtdg. im Wissenschaftsrat, in dem es seine Wünsche offensichtlich durchsetzen konnte: Im April 1965 forderte der Wissenschaftsrat: „Bei der Bestimmung von Förderungsschwerpunkten sollte daher durch interministerielle Abstimmung und auf sonstige Weise sichergestellt werden, daß die Belange der Verteidigung berücksichtigt werden" [55]). Nachdem das BMVtdg. dem Wissenschaftsrat eine Liste jener Bereiche überreicht hatte, die nach seiner Meinung vordringlich gefördert werden sollten, tauchten in den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Bildung von Forschungsschwerpunkten (Sonderforschungsbereiche) zahlreiche Projekte auf, die militärisch interessant sind [56]). Die Kontakte zum Wissenschaftsrat werden ergänzt durch die Beziehungen zur Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und derem wichtigsten Fachausschuß für „Angewandte Forschung", der Empfehlungen und Denkschriften als „zuverlässige Unterlage" für die Wirtschaft, den Wissenschaftsrat und den Bund herstellt und die DFG bei der Bildung von Schwerpunkten berät. Sieben der 26 Mitglieder des Ausschusses sind Konzernlobbyisten — darunter mindestens drei, die Kriegsforschung betreiben —, weitere Mitglieder sind der Leiter der Abteilung Wehrtechnik des BMVtdg. und der Präsident der vom BMVtdg. kontrollierten Fraunhofer-Gesellschaft [57]).

49) Ebenda.
50) Z. B. arbeiten die Unterabteilungen „Luft und Raum" der Abt. T des BMVtdg. und „Gelenkte Flugkörper" des BWB eng zusammen mit der Abt. IV des BMwF „Weltraumforschung; Luftfahrtforschung" unter dem ehemaligen Mitarbeiter der Abt. T. Mayer; in dem 1966 gebildeten interministeriellen Ausschuß „Koordinierungsausschuß Luft- und Raumfahrtindustrie" ist neben dem BMwF, dem BMWi und dem Finanzministerium auch das BMVtdg. vertreten; auch in den „Beratungsgremien" des BMwF — etwa den Kommissionen für Weltraumforschung und Ozeanographie — haben BWB bzw. Abt. T einen Sitz.
51) Benecke, a.a.O.
52) BDI-Jahresbericht 1958/9, S. 254.
53) G. Stoltenberg am 10. 2. 1966 auf eine Große Anfrage im Bundestag, zit. n. Wehrtechnische Monatshefte 4/1966, S. 134.
54) BF I, S. 63.
55) Wissenschaftsrat, Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil III Forschungseinrichtungen, Band 1, Bonn 1965, S. 84. Dem WR lag zudem eine enge Kooperation zwischen BMVtdg. und wissenschaftspolitischen Gremien am Herzen: „Auf seiten des Verteidigungsministeriums ist eine stärkere Zusammenarbeit mit den zentralen wissenschaftlichen Organisationen notwendig. Für die gezielte Förderung der Grundlagenforschung wäre es z. B. zweckmäßig, wenn eine Abstimmung mit den Schwerpunktprogrammen der Deutschen Forschungsgemeinschaft erfolgte, die sich zum Teil mit den für die Verteidigungsforschung besonders interessanten Gebieten decken" (S. 84/85).
56) Vgl. Wissenschaftsrat, Verzeichnis 1968 im Sinne der Verfahrensordnung für die Einrichtung und Finanzierung von Sonderforschungsbereichen, Bonn 1968, S. 5 u. 19 ff., sowie Hochschuldienst 2/1967.
57) Vgl. DFG-Mitteilungen, September 1969, Einlage.

Die Besetzung wissenschaftspolitischer Organe — betroffen ist auch die vorgeblich nur mit zivilen Aufgaben beschäftigte Max-Planck-Gesellschaft [58]) — soll auch ein direktes Hineinregieren in die personelle Besetzung der Institute ermöglichen, um auf jeden Fall die Verwertungschancen ziviler FE-Ergebnisse für militärische Zwecke zu garantieren [59]).

Kaum zu fixieren dagegen ist die Kooperation des BMVtdg. mit der beteiligten Kriegsindustrie. Zu Beginn der Remilitarisierung forderten BDI und Strauß die Bildung von „Verteidigungsbeiräten", die von BDI- und DFG-Vertretern besetzt sein und das BMVtdg. bzw. den Bundesverteidgungsrat in Fragen der Kriegsforschung beraten sollten. Statt dessen wurden dann jedoch sogar die Arbeitsgruppen des Verteidigungswirtschaftlichen Ausschusses des BDI direkt in die Arbeit des BMVtdg. eingeschaltet: „Die Mehrheit dieser über 100 Arbeitsgruppen und Untergruppen ist je nach den Gegebenheiten bereits mehr oder weniger stark eingeschaltet worden und hat fruchtbare Arbeit geleistet... Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Zusammenarbeit gut ist, weil die Sachbearbeiter erkannt haben, daß es für sie nur von Vorteil sein kann, sich des Sachverstandes der Industrie in möglichst großem Umfang zu bedienen" [60]). Ergänzend war es dem BDI gelungen, die „enge Zusammenarbeit der Industrie mit den Behörden in der Forschung, in der Entwicklung und in der Fertigung" [61]) auf seine Arbeitsgruppen zu konzentrieren und Direktbeziehungen auf Firmenebene zunehmend auszuschalten. Neben dem BDI haben vor allem die Verbände der beteiligten Industriezweige eigene Ausschüsse und Beiräte gebildet [62]), die direkt oder über Kommissionen mit dem BMVtdg. und dem BMwF kooperieren. Die Gründung zentraler Forschungsmanagements der Rüstungsforschung der größten beteiligten Konzerne in den letzten drei Jahren erleichterte die Interessenrealisierung der großen Konzerne; zur Durchführung komplexer Großprojekte wurden — ausgehend von der Rüstungsindustrie — in den letzten zwei Jahren von Industrie, BMVtdg. und BMwF Empfehlungen für ein einheitliches Projektmanagement entwickelt, die u. a. vorsehen, „ein starkes und potentes Auftraggebermanagement in Projektleitungsgesellschaften außerhalb der Ministerien zusammenzufassen, die die einzelnen Projekte verantwortlich steuern und überwachen sollen" und dem ein entsprechendes Auftragnehmermanagement gegenüber steht [63]), denen als kombiniertem Forschungsmanagement die „Regelung der funktionalen Beziehungen zwischen allen an der Abwicklung eines Großprojektes beteiligten Stellen" [64]) obliegt und in denen die (teilweise bereits aufgebauten) privaten und staatlichen Forschungsmanagements verschmelzen sollen. Die Einrichtung eines Sonderforschungsbereichs „Unternehmensforschung" an der Universität Bonn und die Errichtung eines „Management-Instituts" für die „Forschungsführung", die vom BMwF betrieben wird [65]), sollen die „Lücke" auf

58) Vgl. u. a. BF I, S. 64; zwischen FhG- und MP-Instituten besteht z. T. Personalunion. Das BMVtdg. steht auch in „einem ständigen Gedankenaustausch" mit der Kultusministerkonferenz und hat zum Zweck der „Förderung der Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Einrichtungen für Wissenschaft und Bildung" eine Kontaktkommission zwischen beiden Institutionen gebildet. Informelle Beziehungen unterhält das BMVtdg. auch zur Westdeutschen Rektorenkonferenz, vgl. 5. Deutscher Bundestag, 203. Sitzung v. 6. 12. 1968, Anlage 5, S. 10 999.

59) Benecke weist darauf hin, daß das BMVtdg. „bei der personellen Besetzung der Forschungsinstitute, die besonders mit wehrtechnischen Forschungsaufgaben versehen sind, eine enge Koordinierung mit den Wissenschaftsorganisationen herstellt. Um die Verklammerung ziviler und militärischer Vernichtungswissenschaft leisten zu können, sind die „Beratungsgremien oder Beiräte" dieser Institute „in großem Umfang mit Wissenschaftlern aus anderen Bereichen besetzt. Dadurch, daß in den Instituten auch Diplomanden und Doktoranden beschäftigt werden, ist ein enger Kontakt mit den Hochschulen und ein Weitergeben wissenschaftlicher Erkenntnisse gewährleistet."

60) BDI-Jahresbericht 1962, Köln 1963, S. 158.

61) Ebenda.

62) Vgl. Wissenschaft im Klassenkampf, S. 187 ff.

63) IK v. 20. 5. 1969; vgl. auch Johannson, a.a.O., S. 73 ff., 85 ff.

64) IK v. 20. 5. 1969.

65) Pressedienst des BMwF, 23/1968.

dem Gebiet des Forschungsmanagements beseitigen helfen und die Bildung staatsmonopolistischer Forschungsmanagements, in denen Angewandte Forscher, Staats- und Konzernvertreter integriert sind, vorantreiben.

Eine wichtige Vermittlungsrolle spielen schließlich die „Arbeitsgemeinschaft für Wehrforschung" und die „Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik" (seit 1967 „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik"). In der 1956 gegründeten DGW [66]) bildete sich eine Organisation „aus Angehörigen der ehemaligen Waffenämter, aus aktiven Soldaten und Ingenieuren der Bundeswehr, aus maßgeblichen Angehörigen der Industrie, wissenschaftlicher Institutionen sowie freier Berufe" [67]), die sich „als uneigennütziger Mittler zwischen Bundeswehr, Wirtschaft und Wissenschaft" [68]) verstand. Die in ihr zusammengeschlossenen Vertreter der Rüstungskonzerne, des BDI, des BMVtdg. der „freien" und universitären Vernichtungswissenschaft stammen vorwiegend aus der faschistischen Kriegswirtschaft [69]); sie organisieren Erfahrungsaustausche und militärtechnologischem und rüstungspolitsichem Gebiet und betreiben — zum Teil durch Zusammenarbeit mit faschistischen Staaten [70]) — eine Konzeption „qualifizierter", technisch hochentwickelter Rüstung. Besondere Verdienste hat sich die DGW um die Besetzung von Universitätslehrstühlen mit entsprechenden Professoren erworben [71]). Ein weiteres Zentrum der Wehrforschung ist die „Arbeitsgemeinschaft für Wehrforschung", die sich auf die Koordination der — vor allem geisteswissenschaftlichen — Militärforschung konzentriert und entsprechende Arbeiten initiiert [72]). Beide Institutionen fungieren für die technokratischen Militärs und ihre Parteigänger [73]) als Resonanzboden militärpolitischer Konzeptionen und versuchen neuerdings verstärkt, die Ausbildung wehrtechnischer Kader zu fördern und zu steuern [74]).

Zentren der Vernichtungswissenschaft

Weder die Industrie noch das Militär geben Auskunft über die Stellen, die Förderungsgelder verbrauchen. Bei der Analyse der verbrauchenden Stellen ist man also weitgehend auf Spekulation angewiesen.

Die Ausgaben des BMVtdg. für KriegsFE verteilen sich auf die Industrie, „freie" Forschungsstätten und Hochschulen. Nach Angaben des Wissenschaftsrates verteilten sich die Gelder für reine Kriegsforschung (also ohne Entwicklung und Erprobung) 1963 (= 56,25 Mio. DM) „etwa so, daß auf Hochschulinstitute 26 %, Forschungsinstitute außerhalb der Hochschulen 30 % und die Industrie 43 % der Mittel entfielen" [75]). Laut Bundesforschungsbericht I sollen im selben Jahr ca. 17,5 Mio. DM in die Hochschulen geflossen sein — immerhin ca. 2,4 Mio. DM mehr als nach dem Schlüssel des Wissenschaftsrates [76]). Überträgt man den Schlüssel des Wissenschaftsrates als einzige ausgewiesene Angabe auf die folgenden Jahre, so wären die Gelder für universitäre Kriegsforschung von ca. 14 Mio. DM (1962) über 18,8 Mio. DM (1964) und 28 Mio. DM (1966) auf 40,8 Mio. DM (1969)

66) Vgl. W. Hübner, Die „Gesellschaft für Wehrkunde" — ihre Rolle im System der Militarisierung Westdeutschlands, Diss. Leipzig 1964.
67) Wehrtechnische Monatshefte 5—6/1967, S. 199.
68) So das Grußwort Gerhard Schröders zur 10-Jahres-Tagung, ebenda, S. 178.
69) Nachweise in Wehrtechnische Monatshefte, 1953 ff.; die leitenden Kader der Abt. T bzw. Rüstung des BMVtdg. waren fast auch immer führende Vertreter der DGW; Einzelbeziehungen bestanden u. a. zu Diehl, Rheinmetall, Wasag-Chemie, Henschel, WMF, Bölkow.
70) Vgl. etwa Wehrtechnische Monatshefte 10/1966 u. 1/1967.
71) Vor allem an der TH Aachen, der TH Karlsruhe und der TH München.
72) Beide Vereinigungen führen regelmäßige Konferenzen durch; vor allem die politisch-programmatischen Referate werden nicht veröffentlicht und haben „vertraulichen Charakter".
73) Vgl. Wehrtechnische Monatshefte 6/1964 u. 5—6/1967.
74) Dazu wurde die von Industrie und BMVtdg. finanzierte und der DGW mitbegründete „Carl-Cranz-Gesellschaft" konstituiert, die von 1963 bis 1968 über Navigation, Elektronik und Flugführung 39 Kurse abhielt, die von 736 Wehringenieuren und -technikern besucht wurden.
75) WR-Empfehlungen zum Ausbau, S. 86.
76) BF I, S. 63.

gestiegen. Auf die Industrie entfielen danach 1969 rd. 70 Mio. DM und auf die „freien" Forschungsstätten rd. 47 Mio. DM. Auf der anderen Seite entfallen von den Ausgaben des BMVtdg. für „wehrtechnische Entwicklung und Erprobung" ca. 90 % auf die Industrie, so daß in die Hochschulen — exakte Angaben liegen nicht vor — zwischen 20 und 50 Mio. DM fließen dürften. Nicht festzustellen sind die auf beiden Sektoren durch Vertragsforschung von der Rüstungsindustrie an die Hochschulen weitergegebenen Auftragsgelder; die untere Grenze dürfte bei ca. 20 Mio. DM liegen, die obere ist Objekt der Spekulation. Ebenfalls nicht zu fixieren ist der Anteil jener über die Schwerpunktprogramme geförderten Forschungsvorhaben an den Hochschulen, die militärtechnologisches Grundlagenwissen liefern, aber nicht vom BMVtdg. finanziert werden; besonders wichtig wären hier die Luft- und Raumfahrtforschung [77]) und die Programme EDV und Meeresforschung. Die Vermutung, daß gegenwärtig mindestens 100 Mio. DM an Kriegsforschungsgeldern in die Hochschulen fließen, dürfte realistisch sein.

Industrielle Kriegsforschung

Das wichtigste Zentrum der organisierten Entfaltung und Verwertung vor allem militärtechnologischer Vernichtungswissenschaft ist die Industrie. „Knapp 1 Mrd. DM, also 27 bis 28 % der gesamten Wissenschaftsausgaben des Bundes, flossen sowohl 1967 als auch 1968 der Wirtschaft zu. Dabei handelt es sich vor allem um wehrtechnische Entwicklungsarbeiten (über 70 %)" [78]). Nach dem Bundesforschungsgericht III entfielen von den 724,9 Mio. DM, die das BMVtdg. 1967 für wehrtechnische Vorhaben an die Industrie zahlte, auf die Wirtschaftszweige Chemie/Mineralölverarbeitung 24,5 Mio. DM, Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau, Gießerei, Stahlverformung 471,2 Mio. und Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw. 166,7 Mio. DM. Nach den Bundesforschungsgerichten I—III ist kaum ein bedeutender Industriezweig von den Aufträgen des BMVtdg. ausgeschlossen.

Die Einschaltung der Industrie in die Remilitarisierung und damit der Aufbau einer industriellen KriegsFE waren in mehreren Phasen vor sich gegangen. Einigkeit darüber, „daß auch unsere Industrie, die einst auf vielen Gebieten der Forschung und Entwicklung führend war, wieder in verstärktem Ausmaß eigene Entwicklungen durchführen muß" [79]), bestand freilich von Beginn an. Während bis 1958/59 zunächst noch „in Einzelfällen dort, wo noch traditionelles Können und Wissen erhalten geblieben waren", KriegsFE-Aufträge vergeben wurden, setzte die KriegsFE „insbesondere bei den Industriezweigen relativ frühzeitig ein, die ohnehin aus ihrer wirtschaftlichen Betätigung wieder zur Spitze des Standes der Technik vorgerückt waren" [80]). Bereits in dieser Anfangsphase zeigte es sich, daß die KriegsFE vor allem forschungsintensiven und kapitalkräftigen Konzernen zugute kam, die ihren Marktvorteil so durch staatliche Finanzierung stärken und ausbauen konnten. Von 1956—1959 vergab das BMVtdg. rund 250 Forschungsaufträge im Werte von 36 Mio. DM und 2500 Entwicklungsaufträge — vorrangig an die Industrie — für 228 Mio. DM [81]), Anfang der 60er Jahre begann die Phase des Nachbaus ausländischer Waffen(systeme) und erster größerer eigener Entwicklungsvorhaben; der BDI vermerkte 1962: die Industrie hat „Forschungsstätten in erheblichem Umfang für wehrtechnische Zwecke eingesetzt ... Teile ihrer Forschungs- und Entwicklungskpazitäten den staatlichen Stellen zur Verfügung gestellt und eine Reihe von bedeutsamen Vorhaben durchgeführt" [82]).

77) Das BMwF investierte für Luft- und Raumfahrtforschung an den Universitäten und Hochschulen von 1962—69 46,8 Mio. DM, vgl. pressedienst des BMwF 17/1969.
78) BF III, S. 155/6.
79) BDI-Jahresbericht 1958/9, S. 254.
80) Kai-Uwe v. Hassel, Einordnung der deutschen wehrtechnischen Forschung und Entwicklung in das Bündnis, in: Wehrtechnische Monatshefte 11/1965, S. 448.
81) BDI-Jahresbericht 1958/9, S. 254.
82) BDI-Jahresbericht 1962, S. 159.

Durch die staatlichen Aufträge wurden ganze FE-Abteilungen aufgebaut und neue Industriesektoren begründet: „Einzelne Herstellergruppen, wie z. B. die Luftfahrtindustrie, die Pulver- und Munitionshersteller, sind überwiegend in ihren Kapazitäten durch Bundeswehraufträge in Anspruch genommen — ja, zum Teil verdanken sie ihre Existenz der Notwendigkeit, den Bedarf der Bundeswehr zu decken, und sie können diese Existenz nur so lange aufrechterhalten, wie die Bundeswehr ihnen Aufträge erteilt" [83]). Vor allem Anfang der 60er Jahre baute die Kriegsindustrie ihre Kapazitäten massiv aus: man „hatte die Jahre des Lizenznachbaus genutzt, um sein wissenschaftlich-technisches Potential in ausgewählten Bereichen auf moderne Waffensysteme zu konzentrieren" [84]). Gemeinschaftsentwicklungen innerhalb der NATO sollten das ausländische Wissen importieren. Während von 1959—1962 noch fast 80 % der gesamten Entwicklungsausgaben des BMVtdg. in die Luftfahrtindustrie und in die mit ihr kooperierenden Industrien geflossen waren, wurden in der Folgezeit nun auch die Sektoren Marinetechnik, Maschinen- und Fahrzeugbau, Lenkwaffen und Munitionsentwicklung stärker berücksichtigt. 1966 konnte der BDI befriedigt feststellen: „Heute ist die Erkenntnis, daß Forschung und Entwicklung eine der Existenzfragen unseres Volkes schlechthin sind, daß die Wehrforschung dabei als Schrittmacher eine besondere Rolle spielt und daß man bei ihrer Vernachlässigung wichtige nationale Interessen aufs Spiel setzt, allgemein" [85]). So waren denn auch 1964 insgesamt ca. 60 Industriefirmen mit Vernichtungswissenschaft beschäftigt; die vom BMVtdg. und BMWi stark geförderten Konzentrationsprozesse in der Rüstungsindustrie in den letzten zwei bis vier Jahren übereigneten die entsprechenden Kapazitäten in die Hände weniger Großkonzerne, deren FE nun massiv vom BMVtdg. finanziert werden. Genau diese Konzerne (vor allem der Luft- und Raumfahrtindustrie, der Atom-, Chemie- und Elektronikbranche) haben auch in diesem Zeitraum a) eigene Kapazitäten im Ausland (USA!) aufgebaut und b) durch Beteiligungen und Aufkauf die Kooperation mit den US-amerikanischen Rüstungsgiganten beschleunigt, um ihre eigene Vernichtungsforschung auszubauen [86]). Die nachdrückliche Zusammenarbeit mit der praxisbewährten amerikanischen Vernichtungswissenschaft wird dabei vom BMVtdg. unterstützt und zum Teil organisiert [87]).

„Freie" Kriegsforschung

Unter den ca. 75 „freien" Forschungsstätten, mit denen das BMVtdg. zusammenarbeitet, spielen die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft eine zentrale Rolle. Die Fraunhofer-Gesellschaft fungiert seit Beginn der Remilitarisierung als getarnte Vermittlungs- und Koordinationsstelle zwischen den drei Zentren der Vernichtungswissenschaft Industrie, Hochschule und „freie" Forschung; daneben war ihre Aufgabe die Förderung und Organisation der angewandten Forschung.

---

83) E. Bolck (Direktor beim BWB), Die Bereitstellung von Rüstungsmaterial, in: Jahrbuch der Wehrtechnik, 1966, a.a.O., S. 199.
84) K. Engelhardt, Das rüstungswirtschaftliche Komplott Bonn-Washington, in: DWI-Berichte 7/1969, S. 11.
85) BDI-Jahresbericht 1966, S. 184.
86) Vgl. H. Klingemann, Wirtschaftliche und soziale Probleme der Auf- und Abrüstung, in: Beiträge zur Militärsoziologie, Sonderheft 12/1968 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 239 ff. Engelhardt, a.a.O., H. Fiedler, Das staatsmonopolistische regulierte Rüstungspotential des westdeutschen Imperialismus auf dem Gebiet der Raketentechnik, in: DWI-Berichte 7/1968, S. 2 ff. und eine aktualisierte Fassung in: Einheit 6/1969, S. 707 ff.; H.-J. Hauß, Luftrüstung und Luftfahrtindustrie, in: DVZ v. 7. 3. 1969; J. Huffschmid, Die Politik des Kapitals, Frankfurt 1969, S. 46 ff.
87) Nach „Wehr und Wirtschaft" 2/1967, S. 114, bestehen zwischen der USA und der BRD ca. 115 Abkommen „über den Austausch von technischen Erkenntnissen, nach denen die USA technische Daten auf dem Gebiet der Wehrtechnik an die Bundesrepublik liefert". Mit dem Pentagon hat Bonn verschiedene Abkommen geschlossen, durch die „1) eine einjährige Ausbildung von bisher über 100 jungen technischen Wissenschaftlern bei Instituten und industriellen Forschungseinrichtungen der USA ermöglicht wurde, 2) ein Austausch von erfahrenen Wissenschaftlern realisiert wurde, 3) eine Gruppe von Fachleuten auf dem Gebiet des Operations Research für drei Jahre nach Deutschland verpflichtet worden ist", G. Stoltenberg am 10. 2. 1966 in der 19. Sitzung des 5. Dt. Bundestages auf eine Große Anfrage, zit. n. Wehrtechnische Monatshefte 4/1966, S. 135.

Sie umfaßt insgesamt 14 Institute, von denen allein fünf vom BMVtdg. initiiert und überwiegend finanziert werden [88]).

Verschiedene Veröffentlichungen weisen die Fraunhofer-Gesellschaft als das Zentrum der westdeutschen B&C-FKriegsforschung aus, in dem eigene Vorhaben durchgeführt oder zusammen mit der Abteilung T II (4) des BMVtdg. (und zum Teil verschiedenen Industriekonzernen) die universitäre B&C-Kriegsforschung organisiert wird, die sich nach den bisherigen Ermittlungen auf 18 Hochschulinstitute verteilt [89]). Während also die Fraunhofer-Gesellschaft nach dem Bundesforschungsbericht I ausschließlich Verwaltungsaufgaben im Rahmen des BMVtdg.-Programms erfülle, ist sie tatsächlich jene Organisation, über die ein Großteil der Kriegsforschungsaufträge des BMVtdg. abgewickelt und mit den Wünschen der in ihren leitenden Organen sitzenden Kriegsindustrie noch einmal abgestimmt wird [90]). Die Fraunhofer-Gesellschaft umfaßt gegenwärtig rund 400 Mitglieder, darunter 1/3 Förder- bzw. Firmenmitglieder; da die Hälfte der Vorstandsmitglieder der Industrie angehören soll und der den Vorstand wählende Senat von der Kriegsindustrie kontrolliert wird, braucht die Willensbildung innerhalb dieser Gesellschaft nicht weiter diskutiert zu werden. Der Etat der Fraunhofer-Gesellschaft stieg seit 1956 scharf an; von 0,6 Mio. DM (1956) stieg er über 13 Mio. DM (1960; davon 5,5 Mio. DM für die eigenen Institute), 31 Mio. im Jahre 1964 (16 Mio. DM) und 51,3 Mio. DM im Jahre 1968 (27,3 Mio. DM) auf derzeit 55 Mio. DM (31 Mio. DM); die wachsenden Etatmittel zeigen, mit welch beängstigender Geschwindigkeit und Reibungslosigkeit die Militarisierung der Hochschulforschung vor sich ging: die Mittel für die universitäre Vernichtungswissenschaft stiegen von 1958—1969 um über 500 %.

Neben zahlreichen weiteren „freien" Forschungsinstituten [91]) sind die Institute für militärische Luftfahrtforschung noch von hervorragender Bedeutung. So beteiligte sich das BMVtdg. mit rund 35 Mio. DM an der Grundfinanzierung der rund 40 Institute der „Deutschen Gesellschaft für Flugwissenschaften", von denen mindestens 30 in das FE-Programm des BMVtdg. miteinbezogen sind. Unter den bis 1968 in dem Dachverband DGF zusammengeschlossenen drei großen westdeutschen Forschungsanstalten AVA, DFL, DVL spielte die DVL für das BMVtdg. die wichtigste Rolle: sie wurde von 1960—1966 mit 190,5 Mio. DM gefördert. Analog zu den Konzentrationsbewegungen in der Luft- und Raumfahrtindustrie schlossen sich in den letzten Jahren auch die zivilen und militärischen Sektoren der Luft- und Raumfahrtforschung zu einheitlichen Blöcken zusammen und bauten die Beziehungen zur Hochschulforschung aus [92]).

Universitäre Kriegsforschung

Gemessen an den Gesamtkapazitäten spielt die unversitäre KriegsFE offenbar die geringste Rolle. Gleichwohl hält hier der Deckmantel des Schweigens besonders dicht. Die Militarisierung der Universitätswissenschaften, die sich laut BMVtdg. oder BMwF in aller Öffentlichkeit abgespielt habe, kann derzeit offensichtlich nur durch „rechtsbrecherische" Handlungen aufgedeckt werden [93]). Die

88) Vgl. WR-Empfehlungen, Ausbau, Band 2, S. 198 ff., FhG (Hg.), FhG 1949—1969, Ein Rechenschaftsbericht, München 1969, sowie SDS-Info 13—14/1969.
89) Vgl. Umfrage bei Giftmischern, in: Konkret 21, 23, 26/1969; Berliner Extradienst 60/1969; Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1969 (hier Presseerklärung Petras'), Robin Clarke, Stumme Waffen, Wien-Hamburg 1969; Basisgruppe Biologie: Blausäure, in: marburger blätter, Juni 1969; Projektgruppe Verwertung: Chemische und Biologische Waffen oder die reziproke Medizin, Tübingen 1969.
90) Die personelle Besetzung in: FhG, 20 Jahre, a.a.O., S. 33 ff.
91) Vgl. BF I, S. 64, und WR-Empfehlungen, Ausbau, Bd. 2 a.a.O.
92) Vgl. Pressedienst des BMwF 1, 13, 19/1968 u. 7/1969; Fiedler, a.a.O.
93) Vgl. Konkret 21/1969.

Behauptung, daß an die Hochschulen nur öffentliche Aufträge vergeben würden, dürfte inzwischen ausreichend widerlegt sein [94]).

Nach mehrfachen Angaben des BMVtdg. und des BMwF arbeiten zwischen 100 und 120 Hochschulinstitute für das BMVtdg.; die stete Zunahme des Etats der Fraunhofer-Gesellschaft und des BMVtdg. bestätigt dabei die Erklärung v. Hassels: „Die Zahl der mit der Verteidigung zusammenarbeitenden Hochschulinstitute vergrößert sich ständig" [95]). Zu diesen 120 Instituten kommen hinzu jene Institute und Wissenschaftler, die mit der Kriegsindustrie Verträge abgeschlossen haben oder im Rahmen der Schwerpunktprogramme vor allem militärtechnologische Grundlagenforschung betreiben. Allein in den Jahren 1956—1964 wurden vom BMVtdg. insgesamt „rund 5700 Forschungsobjekte mit einem Gesamtvolumen von ca. 2,2 Mrd. DM in Angriff" genommen [96]), die zu ca. einem Drittel in den Hochschulbereich gingen. 1968 wurden schon fast 1000 Einzelaufträge vom BMVtdg. vergeben, wobei der Anteil der Aufträge im Hochschulsektor dem BMVtdg. sicherlich ebenso bekannt ist wie der Anteil der einzelnen Aufträge an den jeweiligen Institutsetats [97]), der unter den gegenwärtigen Bedingungen zur Steuerung der gesamten Forschungstätigkeit eines Instituts benutzt werden kann (Mehrquellenfinanzierung). Allein schon diese materielle Abhängigkeit der wissenschaftlichen Arbeiter von einem staatlichen Gewaltapparat und seiner Strategie, die sie stets von neuem ausbauen und formulieren helfen, zwingt ihnen ein Mitinteresse an deren permanenter Reproduktion und Erweiterung auf, das die inhaltliche Ausrichtung der Wissenschaften an militärischen und sozialen Gewaltstrategien forciert. Auch dies mag ein Grund dafür sein, daß das BMVtdg. bewußt auf die Errichtung eigener Forschungsstätten weitgehend verzichtete; es „stützt sich vorwiegend auf vorhandene Forschungseinrichtungen, wodurch ... eine durchgreifendere fruchtbare Wechselwirkung mit der Wissenschaft in ihrer Gesamtheit" [98]) erreicht werden sollte; die „Aufgaben von Forschung und Entwicklung für die Verteidigung verlangen Zusammenarbeit fast aller wissenschaftlichen Disziplinen" [99]). Die Aufträge des BMVtdg. „gehen daher in alle Bereiche der Hochschulinstitute, der lehrfreien Institute und der Industrie" [100]). In einem Resümee der Zeitschrift „Wehrkunde" aus dem Jahre 1964 heißt es: „Der empfundene Mangel an intensivierter und koordinierter wehrwissenschaftlicher Forschung liegt ja nicht so sehr auf dem Gebiet der Naturwissenschaften und der Technik; hier diktiert ein von der militärischen Planung abgeleitetes materielles Interesse die Schwerpunktbildung — hier bestehen auch die (relativ) bestausgebauten Kontakte zwischen „Wissenschaft" und „Landesverteidigung" [101]). Tatsächlich konzentrierte sich die militärische FE auf Grund des hohen Technisierungsgrades des Kriegswesens auf die technischen und naturwis-

94) Die Reaktion der Kriegsforscher auf die manipulierte Konkretanfrage zeigten, daß sie wohl nicht überrascht wären, wenn sie ihre Forschungsergebnisse dem BMVtdg. über tote Briefkästen übermitteln müßten. Dem BMVtdg. ist im übrigen ein „Ausschuß für Geheimhaltungsfragen in der Wehrtechnik" zugeordnet; seine Aufgabe: „1) Fragen der Geheimhaltung bei Forschungsverträgen des BMVtdg. in strafrechtlichen Beziehungen, 2) Objektivierung der Klassifizierung von Forschungsarbeiten"; den in ihm vertretenen 5 Wissenschaftlern und 4 „Sachverständigen" obliegt also die „Sekretierung von Forschungsverträgen" (5. Dt. Bundestag, Drucksache V/4585 v. 14. 7. 1969, S. 34). Auch im Verteidigungsweißbuch 1969 werden die „Schwerpunkte oder Thematik der Forschungsarbeiten ... aus Sicherheitsgründen nicht detailliert dargestellt" (Wehrtechnik 4/1969, S. 153). Vgl. auch Wehr und Wirtschaft 11/1965, 12/1966 und VDI-Zeitschrift 1/1966. Unverdrossen jedoch dagegen der BF II: „Der Geheimhaltung militärwissenschaftlicher Forschungsergebnisse kommt bei weitem nicht die Bedeutung zu, die ihr in der Öffentlichkeit zugesprochen wird" (S. 79).

95) K.-U. v. Hassel, Wissenschaft-Wehrtechnich-Wehrpolitik, in: Jahrbuch der Wehrtechnik 1966, S. 12.

96) K.-U. v. Hassel, Wissenschaft und Sicherheitsfragen, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 1/1965, S. 19.

97) Vgl. Benecke, a.a.O., sowie die beschönigenden Hinweise in den WR-Empfehlungen, Ausbau, Bd. 1, S. 88.

98) BF II, S. 79.

99) BF III, S. 103.

100) Benecke, a.a.O.

101) Wehrkunde 11/1964, S. 578; vgl. auch BF I, S. 61 und 63: „Insofern ergeben sich Berührungspunkte der Verteidigungsforschung mit der ganzen Breite der Geistes- und Sozialwissenschaften, ferner mit dem Ausbildungsstand in allen akademischen Disziplinen ... Besonders bedeutsam ist die Breite der Beteiligung vieler Wissenschafts- und Industriezweige im ganzen und bei einzelnen Großprojekten."

senschaftlichen Fakultäten, wo auch die Integration in die Kapazitäten der Großforschung und der Rüstungsindustrie am weitesten fortgeschritten ist. Nach den Bundesforschungsberichten I—III liegen auf diesem Wissenschaftssektor die Schwerpunkte der Kriegsforschung u. a. in Ballistik, Kernphysik, Ozeanographie, Geophysik, Energiestoffe, Werkstoffe, Elektronik einschließlich Festkörperphysik und Datenverarbeitung, Informationsforschung, Optik und Kybernetik, Mathematische Planungsforschung, Luft- und Raumfahrtforschung, Chemie einschließlich ABC-Forschung. Auch die Mehrzahl der bislang bekannt gewordenen Fälle universitärer Kriegsforschung fallen in diese Gebiete [102]' die Höhe der für naturwissenschaftliche Vernichtungsforschung bereitgestellten Gelder übertraf den Betrag für geisteswissenschaftliche Forschung um das zehn- bis fünfzehnfache. Bis 1969 blieb diese Relation im großen und ganzen bestehen. Erst in den letzten Jahren wurden verschiedene Grenzgebiete, die wehrmedizinische Forschung [103]) und geisteswissenschaftliche Fächer in das Auftragsprogramm des BMVtdg. aufgenommen bzw. verstärkt ausgebaut. 1963—1965 häuften sich die Forderungen der publizistischen Vertreter des westdeutschen militärisch-industriellen-Komplexes, an der Universität „die Fragen der Verteidigung gewissermaßen ganz natürlich in ihre Forschung ein(zu)beziehen" [104]) oder „Lehraufträge an wissenschaftlich qualifizierte Offiziere oder Beamte des BMVtdg. über Wehrrecht und Wehrtechnik, Wehrpsychologie und Wehrsoziologie, Wehrmedizin und insbesondere Wehrpsychiatrie" und Wehrpädagogik zu vergeben [105]). Diese Forderung nach der „dringend erforderlichen Eingliederung der Wehrwissenschaften in die Universität" [106]) sind dabei keineswegs erfolglos geblieben. Jedenfalls ist es dem Militär gelungen, sich etwa ein faktisches Monopol über die Militärhistoriographie zu sichern [107]), die Militärpsychologie massiv auszubauen [108]) und neuerdings auch die Politischen und Sozialwissenschaften dienstbar zu machen [109]). Auf den Lehrstühlen westdeutscher Universitäten und TH's etablieren sich wieder „Wehrwissenschaftler", und allerlei Forschungsgruppen und Seminare produzieren zum Teil direkt für die Bundeswehr verwertbares wissenschaftliches Material [110]). Dieser Prozeß der Militarisierung — d. h. der wachsenden Beeinflussung friedlicher Verhaltensweisen, Prinzipien und Zielsetzungen durch ein organisiertes System zur Verhinderung oder Anwendung von Gewalt, dessen grundlegendes Kennzeichen die Eliminierung des zivilen Tötungstabus ist — wurde in jüngster Zeit von der Bundesregierung bzw. dem BMVtdg. forciert: in einer Antwort auf eine mündliche Anfrage teilte Staatssekretär Adorno vom BMVtdg. am 6. Dezember 1968 mit, daß in den Sitzungen

---

102) Vgl. die in Anmerkung 37) genannten Quellen sowie Rundschreiben Nr. 1969/70/504 des VDS und „Wehrforschung — streng geheim?"

103) Vgl. BF I—III und „Wehrforschung — streng geheim?" Teil IV v. 17. 3. 69.

104) Wehrwissenschaftliche Rundschau 12/1963, S. 684.

105) Wehrwissenschaftliche Rundschau 7/1965, S. 421.

106) Ebenda.

107) Das „Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr" in Freiburg kooperiert mit dem Militärarchiv des Bundesarchivs in Koblenz und dem Arbeitskreis für Wehrforschung in Stuttgart, der im Zusammenhang mit der Bibliothek für Zeitgeschichte gegründet worden war; damit kontrolliert das Militär große Teile des militärgeschichtlich bedeutsamen Materials.

108) Welche Funktion die Bundeswehrpsychologie hat, die mit über 100 Planstellen eine der größten Psychologenorganisationen der BRD und nach den USA die größte der NATO ist, verdeutlicht eine Bemerkung Prof. Steindorffs (Universität München) in Wehrkunde 10/1964: „Für Wehr- und Verteidigungspolitik mögen Psychologie oder Soziologie als Beispiele herhalten, die Einblick in den für die Verteidigung nach wie vor erforderlichen Verteidigungswillen und seine Beeinflußbarkeit zu geben vermögen. Der Unternehmer hat früher das Betriebsklima mit primitiven Mitteln erkannt und gesteuert, letzteres angefangen von patriarchalischer Betreuung. Heute sind die Methoden wissenschaftlich verfeinert. Solche Möglichkeiten bestehen auch für die Truppe. Sie zu nutzen, sollte selbstverständlich Aufgabe sein. Wissenschaft wird also hier wie dort brauchbar, weil sie erlaubt, die für die Beurteilung einer Situation berücksichtigenswerten Elemente besser zu erkennen und die Eignung der einzusetzenden Mittel besser zu bestimmen."

109) Zentren der neopositivistischen Militärsoziologie sind die „Wehrsoziologische Forschungsgruppe „der Universität Köln und die Forschungs- und Beratungsgruppe für Systemforschung in Beuel.

110) So fand etwa im Sommer 1967 in Bonn ein soziologisches Oberseminar statt, das einen Dokumentarfilm über den Wandel des Kriegsbildes im 20. Jahrhundert herstellte, der „jetzt als Lehrmaterial Verwendung in der Bundeswehr findet" (Wehrkunde, 1/1968).

der Kontaktkommission zwischen BMVtdg. und Kultusministerkonferenz „und darüber hinaus in Einzelgesprächen mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz und mit einzelnen Fakultäten ... die Vertreter des BMVtdg. auf die Bildung wehrtechnischer Schwerpunkte und die verstärkte Vertretung wehrwissenschaftlicher Fachbereiche wie Wehrgeschichte, Wehrsoziologie, Wehrpädagogik und Wehrpsychologie hingewirkt (haben). Die entsprechenden Bemühungen werden fortgesetzt" [111]). Schon 1966 hatte v. Hassel angekündigt, daß das BMVtdg. „eine zusätzliche Verbreiterung der wehrtechnischen Forschung an (strebe), etwa durch Mitwirkung an der Errichtung neuer für die Verteidigung wichtiger Lehrstühle an deutschen Hochschulen" [112]). Zweifellos ist diese Entwicklung auch eine Reaktion auf die sozialistische und radikaldemokratische Opposition an den Universitäten; kürzlich geriet an die Öffentlichkeit, daß der Mannheimer Soizologe Lepsius im Rahmen eines vom Pentagon finanzierten Counter-Insurgency-Projekts arbeitet, das Voraussagen über den Verlauf von Protestbewegungen ermöglichen soll. Inwiefern sich freilich Vorschläge der Militärs durchsetzen können, über die Bildung von „wehrwissenschaftlichen Koordinationszentren" ein direktes Hineinregieren in die Hochschulen zu ermöglichen, ist angesichts der aktuellen Lage an den Hochschulen noch ungewiß.

Die Bedeutung der Vernichtungswissenschaft

Die Legitimation für die Konzentration eines beträchtlichen Teils der staatlichen FE-Aufwendungen auf KriegsFE sind seit der Remilitarisierung nahezu unverändert geblieben. Geändert hatten sich nur die Schwerpunkte: Während in der Phase des Kalten Krieges die unverhüllt machtpolitische Argumentation vorherrschte, liegt das Schwergewicht nun auf der politisch-ökonomischen Argumentation. Doch bereits in der ersten Phase dienste als suggestive Legitimation für den Aufbau einer Kriegsindustrie die These, daß nur über die Rüstung die Produktion technischen Wissens finanziert und organisiert werden könne. Die Militärs und die Kriegsindustrie forderten daher konstant höhere Aufwendungen für die KriegsFE: „Die technische Entwicklung, die vor der wirtschaftlichen Nutzung von wissenschaftlichen Ergebnissen liegt, wird in den Konkurrenzländern wesentlich über die Rüstungswirtschaft finanziert ... Der Anteil der Rüstungsausgaben der Bundesrepublik für Forschung und Entwicklung ist demgegenüber denkbar gering" [113]). Zugleich werden die Marktvorteile der ausländischen Unternehmen geschildert, die sie durch KriegsFE erlangen (dasselbe gilt für die deutsche Kriegsindustrie natürlich nicht!) [114]) und die Devisenvereinbarungen und Unterstützungsleistungen der BRD für den US-Krieg in Vietnam scharf kritisiert [115]).

Die These, daß der „technische Fortschritt" allein über die Kriegsindustrie finanziert und vorwärtsgetrieben werden könne, stützt sich allein auf den durch die schlechte Faktizität produzierten Schein: gegenwärtig wird in den USA und den westeuropäischen kapitalistischen Staaten der technische Fortschritt tatsäch-

111) 5. Dt. Bundestag, 203. Sitzung v. 6. 12. 1968, Anlage 5, S. 10 999; die jetzige Regierungspartei FDP forderte auf ihrem wehrpolitischen Kongreß am 21./22. 11. 1968: „An Technischen Universitäten und Ingenieur-Akademien sind Lehrstühle und Institute für Wehrtechnik einzurichten", Wehrtechnik 1/1969, S. 31.
112) K.-U. v. Hassel, Wissenschaft-Wehrtechnik-Wehrpolitik, a.a.O., S. 12.
113) S. Balke, Förderungsmaßnahmen für die technische Entwicklung in Deutschland, in: VDI-Zeitschrift 1/1966 S. 13.
114) „Durch die militärische Vertragsforschung und Vertragsentwicklung haben die ausländischen Unternehmen gegenüber ihren deutschen Konkurrenten erhebliche Vorteile. Unter dem Schutz militärischer Geheimhaltung können sie zahlreiche Ergebnisse aus den militärischen Forschungs- und Entwicklungsaufträgen für ihre eigene, marktorientierte Forschung und Produktion auswerten" (VDI-Zeitschrift 1/1966, S. 4).
115) Der Präsident des Unternehmerverbandes der Luft- und Raumfahrtindustrie, K. Thalau (in: VDI-Zeitschrift 1/1966, S. 17): „Wir fördern mit Milliardenbeträgen die Entwicklung des know-hows im Ausland: z. B. auf dem Verteidigungssektor geben wir aus politischen Gründen jährlich Milliardenbeträge aus. Damit wird dem Ausland geholfen, ein eminent wichtiges know-how auf Gebieten zu erlangen, auf denen wir selbst Spitzenleistungen vollbringen könnten."

lich über riesige nationale Rüstungsapparate organisiert. Entsprechend ist denn auch die Behauptung von der hervorragenden Anwendbarkeit technischen Wissens, das im militärischen Sektor produziert wurde, im zivilen Bereich zu einer festgefügten Formel geworden. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, „daß Verteidigungsausgaben den zivilen technischen Fortschritt nur in geringem Umfange fördern. Die möglichen Auswirkungen auf den in der zivilen Wirtschaft angewandten („realisierten") technischen Fortschritt ... sind somit ebenfalls sehr gering. Diese Tatsache ändert sich prinzipiell auch dann nicht, wenn man einige zivil genutzte Resultate der militärischen Ausgaben für angewandte Forschung und Entwicklung in die Betrachtung einbezieht ... Der militärisch bedingte technische Fortschritt ist ... weitgehend unproduktiv. Diese Tatsache steht im Gegensatz zur herrschenden Lehre, nach der sich jeder realisierte technische Fortschritt produktivitätssteigernd auswirkt" [116]). Konkrete Beispiele für den minimalen zivilen Nutzen der KriegsFE sind ohne Zahl; so wurden in den USA die Patente von 15 Spitzenkonzernen auf dem Rüstungssektor mit dem Ergebnis untersucht, daß sie „bei einem Einsatz von 7,6 Mrd. Dollar für verteidungsbezogene FE nur 2190 Patente anmeldeten. Diese Gesellschaften gaben in der gleichen Zeit 5,8 Mrd. Dollar aus eigenen Mitteln für industrielle FE aus mit dem Ertrag von 23 880 Petenten" [117]). Da heutzutage die Kriegsindustrie durch die Entwicklung der militärischen Systeme in höchstem Grade zur Spezialisierung gezwungen ist, ist durch die dort betriebene KriegsFE äußerst spezialisiert und verhindert nicht nur die Umstellung der Kriegsindustrie auf die Erfordernisse des zivilen Marktes (wie das Schicksal amerikanischer Rüstungsfirmen nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt), sondern auch die Übertragung der Ergebnisse auf den zivilen Sektor. Da eine gewisse Übertragbarkeit nur im Bereich der Grundlagenforschung möglich ist, ließe sich sogar der Anteil des militärisch bedingten zivilen technischen Fortschritts am gesamten zivilen technischen Fortschritt feststellen, wenn man als Maßstab für den technischen Fortschritt die jeweiligen FE-Aufwendungen annimmt: er hätte sich 1968 in der BRD auf 1/70 belaufen [118]), während der Anteil der KriegsFE-Aufwendungen am Gesamtbudget Forschung der BRD etwa 1/12 beträgt. Berechnungen ausländischer Sachverständiger, daß der zivile wirtschaftliche Nutzeffekt der Kriegsforschung ca. 1/3 bis 1/6 der direkt auf zivile Zwecke gerichteten Forschung betrage, werden hier somit ungefähr bestätigt [119]). Bleibt anzumerken, daß — entgegen einer ebenso hartnäckigen wie durchsichtigen Behauptung, nach der ausschließlich Ergebnisse der KriegsFE in den zivilen Sektor übertragen würden und nie umgekehrt — sich die BRD seit spätestens drei bis vier Jahren in ihrer Forschungspolitik eben jene beschränkte Austauschbarkeit technischen Grundlagenwissens zunutze gemacht hat: in den vorgeblich zivilen Schwerpunktprogrammen des Bundes wird zunehmend auch militärtechnologisches Grundlagenwissen erarbeitet.

Die ökonomische und politische Bedeutung der militärischen Großforschung, die von einer okkupierten Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit der „Landesverteidigung" und die Finanzierung und Organisation des technischen Fortschritts reduziert wird, erschließt sich weiter aus der spezifischen Funktion der Rüstung innerhalb kapitalistischer Wirtschaftssysteme und der spezifisch kapitalistischen Organisation und Verwertung der „Produktivkraft Wissenschaft". Bereits die Entwicklungsverträge für Kriegs-Fe-Vorhaben machen deutlich, daß die KriegsFE

116) H. G. Jaeger, Wirtschaftliche Auswirkungen der Verteidigungsausgaben, Diss. Darmstadt 1967, S. 173, 180.
117) H. Schumann, Der zivile Nutzen wehrtechnischer Forschung und Entwicklung, in: Wehrkunde 11/1967, S. 568. Vgl. auch Anmerkung 133).
118) Vgl. Jaeger, a.a.O., S. 174; dieses Verhältnis ist natürlich keineswegs mathematisch exakt, da der „technische Fortschritt" bislang nirgends zufriedenstellend quantifiziert werden konnte; es soll nur Größenordnungen ungefähr veranschaulichen.
119) Vgl. VDI-Zeitschrift 1/1966, S. 4.

schlicht „ein systematisches, durch Gesetz legalisiertes Plündern der Staatskasse" [120]) darstellt; in einer Leserzuschrift der mit der Rüstungsindustrie verbundenen Zeitschrift „Wehr und Wirtschaft" wird festgestellt, daß der den Auftrag durchführende Rüstungskonzern „nicht nur in vollem Umfang die ... entstandenen Selbstkosten einschließlich kalkulatorischer Verzinsung und Gewinn erhält, sondern daß ihm darüber hinaus ein unentgeltlicher, oft ganz erheblicher Vorteil dadurch zufließt, daß er Inhaber des Entwicklungsergebnisses einschließlich der bei der Durchführung des Entwicklungsvertrages entstandenen Schutzrechte usw. wird". Entwicklungsverträge des BMVtdg. und des BMwF böten den Konzernen „im Vergleich zu den allgemeinen Rechtsvorschriften ganz erhebliche Vorteile"; sie würden die einzelnen Konzerne, „die im übrigen einem sehr beschränkten Firmenkreis angehören, in ganz ungewöhnlicher Weise auf Kosten der Allgemeinheit begünstigen" [121]).

Die Finanzierung der von der Rüstungsindustrie verwertbaren militärischen FE durch den Staat ist jedoch keinesfalls nur auf eine besonders effektive Beeinflussung staatlicher Entscheidungsgremien durch die partialkapitalistischen Interessen der Rüstungsindustrie zurückzuführen; die Durchführung militärischer FE-Programme reflektiert zum einen die Notwendigkeit, angesichts des immateriellen Charakters des „Produkts" Wissen (aus dem die Chance kollektiver, prinzipiell uneingeschränkter Aneignung und Verwertung entspringt) die kollektive Nutzung der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung zu beschränken, die Ergebnisse zu privatisieren und damit kapitalistisch verwertbar zu machen. Im Falle militärischer Großforschung geschieht dies durch das Instrument der Geheimhaltung: „Bislang werden nur Teilergebnisse (soweit sie der Geheimhaltung nicht unterliegen) ... veröffentlicht. Der größere Teil eines Know-hows, das eine Firma beispielsweise aus einem Entwicklungsauftrag in der Form neuer Technologien für sich gewinnt und kommerzialisieren kann, bleibt dieser einen Firma vorenthalten" [122]). Neben dieser mehr prinzipiellen Erwägung steht zum anderen die historische Funktion der Rüstungswirtschaft und der in ihr eingeschlossenen Rüstungsforschung, kapitalistische „Stagnationstendenzen ... mit Hilfe der staatlich organisierten Konsumtion (und das hieß im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse: durch Verschwendung) von nicht mehr kapitalisierbaren Mehrwertteilen" [123]) zu überwinden. Die Rüstungsforschung ermöglicht die permanente und beschleunigte Veraltung des Rüstungsmaterial und dient dazu, stets von neuem die staatliche Nachfrage zur Auslastung vorhandener Überkapazitäten zu motivieren. „Rüstungsforschung und die damit verwandte Weltraumtechnologie löst somit das Problem der Kapitalverwertung auf elegante Art, indem sie diese von den Gesetzen des Marktes überhaupt befreit und einem administrativ vermittelten Absorptions- und Verwertungsprozess überstellt. Solange die Rüstungs- und Raumforschung staatliche Nachfrage selbst erzeugt, können Rüstungskapazitäten fast beliebig ausgedehnt werden, ohne daß die erzielten Profite letztlich durch die Beschränktheit der effektiven Konsumnachfrage bedroht würden" [124]). Die systematisch organisierte Verschwendung

120) W. I. Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, zit. n. Ausgewählte Werke, Bd. II, Berlin 1966, S. 282.
121) Wehr und Wirtschaft 11/1965, S. 609/10; vgl. auch Pressedienst des BMwF 15/1969, Wehr und Wirtschaft 6, 8—9, 10 u. 12/1966.
122) SZ-Sonderdruck, a.a.O.
123) Projektgruppe Technologie, Wissenschaft und Ideologie, in: LSD-Basispresse 2/1969, S. 8c.
124) J. Hirsch, Wissenschaftspolitik im Spätkapitalismus, in: Das Argument 50/1969, S. 23. Zur Rüstungspolitik als Mittel der Konjunkturpolitik vgl. neben BDI-Jahresbericht 1962, S. 158, und 1963, S. 156, BF III, S. 31: „Die in der zweiten Jahreshälfte 1966 einsetzende Rezession blieb nicht ohne Auswirkungen, wurde aber abgefangen durch die 1967 eingeleiteten Maßnahmen im Zusammenhang mit neuen militärischen Beschaffungs- und Entwicklungsprogrammen für die Verteidigung, durch die Förderung der zivilen Flugzeugentwicklung und durch das mittelfristige Programm zur Förderung der Weltraumforschung." Rainer Waterkamp faßte in seinem Aufsatz „Wirtschaftsplanung, Forschung und Rüstungsindustrie" (in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1966,

gesellschaftlichen Reichtums als Kapitalvernichtung erweckt dabei unschwer den Schein des Rationalen, da sie sich durch die (scheinbar) dynamische Entfesselung der Technologie legitimiert.

Daß neben der ökonomischen Funktion der KriegsFE als Vehikel zur organisierten Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums im Rahmen staatlicher Krisenüberwindung die langfristige Vereinseitigung in der Entwicklung der Wissenschaften [125]) und ihre „immanente" Brutalisierung [126]) die zunehmend hervortretende innenpolitische Funktion der Perfektionierung und Rationalisierung staatlicher Gewaltapparate befördert und entwickelt, wird vor allem in den USA immer deutlicher. Der — gemessen an den Budgets der großen NATO-Länder — jedoch noch relativ geringe Anteil der KriegsFE in der BRD bedarf einer gesonderten Erklärung, die in der Entwicklung der Forschungspolitik in der BRD ab 1966/67 zu suchen ist. (Zweiter Teil folgt)

S. 20) den Zusammenhang zwischen Rüstung und FE folgendermaßen zusammen: „Rüstungswirtschaft führt also zur Labilität, denn es werden gesellschaftliche Mittel und Kräfte zur friedlichen Nutzung der Wissenschaft und Technik entzogen und folglich die Möglichkeiten eines realen wissenschaftlich-technischen Fortschritts eingeengt; (es) entstehen derartige Strukturveränderungen in der Produktion, die zum Verfall und zur Stagnation führen, die Ungleichmäßigkeit in der Produktionsentwicklung verstärken, die Nichtauslastung von Produktionskapazitäten und Arbeitslosigkeit erhöhen; (es) verringert sich das Wachstumstempo der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit und der Wirtschaft insgesamt; (es) nimmt der ungleichmäßige Entwicklungsgang zu und verschlechtern sich die internationalen Wirtschaftspositionen." Diese Zusammenstellung soll in zwei Punkten illustriert werden: 1966 waren in der Luft- und Raumfahrtindustrie rund 1500 der 5187 Techniker durch Kündigung bedroht, was nur z. T. durch die Verlängerung alter und Einleitung neuer FE-Vorhaben verhindert werden konnte. J. Hennenhöfer weist in seinem Gutachten für den BDI über die „Aufgaben der deutschen Industrie im Rahmen einer zeitgemäßen Forschungspolitik" (Hg. SV), Essen 1967, S. 42, auf die Untersuchung des Amerikaners A. Solo hin, der „anhand der Forschungsausgaben im Vergleich zu der Produktivitätssteigerung in den USA nach(weist), daß der ungeheuren Steigerung der Forschungsausgaben (meist für militärische Zwecke) kein auch nur annähernd vergleichbarer Produktivitätszuwachs in der zivilen Industrie gegenüberstehe, weil der Zivilwirtschaft zu viel Talent entzogen werde." 1967 arbeiteten 18 % aller amerikanischen Ingenieure, 22 % aller Elektro- und Elektronik-Techniker und 18 % aller Ingenieur- und Wissenschaftstechniker für die Rüstung; von den 4,1 Mio. Arbeitern, die 1967 in der US-Rüstungsindustrie beschäftigt waren, waren 16 % qualifizierte Spezialisten (US-Durchschnitt: 13 %), (vgl. atomzeitalter 9/1967, S. 517). Daß durch die Kriegsforschung die „Möglichkeiten eines realen wissenschaftlich-technischen Fortschritts eingeengt" werden (Waterkamp), steht inzwischen sogar in dem OECD-Bericht über „Government and Technical Innovation" (Paris 1966, S. 34): staatliche finanzielle Förderungsmaßnahmen „könnten zivile technologische Fortschritte viel billiger schaffen, als es über Verteidigungs- und Raumfahrtforschung möglich ist" (zit. n. Hennenhöfer, a.a.O., S. 42). Die Bedeutung der Kriegs-, Weltraum- und Elektroniktechnologie als Vehikel für die „planned obsolence" kommt besonders kraß in einer Bemerkung des stellv. Generaldirektors für FE der Lockheed-Werke, Ridenour, zum Ausdruck: „Wir lassen unsere Wagen stehen, ehe sie abgenutzt sind, und unsere Volkswirtschaft würde zusammenbrechen, wenn wir es nicht täten . . . Unser Raketenprogramm paßt ausgezeichnet in dieses System. Wir schicken Raketen hinauf, die nie zurückkommen, und deshalb müssen wir mehr Raketen bauen. Das ist fein. Das schafft Posten und sorgt dafür, daß das Geld zirkuliert" (zit. n.: Projektgruppe Verwertung, Naturwissenschaft im Spätkapitalismus II, S. 3; viel Material zur planned obsolence enthält Vance Packard, Die große Verschwendung, Frankfurt 1964).

125) Vgl. .. ., in: Krauch/Kunz/Rittel, Forschungsplanung, München-Wien 1966, S. 160: „. . . seit gut 20 Jahren . . . ist es insgesamt (in den USA, d. V.) zu einer einseitigen Entwicklung des Wissensgebäudes und seines Wachstums gekommen. Nicht nur innerhalb der Naturwissenschaft hat es einseitige Verlagerungen auf Gebiete gegeben, die größten militärischen Machtzuwachs versprechen, wie Atomphysik und Raumforschung. Auch gegenüber Medizin und Sozialwissenschaften wurden die Naturwissenschaften stark bevorzugt expandiert", H. Krauch, Forschung und Rüstung.

126) „Wenn man einmal spezifische Waffenentwicklungen betrachtet und sie mit marktorientierten Produkten vergleicht, so fällt der anscheinend oft unnötig hohe aggressive Gehalt in der erfinderischen Leistung bei erstern ins Auge. Oft könnte mit viel geringerer Gewaltanwendung die Kampfkraft des Gegners beeinflußt werden"; daraus ergibt sich die Hypothese, „daß nämlich bei jenen 180 000 Wissenschaftlern und Technikern, die (in den USA, d. V.) an militärischen und Raumfahrtprojekten arbeiten, der Aggressionspegel höher ist als bei der anderen Hälfte, die an marktorientierten Projekten arbeitet" (H. Krauch, a.a.O., S. 161); Umfragen bestätigten diese Hypothese weitgehend, vgl. Robin Clarke, a.a.O.

Zum Tode Werner Hofmanns

Der Marburger Ordinarius für Soziologie, Prof. Dr. Werner Hofmann, starb völlig unerwartet am Morgen des 9. November 1969 an den Folgen eines akuten Kreislaufversagens. Der vielseitig Gebildete, der die Lehrbefähigung für Nationalökonomie und Soziologie besaß und sich zuletzt auch energisch in der Politik engagierte, war seit einiger Zeit in weiten Kreisen kein Unbekannter mehr. Denn nach Jahren der Isolierung und stillen Gelehrtendaseins versuchte er seine theoretischen Einsichten einem größeren Kreis zugänglich zu machen und sie damit in politische Praxis umzusetzen. Hierin unterschied er sich wohltuend von anderen sogenannten kritischen Sozialwissenschaftlern, deren persönliche und wissenschaftliche Entwicklung geradezu entgegengesetzt verlief. Vor allem in den Publikationen der letzten drei Jahre, in denen er aktuelle gesellschaftliche und ökonomische Probleme mit Hilfe undogmatischer und zugleich von Marxschen Einsichten ausgehender Methoden analysierte, in seinen ausgedehnten Vortragsreisen sowie seiner politischen Aktivität hat er sich als Vertreter jenes in Deutschland so seltenen Typs des Intellektuellen ausgewiesen, der wissenschaftliche Umsicht und Korrektheit mit persönlichem Mut und Gestaltungswillen zu verbinden versteht. Sein umfangreiches Wissen, seine analytisch-theoretische Fähigkeit, sein pädagogisch-didaktisches Geschick sowie sein Vermögen, prägnant und aus dem Stegreif zu formulieren, machten ihn zu einem gefürchteten Diskutanten und einem wertvollen Verbündeten in wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen. Nicht nur die Marburger Studenten, Mitarbeiter und Kollegen, sondern auch die Linke in der Bundesrepublik haben mit ihm einen Mann verloren, dem sie sich in den Grundlagen ihrer theoretischen, insbesondere politischen und ökonomischen Argumentationsweise verpflichtet wissen. Sein Tod hinterläßt eine nur schwer zu schließende Lücke.

Werner Hofmann wurde am 27. 7. 1922 in Meiningen/Thüringen als Sohn eines Bankdirektors und einer Malerin geboren. Seine Schulzeit verbrachte er in München, wo er 1941 auf einem humanistischen Gymnasium das Abitur machte. Aus „rassischen" und politischen Gründen kam er noch im selben Jahr in ein faschistisches Zwangsarbeitslager. Unter unmenschlichen Bedingungen mußte er bis zu 84 Wochenstunden im Tiefbau und in der Eisen- und Stahlindustrie Fronarbeit leisten. Es kennzeichnet seine Art, schwierige Situationen zu bewältigen, daß er unter diesen Umständen imstande war, die nötige psychische und physische Aktivität aufzubringen, um am Fließband die russische Sprache zu erlernen.

Werner Hofmann sprach später kaum über diese Zeit. Einerseits wollte er wohl damit verhindern, daß — dem gängigen Zug zur Personalisierung politischer und theoretischer Problematik folgend — auch in seinem Fall die „Kritik der Person" an die Stelle der „Kritik der Gedanken" trat. Andererseits wollte er sich diese seine Leidenszeit wohl auch selbst nicht in Erinnerung rufen. Psychisch zu „bewältigen" oder zu „verarbeiten" war diese Zeit nicht. Viele spätere Äußerungen seiner im allgemeinen als schwierig und unbequem bezeichneten Persönlichkeit sind wohl aus den unerträglichen Demütigungen jener Zeit und aus der Absortion großer Mengen psychischer Energie, um sie zu vergessen, zu erklären.

Nach dem Krieg studierte Werner Hofmann in München Nationalökonomie, Soziologie, Sozialgeschichte und Wirtschaftsgeographie. Sein Studium finanzierte er durch Bauhilfsarbeiten. 1953 promovierte er bei Adolf Weber mit einer Arbeit über die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Von 1952—1955 war er Privatassistent bei Adolf Weber und zeitweise Geschäftsführer der volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für Bayern.

Schon in jener Periode begann die universitäre Umwelt sich von Hofmann zu distanzieren. Die Gründe dafür lagen wohl vor allem in seiner politischen Position und seiner heftigen Kritik an der herrschenden Lehre in der Nationalökonomie in Westdeutschland, die er viel später (1966) in einem Aufsatz über „Das Elend der Nationalökonomie" als eine Rechtfertigungsideologie für die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnete. 1955 erhielt

er endlich eine wissenschaftliche Assistentenstelle an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven bei Hans Raupach. In dem hysterisch antikommunistischen Klima jener Zeit wurden seine politischen Wirkungsmöglichkeiten immer mehr eingeschränkt. Seine wissenschaftliche Tätigkeit konzentrierte sich — gleichsam als Kompensation — auf die Erforschung der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung. Mit einer Arbeit über dieses Thema habilitierte er sich dann auch 1958 in Wilhelmshaven. Die venia legendi wurde später auf die Soziologie ausgeweitet. Als die Hochschule 1962 in die Universität Göttingen eingegliedert wurde, nahm Hofmann dort die Lehrtätigkeit als Privatdozent auf. Obwohl (oder vielleicht gerade weil) er sich durch zahlreiche Publikationen als intimer Kenner der bürgerlichen Nationalökonomie auswies (und dadurch einer ihrer gefährlichsten Kritiker wurde), weigerten sich die westdeutschen Fakultäten, ihn auf einen Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften zu berufen. Bis 1966 lebte er so, von der herrschenden Richtung seiner Wissenschaft ignoriert und isoliert, von seinen Studenten jedoch und von einem Teil seiner Kollegen als hochgebildeter und kritischer Lehrer und Wissenschaftler geschätzt, in Göttingen. Dann erhielt er einen Ruf nach Marburg auf einen der beiden Lehrstühle für Soziologie. Mit der gleichzeitig beginnenden Bewegung gegen die Notstandsgesetze wurde seine politische Isolierung gesprengt. Er spielte in der nun entstehenden kritischen Studenten- und Arbeiterbewegung eine immer wichtigere Rolle als Kritiker, Lehrer und Initiator. Seine wissenschaftlichen Publikationen erreichten einen immer größeren Leserkreis. Die persönliche Isolation jedoch, die ihn umgab, vermochte er nur schwer zu überwinden.

Werner Hofmanns Interessen waren weit gespannt; es gab kaum ein Gebiet, das nicht irgendwie seine Aufmerksamkeit gefunden hätte: von der Musik (er las Orchesterpartituren und hatte Material zur Musiksoziologie gesammelt) zur Lektüre von Diodorus und Homer im Original, literatursoziologischen Versuchen über Shakespeare und Balzac bis hin zu Problemen des Städtebaus oder der Medizinsoziologie. Kaum ließ er sich dazu bewegen, im kommenden Semester statt Kultursoziologie, für die er umfangreiches Material bearbeitet und systematisiert hatte, den drängenden Interessen der Studenten entsprechend doch über Probleme der politischen Ökonomie zu lesen. Denn abgesehen von der Dringlichkeit des Bedarfs, lag hier zweifelsohne der Schwerpunkt seiner Studien. Dem Geist der „Zunft" zuwider richtete der „gelernte" Nationalökonom seine Aufmerksamkeit vor allem auf drei Gebiete: Analyse der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft, dogmengeschichtliche Entwicklung der ökonomischen und sozialen Theorien und Analyse der Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus.

Schon von der erwähnten Fächerkombination her und den starken Einflüssen der deutschen Staatswissenschaft und Sozialökonomie, die ihm wohl vor allem durch die Person des von ihm allzeit geschätzten Lehrers Adolf Weber vermittelt wurden, wird verständlich, daß seine theoretischen Grundpositionen nicht die der auf verengte — da auf potentielle Mathematisierung gesellschaftlicher Sachverhalte ausgehender — Fragestellungen der inzwischen eingehausten technokratischen oder Vulgärökonomie sein konnten. Für ihn waren ökonomische Tatsachen und Zusammenhänge immer auch soziale und d. h. historisch entstandene und veränderbare. So analysierte Werner Hofmann als einer der ersten die Sowjetgesellschaft von theoretischen Grundpositionen aus und mit Methoden, die ihrer Struktur und ihrem eigenen Anspruch entsprachen. In seiner Habilitationsschrift „Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion" (1956), in der er bereits ökonomische, soziologische und historische Methoden der Analyse in einer auch für seine späteren Arbeiten charakteristischen Weise verband, untersuchte er die Probleme der Arbeitsdisziplin und des Erziehungssystems, der Mobilität und der wirtschaftlichen Leitungsfunktionen während der forcierten Industrialisierung in der Sowjetgesellschaft. Im Bereich der von wissenschaftlichen Postulaten ausgehenden Kenner der Sowjetunion galt es schon bald nach seinem Erscheinen als klassischer Beitrag zur Ost-Europa-Forschung.

In seinem größeren Aufsatz „Was ist Stalinismus?" (1967) analysierte er die geschichtlichen und gesellschaftlichen Bedingungen, aus denen die für jene Periode typischen Erscheinungen eines extrem repressiven politischen Systems und die Verformungen der marxistischen Theorie hervorgingen.

An der Theoriegeschichte der Sozialwissenschaften zeigte er sich in der Absicht interessiert, längst vergessene, aber doch relevante Frageansätze und Problemlösungsversuche in Erinnerung zu rufen und für unseren gegenwärtigen wissenschaftlichen Erfahrungsstand fruchtbar zu machen. Ferner war er bei der Beschäftigung mit diesem Gebiet von der Überzeugung angeleitet, daß die Kenntnis der Ideen der sozialen Emanzipationsbewegung und ihrer Verbindung mit der jeweiligen historischen Realität vor falschen theoretischen und praktischen Einschätzungen bewahren könne. Wie die Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus verstand er die Nationalökonomie als Verknüpfung der Kritik ihrer Lehrmeinungen mit der positiven Analyse der ökonomischen Bewegungsgesetze. Seinen wissenschaftstheoretischen Standort und seine Vorstellungen von den Aufgaben einer kritischen Sozialwissenschaft präzisierte Werner Hofmann in dem Buch „Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht" (1961). Hierin erörterte er systematisch und historisch die Probleme, die im sogenannten Werturteilsstreit aufgetaucht waren, stellte von neuem die Frage nach dem gesellschaftlichen Bezug der Sozialwissenschaften und nach der Begründbarkeit von Werturteilen. Ein vorläufiger Abschluß seiner ideologiekritischen Studien, die er zu einem umfassenden Werk zusammenfassen wollte, bildete sein Aufsatz „Das Elend der Nationalökonomie" (1966), der in variierter Form Gegenstand vieler Vorträge gewesen ist und der den an ihrer Wissenschaft zweifelnden Studenten der Nationalökonomie Fundamente für ihre Auseinandersetzungen um Methoden und Inhalte ihrer Disziplin geliefert hat. Kein anderer Bereich schien ihm dringlicher als der der Analyse des Spät- oder Monopolkapitalismus, obwohl hier seine Arbeiten als am wenigsten abgeschlossen gelten können. Schon in seiner Doktorarbeit über „Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung" (1954) kritisierte er die gerade entwickelten makro-ökonomischen Lenkungs- und Regulierungsmodelle für die spätkapitalistische Wirtschaft als sachlich unstimmig und letztlich unwirksam, da sie von falschen Voraussetzungen über die sozioökonomischen Gegebenheiten ausgehen. Es folgten kleinere Arbeiten über den „Europa-Markt und Wettbewerb" (1959) und „Die säkulare Inflation" (1962), in denen er die Internationalisierung des Kapitals, die planmäßige Aufteilung der Märkte zwischen den weltumspannenden Konzernen und die Spezialisierung der Produktion scharfsinnig analysierte und die Tendenzen der säkular ansteigenden Preise auf die oligopolistische Markt- und Machtstruktur zurückführte.

In der 1962 erschienenen und inzwischen in mehrere Sprachen übersetzten „Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts" hat er die sozialen Vorstellungen und Theorien der unterdrückten Klassen, die sie in ihren Emanzipationsbestrebungen entwickelten, in eindringender Systematik und mit großem didaktischen Geschick dargestellt und kritisch gewürdigt. Innerhalb der Wirtschaftswissenschaften machte er sich vor allem durch die Herausgabe der „Sozialökonomischen Studientexte", deren erste drei Bände er selbst edierte und bearbeitete, verdient. In den sorgfältig ausgewählten Texten zu Problemen der Wert- und Preislehre, der Einkommenstheorie und der Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, die er mit Erläuterungen und Kommentaren versah, gab er einen Abriß der dogmengeschichtlichen Entwicklung der ökonomischen Theorie bis auf unsere Tage. Die Texte fanden selbst bei der etablierten ökonomischen Fachwelt weithin Anerkennung. Im Zentrum seiner wissenschaftlichen Arbeit stand die Analyse der gegebenen Herrschaft von Menschen über Menschen und der Möglichkeit gesellschaftlicher Emanzipation von irrationalen und inhumanen Zwängen. Diese Grundfragestellung bestimmte auch seine Analysen aktueller politischer Problematik. Vor allem in die Parlamentarismusdiskussion in der westdeutschen Linken und in die Debatte um die Mitbestimmung in den Betrieben griff er sowohl mit theoretischen Beiträgen („Über die Notwendigkeit einer Demokratisierung des Parlaments", in: Sozialistische Politik, Berlin 1969, und „Mitbestimmung und Kontrolle im Unternehmen", in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Köln 1968) als auch mit praktischen Aktionsvorschlägen ein. Beide Probleme analysierte er als „zwei verschiedene Ausdrücke derselben Herrschaftsstruktur". Seine Erkenntnis ließ Werner Hofmann zu einem der konsequentesten Vertreter des Aktionsbündnisses für demokratischen Fortschritt werden, dessen Mitbegründer und hessischer Spitzenkandidat er war. Auch für die Mitbestimmung der Studenten und Assistenten trat Werner Hofmann — zumindest programmatisch — ein. Er war Gründer und Vorsitzender des Bundes Demokratischer Wissenschaftler, der ebensolche Mitbestimmungsmodelle diskutierte und sich darüber-

hinaus gegen den immer stärkeren Einfluß der Privatindustrie auf die universitäre Forschung und Lehre wandte.

Durch diese vielseitigen politischen Aktivitäten wies sich Werner Hofmann als ein Intellektueller aus, der in seiner Person die Forderung der Einheit von kritischer Wissenschaft und gesellschaftlichem Engagement erfüllte. Andererseits hatte er für die Erfüllung dieses ohnehin nur schwer einzulösenden Postulats einen erheblichen Preis zu entrichten. Sein permanentes Drängen und sein Nicht-Warten-Können auf gesellschaftliche Veränderungen forderte von ihm geradezu unvorstellbare physische und psychische Anstrengungen, die er auch jederzeit von seinen Mitkämpfern erwartete, selbst wenn diese die Lage anders einschätzten. Verschärft wurde seine persönliche Problematik aber bestimmt durch den bei ihm selbst ungelösten Konflikt zwischen dem von seinem bildungsbürgerlichen Elternhaus auf ihn überkommenen konservativen Erbe und seinem ungestümen Anspruch an die Zukunft. Denn die konservativen Verhaltensweisen, die sich im Umgang mit politischen Freunden und Studenten manifestierten, verblüfften und schockierten diese, erschwerten den Kontakt, wenn sie nicht gar zum massiven, oft unreflektierten Gegenangriff provozierten. Die persönliche Isoliertheit Werner Hofmanns, die ihn immer wieder auf sich selbst zurückwarf, machte ihm den „Abschied vom Bürgertum" — so nannte er ein demnächst erscheinendes Suhrkamp-Bändchen mit kleineren Aufsätzen — unendlich schwer und qualvoll. Tragischerweise fiel sein „Abschied vom Bürgertum", von dem er selber zuweilen als von einem seiner Hauptprobleme sprach, mit seinem Abschied von uns zusammen.

Der Institutsrat des Soziologischen Instituts

Werner Hofmann

Preiskontrolle

Der folgende Artikel ist die ausgearbeitete Fassung eines Teils des einführenden Referats, das Prof. Hofmann auf der Ratstagung des Aktions- und Wahlbündnisses für demokratischen Fortschritt in Köln am 18. Oktober 1969 gehalten hat. Prof. Hofmann hatte mich gebeten, diesen Teil für eine Veröffentlichung in den „Blättern" zu erweitern.

Die Erweiterung und Ergänzung habe ich nach folgenden Veröffentlichungen von Prof. Hofmann vorgenommen: „Die säkulare Inflation", Berlin 1962, und „Mitbestimmung und Kontrolle im Unternehmen", in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 19 Jg. Heft 8 (August 1968), S. 467 ff.

Wolf Rosenbaum, Marburg/Lahn

I

Das Schwergewicht des Kampfes der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte unseres Landes, das sich in letzter Zeit ungewollt von den letztlich entscheidenden Aktionszentren an der Basis wegverschoben hat, muß dorthin wieder zurückkehren.

Was heute mehr denn je nottut, ist der Aufbau von gesellschaftlicher Gegenmacht in den wahren Zentren der Gesellschaft: in den Stätten der Produktion. Die gesellschaftliche Perspektive, die der Entwicklung von Gegenmacht allerdings erst gesellschaftsverändernde Kraft verleiht, muß die folgende sein: die Bedingungen der Arbeitskraftverwertung einer Einwirkung durch die Verwertenden selbst zu unterwerfen. Es bedeutet dies den Einbruch von Nichteigentümern in das entscheidende Dispositionsrecht der kapitalverwertenden Seite.

Einen strategisch besonders günstigen und konkreten Angriffspunkt für derartige, an der Basis aufzubauende Gegenmacht bietet die gegenwärtig beschleunigte Preisinflation in unserem Lande. Von diesem Punkt her läßt sich eine umfassende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Tätigkeit entwickeln. Die Inflation ist im Spätkapitalismus nicht ein dem „normalen" Wirtschaftsablauf fremdes, ihn störendes Element; sie sichert vielmehr den Fortgang des Wirtschaftsprozesses unter den gegenwärtigen Bedingungen. Die Organisierung des Wettbewerbs, die in immer wachsenden Ausmaß den Kapitalismus gerade auch in unserem Lande ergreift, erhöht ständig die Renditen des Kapitals, indem sie Erhöhung der Preise oder die Nichtweitergabe von infolge des technischen Fortschritts eintretenden Kostensenkungen erlaubt. Mangelnde Endnachfrage sowie Absatzschwierigkeiten auf den zwischenunternehmerischen Märkten als Folge ungleicher Gewinn- und damit Investitionsmöglichkeiten zwischen den Unternehmen zwingen heute den Staat dazu, durch Schaffung immer neuer Nachfrage den Fortgang des Kapitalverwertungsprozesses zu garantieren. Es ist unverkennbar, daß in dem Zwang, das strukturelle Ungleichgewicht der Kapazitäten zwischen den Wirtschaftssektoren immer wieder zu überdecken, die Selbstbeschleunigung der Inflation angelegt ist. Nur der Mechanismus, der die Inflation in Gang hält, ermöglicht es den Wirtschaftszweigen mit der größten Investitionskraft, voranzuschreiten, ohne sogleich wieder auf die Schranken zu stoßen, die ihnen der langsamere Entwicklungsschritt nachgeordneter Produktionsstufen sonst entgegensetzen würde. Damit stabilisiert die Inflation zugleich auch die sozialökonomischen Grundlagen, auf denen der Wirtschaftsprozeß selbst sich abspielt.

In einem Land wie dem unseren, das sein Inflationstrauma noch aus den frühen zwanziger Jahren hat, ist die Beunruhigung über eine beschleunigte Preisinflation zweifellos größer als in anderen Ländern. Die Preisinflation aber, das sollten wir sagen und daraus sollten wir die Konsequenzen ziehen, bedeutet nichts anderes als Lohnraub; sie bedeutet, daß ein Zuwachs an Nominallohn von der Seite des Reallohns immer neu hinweggenommen wird; sie bedeutet ein immer weiteres Zurückfallen des Anteils der Unselbständigen am Realprodukt der Gesellschaft. Es ist dies die typisch monopolkapitalistische Form der zusätzlichen Gewinnerweiterung. Von solcher Preisinflation sind nicht nur alle Lohnempfänger berührt, sondern alle Empfänger von längerfristig fixierten Einkommen, die sich nicht rasch anpassen lassen. Die Preisinflation bedeutet im übrigen auch, daß jeder Versuch, die Proportionen zwischen Lohn- und Gewinneinkommen in unserer Gesellschaft von der Nominallohnseite aus zu korrigieren, immer wieder vereitelt wird. Die Preisinflation schließt auch in sich die schleichende ökonomische Deklassierung aller Schichten auch des Klein- und Mittelbürgertums, die im allgemeinen Inflationsschritt die kürzeren Beine haben. Denn stets gibt es Inflationsgewinner und Inflationsverlierer. Auf der Seite der Inflationsverlierer steht der ganz überwältigende Teil unserer Wirtschaftsgesellschaft. Das bedeutet: die Preisinflation beschleunigt jene allgemeine Tendenz, letztlich alle nicht zum Großkapital selbst gehörenden Schichten der Gesellschaft zu verein-

heitlichen. Die Preisinflation ist einer der nivellierenden Hobel, die heute über unsere Gesellschaft hinweggehen. Sie wirkt im Sinne einer allgemeinen Polarisierung der Gesellschaft: auf der einen Seite steht eine zahlenmäßig schrumpfende Gruppe der eigentlichen Repräsentanten des Großkapitals; auf der anderen Seite eine mehr und mehr sich vereinheitlichende wirtschaftlich-politische Untertanenschaft des Großkapitals. Das bedeutet: jeder Schritt gegen die Preisinflation kann mit der Zustimmung und mit der Sympathie des überwältigenden Teiles unserer Gesellschaft rechnen.

II

Was kann man gegen die fortgesetzte Steigerung der Preise tun? Preisinflation ist unserer spätkapitalistischen Ordnung immanent. Und es wäre naiv, etwa an die neue Regierung nichts anderes als die Forderung nach einem Preisstopp zu richten. Nach aller Erfahrung würde daraus ein Preis- und Lohnstopp; und nur dieser letztere würde funktionieren. Das wäre die Aufhebung der Tarifautonomie. Sie kann nicht in unserer Absicht sein.

Vielmehr müssen wir jener selbst in Arbeitnehmerkreisen heute verbreiteten Meinung entgegentreten, keine oder nur mäßige Lohnerhöhungen sollten gewünscht werden, da mit naturgesetzlicher Zwanghaftigkeit jede Lohnerhöhung sich auf die Preise auswirkt.

Die Preise „steigen" nicht — sie werden gesteigert. Und die Preiswelle der letzten Monate hat mit Nachdruck gezeigt: Die Preise werden erhöht, auch wenn die Löhne stillhalten. Die schlichte Selbstverteidigung gebietet daher eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften. Und diese kann bei den Nominallöhnen nicht mehr stehen bleiben. — Wenn die Unternehmensseite uns zuruft: mit jeder Lohnerhöhung dreht ihr an der Preisspirale und schädigt letztlich euch selbst, so ist unsere Schlußfolgerung eine ganz andere: Also muß die Lohnpolitik sich ergänzen durch Preispolitik, muß die Seite der Beschäftigten sich um der Lohnsicherung selbst willen auch um die Preisbildung kümmern. Das heißt, es muß hinausgegriffen werden über jenen stumpfsinnigen, bornierten Tarifkretinismus der jährlichen drei oder vier Prozent. Der Kampf um den Lohn ist nicht mehr wirksam zu führen ohne den Kampf um die Preise.

Wie ist ein solcher Kampf zu führen? Verschiedene Ansätze sind denkbar. Etwa die Mobilisierung der Verbraucherschaft. Allerdings: die Verbraucher sind gestreut. Sie haben unabweisliche Bedürfnisse. Sie können z. B. nicht auf Grund von Mieterhöhungen überall ihre Wohnungen kündigen. Wohin sollte man ziehen? Die Verbraucherschaft ist in gewissem Umfang gelähmt. — Ferner wäre es falsch und auch nicht im Sinne gesellschaftlicher Bündnispolitik, gegen Preiserhöhung in der letzten Stufe die Verbraucherschaft zu mobilisieren, also etwa gegen den Kleinhandel und gegen die Bauern. Da heute die wirklichen Preisentscheidungen durchweg auf der Stufe der Produktion fallen, selbst für die Endverbraucher etwa über Preisbindung der zweiten Hand, so ist zu sagen: Wirklich aussichtsvoll und im übrigen im Sinne einer gesellschaftlichen Kräfteverschiebung wirkend ist nur eins: Preiskontrolle durch Organe der Beschäftigten in den Unternehmen und Konzernen selbst!

Das ist von einiger Bedeutung. Denn solche Organe der Preiskontrolle in den Unternehmungen wirken hier als Anwälte des Interesses der Gesamtklasse an einem unverkürzten Reallohn. Sie bedeuten Überwindung des Betriebsegoismus, für den Belegschaften und Belegschaftsvertretungen durchaus anfällig sind. Preiskontrolle durch die Beschäftigtenseite und ihre Organe würde zeigen, daß

die Beschäftigtenseite der wahre Anwalt des gesamtgesellschaftlichen Interesses an einem stabilen Preisniveau ist gegenüber den bornierten Profitzwecken der Einzelunternehmungen. Dies zum ersten.

Zum zweiten: Preiskontrolle ist eine Form jener vielberedeten Mitbestimmung — bedeutet eine inhaltliche Präzisierung dessen, was unter wahrer „Mitbestimmung" zu verstehen ist; unter einer Mitbestimmung, die nicht im Sinne sozialer „Partnerschaft", nicht im Sinne der Integration der Beschäftigten in die herrschenden Ziele des Kapitals wirkt. Sie bedeutet eine Form des Aufbaus von Gegenmacht in den Unternehmungen selbst, indem zur Geltung gebracht wird, daß Preiserhöhungen nicht länger ins Belieben Privater gestellt werden dürfen, daß jede sachlich nicht zu begründete Preiserhöhung wie ein Wirtschaftsvergehen an der Gesellschaft zu werten ist. Hier geschieht ein Einbruch in das Prinzip der freien unternehmerischen Bereicherung. Denn das Pochen auf Preiskontrolle durch die Beschäftigten selbst schließt ein das Verlangen nach Einsicht in die Geschäftsbücher, in die Kalkulationsunterlagen des Unternehmens mit allen Konsequenzen, die das wiederum hat für eine aggresive Lohnpolitik.

Zum dritten: Es ist klar, daß ein solches Begehren auf Preiskontrolle nur in einem ungemein zähen Kampf gegen die unternehmerische Seite durchgesetzt werden kann. Eine solche Kampflosung würde allerdings die größte Sympathie in der Öffentlichkeit finden, und sie würde die unternehmerische Seite in die größte Verlegenheit stürzen. Zugleich würde sie das Exempel eines weitergreifenden strategischen Konzepts bieten: des Gedankens der Arbeiterkontrolle überhaupt.

Preiskontrolle ist bereits eine höhere und zugleich konkrete Form der Ausübung solcher Gegenmacht. Ein ganzes gestuftes System von Kontrollmacht läßt sich denken, das ausgeht vom Arbeitsplatz, von den nächstliegenden Aufgaben, von der schlichten Kontrolle der arbeitenden Menschen darüber, in welchem Umfang die Unternehmungen sich etwa an die bestehenden Gesetze halten. Denn es gehört zum Charakteristikum unserer spätbürgerlichen Ordnung, daß die eigenen Prinzipien des Kapitalismus weithin durch die Unternehmerpraxis desavouiert werden.

So haben im Verkehr der Unternehmungen untereinander — vor allem zwischen Kontrahenten von ungleicher Marktstellung —, im Verhältnis zwischen Privatwirtschaft und öffentlichen Auftraggebern und schließlich im Verkehr mit den durchwegs unkundigen und arglosen Letztverbrauchern weithin Verhältnisse Platz gegriffen, die nicht zu vereinbaren sind mit dem Ehrenkodex des redlichen Kaufmanns, mit den guten Sitten, ja oft mit den Gesetzen. Besonders im Verkehr mit den Letztverbrauchern führt das Prinzip, den Kostenaufwand zu senken und immer neuen Begehr nach dem Produkt wachzuhalten, zu allgemeiner Herabsetzung der Qualität — vor allem der Haltbarkeit — der Waren; und es ist zu bemerken, daß diese Kunst mittlerweile höhere Grade der Virtuosität erreicht hat. Die Wirtschaftskriminalität — begünstigt durch das Fehlen ausreichender gesetzlicher Handhaben, insbesondere eines wirksamen Wirtschaftsgesetzes — wird immer einfallsreicher. Die Welt der „Privatinitiative" erhält hierdurch vielfach Züge des Privativen, des Beutenmarktes.

Das Bedürfnis nach Kontrolle zeigt sich hier allenthalben. Verbraucherverbände, Konsumentenberatungsstellen, das Testwesen, Verbraucher-Schutzvereine bekunden den Willen zur Gegenwehr. Mit einer wahren Flut gesetzlicher Bestimmungen sucht die öffentliche Hand dem Ärgsten zu wehren. Daß alle diese Einrichtungen selbst bei redlichstem Willen nicht entfernt dem wuchernden Übel steuern können, wird heute allgemein anerkannt. Die wirkliche Kontrolle kann

nur an Ort und Stelle selbst, in den Betrieben, durch die Beschäftigten erfolgen. Denn überall werden Unselbständige zu Mitwissern, zu verschwiegenen Mithelfern gemacht. Das Verhältnis der fremdgewiesenen Arbeit schlägt selbst da durch, wo Schweigen und Mithilfe sich gegen die Arbeitenden selbst als Verbraucher kehren. Die Aufgabe wäre, die Beschäftigten zu einer Haltung der Verantwortlichkeit zu führen, die über den Betriebszweck hinausgeht, ihnen den Mund zu öffnen, ihnen einen neuen Freiheitsraum zu verschaffen, Fälle von Ungesetzlichkeit, Verstöße gegen die guten Sitten, Formen von Produktverschlechterung an das Licht der Öffentlichkeit zu rücken und den sozialen Widerpart dem Forum einer kontrollierenden Umwelt auszusetzen. Eine Wirtschaftswelt, die mit ihren eigenen erklärten Wohlfahrtszielen — und selbst mit bestehenden Gesetzen — in Widerstreit lebt, erweist sich als äußerst verwundbar. Sie setzt sich der Situation aus, „immanent", von ihren eigenen Widersprüchen her aufgerollt zu werden.

III

Es muß einmal die grundsätzliche Frage aufgeworfen werden: Was ist im Unternehmen eigentlich „demokratisierbar"? Sicher können die Entscheidungen in kapitalistischen Unternehmungen und Konzernen nicht „parlamentarisiert", noch weniger „undemokratisch" durch die Beschäftigten selbst getroffen werden. Und Mitbestimmung von Nichteigentümern bleibt immer ein Fremdkörper innerhalb einer Ordnung, in der ein Großteil der Eigentümer selbst: die Kleinaktionäre, in Wirklichkeit kein Mitbesitmmungsrecht mehr haben. „Mitbestimmung" aber der im Kapitalprozeß Verwerteten über die Bedingungen der eigenen Verwertung ist ein Widerspruch in sich. Das ist eine unabwendbare Konsequenz aus dem elementaren Inhalt der Kapitalverwertung.

Beide Seiten des Arbeitsverhältnisses, Beschäftigte und Beschäftigter, verbinden mit ihrem betrieblichen Zusammenwirken grundverschiedene Zwecke: Nach Unterhalt verlangen die einen, nach Gewinn die anderen. Diese beiden Zwecke stehen aber nicht gleichrangig nebeneinander: Es dominiert der — konkurrenzbedingte — Zwang zur Kapitalverwertung über den Subsistenzzweck, den die Unselbständigen mit ihrem Tun verbinden. In den Unternehmensentscheidungen müssen daher „sozialpolitische" Rücksichten hinter dem Kriterium der Rentabilität im Zweifelsfalle allemal zurückstehen. Im Betrieb wird die Arbeitskraft selbst zu einem Element des Kapitals.

Die Einheit des Kapitalverwertungszweckes allerdings schließt eine auch nur formelle Teilung der Gewalten, wie sie für das Staatsleben zur Maxime erhoben worden ist, von vornherein aus. Das Verlangen nach einer institutionellen Befestigung einander vermeintlich gleichberechtigter Positionen geht, ebenso wie etwa der Gedanke einer Parlamentarisierung der Entscheidungen auf der Ebene der Unternehmungen im überbetrieblichen Raum („Bundeswirtschaftsrat" u. ä.), am herrschaftlichen Grundcharakter des Kapitalverhältnisses vorbei. „Mitbestimmung" kann daher nur bedeuten: entweder Integration der Interessen des arbeitenden Teils in die herrschenden Interessen selbst, oder aber wirksame „Entgegen"-Bestimmung. Mitbestimmung, die etwas anderes sein will als Zustimmung zu dem, was der gebieterische Renditenzweck, was die überlegene Kapital-Räson erheischt, kann nur als Fremdkörper innerhalb der gegebenen Unternehmensverfassung erscheinen, als Element einer kontrollierenden und korrigierenden Gegenmacht, welche den Alleinanspruch des erwerbswirtschaftlichen Prinzips der Sache nach in Frage stellt. Wirklich „demokratisierbar" hingegen

ist die Funktion der Kontrolle. Die strategische Bedeutung des Gedankens der Arbeiterkontrolle nun liegt in folgendem:

1) Der Aufbau solcher Kontrollmacht immunisiert die Beschäftigten gegen Überfremdung, gegen Integration in die Interessen des herrschenden Teils der Gesellschaft. Er führt sie heraus aus dem habituellen Verhältnis eines quasi-militärischen „blinden" Gehorsams, aus der anerzogenen Haltung der Fraglosigkeit, der Willensüberfremdung, der Interessenadoption, aus ihrer geistigen Integration in die Unternehmenszwecke.

2) Dieser Aufbau von Kontrollmacht widerlegt die wiederkehrende Behauptung von der Inkompetenz, der Unzuständigkeit der Beschäftigten, in Dingen mitzureden, über die sie keine Vorstellung haben. Selbst die einfachsten Beschäftigten haben einen Betriebsausschnitt, den sie überschauen und in dem sie sehr wohl etwas sagen können, in dem sie sehr wohl die Augen offen halten können. Und im übrigen bedeutet der Aufbau solcher Kontrollmacht schrittweise Erweiterung der Einsichtnahme der Produzenten selbst.

3) Der Aufbau solcher Kontrollmacht bedarf nicht einer vorangehenden Gesetzesinitiative, die auch von der neuen Regierung nicht zu erwarten ist. Sie bedarf auch zunächst nicht zwingend in den unteren Stufen schon einer organisatorischen Verfestigung. Vielmehr wird ein Prozeß eingeleitet, der in seinen einfachsten Formen unmittelbar aus der Einsicht, aus der Überprüfung dessen, was man überschaut, entspringt.

4) Es wird ein Prozeß der stufenweisen Selbsterziehung der Produzenten, des stufenweisen Einbruchs in die unternehmerische Dispositionsmacht in Gang gesetzt. Hier haben wir also jenes vermittelnde Glied schrittweiser Umformung der Unternehmensverfassung, eines schrittweisen Terraingewinns — bis hin zu einer schließlichen Selbstbestimmung der Produzenten.

5) Der Gedanke des Aufbaus von Kontrollmacht ist übertragbar auch auf nicht privatkapitalistisch betriebene Bereiche der Gesellschaft: Es ist, wie die Erfahrung zeigt, übertragbar auf die Redaktionen der Zeitungen, des Rundfunks, des Fernsehens, auf Verlage, auf Schulen und Hochschulen, auf die öffentliche Verwaltung. Der Aufbau von Gegenmacht wächst unmittelbar in den politischen Raum selbst hinaus; er ist daher keineswegs etwa eine Losung syndikalistischer Politik. Und darum ist die Entwicklung von Arbeiterproduktionskontrolle, im umfassend verstandenen Sinne, eine der Hauptaufgaben der fortschrittlichen Kräfte in unserem Land. Der kleinste Durchbruch ist hier von geradezu geschichtlicher Bedeutung. Ein wichtiger Ansatzpunkt dazu ist heute, angesichts der fortschreitenden Preisinflation, das Pochen der Beschäftigten auf Kontrolle der Preisbildung der Unternehmungen.

6) Angesichts des Umstandes, daß die Inflation unter den Bedingungen des organisierten Kapitalismus für das Funktionieren und damit dem Fortbestand des Kapitalismus unverzichtbar ist, werden die Unternehmer alle Ansätze zu derartiger Preiskontrolle erbittert bekämpfen. Andererseits bedeutet hier jeder Erfolg der Arbeitenden nicht nur die Verbesserung ihres Anteils am Sozialprodukt, sondern vielmehr auch immer Gefährdung des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Kontrolle ist damit nicht mehr Losung gesellschaftspolitischer Defensive, sie ist eine Losung der Gegenoffensive.

Horst Lemke

Zur Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes

Restauration statt Reform

I

Am 12. Juni 1969 hat der Deutsche Bundestag endlich ein Berufsbildungsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz trat am 1. September 1969 in Kraft. Zum ersten Male ist die Berufsausbildung in den Betrieben, von der z. Z. immerhin ca. 1,4 Millionen Jugendliche, das sind 60 bis 70 Prozent der entsprechenden Altersjahrgänge, betroffen sind, nicht mehr bzw. nicht mehr ausschließlich in Wirtschaftsgesetzen geregelt.

Dieses Berufsbildungsgesetz war bis zur Schlußabstimmung sehr umstritten. Mit Sicherheit werden die Auseinandersetzungen weitergehen. Dafür bürgt neben dem Drängen der Gewerkschaften und dem bereits im Bundesrat angekündigten Antrag auf Novellierung des Berufsbildungsgesetzes vor allem das Mißverhältnis zwischen den Anforderungen an die Berufsbildung in einem demokratischen Rechtsstaat und dem nun gültigen Gesetz. Selten wurde die Verabschiedung eines Gesetzes so sehr von mißverstandener Tradition, Vorurteilen und Scheinargumenten beeinflußt. Handfeste Interessenpolitik tarnte sich als Versuch, „Bewährtes und Gewachsenes" zu erhalten. Alle Tricks des parlamentarischen Spiels mußten herhalten, um eine gründliche Änderung des Berufsbildungsgesetzes zu verhindern. Die Mehrheit des Deutschen Bundestags spielte dieses Spiel mit. Statt Reform gab es Restauration.

In seinen wichtigsten Merkmalen hat sich das Berufsbildungssystem auch nach der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes nicht verändert. Schlimmer noch: es gleicht noch immer sehr fatal den Leitbildern der handwerklichen Nachwuchsbildung des vorigen Jahrhunderts. Das Bildungsverständnis der verantwortlichen Parlamentarier scheint weder die technisch-industrielle noch die demokratische Entwicklung des letzten Jahrzehnts voll erfaßt zu haben. Ihre Entscheidung ist geprägt durch die traditionelle Unterscheidung zwischen einer obligatorischen allgemeinen Bildung für alle und einer besonderen Berufsausbildung, die sich nach dem Bedarf, hauptsächlich dem Bedarf der Wirtschaft, richtet.

Die überkommene Bildungspolitik sieht diese obligatorische allgemeine Bildung als Aufgabe des Staates an. Sie sollte durch Schulpflichtgesetze einerseits und durch Unterhaltung von Schulen andererseits erfüllt werden. Demgegenüber wurde die Berufsausbildung, abgesehen vom Hochschulbereich, als eine Angelegenheit der Wirtschaft, zwangsläufig also der Unternehmer, betrachtet. Beide Bereiche wurden streng voneinader getrennt. Ihre Eigenständigkeit wurde so sehr ideologisiert und „kultiviert", daß sie bis heute vielen Menschen eine Selbstverständlichkeit geworden ist, die sie völlig unreflektiert akzeptieren. Besonders augenfällig ist dabei die Vorstellung, daß in öffentlichen Ausbildungseinrichtungen eine brauchbare, leistungsfähige Berufsausbildung nicht möglich sei; wenigstens nicht

so gut wie in den Betrieben selbst. Dabei sind dieselben Leute bereit, sich von einem Arzt behandeln zu lassen, der in „öffentlichen Einrichtungen" ausgebildet wurde, oder mit der Eisenbahn zu fahren, obwohl der Lokführer auch nicht in der „Wirtschaft" gelernt hat.

Darum ist es auch nicht verwunderlich, daß der ursprüngliche Auftrag und Umfang der Pflichtschule zwar bei fortschrittlichen Pädagogen, Bildungs- und Wirtschaftspolitikern längst als überholt gilt, in der Praxis aber noch wesentliche Bedeutung hat. Noch immer wird die Pflichtschule von der Berufsausbildung ausgeschlossen. Sie darf nur die Jugendlichen darauf vorbereiten; die Berufsausbildung selbst bleibt der „Wirtschaft" vorbehalten. Man geht davon aus, daß die Wirtschaft aus „natürlichem Eigeninteresse", nämlich aus Bedarf an ausgebildeten Arbeitnehmern, schon für die optimale Gestaltung der Berufsbildung sorgt. Sinngemäß wird damit das Prinzip der Gewinnmaximierung in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zum ausschlaggebenden Regulativ für die Berufsausbildung der Jugend und immer mehr auch der Erwachsenen gemacht.

Die Erfüllung des Bildungsanspruchs bleibt dem „Markt" überlassen. Ist dort kein entsprechender Bedarf und demzufolge auch kein Angebot an Ausbildungsstellen vorhanden, kann der Ausbildungsstellenbewerber nicht ausgebildet werden. Ein solches System kann überhaupt nur dann einen Sinn haben, wenn Berufsausbildung und Berufsausübung eng zusammengehören. Früher war das so. Berufsausbildung war für den Auszubildenden eigentlich nichts anderes als das allmähliche Hineinwachsen in einen bestimmten Lebensbereich. Der erlernte Beruf wurde zum Lebensberuf. Der Meister übernahm die Aufgabe seiner Zunft, genügend, aber keineswegs zuviel Nachwuchs heranzubilden. Die „Nachwuchsquoten" waren streng reglementiert. Das und die relative Vielseitigkeit in der Ausbildung ermöglichte dem Ausgebildeten die lebenslange Ausübung seines Berufes.

Heute ist das meiste davon anders. Nur ein immer kleiner werdender Bruchteil der Ausgebildeten kann damit rechnen, den erlernten Beruf ein Leben lang auszuüben. Bereits jetzt hat mehr als die Hälfte aller Arbeitnehmer ihren Beruf wechseln müssen; manche davon bereits mehrmals. Die immer schneller werdende technische und wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt diesen Prozeß. Längst ist die Festlegung von Nachwuchszahlen durch einzelne Branchen und Wirtschaftszweige verschwunden. In manchen Betrieben und Berufen liegen die Lehrlingszahlen um ein Vielfaches über den tatsächlichen Beschäftigungsmöglichkeiten. Statt ausschließlich seinen eigenen Nachwuchs auszubilden, versteht sich das Handwerk heute als die „Ausbildungsstätte der gesamten Wirtschaft." Trotzdem werden die alten Leitbilder weiterhin vertreten. Im Jahre 1953, als wieder einmal die Aussichten zur Verabschiedung eines Berufsausbildungsgesetzes günstig schienen, beauftragte das Bundeswirtschaftsministerium das Institut für Berufserziehung im Handwerk an der Universität Köln, eine Untersuchung über den Plan eines Berufserziehungsgesetzes und das Handwerk durchzuführen [1]). Es ist erschütternd, mit welchen Argumenten dort zu einer gesetzlichen Regelung der Berufsausbildung Stellung genommen wird. Nicht der junge Mensch, sondern die vermeintlichen Interessen des Berufsstandes bilden den Maßstab. So heißt es: „Eine Berufserziehung kann daher nur unter dem Gesichtswinkel des Berufsstandes gesehen werden. Sie ist eine ureigene natürliche Funktion des Berufsstandes. Wenn man speziell die handwerkliche Berufserziehung betrachtet, so kommt man auf Grund der vorherigen Überlegung zu dem Ergebnis, daß die handwerkliche

[1]) Der Plan eines Berufserziehungsgesetzes und das Handwerk, Köln 1953.

Berufserziehung ihrer Natur nach und der natürlichen Funktionsgliederung gemäß die ureigenste Aufgabe des Handwerks selbst ist [2]).

Gegen die Kontrolle und Gestaltung der Berufsausbildung durch das Arbeitsamt, einem damaligen Vorschlag des DGB-Landesbezirks Nordmark zufolge, wird geltend gemacht: „Standesbewußtsein des Lehrlings könnte nicht mehr geweckt und Standespflichten des Meisters könnten nicht mehr kontrolliert werden. Die Erziehung zum ehrlichen Handwerker würde allzuleicht einer Ausbildung zum tüchtigen Facharbeiter weichen" [3]). Die gesamte Untersuchung ist mit ähnlichen Aussagen gespickt. Dazu noch ein weiteres Zitat: „Geht man von dem Erziehungsziel der Meisterlehre aus, so ergibt sich eindeutig, daß der Lehrling ein gesundes sittliches Empfinden mitbringen muß. Der auf Grund einer krankhaften Veranlagung moralisch minderwertige Jugendliche (?) ist als Handwerkslehrling ungeeignet und würde, wenn er trotzdem Aufnahme im Handwerk finden würde, das Ziel der Berufserziehung in der Meisterlehre nicht erreichen und den Berufsstand nur belasten. Darum muß in einem künftigen Gesetz festgelegt werden, daß nur der als Lehrling angenommen werden darf, der über die für den Beruf erforderlichen körperlichen und geistigen Eigenschaften hinaus auch die nötigen charakterlichen Anlagen besitzt, die es ihm ermöglichen, den besonderen gesinnungsmäßigen Anforderungen des Handwerksberufes zu genügen."

Gesetzlich fixierte hohe Eingangsanforderungen an den Lehrling werden inzwischen von den Sprechern der Handwerksunternehmer nicht mehr gefordert. Sie würden vielen Betrieben die hohen Lehrlingszahlen und damit die billigen Arbeitskräfte versperren. Aber die anderen Argumente sind geblieben. In neuer Form und mit dem nötigen politischen Druck vorgetragen, sicherten die dem Handwerk erneut seine Sonderrechte.

II

Die Forderung nach einem Berufsausbildungsgesetz ist bereits fünfzig Jahre alt. Sie wurde erstmalig auf dem 10. Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 30. Juni bis 5. Juli 1919 in Nürnberg erhoben. Bald darauf wurde ein erster Referentenentwurf erstellt. Dazu sagte der 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands 1925 in einer Entschließung u. a.: „. . . . er gibt der Arbeiterschaft die seit langem geforderte Mitwirkung, räumt jedoch dem Handwerk in einzelnen Fällen wieder eine Vorzugsstellung ein. Diese Sonderbehandlung entspricht nicht den wirtschaftlichen Erfordernissen und auch nicht dem Grundsatz der Gleichbehandlung". In der Weimarer Republik ist weder dieser Referentenentwurf noch ein anderes Berufsausbildungsgesetz verabschiedet worden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde diese Forderung von den Gewerkschaften erneut gestellt. Aber die Unternehmer und ihre Interessenvertreter setzten sich wiederum durch. Nur in Berlin wurde ein einheitliches Berufsbildungsgesetz geschaffen. Dagegen regelte der Deutsche Bundestag die Berufsausbildung erneut in Wirtschaftsgesetzen. Im Jahre 1953 verabschiedete er das Gesetz zur Ordnung des Handwerks und im Jahre 1956 das Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern. Es übertrug den Kammern der Wirtschaft die Kontroll- und Gestaltungsrechte für die betriebliche Berufsausbildung. Zwar wurde schon 1953 bei der Verabschiedung der Handwerksordnung betont, daß damit eine umfassende gesetzliche Regelung der Berufsausbildung nicht überflüssig sei, aber geschehen ist nichts.

---

[2]) a.a.O., S. 41.
[3]) a.a.O., S. 46.

Auch ein im Jahre 1959 vom Deutschen Gewerkschaftsbund vorgelegter Berufsausbildungsgesetzentwurf wurde vom Deutschen Bundestag nicht aufgegriffen. Am 27. Juni 1962 beschloß der Deutsche Bundestag einstimmig, daß die Bundesregierung bis zum 1. Februar 1963 den Entwurf eines Gesetzes über die Berufsausbildung vorlegen sollte. Dieser Beschluß wurde nicht realisiert. Dagegen gab es 1965 erneut eine Novelle der Handwerksordnung. Bei dieser Gelegenheit faßte der Bundestag einstimmig folgenden Beschluß:

„Mit den in der beschlossenen Novelle zur Handwerksordnung enthaltenen Änderungen hat der Bundestag nicht beabsichtigt,einer umfassenden gesetzlichen Regelung der Berufsausbildung vorzugreifen. Er sieht in den genannten Änderungen einen ersten Schritt zu einer solchen gesetzlichen Regelung.

1) Die umfassende gesetzliche Regelung muß alle Bereiche der Wirtschaft umfassen, um so der gesamten Volkswirtschaft die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten.

2) In einer solchen umfassenden Regelung ist den Bedürfnissen des Auszubildenden insoweit Rechnung zu tragen, als er gegenüber den aus der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung sich ergebenden strukturellen Veränderungen anpassungsfähiger gemacht wird.

3) Die gesetzliche Regelung der Berufsausbildung sollte den technisch-wirtschaftlichen Notwendigkeiten und ihrer erkennbaren Entwicklung entsprechen."

Als sich die Bundesregierung weiterhin nicht rührte, begann die SPD-Fraktion einen eigenen Gesetzesentwurf zu erarbeiten, den sie am 30. August 1966 im Bundestag einbrachte. Er trug den Titel „Arbeitsmarktanpassungsgesetz". In den letzten Jahren hatte sich nämlich immer deutlicher gezeigt, daß es nicht genügt, nur die Lehre, also die Berufsausbildung der Jugendlichen, auf eine neue gesetzliche Basis zu stellen. Immer häufiger wurden Erwachsene durch die technisch-wirtschaftliche Entwicklung freigesetzt und gezwungen, eine andere Berufstätigkeit aufzunehmen. Immer rascher veralteten die in der Lehre einmal erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten. Begriffe wie Mobilität und Polyvalenz, Education permanente und Life long learning, in anderen Industrienationen schon längst geläufig, setzten sich auch bei uns immer mehr durch. Die SPD-Fraktion wollte die damit zusammenhängenden Berufsausbildungsprobleme in einem einzigen Gesetz erfassen. Formulierter Zweck ihres „Arbeitsmarktanpassungsgesetzesentwurfs" war es [4]):

1) die Anpassung des Arbeitsmarktes an die Entwicklung von Wirtschaft und Technik durch Arbeitsmarkt und Berufsforschung zu fördern;

2) die Berufsausbildung in der Wirtschaft der Entwicklung von Technik und Wirtschaft anzupassen;

3) die Teilnahme der Arbeitnehmer an beruflichen Bildungsveranstaltungen zu fördern;

4) Arbeitslosigkeit und unterwertige Beschäftigung aus Anlaß von Betriebsänderungen zu verhüten.

Die Regelung der bisher üblichen Berufsausbildung war also nur eine von mehreren Aufgaben dieses Gesetzentwurfes. Sicher hatte das auch rein taktische Gründe. Nachdem es über Jahrzehnte nicht gelungen war, für die Berufsausbildung der arbeitenden Jugend ein eigenes Gesetz zu schaffen, bot die Verquickung mit der Erwachsenenausbildung neue Möglichkeiten. Die Rezession und ihre daraus resultierenden Folgen für die bereits beschäftigten Arbeitnehmer übten einen

4) Bundestagsdrucksache V/887.

viel stärkeren politischen Druck aus, als es die Probleme der Lehrlingsausbildung jemals getan hatten.

Nun endlich wurden auch CDU/CSU und FDP, die damaligen Regierungsparteien, aktiv. In aller Eile bastelten sie einen Berufsausbildungsgesetzentwurf zusammen und brachten ihn am 25. Oktober 1966 im Bundestag ein. Einen Tag darauf, am 26. Oktober 1966, wurden beide Entwürfe in erster Lesung vom Plenum beraten. Während der Debatte erklärte der Abgeordnete Liehr (SPD): „... daß unsere Fraktion seit etwa zwei Jahren an diesem Entwurf gearbeitet hat." Daraufhin Zwischenruf von der CDU/CSU: „Und dann ist noch so wenig herausgekommen?" [5]) Der Sprecher der FDP betonte sogar, daß seine Franktion Änderungsanträge zu dem von ihr miteingebrachten Gesetzesentwurf stellen werde [6]). Trotzdem verabschiedeten alle Franktionen drei Jahre später ein Berufsbildungsgesetz, das in vielen Teilen noch weit schlechter war als der so kritisierte Gesetzesentwurf der SPD.

III

Die fast fünfzigjährige Geschichte vom ersten Referentenentwurf bis zur Verabschiedung zeigt deutlich, daß es hierbei nicht um „rein fachliche" Probleme, sondern um eine grundsätzliche gesellchsaftspolitische Auseinandersetzung geht. Drei Aspekte sind dabei besonders wichtig:

A Der Bildungsanspruch: Unser Grundgesetz sichert jedem das Recht auf die freie Entfaltung seiner Person. Daß die freie Entfaltung in unserer Zeit ohne „zeitgemäße" Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen nicht möglich ist, bedarf keiner besonderen Begründung. Daraus folgt: Der Staat, als die politische Repräsentanz unserer Gesellschaft, muß die Realisierung des Bildungsanspruches jedes Einzelnen garantieren. Konkret: Bildung und Berufsbildung sind als öffentliche Aufgabe anzuerkennen und zu verwirklichen. Dabei darf der Bildungs- und Ausbildungsanspruch grundsätzlich nicht als eine Variable des wirtschaftlichen Bedarfs behandelt werden.

B Demokratisierung der Berufsbildung: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. So lautet der Auftrag des Grundgesetzes. Zwischen Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit klafft eine große Lücke, die es zu schließen gilt. Auch das Berufsbildungssystem muß diesem Ziel angepaßt, d. h. demokratisiert werden. Ein modernes Berufsbildungsgesetz muß die Voraussetzung für eine institutionelle Garantie der Sebstbestimmung und Mitbestimmung der Betroffenen schaffen. Es muß die Demokratisierung der Lehr- und Lernprozesse auch in der betrieblichen Berufsausbildung einleiten.

Schließlich geht es bei der heutigen Lehre nicht nur um eine möglichst effektive Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten. Es geht für 1,4 Millionen Lehrlinge und für unsere Gesellschaft vor allem um die verantwortungsbewußte, demokratische Gestaltung von mindestens drei Bildungsjahren, entscheidenden Jahren ihres Lebens. Dabei muß die Frage beantwortet werden, wer denn diese Lehrlinge sind. Es sind Arbeiterkinder. Die Lehre gilt heute als der normale Bildungsweg nach der Hauptschule. Sie wird zwar auch von Mittelschülern absolviert, jedoch meist als Vorbereitung auf eine weiterführende Schul- oder Hochschulausbildung. Untersuchungen haben gezeigt, daß mehr als 70 Prozent aller Schüler in den Abschlußklassen der Volks- bzw. Hauptschule Arbeiterkinder sind. Tatsächlich ist also die Lehre der „normale Bildungsweg für Arbeiterkinder". Kinder aus anderen Sozialschichten gehen im entsprechenden Alter noch in die Schule.

[5]) Bundestagsprotokoll vom 26. 10. 69, S. 3199.
[6]) a.a.O., S. 3205.

Der katastrophal geringe Anteil der Arbeiterkinder auf Universitäten findet seine Entsprechung im noch geringeren Anteil der Unternehmer- und Akademikerkinder in der betrieblichen Berufsausbildung. Das sind Folgen einer ständischen, arbeitnehmerfeindlichen Organisation des Bildungs- und Ausbildungswesens. Natürlich kann auch eine vom Bedarf der Wirtschaft, richtiger gesagt: vom Bedarf der einzelnen Betriebe abhängende Ausbildung zu „optimalen Ergebnissen" führen. Nämlich dann, wenn sie Vorbedingung zur Erreichung des Betriebszwecks ist; konkret: wenn der Betrieb ohne qualifizierte Fachleute nicht existieren kann und solche Fachleute auf dem Arbeitsmarkt nicht zu haben sind. Dann, aber nur dann, erzwingt sein wirtschaftliches Interesse eine anspruchsvolle Fachausbildung. Allerdings — und das wird fast in der gesamten öffentlichen Diskussion übersehen —: kritische Haltung und demokratisches Engagement werden durch eine so motivierte Berufsausbildung nicht gefördert. Gewinnmaximierung ist — jedenfalls aus Unternehmersicht — sehr viel leichter durch Anordnen und Ausführen als durch Mitbestimmung in den Betrieben zu erreichen. Kann man es eigentlich verantworten, die Mehrheit der Jugendlichen diesen „Ausbildungseinrichtungen" anzuvertrauen?

C Wirtschaftliche Gesichtspunkte: Bildung und Ausbildung gelten immer mehr als Bestandteil einer modernen Wirtschaftspolitik, als wichtige gesamtwirtschaftliche Investition. Der Staat müßte also daran interessiert sein, dieses wichtige Instrument nicht aus der Hand zu geben. Unser Bildungs- und Ausbildungssystem muß die beruflichen Qualifikationen (also Kenntnisse und Fertigkeiten, Fähigkeiten und Verhaltensweisen) vermitteln, die notwendig sind, um neue, steigende und wechselnde Anforderungen in der Wirtschaft zu erfüllen. Diese Anforderungen können bis heute nicht zuverlässig ermittelt werden. Man weiß, daß etwa 50 Prozent der Arbeitstechniken und Arbeitsanforderungen des Jahres 1980 noch nicht einmal bekannt sind. Fest steht nur:

Es wird mit absoluter Sicherheit zu weiteren Veränderungen in den Arbeitsanforderungen und Arbeitsprofilen kommen. Der Anteil der „manuellen" Anforderungen nimmt weiterhin ab, der Anteil der „intellektuellen" Anforderungen steigt insgesamt an. Eine zutreffende Voraussage hierfür ist nicht möglich. Die Anforderungen, die der einzelne Arbeitsplatz stellt, sind nicht identisch mit den beruflich-fachlichen Anforderungen, die der einzelne Arbeitnehmer insgesamt zu erfüllen hat. Eine von der Analyse der Arbeitsplätze her aufgebaute Berufsausbildung hat daher nicht automatisch die richtigen Inhalte. Für eine zukunftsorientierte Berufsausbildung ist deshalb der Arbeitsplatz in der „betrieblichen Wirklichkeit" durchaus nicht immer der ideale Ausbildungsplatz. Darum ist es notwendig und legitim, „die Anforderungen an das berufliche Bildungswesen aus den Grundrechten des Individuums sowie aus den obersten Zielsetzungen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik abzuleiten" [7]).

Je weniger allerdings die Berufsausbildung unmittelbar am Arbeitsplatz in der „Mitarbeit" stattfindet, um so aufwendiger wird sie sein. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung werden Lehrlinge nicht von der „Wirtschaft", sondern von einzelnen Betrieben ausgebildet. Weniger als ein Drittel aller Betriebe ist heute an der Berufsausbildung unmittelbar beteiligt. Es kann wohl kaum erwartet werden, daß sie in der Mehrzahl bereit sind, zugunsten der anderen zusätzliche Aufwendungen zu erbringen. Vielmehr müssen die Berufsbildungsinvestitionen durch die gesamte Wirtschaft oder den Staat aufgebracht werden.

---

7) Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates, Empfehlung zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung, Bad Godesberg 1969.

IV

Für eine Reform des bisherigen Berufsausbildungssystems sind verschiedene Lösungen denkbar. Zwei davon, nämlich die Eingliederung der Berufsausbildung in die öffentlichen Schulen, wie das in vielen westlichen Industrieländern üblich ist, oder die Errichtung von öffentlichen Ausbildungsstätten, wurden in den Gesetzentwürfen überhaupt nicht aufgegriffen. Sie sind wohl auch bei der gegenwärtigen politischen und bildungspolitischen Situation in der Bundesrepublik kaum denkbar. Damit bliebe nur die Möglichkeit, daß der Staat zwar die Erfüllung des Berufsbildungsanspruchs jedes Einzelnen garantiert, ohne deshalb die eigentliche Berufsbildung selbst durchzuführen. Die Kontrolle und Gestaltung der Berufsbildung müßte demokratischen, unabhängigen Institutionen übertragen werden. Es wäre sicherzustellen, daß die technologischen und pädagogischen Möglichkeiten der Betriebe voll genutzt, hingegen die für die Ausbildung schädlichen Einflüsse, die sich aus den Machtverhältnissen und dem Betriebszweck ergeben, weitgehend ausgeschaltet würden. So würde der Staat den Auftrag zur Durchführung der Berufsbildung auf private Einrichtungen, Betriebe usw. übertragen, aber in jedem Falle dafür sorgen, daß er durchgeführt wird. Er müßte ferner die „Auftragsbedingungen", nämlich Inhalt, Form, Dauer der Ausbildung sowie Anforderungen an Ausbildungsstätten und Ausbildungspersonal, konkret festlegen.

Es ist entlarvend, daß die Gegner einer Reform der Berufsbildung das gegenwärtige System der betrieblichen Berufsausbildung in der Bundesrepublik als ein geschlossenes Ganzes darstellen und so tun, als ob das Funktionieren des einen Teils von dem Weiterbestehen des anderen Teils abhänge. Es ist einfach nicht wahr, daß die betriebliche Ausbildung untrennbar mit der Kontrolle und Gestaltung durch die Kammern verbunden ist. Diese Überwachungsaufgabe könnte und müßte aus wirtschaftlich-technischen und aus gesellschaftspolitischen Gründen von einer Stelle wahrgenommen werden, die nicht einseitig von Unternehmern beherrscht wird.

Ebensowenig überzeugend ist es, wenn das Handwerk auf einer Berücksichtigung seiner Eigenständigkeit besteht und behauptet, daß die „handwerkliche Berufsausbildung" nur in der Handwerksordnung geregelt werden könne. Warum eigentlich müssen für die Ausbildung des Maschinenschlossers (Industrie) und des Maschinenbauers (Handwerk) zwei verschiedene Kammern zuständig sein, wenn andererseits für den Friseur, den Kraftfahrzeugmechaniker und den Bäcker eine Kammer gemeinsam zuständig ist? Darauf gibt es nur eine Antwort: Weil es dem selbständigen Handwerk nicht um die bestmögliche Organisation der Berufsausbildung, sondern um die Erhaltung seiner Vorrechte geht.

Mit der Einbringung des SPD-Entwurfs für ein Arbeitsmarktanpassungsgesetz war die gesetzliche Regelung der Berufsausbildung endgültig auf der Tagesordnung des Bundestages. Schlagartig änderte sich nun die Taktik der Reformgegner. Der bisherige Widerstand gegen ein Berufsbildungsgesetz überhaupt wandelte sich in Befürwortung. Stattdessen wurde nun für ein „Rahmengesetz" argumentiert, das die „bewährte gewachsene Selbstverwaltung" nicht antastet und „das Herzstück der Handwerksordnung, die Bestimmung über die Berufsausbildung, nicht aus dieser herauslöst" [8]).

Vom 21. bis 23. Juni 1967 hörten die Bundestagsausschüsse für Arbeit und für Familien- und Jugendfragen 42 Sachverständige zum Arbeitsmarktanpassungsgesetzentwurf der SPD und zum Berufsausbildungsgesetzentwurf der CDU/CSU-

[8]) Bundestagsprotokoll vom 26. 10. 66, S. 3206.

FDP. Es fällt auf, daß die Arbeitgeberverbände und die Kammern als „Sachverständige" nicht etwa Ausbildungsleiter benannten; sie schickten auch nur wenige bei ihnen beschäftigte Ausbildungsexperten. Stattdessen hatten sie ihre Gesellschaftspolitiker und Juristen aufgeboten. Entsprechend waren auch die Argumente [9]). Statt fachlich wurde gesellschaftspolitisch und polemisch agiert. Zwar brachte dieses Hearing nichts Neues, immerhin wurde aber die Auffassung der Gewerkschaften von den wissenschaftlichen Sachverständigen weitgehend geteilt.

Wiederum dauerte es fast ein Jahr, bis sich der federführende Bundestagsausschuß für Arbeit erneut mit der Regelung der Berufsausbildung beschäftigte. Unter Assistenz der Bundesministerien für Wirtschaft und für Arbeit und Sozialordnung, die „Formulierungshilfe" beisteuerten, nahm ein Unterausschuß die Beratung des Berufsausbildungsgesetzes auf. Am 4. Juni 1969 legte der federführende Bundestagsausschuß dem Bundestag ein „Berufsbildungsgesetz", so der neue Titel, vor. Am 12. Juni beschloß der Bundestag dieses Gesetz. Die meisten Abgeordneten hatten vorher nicht einmal Gelegenheit, den Text zu lesen. Auch das ist bezeichnend für den geringen Stellenwert der Berufsbildung innerhalb der gesamten Bildungspolitik.

V

Für die Gewerkschaften war dieses Gesetz eine herbe Enttäuschung. Die Unternehmer dagegen waren zufrieden. Ihre Vorrechte waren nicht nur erneut bestätigt worden, sie hatten auch noch neue, so zum Beispiel in der Erwachsenenbildung, bekommen. Natürlich wurde das Berufsbildungsgesetz von Bundestag und Bundesregierung als Fortschritt gelobt. In den Regelungen, die sie als Beweis dafür anführen, zeigen sich die tatsächlichen Mängel dieses Gesetzes am deutlichsten.

Da ist zunächst das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung. Ohne Zweifel ist seine Errichtung die bemerkenswerteste und wahrscheinlich auch die wertvollste Neuerung. Aber sie war längst überfällig. Mit ihr wird nur ein beschämender und bedenklicher Anachronismus beseitigt. Nur wenn man das Nachvollziehen einer lange überfälligen und weitgehend unbestrittenen Entscheidung als Fortschritt bezeichnet, ist dieser Ausdruck berechtigt.

Als weiteres Plus werden der Bundesausschuß und die Landesausschüsse für Berufsausbildung angeführt. Aber auch sie hätten schon lange errichtet werden müssen. Für fast alle Bereiche der Politik gibt es Sachverständigenausschüsse, paritätische Gremien u. a. Sie nun auch für die Berufsbildung zu schaffen, ist beileibe keine berauschende Sache. Außerdem sind die Rechte und Möglichkeiten dieser Ausschüsse stark eingeschränkt. Die usprünglich vorgesehenen Selbstverwaltungsaufgaben wurden ihnen nicht übertragen. Dagegen haben die Selbstverwaltungsideologen der Unternehmer allerdings nicht protestiert . . .

Ferner wird auf die Beseitigung der bisherigen Rechtszersplitterung hingewiesen. Nun ist aber die Zusammenfassung unzureichender Vorschriften in einem einzigen Gesetz noch kein Fortschritt in der Sache. Der Hinweis auf die Beseitigung der Rechtszersplitterung ist auch nur die halbe Wahrheit. Nur der vertragsrechtliche Teil des Berufsbildungsgesetzes gilt für alle Wirtschaftsbereiche. In den anderen Teilen gibt es für das Handwerk und viele andere Bereiche erneut abweichende Regelungen. Andere Berufsbildungszweige sind vom Gesetz überhaupt nicht erfaßt. Umfassend ist eigentlich nur der Titel des Berufsbildungsgesetzes.

[9]) S. dazu Protokolle öffentl. Informationssitzung für Arbeit und des Ausschusses für Familien- und Jugendfragen am 21., 22. und 23. 6. 1967 in Berlin.

Es ist richtig, daß die vertragsrechtlichen Vorschriften klarer und wohl auch besser als bisher sind. Das heißt jedoch noch nicht, daß sie klar und modern genug sind.

Mit besonderem Stolz wird betont, daß das neue Berufsbildungsgesetz nicht nur ein einfaches Lehrlingsrecht sei, sondern auch die berufliche Fortbildung und Umschulung der Erwachsenen regele. Das ist eine offensichtliche Irreführung. In Wirklichkeit sind die diesbezüglichen Regelungen mehr als bescheiden. Sie stellen nur fest, daß die Kammern künftig auch für die Abnahme von Fortbildungs- und Umschulungsprüfungen sowie für die Überwachung der Umschulung zuständig sind. Aber der Versuch, besondere Einrichtungen für die spezifischen Anforderungen der Erwachsenenbildung zu schaffen, die Finanzierung dieser Einrichtungen zu regeln und die Teilnahmemöglichkeiten der Arbeitnehmer zu sichern, wurde nicht gemacht. Statt wie in anderen Ländern ein eigenständiges, betriebsunabhängiges System für die Berufsbildung Erwachsener zu schaffen, wurde sie in das traditionelle System der betrieblichen Berufsausbildung eingegliedert.

Als ein Fortschritt wird auch die Tatsache bezeichnet, daß die Kammern endlich klare Aufträge und Rechte für Überwachung und Gestaltung der Berufsausbildung bekommen hätten. Nun, die materiellen Rechte sind kaum ausreichend, jedenfalls soweit es die Eignungsfeststellung der Ausbildungsstätten und der Ausbilder betrifft. Zum anderen ist gerade die Übertragung der Überwachungs- und Gestaltungsaufgabe auf die Kammern äußerst problematisch. Gerade deshalb, weil sie nun nicht aus dem eigentlichen Kammerrecht durch ein „Kammergesetz", sondern durch ein Gesetz mit pädagogischer Zielsetzung vorgenommen wurde. Zwar wird jetzt bei den Kammern ein Berufsbildungsausschuß errichtet, der paritätisch mit Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu besetzen ist. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, bei der Industrie- und Handelskammer die Rechtsvorschriften für die Berufsbildung zu beschließen. Im übrigen wurde das bisherige Kammerrecht nicht geändert. Personal- und Finanzpolitik der Kammern, auch in Fragen der Berufsbildung, werden weiterhin durch die Vollversammlung, also durch die Unternehmer, bestimmt. Von echter Mitbestimmung kann keine Rede sein.

Noch schlechter sind die Mitbestimmungschancen der Arbeitnehmer bei den Handwerkskammern geregelt. Der Ausschuß für Arbeit hatte beantragt, der Bundestag möge für die Berufsbildungsausschüsse bei allen Kammern einen wortgleichen Gesetzestext beschließen [10]). CDU/CSU und FDP hielten sich jedoch nicht an diesen Ausschußbeschluß. Sie brachten gegen die Stimmen der SPD und weniger CDU-Abgeordneter, die den Sozialausschüssen angehören, eine Änderung durch, die sich vor allem gegen die Gewerkschaften richtet. Danach werden die Arbeitnehmervertreter in den Berufsbildungsausschüssen der Handwerkskammern nicht von ihren Gewerkschaften, sondern von den Gesellen in der Handwerkskammer-Vollversammlung bestimmt. Ferner wurde das Beschlußrecht über Rechtsvorschriften zur Berufsbildung nicht dem Berufsbildungsausschuß, sondern der zu zwei Dritteln aus Unternehmern bestehenden Vollversammlung übertragen.

Die Reformgegner bezeichnen diese Lösung als die „Erhaltung des bewährten Prinzips der Selbstverwaltung". Das Handwerk spricht von „tragbaren Kompromissen, die als handwerkspolitischer Erfolg gewertet werden können" [11]). Wer verwaltet sich denn hier eigentlich selbst? Diejenigen, die in der Regel ausgebildet werden, die Arbeitnehmer und ihre Kinder, doch nicht. Sogar die volle Mitbestimmung in der Berufsbildung wurde ihnen und ihren Gewerkschaften ver-

10) S. Bundestagsdrucksache V/4260, S. 30.
11) Der Lehrlingswart, Nr. 7, Bad Wörishofen 1969, S. 10.

weigert. Hier von „Selbstverwaltung" zu sprechen, meint doch, daß die Unternehmer ihre „Nachwuchsheranbildung" selbst verwalten. Das heißt, den „Auszubildenden" nur als Objekt zu betrachten.

Dieses grundgesetzwidrige Verständnis von der Berufsbildung prägt das ganze Berufsbildungsgesetz. An keiner Stelle wird dem Rechtsanspruch auf Berufsbildung auch eine Berufsbildungspflicht der „Ausbildungsstättenbesitzer", also der Unternehmer, entgegengestellt. Berufsbildung bleibt nach wie vor „freiwillige Leistung" der einzelnen Betriebe. Sie entscheiden darüber, ob, wieviel und für welche Berufe sie jemanden ausbilden. In Wirklichkeit enthält das Berufsbildungsgesetz nur Spielregeln für den Fall, daß gespielt wird, sprich, wenn ein privater Berufsausbildungsvertrag zustande kommt. Um im Bild zu bleiben: Spielregeln, wenn auch unzureichende, wurden geschaffen, aber für den Bau von modernen Spielplätzen, sprich Ausbildungsstätten, und die Ausbildung qualifizierter Trainer, sprich Ausbilder, wurde fast nichts getan.

Im März 1969 legte die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates ihre „Empfehlung zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung" vor. Man hatte annehmen dürfen, daß der Bundestag wenigstens diese Empfehlungen, die ja wie üblich auch schon ein Kompromiß zwischen Reformern und Reformgegnern waren, berücksichtigte. Bekanntlich wurde der Bildungsrat wegen dieser Empfehlungen von den „Vertretern der Wirtschaft" in übler Weise angegriffen. Vergleicht man das Berufsbildungsgesetz mit den Empfehlungen, zeigt sich, daß wenig davon berücksichtigt wurde. Es ging eben nicht um die bestmögliche Berufsbildung der Arbeitnehmer, sondern um die Erhaltung gesellschaftspolitischer Machtpositionen. Das Berufsbildungsgesetz entspricht nicht den Anforderungen einer zeitgemäßen gesetzlichen Regelung. Es regelt im wesentlichen nur die bisher übliche betriebliche Berufsausbildung. Alternativen wie z. B. Schulausbildung und Ausbildung in anderen betriebsunabhängigen Einrichtungen wurden zwar nicht verboten, aber sie wurden auch nicht geschaffen. Es fehlt die Demokratisierung der gesamten Berufsbildung.

Die Forderung nach einer zeitgemäßen und zukunftsorientierten Gesetzgebung ist nicht erfüllt. Der neue Bundestag wird sich ihr stellen müssen.

Marlis Krüger, New York

Zur Entwicklung in Peru

Revolution oder Reaktion?

I

Im Oktober 1968 übernahm die Armee unter Führung von General Juan Velasco Alvarado die Regierung in Peru. General Velasco rechtfertigte den Sturz des zivilen Präsidenten Fernando Belaúnde Terry mit der Verkündung tiefgreifender

politischer, sozialer und ökonomischer Reformen. Im Gegensatz zu den traditionell rechtsgerichteten Militärregierungen in anderen südamerikanischen Staaten wie zum Beispiel in Argentinien, Brasilien und Uruguay begreift sich die neue Regierung in Peru als revolutionär im Sinne einer links-nationalen Politik.

Das Reformprogramm der Regierung Velasco sieht Strukturänderungen vor allem in der Landwirtschaft, der Industrie und im Steuer- und Kreditwesen vor. Mit Hilfe dieser Reformen will die Regierung a) den sozialen Ausgleich zwischen der reichen Oligarchie und der Masse der armen Kleinbauern und Landarbeiter herbeiführen, b) Peru stärker als bisher industrialisieren und modernisieren und c) Perus nationale Souveränität, vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten, behaupten.

Im Hinblick auf die ersten beiden Ziele wurde die Staatsverwaltung den Erfordernissen des weitreichenden Reformprogramms angepaßt, indem für die verschiedenen Entwicklungsgebiete (Kupferbergbau, Bewässerungsanlagen, Straßenbau, Landverteilung etc.) Spezialministerien geschaffen wurden. Im Hinblick auf das dritte Ziel wurde gleich bei der Regierungsübernahme die kanadische Tochtergesellschaft der nordamerikanischen International Petroleum Company (IPC), die sich seit 1924 in amerikanischen Händen befand, enteignet und verstaatlicht. Die daraus resultierende Krise zwischen Peru und den Vereinigten Staaten vertiefte sich weiter, als Peru vor seiner Küste ein Hoheitsgebiet von 200 Meilen beanspruchte und drei US-amerikanische Fischdampfer, die sich darin aufhielten, aufbrachte. Die peruanische Regierung gab ihre Position auch dann nicht auf, als die Vereinigten Staaten drohten, auf Grund des Hickenlooper Amendments den peruanischen Export in die USA zu drosseln. Dies hat der Regierung Velasco bei der Bevölkerung große Popularität und bei anderen südamerikanischen Staaten Prestige und Bewunderung eingetragen.

Es wäre jedoch übertrieben zu behaupten, daß die Begeisterung für die neue Regierung bei der peruanischen Bevölkerung ungeteilt sei, wie es auch voreilig wäre, die angekündigten Reformen als bereits vollzogene Maßnahmen zu feiern. Es ist vielmehr zu fragen, wie sich das Reformprogramm und die Maßnahmen der Militärregierung in den traditionellen Rahmen peruanischer Politik und peruanischen Lebens fügen. Konkret: Gibt es Strukturelemente in der peruanischen Gesellschaft, die einen Erfolg der angekündigten Reformen wenn nicht völlig in Frage stellen, so doch erheblich verzögern können? Und: Gibt es Machtgruppen, die hinter den Militärs stehen und deren Interessen die Reformen zugute kommen? Schließlich: Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen der Militärregierung und der Linken in Peru?

II

Westliche Beobachter messen insbesondere der am 24. Juni 1969 verkündeten Landreform eine revolutionäre Bedeutung zu, da die darin vorgesehenen Enteignungen der Landoligarchie zugunsten der Kleinstbauern und Landarbeiter geeignet erscheinen, die überkommene Feudalherrschaft in Peru zu zerstören.

Die Landreform sieht vor:

a) Grundbesitz, der eine bestimmte Größe übersteigt (150 Hektar an der Küste, 20—55 Hektar im Gebirge, 1500 Hektar bei Viehwirtschaften), zu enteignen und an Pächter, Kleinstbauern und Landarbeiter gegen geringe und langfristig zahlbare Kaufsummen zu verteilen;

b) die Neubauern nach Möglichkeit in Genossenschaften zu organisieren und ihnen Kredite sowie technische Hilfe zu geben;

c) die enteigneten Großgrundbesitzer zu entschädigen; und zwar in Bargeld unter der Bedingung, daß sie das Geld sofort in Industrieunternehmen investieren; andernfalls nur mit Staatspapieren mit einer Laufzeit von 30 Jahren.

Mit Hilfe der geplanten Umverteilung des Landbesitzes will die Regierung das alte Feudalsystem zerschlagen, das rund 1200 Großgrundbesitzern das Verfügungsrecht über etwa 60 Prozent der gesamten Anbaufläche und außerdem das Recht gab, Hunderttausende von Landarbeitern — nach Art der Leibeigenschaft — wochentags ohne Entlohnung auf ihren Haciendas arbeiten zu lassen.

Es besteht kein Zweifel, daß die hier kurz skizzierte Landreform Peru radikal verändern würde. Die Frage ist nur, ob sie erfolgreich durchgeführt werden kann, denn es lassen sich zahlreiche Faktoren denken, die einen Erfolg verhindern oder zumindest stark beeinträchtigen könnten.

Gegner des derzeitigen Militärregimes zweifeln am Erfolg der Landreform vor allem, weil sie glauben, daß das Regime mit Hilfe der propagierten Reformen lediglich die anfänglich weitverbreitete Skepsis gegenüber einer Militärregierung in Peru überwinden wollte, die Reformen selbst aber — wenn überhaupt — nur langsam, zögernd und in durch Kompromisse abgeschwächter Form durchführen werde. Als General Velasco in einer Ansprache anläßlich des peruanischen Unabhängigkeitsfestes, am 27. Juli 1969, verkündete, daß die umfassenden Strukturänderungen in Peru voraussichtlich erst in 50 Jahren abgeschlossen sein werden, sahen sich die Skeptiker bestätigt. Erfahrungen in anderen südamerikanischen Ländern (zum Beispiel Chile, Kolumbien, Venezuela) haben gelehrt, daß in diesen Ländern die Verwirklichung von Reformplänen oft im Anfangsstadium steckenbleibt. In Chile wurde beispielsweise bereits vor über 50 Jahren von Landreform gesprochen, bis heute sind jedoch nur kleine Teilreformen verwirklicht worden.

Die Anhänger der neuen Regierung weisen dagegen darauf hin, daß Regierungskommissionen bereits damit begonnen haben, die großen Latifundien zu enteignen, und daß die Landoligarchie sich diesen Maßnahmen bisher nolens volens gebeugt hat. In Wendung gegen die bisherige historische Erfahrung wird das Militär nicht länger als eine eigenständige Sozialgruppe, die sich immer mit der mächtigen Oligarchie gegen das Volk verbündet hat, gesehen. Die Armee unter der Führung des Generals Velasco wird vielmehr als ein Teil des ausgebeuteten Volkes selbst begriffen. Velasco hat mehrfach betont, daß er selbst aus armen Verhältnissen komme (sein Vater war Veterinär in einer kleinen Provinzstadt im Norden Perus) und daß er und seine Soldaten mit den erbärmlichen Lebensbedingungen der Landbevölkerung in den Anden und in den entlegenen Dschungeldörfern bestens vertraut seien. Die niedrige soziale Herkunft des Generals Velasco und vieler seiner Offiziere scheint vielen Peruanern die beste Gewähr für die politische Unabhängigkeit der neuen Regierung zu sein. In diesem Zusammenhang wird häufig erzählt, daß Velasco und seine Klassenkameraden auf der Militärakademie einen geheimen Schwur getan hätten, eines Tages die Macht zu übernehmen, um Perus Sozialstruktur zu revolutionieren. Bei großen Teilen der Bevölkerung hat sich der Mythos von einer unabhängigen und geeinten Armee gebildet, die das progressive Reformprogramm der Regierung voll unterstützt.

Dieser Mythos kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Velasco bei seinen Reformen große Widerstände zu überwinden hat, Widerstände, die zum Teil im Militär selbst zu finden sind, und daß die Reformen, selbst wenn dies vielleicht auch nicht beabsichtigt ist, der Bildung einer neuen Oligarchie den Weg bereiten können.

III

Seit etwa 30 Jahren hat sich in Peru langsam ein Wandel innerhalb der sozialen Oberschicht vollzogen, indem sich neben der Landoligarchie eine städtische Oberklasse herausbildete, die ihre ökonomische Basis in der fast ausschließlich verarbeitenden Industrie findet. Diese neue Oberschicht setzt sich sowohl aus ehemaligen Mitgliedern der Landoligarchie als auch aus sozial aufgestiegenen Geschäftsleuten, Handwerkern und Akademikern zusammen. Es ist im Interesse dieser neuen Kapitalistenklasse, den Lebensstandard der gesamten Bevölkerung zu erhöhen, um dadurch mehr Käufer für ihre Produkte zu finden. Die Landreform, die der armen Landbevölkerung zum erstenmal in der Geschichte Perus Landbesitz verschaffen soll, ist daher auch ein geeignetes Instrument, um größere Absatzmärkte für Konsumgüter und technische Geräte zu schaffen. Die geplante Moderniserung Perus, d. h. der Kampf gegen elende Lebensbedingungen, rückständige Arbeitsweisen und Analphabetentum, scheint also zunächst einmal der neuen Stadtaristokratie auf Kosten der Landoligarchie zugute zu kommen.

Da aber die enteigneten Großgrundbesitzer ihre Entschädigungssummen bar in der Industrie investieren dürfen, können sie sich ungehindert in die neue Oligarchie eingliedern. Ob sie dies tun werden, wird im wesentlichen von ihrer Bereitschaft abhängen, sich dem Trend zur Urbanisierung und Industrialisierung anzupassen. Die Gesetze der Landreform geben ihnen auf jeden Fall die Chance, ihre ökonomische Vorrangstellung zu behaupten. So gesehen, scheint die Landreform weniger ein Mittel der revolutionären Umwälzung der Verhältnisse als vielmehr ein Weg zu sein, Peru zu modernisieren und dabei gleichzeitig die alten Herrschaftsverhältnisse zu sanktionieren.

Damit soll nicht unterstellt werden, daß die Militärregierung die Landreform bewußt in dieser Absicht konzipiert hat. Es wurde lediglich gezeigt, daß die objektiv bestehenden sozio-ökonomischen Verhältnisse in Peru die Reformen in ihrer jetzigen Konzeption in diese Richtung drängen können.

IV

Gefahren für die erfolgreiche Durchführung der angekündigten Landreform zeichnen sich vor allem in drei Bereichen ab: im Militär selbst, in der finanziellen Lage Perus und in der sozialen Situation der Indios.

Während die meisten Peruaner den Eindruck haben, daß sich alle Teile der Armee im Hinblick auf die Reformpolitik einig seien, verhält es sich in Wirklichkeit keineswegs so. Genral Velasco stützte sich nämlich bei seinem Staatsstreich nur auf die Panzerdivisionen und Spezialeinheiten der Infanterie sowie auf die jüngeren Offiziere dieser Einheiten. Die älteren Generale sowie die Marine und Luftwaffe wurden von dem Coup d' Etat dagegen ebenso überrascht wie die Zivilbevölkerung. Vor die Alternative gestellt, die neue Regierung zu unterstützen oder gegen ihre eigenen Kameraden zu kämpfen, entschieden sich diese Militärs für das erstere. Damit wurden aber von vornherein gewisse Spannungen in die Regierung hineingetragen, Spannungen, die aus der verschiedenen sozialen Herkunft und den verschiedenen politischen Erfahrungen von Marine und Luftwaffe einerseits und der Armee andererseits resultieren.

Wie General Velasco selbst, stammen die meisten Armeeangehörigen aus der unteren Mittelklasse der Provinz; ihre politischen Einstellungen sind von Erfahrungen geprägt, die sie in Andendörfern, auf Urwaldstationen und in kleinen, weit abgelegenen Grenzorten gesammelt haben. Wie bereits erwähnt, glauben diese Soldaten, die soziale Wirklichkeit Perus aus erster Hand zu kennen.

Anders die Angehörigen von Marine und Luftwaffe: sie stammen überwiegend aus der weißen Mittelklasse des Küstengebietes; mit dem Leben der Landbevölkerung in den Bergen und im Urwald sind sie kaum vertraut, da ihre Militärbasen an der Küste liegen. Ihrer sozialen Herkunft gemäß identifizieren sie sich eher mit den konservativen Kräften im Lande und sind vor allem gegen die Landreform eingestellt, die ihrer Auffassung nach die indianische Bevölkerung Perus übermäßig bevorzugt. Um die Landreform hinauszuzögern, haben Marine und Luftwaffe die Regierung Velasco dazu gebracht, den Reformen der Staatsverwaltung — und nicht, wie die Armee wollte, den sozio-ökonomischen Strukturänderungen — höchste Priorität zukommen zu lassen.

Bis jetzt konnte General Velasco die latenten Gegensätze zwischen den verschiedenen Armeeinheiten ausgleichen. Er muß jedoch für diese Konflikte eine dauerhafte Lösung finden, um die sozialen und ökonomischen Reformen durchzuführen, sonst könnten sich nach dem Muster anderer südamerikanischer Staaten eines Tages konservativere Generale aus Marine und Luftwaffe zum Gegenputsch entschließen.

Außer von den innermilitärischen Auseinandersetzungen droht dem Reformwerk der Regierung auch Gefahr von der mangelnden Finanzkraft des Staates. Die Gewährung von Krediten und technischer Hilfe an die Neubauern ebenso wie der Bau von Schulen und Krankenhäusern auf dem Lande — von anderen Modernisierungsmaßnahmen ganz zu schweigen — erfordert große Staatsausgaben, die Peru nur aufbringen kann, wenn es der Regierung gelingt, langfristige Darlehen und Entwicklungshilfe aus dem Ausland zu bekommen. Die Regierung Velasco weiß, daß es nach der Enteignung der IPC schwer ist, ausländisches Kapital und Kredite zu erhalten. Die Regierung ist daher bemüht, die erfolgten und drohenden Enteignungen von amerikanischen Firmen (die Enteignung der Unternehmen der amerikanischen Grace Co. ist bereits angekündigt) als Ausnahmefälle herunterzuspielen, als Ausnahmefälle, die zudem nicht Peru, vielmehr einer imperialistischen US-Wirtschaftspolitik in Peru anzulasten seien. Gleichzeitig versucht Velasco, verstärkte wirtschaftliche Kontakte zu westeuropäischen Ländern zu knüpfen. Inwieweit es ihm gelingen wird, von diesen Ländern die für die Landreform unbedingt erforderliche Wirtschafts- und Finanzhilfe zu erhalten, wird u. a. davon abhängen, ob es zu weiteren Verstaatlichungen ausländischer Firmen kommen wird und ob sein Reformprogramm Widerhall bei den Regierungen dieser Länder finden wird.

Der dritte Faktor, der den Erfolg der Landreform grundsätzlich in Frage stellen könnte, entspringt weniger der aktuellen politischen Situation, wie sie sich nach dem Militärputsch ergab, sondern ist in der heterogenen Bevölkerungsstruktur Perus und den daraus resultierenden sozialen und kulturellen Gegensätzen begründet.

Über die Hälfte, d. h. mehr als 7 Millionen von Perus rund 13 Millionen Einwohnern sind Indios; der Rest setzt sich aus Mestizos und Weißen zusammen. Obwohl Spanisch die offizielle Sprache des Landes ist, spricht die überwiegende Mehrheit der Indios nur Quechua bzw. Aymara; und trotz allgemeiner Schulpflicht sind die meisten Indios Analphabeten. In den Jahrhunderten nach der Zerstörung des Inkareiches wurden die Indios als Sklaven in den Bergwerken oder als Leibeigene auf den Haciendas ihrer Kultur und Identität systematisch beraubt. Seit dieser Zeit haben sie den Weißen und Mestizos gegenüber ein ebenso großes Mißtrauen und eine genauso undurchdringliche Maske entwickelt wie die Neger in den Südstaaten der USA.

Obwohl es auch zwischen Weißen und Mestizos eine soziale Abstufung gibt, besteht die große soziale und kulturelle Kluft zwischen Weißen und Mestizos auf der einen und Indios auf der anderen Seite. Die meisten Weißen und Mestizos halten die Indios für sozial und kulturell minderwertig und glauben im übrigen, daß die Indios „von Natur aus" selbstgenügsam und daher mit ihrem jetzigen Leben im großen und ganzen zufrieden seien. Ähnlich wie viele Weiße in den amerikanischen Südstaaten das „happy-go-lucky-face" der Neger für deren „natürliches" Wesen gehalten haben, glauben viele Peruaner, daß Indios von Natur aus scheu, schweigsam und melancholisch seien. Anthropologen, die längere Zeit mit den Indios gelebt haben und die deren Sprache sprechen, haben dagegen gezeigt, daß die Indios diesem Stereotyp keineswegs entsprechen. Die Maske der Indios gegenüber Weißen und Mestizos ist Ausdruck ihrer sozialen Distanz und ihres Mißtrauens; sie trägt jedoch auch dazu bei, die Vorurteile und Diskriminierung gegen die Indios sowie ihre Ausbeutung und Unterdrückung zu perpetuieren.

Will die Regierung Velasco die Landreform effektiv durchführen, muß sie das Vertrauen und die Mitarbeit der Indios gewinnen. Die Sprachbarriere stellt dabei ein unmittelbares Hindernis dar. Auf lange Sicht gesehen, könnten sich aber auch noch langwierigere kulturelle und soziale Auseinandersetzungen zwischen dem Peru der Spanier und dem der Indios ergeben. Die Gründe liegen auf der Hand: Ebenso wie für die amerikanischen Neger stellt auch für die Indios der Verlust und der Mangel ihrer kulturellen und psychologischen Identität das größte Problem dar. Die Indios haben in Peru keine Möglichkeit, sozial aufzusteigen und dabei ihre Identität als Indios zu bewahren. Sozialer Aufstieg bedeutet für einen Indio Hispanisierung und „Mestizosierung", d. h. ökonomisch erfolgreiche Indios geben ihre eigene Sprache auf, verlassen ihre ethnische Gruppe und definieren sich fortan als Mestizos. Auf diese Weise verlieren die Indios ihre potentiellen Führer und damit die Chance, politische Forderungen gegenüber dem spanischen Peru zu artikulieren.

Die Regierung Velasco plant, im Zuge der Landreform die Indios nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell stärker in das übrige Peru einzugliedern, indem die überwiegend analphabetischen Indios nun auch Schulunterricht in Spanisch erhalten sollen. Unterricht in Quechua oder Aymara ist aber nicht vorgesehen und ist als Möglichkeit sogar ausdrücklich ausgeschlossen worden.

Die sich darin manifestierende kulturelle Arroganz der Weißen und Mestizos sowie die starke Mißachtung der Indios könnte im Laufe der Entwicklung gegen das spanische Peru ausschlagen, indem die Indios — ähnlich wie die Neger in den USA — das Recht fordern könnten, im Anschluß an die großen Traditionen der Inka- und Prä-Inkakulturen ihre kulturelle Identität in scharfem Gegensatz zur spanischen Kultur der Conquistadores zu formulieren. Das Mißtrauen der Indios gegenüber den spanischen Institutionen scheint groß genug zu sein, um dieser Entwicklung eine objektive Möglichkeit zu geben. Da die Indios ferner durch die Landreform und den Schulunterricht als Kollektiv und nicht länger als Einzelne aufsteigen, werden sie ihre eigene Sprache und Gruppenkultur aller Wahrscheinlichkeit nach weitgehend beibehalten. Der Schulunterricht gibt ihnen außerdem die Chance, sich über die Ursachen des Unterganges ihrer eigenen Kultur zu orientieren. Archäologische Ausgrabungen verschiedener Inkastätten haben ein Interesse in dieser Richtung bereits stimuliert.

V

Einige Theoretiker der politischen Linken hoffen auf einen antiimperialistischen

Befreiungskampf auf dem südamerikanischen Kontinent. Vorbild für ihre Programme sind Fidel Castros Revolution auf Kuba ebenso wie die Guerillakämpfer Camilo Torres und Che Guevara.

Die südamerikanischen Intellektuellen, Studenten, Professoren und Akademiker, die in ihrer überwiegenden Mehrheit marxistisch und antiamerikanisch orientiert sind, akzeptieren zwar zumeist theoretisch Che Guevaras Konzeption eines kontinentalen Befreiungskampfes, ihre politischen Programme und Aktionen richten sich aber fast ausschließlich auf die nationale Sondersituation der verschiedenen lateinamerikanischen Einzelstaaten. Auch organisatorisch bestehen so gut wie keine Verbindungen zwischen den linken Gruppen in den verschiedenen Ländern.

Wie eingangs erwähnt, definiert sich die Regierung Velasco im Sinne eines linksorientierten Nationalismus. Die Regierung hat jedoch deutlich gemacht, daß sie „links" im Sinne einer Reform-, nicht einer Revolutionspolitik verstanden wissen will. Sie setzt sich damit deutlich von marxistisch orientierten Gruppen ab. Radikal-revolutionäre Gruppen wie Maoisten, Fidelisten und Anhänger Che Guevaras sind in die Illegalität verbannt. Alle diese Gruppen fordern und propagieren einen Guerillakrieg und haben eine starke Anhängerschaft unter den Studenten. Die kommunistische Partei Moskauer Prägung, die von den meisten Linksintellektuellen als revisionistisch und autoritär abgelehnt wird, unterhält dagegen relativ gute Beziehungen zur Regierung Velasco. Auf seiten der Regierung mögen dabei Spekulationen auf russische Entwicklungshilfe eine Rolle spielen.

Den Universitäten gegenüber nimmt die Regierung Velasco eine völlig autoritäre Haltung ein. In einem neu erlassenen Universitätsgesetz wird den Studenten jede Art von politischer Betätigung verboten und außerdem das Mitspracherecht in den akademischen Gremien, das die Studenten sich nach 15jährigen Auseinandersetzungen errungen hatten, wieder entzogen. Durch dies Mitspracherecht, das im ganzen nur ein Jahr lang bestanden hatte, waren den Studenten 51 Prozent der Stimmen in allen akademischen Gremien eingeräumt worden.

Zunächst gab es zwar Protestdemonstrationen an einigen Universitäten, im ganzen aber war die Reaktion der überwiegend linksradikalen Studentenschaft auf das Universitätsgesetz und die Reformpolitik der Regierung Velasco sehr gemäßigt und zum Teil sogar positiv. Während sich eine kleine Gruppe oppositioneller Studenten in den Untergrund zurückgezogen hat, stehen die meisten Studenten verwirrt vor der Tatsache, daß die Landreform einen Teil jener Revolution gegen die Oligarchie realisiert, die sie selber so lange gefordert hatten. Die Regierung Velasco gilt damit — trotz Universitätsgesetz — nicht länger als Feind des ausgebeuteten Volkes, eine Revolution gegen diese Regierung ist unmöglich geworden. Die meisten Studenten unterstützen die Landreform und verhalten sich im übrigen abwartend, ohne bisher die Wartezeit zur Analyse der veränderten Lage in Peru und zur Entwicklung einer neuen Strategie zu nutzen.

Bevor die neue Regierung die Macht übernahm, hatten die Studenten ihren eigenen Auffassungen gemäß eine klare Konzeption: Trotz ideologischen Differenzen zwischen verschiedenen Studentengruppen waren sich alle über die Notwendigkeit einer Revolution gegen die Oligarchie und die amerikahörige Regierung des Präsidenten Belaúnde einig. Die Revolution sollte unter der Führung der Studenten und der radikal-revolutionären Parteien hauptsächlich von den Indios und der Mittelklasse ausgeführt werden. Während die Mittelklasse in der Vorstellung der Studenten schon weitgehend revolutionär gestimmt war, sollten die Indios zunächst in Kommunen organisiert, dann von der Notwendigkeit der Re-

volution überzeugt und schließlich als Guerillas ausgebildet werden. Geld für Waffenkäufe sollte von der Mittelklasse bereitgestellt werden.

Diese politische Konzeption der Studenten ging an der sozialen Wirklichkeit Perus allerdings vorbei, da sie eine politische Solidarität zwischen Mittelklasse und Indios postulierte, zu der bisher alle Voraussetzungen fehlen. Zwischen den Indios und der Mittelklasse besteht nämlich die gleiche Sprachbarriere sowie die gleiche soziale und kulturelle Distanz, die auch für das Verhältnis zwischen Regierung und Indios kennzeichnend sind. Auch spricht kaum einer der „revolutionären" Studenten Quechua oder Aymara. Und nach Beendigung der Studienzeit gehen so gut wie keine Ärzte oder Lehrer aufs Land, um unter den Indios zu arbeiten. Gemessen an der sozialen und kulturellen Distanz zwischen Indios und Mittelklasse enthüllt sich die Konzeption der Studenten nicht nur als völlig unrealistisch, sondern manifestiert zugleich auch den bloßen Demonstrationscharakter ihres Linksradikalismus.

In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß der Begriff der „Mittelklasse" im Sprachgebrauch der Studenten unterschiedliche Bedeutungen hat: Wenn vom revolutionären Potential der Mittelklasse gesprochen wird, bezieht sich dieser Begriff fast ausschließlich auf Akademiker. Wenn dagegen von der zahlenmäßigen Größe der Mittelklasse und der finanziellen Unterstützung der Revolution die Rede ist, schließt dieser Begriff auch akademisch nicht vorgebildete, d. h. mit Studenten und ihren revolutionären Ideen wenig vertraute Geschäftsleute und Handwerker ein, sofern sie ein bestimmtes Einkommen haben.

Die beiden Haupthindernisse für die Umsetzung der revolutionären Theorie in die Praxis liegen zunächst bei den Studenten selbst: Sie verfügen weder über eine adäquate theoretische Analyse der Gesellschaftssituation in Peru noch zeigen sie selbst Ansätze, ihre soziale Distanz zu den Indios zu überwinden. Solange aber die Studenten — und man kann hinzufügen: die Linksparteien und Linksintellektuellen — stillschweigend an dem Postulat festhalten, daß die Indios in ein „spanisches" Peru eingegliedert werden müssen, dürfte es zu einer Revolution unter Beteiligung der Indios kaum kommen.

VI

Militärregierungen und Staatsstreiche haben in lateinamerikanischen Ländern seit langem eine bedeutende politische Rolle gespielt. Fast immer haben sich die Militärjunten für die Beibehaltung ungerechter Besitz- und undemokratischer Herrschaftsverhältnisse eingesetzt. Die sich seit einem Jahr an der Macht befindliche Militärregierung in Peru scheint dagegen einen „progressiveren" Kurs erkennen zu lassen. Nationalistische und sozialreformerische Tendenzen und eine von den USA vergleichsweise unabhängige Außenpolitik kennzeichnen die Politik dieser Regierung. Seit wenigen Monaten scheint sich in Bolivien eine ähnliche Entwicklung anzubahnen: Eine der ersten Maßnahmen der neuen Militärregierung unter Juntachef Ovando war die Verstaatlichung der bolivianischen Niederlassung des US-Konzerns Gulf Oil am 17. Oktober 1969.

Kann man nun angesichts dieser Entwicklung auf eine wachsende, anti-imperialistische (d. h. anti-amerikanische), revolutionär-demokratische Unabhängigkeitsbewegung auf dem südamerikanischen Kontinent schließen?

Diese Frage soll im Lichte unserer Analyse der Situation in Peru unter der „progressiven" Regierung des Generals Velasco noch einmal thesenartig beantwortet werden:

1) Entgegen den Hoffnungen, Wünschen und Vorstellungen linker Theoretiker auf der ganzen Welt — Südamerika eingeschlossen — gibt es zur Zeit keine kontinentale Befreiungsbewegung in Südamerika. Die politischen Beziehungen zwischen den meisten Nachbarländern Lateinamerikas sind von starken Ressentiments geprägt, die aus den zahlreichen Kriegen während der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts und den daraus resultierenden Territorialstreitigkeiten sowie aus den kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Differenzen zwischen den verschiedenen Ländern herrühren. Die verschiedenen Einzelstaaten betonen ihre nationale Besonderheit — revolutionäre Gruppen und Linksintellektuelle machen darin keine Ausnahme: Der Argentinier Che Guevara hat dies in Bolivien bitter erfahren müssen.

2) Der Antiamerikanismus in den südamerikanischen Ländern, zumal in den Andenstaaten Peru und Bolivien, beruht nur zum Teil auf der übermächtigen Vorherrschaft amerikanischer Wirtschaftsinteressen. Andererseits ist er ein geeignetes Mittel, die nach Einkommen, Kultur, Bildung etc. völlig heterogenen Bevölkerungsteile wenigstens oberflächlich zu integrieren. Eine vordringliche politische Aufgabe für Peru — und andere südamerikanische Staaten in ähnlicher Situation — besteht darin, die heterogene Bevölkerung in einem säkularen Nationalstaat zu integrieren. Unsere Analyse der Situation der Indios in Peru hat gezeigt, daß die Regierung Velasco wie auch das „spanische" Peru im allgemeinen — linke Gruppen eingeschlossen — die Schaffung eines modernen nationalstaatlichen Perus projektiert haben.

3) Es gibt in Peru bisher keine revolutionären Volksmassen. Die Voraussetzungen dafür — Erziehung, politisches Bewußtsein, urbane Mentalität u. a. — fehlen, könnten aber zum Teil (Erziehung, modernere Arbeitsmethoden) durch die Maßnahmen der neuen Regierung geschaffen werden. Das Programm der Regierung Velasco läßt bisher lediglich Bestrebungen erkennen, die auf eine technologisch-wirtschaftliche Entwicklung im Sinne einer Industrialisierung Perus hindeuten. Es gibt dagegen keinerlei Anzeichen, daß die Regierung im Zuge der (technischen) Modernisierung auch gleichzeitig die Spannweite demokratischer Rechte und rationaler Entscheidungsmöglichkeiten erweitern will. Die soziale und wirtschaftliche Umstrukturierung Perus soll mit militärischer Disziplin durchgeführt werden. Spontane Demonstrationen von Landarbeitern zur Unterstützung der Landreform wurden von der Regierung Velasco unterdrückt und verboten.

Mittelbar könnte die Regierung jedoch, wie bereits gesagt, durch die Erziehung der großen Masse der Analphabeten den Boden für eine zukünftige revolutionäre Volksbewegung bereiten. Ob dann jedoch der Hauptgegner dieser Volksbewegung die USA oder aber die undemokratischen Verhältnisse und Regierungen in Peru selbst sein werden, wird erst die geschichtliche Entwicklung zeigen können.

Sergio Vilar, Paris

Zur Krise des Francismus

Als Jahr des Ausnahmezustands und seines vorfristigen Abbruchs, der Designierung des Prinzen Juan Carlos zum Nachfolger Francos, als Jahr der Regierungskrisen und -umbildung und — all dies begründend — als ein weiteres Jahr wachsenden Widerstandes, bedeutet 1969 eine wichtige Phase für Spaniens Weg zur Befreiung vom Francismus und zur politischen und sozialen Demokratie. Sergio Vilar, Autor der neuesten und umfassenden Studie über die spanische Opposition (Protagonistas de la España democrática La Oposición a la Dictadura 1939—1969, Paris 1969) und profunder Kenner des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens auf der iberischen Halbinsel, gibt auf den folgenden Seiten einen kurzen Überblick über die Entwicklungen dieses Jahres.

Sergio Vilar, Jahrgang 1936, war 1958—61 Redakteur der kulturellen Wochenzeitschrift „Revista" in Barcelona, 1961—64 stellvertretender Direktor der literarischen Revue „Papeles de Son Armadans" in Palma de Mallorca, 1964—66 Chefredakteur und Literaturkritiker der Wochenzeitschrift „Destino" in Barcelona. Seit 1961 ist Vilar Mitglied des internationalen Redaktionskomitees der Zeitschrift „Les Lettres Nouvelles", Paris. Seit dem gleichen Jahr veröffentlichte er zahlreiche Artikel in der Tageszeitung „La Vaguardia", Barcelona; weitere Beiträge zu politischen, historischen und kulturellen Themen in spanischen und internationalen Publikationen, wie „Cuadernos para el Diálogo", Madrid, „Serra d'Or", Barcelona, „Cuadernos Americanos", Mexiko, „Sur", Buenos Aires.

Vor seiner schon genannten grundlegenden Untersuchung über den spanischen Widerstand 1939—1969 veröffentlichte Vilar folgende Bücher: „Manifiesto sobre arte y libertad. Encuesta entre los entelectuales y artístas españoles", New York 1962, Barcelona 1964; „Cataluña en España", Barcelona 1968; „El poder está en la calle", Madrid 1968. Nach der Veröffentlichung seines Buchs über die spanische Opposition mußte Vilar emigrieren. Er lebt heute in Paris. D. Red.

Eine Analyse des gesellschaftlichen und politischen Lebens der letzten Monate in Spanien zeigt deutlich das beständige Anwachsen der demokratischen Kräfte und die fortschreitende Krise des Francismus.

Der Kampf der demokratischen Kräfte gegen die Diktatur macht trotz der permanenten Repression — Mißhandlungen, Torturen, Verfolgungen und Illegalität — weiter Fortschritte. Monat für Monat, Tag für Tag muß das Franco-Regime immer deutlicher erkennen, daß sich die demokratische Bewegung allen Unterdrückungsmethoden zum Trotz nicht aufhalten läßt. Im Gegenteil: Diese Bewegung gewinnt an Stärke (wobei zu bedenken ist, daß der Kampf viele Opfer fordert, die nur durch Neuhinzugekommene zu ersetzen sind) und breitet sich auf alle Schichten der spanischen Gesellschaft aus. Ihren qualitativen Niederschlag findet sie in den Aktionen der Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras), der Studenten, der fortschrittlichen politischen Parteien, Kommunisten und Sozialisten, der progressiven katholischen Laien und Priester, die die revolutionären Wesenszüge des Christentums reaktivieren möchten.

Gegenwärtig gibt es Tausende von Menschen, die Tag für Tag dazu beitragen, eine wirkungsvolle Aktivität für einen demokratischen Umschwung in Spanien zu entfalten. Glücklicherweise ist die Minderheitenrolle, in der sich die politisch handelnden Oppositionskräfte 1940—1950 befanden, überwunden. Diese Schwäche erklärte sich aus den furchtbaren Verhältnissen dieser Jahre, in denen aktive Antifaschisten entweder mit Hinrichtung oder mit Gefängnisstrafen von 20 und 30 Jahren zu rechnen hatten.

Heute hat sich die Aktivität des Widerstands vor allem nach außen geöffnet, so daß jetzt die Entfaltung und Entwicklung der Massenbewegung, die Gründung eigener Organisationen innerhalb dieser Bewegung und der Anfang einer Koordination aller demokratischen Kräfte festgestellt werden können. Nicht nur unter den Arbeitern und Studenten, sondern bei Rechtsanwälten, bei Intellektuellen und Technikern, die im Produktionsprozeß stehen, in der Frauenbewegung, in der nationalen Mobilisierung in Euzkadi (Baskenland), Katalonien und Galizien kristallisieren sich dynamische antifrancistische Kerne heraus. Die Diktatur hat es trotz des Ausnahmezustands (den man besser Kriegszustand nennt) während des vergangenen Jahres nicht geschafft, die Kräfte der nationalen Befreiung in Euzkadi zu unterdrücken. Gegen das Regime steht eine Koalition der PCE (Partido Comunista Español), der ETA (Euzkadi Ta Azkatasuna — Die revolutionäre Befreiungsbewegung der Basken) und der demokratischen Priester. Die demokratischen Aktionen der Basken haben trotz der Ausnahmegerichte, der Todesurteile, der hohen Gefängnisstrafen und der Verfolgungsmaßnahmen nicht nachgelassen.

Der Mißerfolg des Ausnahmezustands in ganz Spanien

Im Oktober 1968 macht sich eine Verhärtung der Diktatur bemerkbar. Das ist die „Antwort" des Regimes auf die wachsende Massenbewegung und auf ihre Kampfkraft. Arbeiter und Studenten verbinden von Tag zu Tag konsequenter ihre Teilforderungen mit politischen Grundforderungen von allgemeiner Bedeutung. In den Monaten November/Dezember führen Menschen fast aller politischen und sozialen Richtungen eine gemeinsame Kampagne gegen die Folterungen, die von der Polizei während der Verhöre praktiziert werden. 1500 Menschen — repräsentativ für ganz Spanien — unterschreiben ein Protestdokument, worin die Verhörmethoden der Polizei verurteilt werden und eine Bestrafung der Verantwortlichen gefordert wird. Unter den Unterzeichnern befinden sich u. a. der Maler Joan Miró und der Abt von Montserrat, Don Cassia Just. In der gleichen Zeit findet eine Serie von Aktionen statt, die wegen ihrer Originalität überall in Spanien großes Interesse wecken. Es handelt sich um die „freiwilligen Selbsteinsperrungen" der Familienangehörigen von politischen Gefangenen in Kirchen, beispielsweise in Las Palmas (Gran Canaria), Madrid, Bilbao, San Sebastian und Valencia. Die Gefangenen treten zur gleichen Zeit in einen Hungerstreik.

Zur Unterstützung entlassener Kollegen führen die Arbeiter in verschiedenen Fabriken von Barcelona und Umgebung Solidaritätsaktionen durch. In Madrid, Sevilla, Asturias und Euzkadi ist die Situation ähnlich. In Sondersitzungen arbeiten die Anwaltskammern von Madrid und Barcelona ein Statut für politische Gefangene aus. Dieses Statut wird nach einigen Wochen mit großer Majorität gebilligt. (Man darf nicht vergessen, daß in Franco-Spanien die politischen Gefangenen vor dem Gesetz mit Verbrechern und Mördern gleichgestellt werden.) Die Billigung solcher Vorschläge durch die Anwaltskammern der zwei größten Städte Spaniens ist ein bemerkenswertes Verdikt gegen das Regime, ein offenes

Eintreten für das Ende des Systems und darüber hinaus ein Akt der Solidarität mit den politischen Gefangenen und mit den Zielen ihrer Arbeit.

Der Ausnahmezustand wurde verhängt, um dem vom Volk ausgehenden Druck ein Ende zu bereiten. (Von diesem Druck wurden sogar Teile des „revolutionären" Flügels des Systems selbst erfaßt.) Der Ausnahmezustand wurde aber auch dazu erlassen, Streitigkeiten im Lager der Francisten zu beseitigen (z. B. weiß man von den Vorwürfen des Militärgouverneurs von Madrid, General Iniesta, gegen den Erziehungsminister, Villar Palasi. Letzterer schuf ein Gesetz über die Bildung scheinbar freier Studentenvereinigungen, das der General für zu liberal hielt).

Im Februar 1969 habe ich während eines Aufenthalts in Jugoslawien einen Artikel für die Belgrader Zeitschrift „Internationale Politik" (Nr. 454, 5. März 1969) geschrieben, worin ich feststellte, daß die „Liberalisierungs"-Periode des Regimes, die 1966 begonnen hatte, im Januar 1969 radikal gestoppt wurde. Die Diktatur war weder in der Lage, die sich regenden Volkskräfte noch die „Evolutions"-Forderungen aus dem eigenen politischen bzw. sozialökonomischen Bereich zu verdauen. Dreißig Jahre nach dem „Sieg" im Bürgerkrieg, der nur mit Hilfe der bewaffneten Kräfte der deutschen und italienischen Faschisten errungen wurde, ist der Francismus heute alt und verwirrt und versucht, die Zeit zurückzudrehen, indem er den Ausnahmezustand über ganz Spanien verhängt. Aber die Realitäten — so habe ich in jenem Artikel geschrieben — haben sich von 1940 bis heute grundlegend gewandelt. Diese Entwicklung macht es sehr schwer, den Ausnahmezustand in die Praxis umzusetzen. Wenn auch sehr viele demokratische Aktivisten verhaftet wurden, so weiß man doch, daß sie nicht mit denselben Methoden wie in den vierziger Jahren behandelt werden können. Und die Opposition wußte eine schnelle Antwort auf den Ausnahmezustand zu geben. Sie reagierte mit einem höheren Kampfgeist, mit Streiks (in Asturien, Barcelona, Bilbao und Madrid), mit Demonstrationen der Studenten (Madrid, Zaragoza, Valencia, Barcelona, Granada etc.).

Überall wurde die Losung der Universität von Zaragoza vom 27. Januar befolgt: „Gegen den Ausnahmezustand — Kampf!" Der Ausnahmezustand hatte zum Zweck, eine Atmosphäre kollektiver Angst zu erzeugen und schwankende Demokraten in ein apolitisches, rein privates Leben zurückzuzwingen. Viele Leute, die die erste Repressionswelle heil überstanden hatten, mußten vor den zunehmenden Verfolgungen, Vernehmungen und Deportationen in der Illegalität untertauchen. Die mit dem Ausnahmezustand bezweckte Einschüchterung und Angstpsychose wurde jedoch nicht erreicht. Unter dem Druck des Volkes und auch kirchlicher Instanzen hob die Diktatur den Ausnahmezustand einen Monat früher als vorgesehen auf. Die Widerstände, derentwegen der Ausnahmezustand erlassen worden war, waren am Ende jedoch nicht beseitigt, sondern nur stabiler und kraftvoller als vorher. Die Unterdrückungswelle, die die Ultras entfesseln wollten, war vollkommen nutzlos. Sie bewirkte vielmehr das Gegenteil: Angesichts der neuen Unrechtsakte entrüsteten sich viele Spanier und begannen, politisch aktiv gegen den Francismus aufzutreten. Die Lücken, die die Verfolgungsmaßnahmen in die Reihen der Opposition gerissen hatten, wurden sehr schnell durch die vielen neuen bewußt und aktiv gewordenen Demokraten wieder geschlossen.

Die Stärkung der demokratischen Kräfte

Besonders groß sind die Fortschritte der demokratischen Opposition Spaniens auf dem entscheidenden Gebiet, dem der Arbeiterbewegung. Angeregt durch

die Arbeiterkommissionen, entwickeln andere Teile des Proletariats ihre Aktionen. Hierbei haben sich besonders die Bankangestellten hervorgetan. Sie führten sehr geschickt „legale" Aktionen gegen die faschistischen Syndikate und die Oligarchie der Bankiers durch. Originalität und Vielfalt der Aktionen sind so weitreichend, daß man sie unmöglich mit einigen Zeilen beschreiben kann. Einige Beispiele: An manchen Tagen wird eine kurze Zeit lang (10 bis 15 Minuten) vollständige Ruhe gehalten, die dann mit einem enormen Krach abgebrochen wird. Alle Stühle werden gerückt, alle Maschinen in Betrieb gesetzt, Telefone klingeln, Türen schlagen usw.... Auf der Straße geht dann die Demonstration weiter. An andern Tagen gehen alle Angestellten gleichzeitig zum Schalter und verlangen einen Vorschuß von nur 1 Peseta. Auch dadurch wird die Arbeit stillgelegt, und vor dem zuständigen Schalter bildet sich eine endlose Schlange. Das Beispiel der Bankangestellten hat sich auch unter den Beschäftigten in Büros und Fabriken verbreitet.

Die Bergarbeiter von Asturien stehen nach wie vor in der ersten Linie der Kämpfenden, obwohl die Verhaftung von Horacio Fernandez Inguanzo, Mitglied des Exekutivkomitees der PCE, Führer der Bergarbeiter in dieser Region, schwer wiegt. In Anlehnung an die Arbeiterkommissionen haben auch die Bauern mit der Bildung von Kommissionen begonnen, beispielsweise in Katalonien, Andalusien, Valencia, im Norden von Spanien. Trotzdem ist noch viel Arbeit erforderlich, um eine Allianz zwischen Arbeitern und Bauern zu erreichen.

Als Organisationsspitze der Arbeiterkommissionen betätigen sich die Jugendausschüsse. Dadurch werden die Arbeiterorganisationen nicht nur quantitativ verstärkt, sondern auch in ihren Aktionen beweglicher. Die Mobilität dieser städtischen Jugendeinheiten, zu denen auch die revolutionären Studenten zählen, gibt der Demonstration eine Durchschlagskraft, die große Teile der Bevölkerung beeindruckt, die Polizei irreführt und zersplittert. Diese Blitzaktionen haben zudem den Vorteil, daß man sich dem Zugriff der Polizei besser entziehen kann.

Die Studenten sind, zusammen mit den Arbeitern, den schweren Verfolgungen ausgesetzt. Die Polizei beobachtet genau die großen Menschenkonzentrationen in den Fabriken und an den Universitäten. Schlimmer noch, in den letzten Monaten war die Polizei ununterbrochen in den spanischen Universitäten anwesend. Das demokratische Studentensyndikat (SDE) der Madrider Universität hat ein Dokument herausgegeben, worin der Terror geschildert wird, dem die Studenten unterworfen sind. „Wir befinden uns in einer Lage ohne historisches Beispiel, weder in Spanien noch in einem andern Land der Welt", heißt es in diesem Dokument. „An den spanischen Universitäten sind die elementaren Voraussetzungen für ein Studium nicht gegeben... Weil wir eine Universität wollen, die für das Volk ist, hetzen sie die bewaffnete Polizei gegen uns. Wir werden verprügelt, weil wir unsere Rechte und die des ganzen Volks verteidigen wollen." Dies Dokument erläutert die verschiedenen Zwangsmaßnahmen, die gegen die Studenten angewendet werden: Ausschluß vom Studium an allen spanischen Hochschulen, Prügel und Folterungen auf den Polizeistationen, Zwangsarbeit während des Armeedienstes und Gefängnisstrafen. Trotz allem aber führen die Studenten ihren Kampf weiter, verbündet in erster Linie mit den Arbeiterkommissionen.

Das ist einer der hoffnungsvollsten Faktoren im Kampf der demokratischen Kräfte Spaniens: Tausende von jungen Arbeitern und Studenten — bald werden es Hunderttausende sein — sind entschlossen, alles aufs Spiel zu setzen, um den politisch-sozialen Wechsel in Spanien zu erreichen.

Eine andere ungewöhnliche Bewegung von großem Einfluß auf die spanische Gesellschaft ist die der demokratischen Priester. Man darf nicht vergessen, daß Spanien ein katholisches Land und in seinen Gewohnheiten der Religion sehr verbunden ist. Besonders in Katalonien und Euzkadi gibt es sehr progressive Geistliche, die (in ihrem Wirkungskreis) eine Massenbewegung bilden. Einige baskische Geistliche haben den Kampf auf ein wahrhaft revolutionäres Niveau gehoben.

Zwei dieser Priester sind für ihren Kampf durch ein Kriegsgericht zu zwölfjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Sie heißen Jesus Naverán und Alberto Gabicagoeascoa. Zu zehn Jahren Gefängnis wurden die Priester Joaquin Amuriza, Nicolás Telleria und Julian Calzada verurteilt, und viele weitere Geistliche haben ähnliche Strafen bekommen oder warten noch auf ihr Urteil.

Warum kämpfen diese Geistlichen? Weil ihr Gewissen erwacht ist angesichts des Unrechts, dem die Arbeiter ausgesetzt sind. Über ihren Hungerstreik gegen das Kriegsgericht am 30. Mai 1969 schrieben sie in einem Dokument: „Dieser Hungerstreik ist ein Proteststreik für den Kampf um die Rechte der Unterdrückten... Anläßlich der Arbeitskonflikte sind Hunderte von Arbeitern durch die Polizeireviere geschleppt worden. Viele von ihnen haben ihre Arbeit verloren, andere werden in den Provinzgefängnissen gefangengehalten." Mit diesen Priestern haben sich 254 baskische Geistliche solidarisiert, und 6 Priester haben in Barcelona einen Hungerstreik durchgeführt, der von weiteren 200 Geistlichen unterstützt wurde, während in Tarrasa rund hundert Menschen 14 Stunden lang eine Kirche besetzt hielten. Die Aktionen der Priester haben in ganz Spanien eine Mobilisierung der Bürger ausgelöst. Und als General Francos extrem katholisches Regime ein Kriegsgericht gegen diese Priester einsetzte, haben sogar die konservativen Katholiken gemerkt, daß das Regime seinem Ende zugeht.

Auch im Falle dieser Geistlichen haben es die Herrschenden nicht vermocht, die demokratische Bewegung zu zerschlagen. Im Gegenteil, es sind jetzt viele neue aktive Gegner des Regimes hinzugekommen, und überall ist das Gewissen der Bevölkerung wachgerüttelt worden. In Euzkadi haben die Priester zusammen mit den Kommunisten und den Mitgliedern der ETA ihre Aktivität zu einer so breiten Entfaltung gebracht, daß das ganze baskische Volk in irgendeiner Form am Widerstand gegen den Francismus teilnimmt. Katalonien, das schon so oft in der ersten Linie des Freiheitskampfes gestanden hat, wird heute von den Aktionen der Basken überflügelt. Aber die Hoffnung ist begründet, daß die Katalanen, gleich ob Kommunisten, revolutionäre Christen oder Sozialisten, bald neue Impulse für ihre nationale Selbstbestimmung, für den Aufbau eines vernünftigen, konsequent demokratischen Spanien entwickeln.

Die Krise des Francismus

Gegenwärtig stehen nicht nur junge progressive Priester in Opposition gegen den Francismus, es gibt sogar schon einige Bischöfe, die öffentlich Kritik an den Polizeimethoden des Regimes gegen Arbeiter und Studenten üben. Ein großer Teil der spanischen Kirche hat sich strategisch umorientiert, obwohl noch einige Bischöfe weiterhin mit Leib und Seele zum Francismus stehen. Ohne Zweifel ist diese Umorientierung auf Weisungen des Vatikans zurückzuführen. Das hat sich mit der Ernennung von Vicente Enrique Tarancón zum Primas der spanischen Kirche gezeigt. Tarancón vertritt die liberale Strömung in der Kirchenhierarchie. Auf dem Höhepunkt des Ausnahmezustands gab Monsignore Tarancón (am 11. Februar 1969) eine Erklärung ab, die als Unterstützung der politischen und

gesellschaftlichen Aktionen der Universitätsangehörigen und Arbeiter betrachtet werden kann. Auch andere Bischöfe, wie Monsignore Cirarda, haben öffentlich sehr deutlich und hart ihre Absage an das Regime und seine Polizeimethoden bekundet.

Am 11. August 1969 gab der spanische Jesuit José Maria Diez Alegria, der sehr viel Einfluß in Rom hat (und Professor an der Gregorianischen Universität ist), in Barcelona eine Erklärung ab, worin er Anklage gegen die Anwendung von Foltermethoden bei den Polizeiverhören erhob (seine beiden Brüder haben hohe Staatsfunktionen: der eine ist Generalleutnant bei der Guardia Civil, der bestgerüsteten und diszipliniertesten Truppe der Diktatur, und der andere ist Direktor der Obersten Heeresschule). Papst Paul VI. selbst hat seine Stimme gegen die Zustände in Spanien erhoben, um den liberalen (konziliaren) Flügel der Kirche dort zu unterstützen. Das wirkt sich positiv auf die Aktivitäten der Priester, die sich den Arbeitern und Studenten verpflichtet fühlen, aus. In der Rede, die Papst Paul VI. vor dem Kardinalskollegium anläßlich des 6. Jahrestages seiner Wahl gehalten hat, brachte er seine Sorgen über Spanien, Vietnam, Nigeria und den Mittleren Orient zum Ausdruck. Die Franco-Presse hat die Deklaration von Paul VI. am Rande unter „Beschwerden und Einsprüche" kommentiert. Der Vatikan distanziert sich vom Francismus, da er den Verfall der Diktatur bemerkt. Darüber hinaus bemüht er sich, bestimmte oppositionelle Gruppen unter seinen Einfluß zu bringen, Gruppen, die er für die Bildung einer Christlich-Demokratischen Partei nach dem Beispiel Italiens und Westdeutschlands für geeignet hält.

Untersuchen wir kurz ein anderes Symptom der Krise des Francismus, die Ernennung von Juan Carlos zum Nachfolger Francos. Mit dieser Maßnahme wird versucht, die Diktatur unter dem Namen der Monarchie weiterzuführen. Diese Lösung stellt jedoch nur die Ultra-Francisten zufrieden, die jede Evolution scheuen. Viele Francisten sind nämlich gegen die Ernennung von Juan Carlos. Nur zwei kleine Gruppen glauben daran, daß diese Nachfolge tatsächlich einmal angetreten werden kann: die Naiven und die Ultras. Die Naiven halten es für möglich, daß man nur einige Dokumente zu besitzen braucht, worin die Wiederherstellung der Monarchie bescheinigt wird. Die Militärs, die Ultras, sind jedoch entschlossen, das faschistische Regime fortzuführen, und nutzen die Naivität der Monarchisten für ihre Zwecke aus. Die Ultras werden auch notfalls die Streitkräfte einsetzen, um die Diktatur unter dem Deckmantel der Monarchie aufrechtzuerhalten. Die weiterblickenden Francisten sehen mit Sorge, daß die mit der Ernennung von Juan Carlos verbundenen Zukunftspläne, angesichts der dynamischen sozialpolitischen Lage, von heute auf morgen wie ein Kartenhaus zusammenbrechen können. Sie sehen genau, daß das tatsächliche politische Leben in Spanien ganz andere Wege geht als jene, die sie dem Regime in der Theorie vorzuzeichnen versuchen. Die Unruhe unter den Francisten steigert sich, weil sie feststellen müssen, daß nicht nur die demokratischen Kräfte, sondern auch viele Francisten und Neofrancisten gegen die Monarchie opponieren. Falangisten, Carlisten und die Monarchisten unter Don Juan von Bourbon (Juan Carlos' Vater) bringen ihre Mißbilligung und ihre aktive Opposition deutlich zum Ausdruck, so daß die Auseinandersetzung unter den Francisten sich verschärft.

Die Falangisten neigen mehr zu einer republikanischen Regierungsform, und die Carlisten haben es auf Anweisung der Regierung aufgegeben, die Wiederherstellung der Monarchie unter dem Thronprätendenten Xavier von Bourbon und seinem Sohn Carlos Hugo zu betreiben. Vater und Sohn wurden am 20. Dezember 1968 auf Regierungsbeschluß aus Spanien ausgewiesen. Die Anhänger der

Monarchie unter Don Juan klagen Juan Carlos an, seinen Vater verraten zu haben.

Während auf der einen Seite die faschistisch-monarchistischen Ränkespiele stattfinden, ereignete sich auf der anderen Seite eine Reihe von Finanzskandalen bei den Francisten, wobei sich auch die einflußreiche Rolle des „Opus Dei" offenbarte. Zuerst kam die Unterschlagung des Federico Correa Véglison ans Tageslicht. Véglison ist Falangist, „Abgeordneter" des Cortes und Ex-Zivilgouverneur von Barcelona. Dieser Francist hatte eine „Volkssparkasse" („Caja de Credite Popular de Cataluña") gegründet, in die Tausende von Arbeiterfamilien aus Barcelona und Umgebung ihre kleinen Ersparnisse einlegten. Als sie später von der Kasse Geld abheben wollten, war kein Groschen mehr vorhanden. Die Unterschlagung betrug 800 Millionen Pesetas. Der Faschist Correa Véglison wurde gegen eine Kaution von 1 Million Pesetas auf freien Fuß gesetzt, bis sein Prozeß beginnt.

Die andere Unterschlagung belief sich auf 10 Milliarden Pesetas. In diese Affäre sind, der Madrider Zeitung „El Alcazar" zufolge, Mitglieder des „Opus Dei", hohe Funktionäre der Ministerialbürokratie und der Staatsbank verwickelt (es wäre interessant zu wissen, inwieweit auch die Minister für Finanzen, Handel und Industrie damit zu tun haben). Die ungeheuer hohe Summe kam durch Bankkredite zustande, die die spanische Regierung der Gesellschaft „Matesa" (Fabrikation und Export von Textilmaschinen, die jedoch kaum ins Ausland verkauft wurden) gewährte. Die drei Direktoren dieser Gesellschaft sind verhaftet worden. Aber der „Matesa"-Skandal hat noch einen anderen, einen politischen Hintergrund. Dieser Skandal ist nicht nur ein Beispiel für die Korruption des Faschismus, er zeigt auch deutlich den Machtkampf zwischen den Falangisten und dem „Opus Dei".

Das „Opus Dei" versucht, alle Macht in Spanien an sich zu reißen. Es hatte die Absicht, bei einem Ministerwechsel die Falangisten auszubooten, um dann alleine eine Regierung unter dem Admiral Carrero Blanco bilden zu können. Um dies Vorhaben zu vereiteln, haben die Falangisten den Unterschlagungsskandal, den größten Betrug des Jahrhunderts in Spanien, auffliegen lassen. Es sieht so aus, als sei diese Kraftprobe im Augenblick beglichen und das Gleichgewicht zwischen „Opus Dei" und Falangisten wieder hergestellt. Die Falangisten werden im Kabinett bleiben und auch die Billigung für ihre Syndikatsgesetze erhalten — als Preis dafür, daß sie den „Matesa"-Skandal des „Opus Dei" auf sich beruhen lassen *).

Angesichts des Possenspiels mit der Monarchie und der Finanzskandale wächst im Volk der Ruf nach freien, demokratischen Wahlen, von denen man eine Lösung erhofft. Die Wandlungen, die heute in den verschiedensten Bereichen der spanischen Gesellschaft vor sich gehen, stärken den allgemeinen Fortschritt und geben neue Impulse zur Entwicklung einer republikanischen, demokratischen und sozialistischen Alternative für die Opposition in Spanien.

*) Die Kabinettsumbildung vom 29. Oktober 1969 — nach Abschluß dieses Artikels — hat die Positionen der Falange weiter geschwächt. Gegenüber drei Ministerien, die von Falangisten geführt werden, stehen zehn Ministerien unter „Opus Dei"-Kontrolle. Neuer Informationsminister wurde Alfredo Sanchez Bella, Bruder des „Opus-Dei"-Chefs, früherer Botschafter Spaniens beim Vatikan. (D. Red.)

Harry Gräser

Rationalität und Irrationalität in der Wirtschaftstheorie

I

Die Wirtschaftstheorie der zur westlichen Welt gehörenden Länder geht ungebrochen seit Adam Smith von der Annahme aus, das unter den Bedingungen der Konkurrenzwirtschaft erreichte Preissystem ermögliche die rationalste Verwendung von knappen Mitteln zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung aller. Kritik gegen diese Annahme, wie sie besonders von sozialistischen Theoretikern und dem Sozialismus nahestehenden Wirtschaftswissenschaftlern entwickelt wurde, steht die herrschende Lehre von vornherein ablehnend gegenüber, wobei sie weder eine kritische Analyse des Vorgetragenen noch der bestehenden Theorie vornimmt. So wird die von Barone und Schumpeter begründete These, ein sozialistisches System könne mit gleicher Rationalität wirtschaften wie ein „kommerzielles" [1]), von Walter Eucken mit dem Argument negiert, die Voraussetzungen für diese These seien a priori konstruiert [2]); eine ex ante-Analyse über den Nachweis der Rationalität des kapitalistischen Wirtschaftssystems blieb er selbst aber schuldig. Gerade die Wirksamkeit des in einer kapitalistischen Wirtschaft vorhandenen Preissystems als Lenkmechanismus des Angebots und der Nachfrage sowie die Behauptung, Güter könnten auf diesem Wege am rationalsten verteilt werden, konnte bisher nicht theoretisch exakt nachgewiesen werden. Im Gegenteil spricht das aus diesen Faktoren resultierende Ungleichgewicht und die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Wirtschaftsverlaufs gegen eine solche Annahme [3]). Sehr viel eher wäre der Beweis zu erbringen, daß gerade dieser scheinbare Lenkmechanismus die für kapitalistische Wirtschaften typischen Konjunkturzyklen hervorbringt, was selbst von einem sonst so überzeugten Anhänger der kapitalistischen Wirtschaft festgestellt wurde wie John M. Keynes [4]).

Einsichten dieser Art sind in den Wirtschaftswissenschaften nicht selten, die daraus abzuleitende Konsequenz nach einer grundsätzlichen Änderung des Wirtschaftssystems wird im allgemeinen jedoch nicht getroffen. Es werden Reformen innerhalb des Systems gefordert, die das System selbst im Kern nicht verändern können. Bekannte Reformtheoretiker unserer Zeit — wie etwa Erich Preiser — gehen nicht über Teilveränderungen unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems hinaus [5]). Die Erklärung für das generelle Festhalten am kapitalistischen System findet ihre Begründung in der Aussage, dasselbe habe wohl seine Fehler, doch biete es immer noch die größtmögliche Entfaltung freier Kräfte, die ihr Verhalten nach rationalen Überlegungen ausrichten und somit zu einer optimalen Gesamtwirtschaft führen. Nur unter der Voraussetzung freier Entscheidungen aller lasse sich aber das rationale Verhalten einzelner zu einer Gesamtrationali-

1) Vgl. Enrico Barone, Il Ministro della produzione nello stato collectivita, Giornale degli Economisti, 1908; Joseph Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950, S. 275 f.
2) Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1959, S. 80, 255 f.
3) Vgl. Joan Robinson, The Accumulation of Capital, 3. Aufl., London 1958, S. 179 ff., 351 ff.; dies., Kleine Schriften zur Ökonomie, edition suhrkamp 293, Frankfurt a. M. 1968, S. 38 f.
4) Vgl. John M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München 1936.
5) Vgl. Erich Preiser, Wirtschaftspolitik heute, München 1967, S. 63 ff.

tät führen. Planwirtschaftliche Elemente zerstörten diesen Prozeß freier Rationalentscheidungen — alle Planwirtschaften könnten aus diesem Grunde niemals so effizient und produktiv sein wie sogenannte freie Wirtschaften. Der Begriff Produktivität wird in der bürgerlichen Wirtschaftstheorie als Maximalsumme aller einzelnen Rationalentscheidungen verstanden [6]).

Auch die modernere bürgerliche Nationalökonomie hat diese Argumentation grundsätzlich übernommen. Sie hat sich damit selbst in eine Isolierung begeben und einen Standpunkt gesucht, von dem aus keine wesentlichen Neuerungen auf theoretischem Gebiet zu erwarten sind. Seitdem und wann immer die Nationalökonomie ihren primär wissenschaftlichen Aufgabenbereich — die ständige Kritik am Bestehenden — aufgegeben hat und noch aufgibt, wird sie sich ihrer eigenen kritischen Wissenschaftlichkeit entziehen und nur noch zu einer Lehre der bestehenden ökonomischen Verhältnisse und deren Verteidigung entwickeln können [7]). In dieser Situation ist die heutige Wirtschaftswissenschaft in den westlichen Ländern anzutreffen. Statt in der neue Erkenntnisse bringenden kritischen Analyse wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zustände und den daraus abzuleitenden Ergebnissen sowie ihrer Übertragung in Gesetzmäßigkeiten ihre Aufgabe zu sehen, ist diese Wissenschaft auf der Suche nach neuen Aussagen und Begründungen, die das kapitalistische System verteidigen sollen. Damit geben Wirtschaftswissenschaftler aber nicht nur ihre eigene Wissenschaftlichkeit auf, sie erfüllen zudem auch ihre gesellschaftlich erforderlichen Aufgaben nicht. Eine Gesellschaft muß von ihren Wissenschaftlern erwarten können, daß sie ihre Forschungsobjekte ständig kritisch untersuchen und der Gesellschaft über die modernen Erkenntnisentwicklungen informieren, neue Verfahren zu praktischer Anwendung vorzubereiten. Eine Wissenschaft, deren primäres Objekt die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, macht es sich zu leicht, wenn sie der Gesellschaft bloß mitteilt, sie sei im Kern gesund [8]).

II

Das Funktionieren eines privatwirtschaftlichen Systems ist abhängig davon, in welchem Maß ökonomische Entscheidungen einzelner auf eine nicht zentralgeleitete Weise in eine Vielzahl von Einzelentscheidungen hineinpassen und diese große Anzahl von Einzelentscheidungen zu einer Gesamtentscheidung und zu einem Gesamtergebnis führen. Es muß unter dieser Annahme also ein ökonomischer Entscheidungsprozeß vorausgesetzt werden, der unter der Voraussetzung privatwirtschaftlich individueller Alternativmaßnahmen diese so lenkt, daß sie sich in das Gesamtgefüge von unendlich vielen Einzelentscheidungen einfügen. Um dieses zu erreichen, hat die bürgerliche Nationalökonomie einen bedeutsamen Wert auf das von ihr vorausgesetzte Rationalprinzip gelegt. Darunter ist folgendes zu verstehen: Ein Wirtschaftssubjekt verhält sich in der Auswahl alternativer Möglichkeiten des ökonomischen Verhaltens nach rationalen, d. h. nach vernunftabhängigen Überlegungen. Sein Verhalten wird in dieser Annahme von seiner Vernunft und von vernünftigen Prinzipien bezüglich des zu erreichenden Ziels und der dazu erforderlichen Mittel gesteuert.

Alle ökonomisch relevanten Mittel sind knapp und nicht ausreichend ohne menschliche Aktivität zu erreichen. Unter dieser Voraussetzung wird jedes Wirtschaftssubjekt die ihm zur Verfügung stehenden Mittel so steuern, daß sie ihm mit einem gegebenen Aufwand einen höchstmöglichen Verwendungsnutzen

[6]) Vgl. Gisbert Rittig, Prinzip des offenen Systems, in: Festschrift für Gerhard Weisser, Berlin 1963, S. 100 ff.
[7]) Vgl. Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt a. M. 1968, S. 16 f.
[8]) Vgl. Paul A. Baran, Zur politischen Ökonomie der geplanten Wirtschaft, edition suhrkamp 277, Frankfurt a. M. 1968, S. 56 ff.

geben oder einen vorausgesetzten Verwendungszweck maximal erfüllen. Rational verhält sich ein Wirtschaftssubjekt also, wenn es versucht, mit Hilfe des vernunftabhängigen Abwägens alternativer Verwendungsmöglichkeiten eines Gutes dieses so einzusetzen, daß es ihm den erreichbaren maximalen Nutzen erbringt [9]). Rittig stellt in diesem Zusammenhang die rationale Aktivität als auf die (Best-)Erreichbarkeit eingesetzter Mittel auf von außen gesetzte Zwecke dar, wobei Best-Erreichbarkeit als rational verstanden wird [10]).

Wenn sich nun jedes Wirtschaftssubjekt gemäß diesem Prinzip verhielte, so ergäbe die Summierung all dieser individuellen Rationalverhalten das in einem Gesamtmitteleinsatz resultierende Rationalverhalten einer gesamten Wirtschaftsgesellschaft. Vorausgesetzt werden muß dabei, daß die auf ähnliche Weise zustandegekommene individuelle Zwecksetzung der Gesamtgesellschaft ebenfalls rational sei, d. h. ökonomische Zielsetzungen am besten dazu geeignet seien, die außerökonomischen Ziele der Gesellschaft zu erreichen.

Beide hier erscheinenden Prämissen müssen in sozialwissenschaftlichen Kategorien in Frage gestellt werden. Sozialwissenschaftliche Denkweisen dürfen nicht dazu führen, eine Gesellschaft mit naturwissenschaftlichen Methoden untersuchen zu wollen. In den Naturwissenschaften ergibt die Endsumme einer Vielzahl von Einzelreaktionen eine aus der Anzahl der Einzelreaktionen bestehende Addition; die Summe ist hier gleich der Anzahl aller individueller Reaktionen. Menschliche Verhaltensweisen von Individuen, und erst recht die sozialen, d. h. die von anderen Individuen und Gruppen beeinflußten und bedingten Entscheidungen, lassen sich nicht als bloße Additionen behandeln. Das Verhalten und die Entscheidungen großer Gruppen und die von Gesamtgesellschaften stimmen nicht mit der Addition von Einzelverhalten und -entscheidungen überein.

Die genannten Prämissen aufrechtzuerhalten, hieße, einen Teil der von den Sozialwissenschaften erkannten Fakten negieren, die die Gesellschaft unter einem Totalitätsaspekt analysiert haben und die von den Herrschenden einer Gesellschaft abzuleitenden Faktoren als für bestimmend für die Verhaltensweisen einzelner ansehen [11]). Eines der wesentlichen Verdienste der klassischen liberalen Nationalökonomie war es, die Menschen als ökonomische Menschen, d. h. von der und durch die Ökonomie geleitete Wesen, erkannt zu haben [12]). Die existentiellen Bestimmungen des Subjekts, das als ein gesellschaftliches Wirtschaftssubjekt verstanden werden muß, können nur in der Totalität ökonomisch-gesellschaftlicher Kategorien erfaßt werden. Teilaspekte wie die des individuellen rationalen Verhaltens können nur einzelne Bereiche des Gesamtsystems aufzeigen, die letzteren nicht gerecht werden. Erst das Aufzeigen der inneren Gliederung der ökonomischen Struktur einer Gesellschaft ermöglicht es, die Menschen in ihren Entscheidungen als Träger ökonomischer Verhältnisse zu erkennen und ihre Entscheidungen als von dieser gesellschaftlichen Totalität bestimmt zu sehen [13]).

Die neuere bürgerliche Nationalökonomie schließt aber sowohl die Erkenntnisse der klassischen Theorie als auch der Marxschen Analyse bezüglich der Stellung des Individuums in der Wirtschaftsgesellschaft aus. Sie nimmt an, individuelle Zweck-Mittel-Überlegungen seien allein vom Nutzendenken bestimmt, und ne-

9) Vgl. Gisbert Rittig, a.a.O., S. 98 f.
10) Vgl. ebenda, S. 82; in ähnlichem Sinn auch Anthony Downs, Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968, S. 5 f.
11) Vgl. Karl Marx, Philosophisch-Ökonomische Manuskripte, in: MEGA, 1. Abtlg., 3. Bd., Berlin 1932, S. 162 ff.; ders., Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 393.
12) Vgl. Gerhard Stavenhagen, Geschichte der Wirtschaftstheorie, 3. Aufl., Göttingen 1964, S. 52—116.
13) Vgl. Karel Kosik, Gesellschaftliches Sein und ökonomische Kategorien, in: Folgen einer Theorie, edition suhrkamp 226, Frankfurt a. M., S. 97 ff.

giert damit die Einflußmöglichkeiten herrschender Kräfte auf eben diese Entscheidungen; sie abstrahiert das Wirtschaftssubjekt zu einem aller ökonomischen Wirklichkeit abholden Menschen, den es in der Realität nicht gibt, folglich auch keine davon abzuleitenden Verhaltensweisen. Die Übertragung ökonomischer Analysen auf unsere wirkliche Wirtschaftsgesellschaft und die so zustandekommenden Maßnahmen müssen daher mit äußerster Skepsis betrachtet werden. Des weiteren mangelt es der bürgerlichen ökonomischen Analyse an einem Erkennen der Differenz zwischen individueller ökonomischer und gesamtgesellschaftlicher Zielsetzung. Die Aussage, Konsumenten bestimmten mit ihrer Nachfrage die Produktion und damit das gesamte Wirtschaftsgeschehen, muß bei genauerer Analyse der sich uns zeigenden ökonomischen Wirklichkeit als falsch bezeichnet werden [14]). Nirgendwo im kapitalistischen Wirtschaftsprozeß hat der Konsument ausreichend Möglichkeiten, die Produktion, die Investitionen und die Profitverteilung entscheidend beeinflussen zu können.

Das gelingt unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise nur einem Wirtschaftssubjekt, wie es die bürgerliche Nationalökonomie konstruiert — konstruieren muß, wenn ihr theoretisches System als richtig bezeichnet werden will und wenn es ihr gelingen soll, bewußt einen Schleier über die ökonomische Wirklichkeit zu werfen, um den wahren Charakter des kapitalistischen Systems zu verbergen. Da die ökonomische Wirklichkeit unserer Gesellschaft nicht die der wirtschaftstheoretischen Analyse ist, können die theoretisch angenommenen Einflußnahmen des Individuums auf die Wirtschaft nicht wirksam werden. Dessen ungeachtet — oder vielleicht gerade mit dieser Begründung — müssen wir eher voraussetzen, die Inhaber von Eigentum und Kapitalmitteln seien bestrebt, die ökonomische Zielsetzung der Gesamtgesellschaft zu bestimmen und damit die Mitteleinsätze einzelner zu beeinflussen. Es mangelt der bürgerlichen Wirtschaftstheorie ferner an der Erkenntnis einer gesellschaftlich objektiv wirksam werdenden rationalen Verhaltensweise, da sie die Rationalität immer nur auf den Mitteleinsatz, niemals aber in Beziehung zu einem rational bedingten Ziel setzt [15]).

Eine nur individuell bedingte Rationalität ökonomischer Entscheidungen einzelner bedarf zur Wirksamkeit folgender Prämissen:

a) Die Wirtschaftsgesellschaft strebt Gesamtziele an, und diese stimmen mit den Interessen ihrer Wirtschaftssubjekte überein; fernerhin müssen die Gesamtziele transparent sein.

b) Die Wirtschaftssubjekte müssen sich der ökonomischen Wirklichkeit und ihrer eigenen Situation darin bewußt sein, da ihre sonst scheinbar rationalen Verhaltensweisen nicht ihrem Bewußtsein entspringen und somit jeder Rationalität entbehren.

c) Wirtschaftssubjekte sollten genügend reale Einflußmöglichkeiten auf die ökonomische Wirklichkeit haben; ihre Rationalverhalten können dann die Rationalität einer Gesellschaft bestimmen. Werden sie — wie in der BRD in den letzten Jahren z. B. — bei der Bestimmung des Konjunkturprogramms, der Finanzreform, der Aufwertung des Geldes etc. von der Entscheidung ferngehalten, so können ihre individuellen Verhaltensweisen die Gesamtentscheidung nicht beeinflussen; im Gegenteil wird ihr Verhalten von der Entscheidung der Herrschenden bestimmt.

d) Die individuelle Nutzenskala muß in ihrer Dringlichkeit mit der von der Gesamtgesellschaft aufgestellten Zielsetzung übereinstimmen, d. h. Gesamtziele dür-

14) Vgl. Joan Robinson, Kleine ökonomische Schriften, a.a.O., S. 24 ff.
15) Vgl. Gisbert Rittig, a.a.O., S. 98 ff.; auch Anthony Downs, a.a.O., S. 6.

fen gesellschaftlich mögliche Individualnutzen nicht negativ beeinträchtigen und vice versa Gesamtziele nicht von andersgerichteten Individualvorstellungen in Frage gestellt werden.

Ferner müssen wir berücksichtigen, daß die kapitalistische Wirtschaftstheorie überhaupt nur dann zu einem System der Gesamtrationalität gelangt, wenn sie unkritisch voraussetzt, das Erreichen des höchsten Nutzens sei das Interesse aller und darin liege die gemeinsame Zielsetzung. Dabei ist allerdings auf den negativen Umstand zurückzugehen, der aus einem erreichten Nutzen eines Individuums einen entgangenen möglichen Nutzen eines anderen Individuums macht. Der maximale Nutzen eines Wirtschaftssubjekts ist unter einem gegebenen Mitteleinsatz nur dann zu erreichen, wenn es ihm infolge bestimmter bestehender Machtverhältnisse gelingt, ein anderes Wirtschaftssubjekt von der Erreichung von dessen maximal möglichem Bedürfnisbefriedigungseffekt fernzuhalten. Die Theorie der Nutzenmaximierung — hier als Rationalität ausgegeben — der bürgerlichen Wirtschaftstheorie stellt sich uns somit nicht als ein Steuerungsinstrument einzelner Handlungsweisen dar, sondern als unkritische Widerspiegelung der ökonomischen Wirklichkeit unter kapitalistischen Produktions- und Distributionsbedingungen, als Versuch, die anarchistischen Produktionsweisen des Kapitalismus mit der angeblichen Rationalität zu verschleiern. Das Rationalitätsprinzip, begründet mit der Nutzenmaximierung in der bürgerlichen Wirtschaftstheorie, erscheint viel eher als Anleitung zum Kampf aller gegen alle um die Erzielung eines höchstmöglichen Nutzens eines Individuums zum Schaden anderer [16]). Irrationalität wird hier zur Rationalität; das eigentlich rationale gesamtökonomische Ziel, die höchstmögliche Bedürfnisbefriedigung aller Gesellschaftsmitglieder unter den Voraussetzungen gesellschaftlicher Möglichkeiten — die Zielsetzung einer maximalen Gesamtproduktivität einer Wirtschaft —, wird von der irrationalen Annahme ersetzt, die Erreichung des Höchstnutzens von Produktionsmitteleigentümern trägt zum Nutzen der abhängigen Lohnarbeiter bei. Letzteres kann allerdings auch nur als Reflektion der irrationalen ökonomischen Wirklichkeit verstanden werden.

III

Die Begründung des Rationalitätsprinzips in der kapitalistischen Wirtschaftstheorie ist jedoch nicht allein auf die Nutzenmaximierung beschränkt. Individueller und gesellschaftlicher Nutzen — so wird argumentiert — bezieht sich nur auf eine Erscheinung des Wirtschaftsprozesses, auf den Bereich der Konsumtion. Im Bereich des Produktionssektors kann mit dem Direktnutzen nicht argumentiert werden; derart arbeitszerlegende Wirtschaften, wie sie alle Industrienationen verkörpern, können den Produzenten niemals in einer direkten Nutzenbeziehung zur Produktion sehen. Es gilt allenfalls, auf dem Wege der Beteiligung am Produktionsergebnis mit Hilfe des Lohnes einen Nutzen in Aussicht zu stellen: den möglichen Kauf von Konsumgütern.

Das Ziel der kapitalistischen Produktion ist es weder, für den Nutzen der an der Produktion Beteiligten zu sorgen, noch durch sie genügend Produkte für die Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Das kann allenfalls als Sekundärziel kapitalistischer Produktion Gültigkeit haben. Das Primärziel, das Unternehmer sich gestellt haben, ist es, mit der Produktion und durch sie Profite zu erwirtschaften; nur Profite können als Äquivalent des in der Produktion eingesetzten Kapitals von Bedeutung sein. Folglich geht die bürger-

[16]) Vgl. Joachim Bergmann, Technologische Rationalität und spätkapitalistische Ökonomie, in: Antworten auf Herbert Marcuse, hrsg. von Jürgen Habermas, edition suhrkamp 263, Frankfurt a. M. 1968, S. 92 ff.

liche Nationalökonomie vom Nutzenmaximierungsprinzip im Konsumtionssektor über zum Gewinnmaximierungsprinzip im Produktionsbereich [17]). Ein Eigentümer von Produktionsmitteln handelt dann rational, wenn er sein Kapital dort einsetzt, wo es voraussichtlich die höchsten Profitaussichten hat oder — wie Keynes es für die moderne Theorie formulierte — die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals am höchsten ist [18]).

Dieser als ökonomische Wirklichkeit im Sinne von Marx anzutreffende Fakt hat den Mechanismus zur Folge, nach dem die Unternehmer mit Hilfe der Investitionen den Wirtschaftsprozeß entscheidend bestimmen; die genannten Verhältnisse lösen diesen Vorgang aus. Kapitalmittel für Investitionen stellen Kapitalisten nur dann zur Verfügung, wenn die Gesamtgesellschaft ihnen genügend hohe Profite zu garantieren bereit ist, d. h. die Gesellschaft richtet ihre Anstrengungen auf diesen Mechanismus aus [19]). Sowohl die neuere — von Keynes geprägte — Konjunkturtheorie als auch die Wachstumstheorie gehen beide von dieser Perspektive aus [20]). So ist es nur logisch, daß sich die gesamte Wirtschaftspolitik spätkapitalistischer Staaten und deren Regierungen nach dieser Maxime richten [21]), wobei insbesondere die seit dem Beginn des Jahres 1967 in der BRD von Schiller betriebene Konjunktur- und Wirtschaftspolitik nicht anders verstanden werden kann als ein Programm zur systematischen Steigerung der Unternehmerprofite zum Nachteil der Lohn- und Gehaltsempfänger. Nicht anders als unter diesen Gesichtspunkten ist zu erklären, weshalb die durchschnittlichen Gewinne der Unternehmer im Jahre 1968 um 28,8 Prozent angestiegen sind [22]), während im gleichen Zeitraum von einer Reallohnstagnation gesprochen werden kann [23]).

Ein derart ausgerichteter Rationalitätsbegriff muß zwangsläufig nicht nur in Frage gestellt, sondern zurückgewiesen werden. Profite zu erwirtschaften, ist Unternehmern nur möglich, wenn sie einmal aufgrund ihrer herrschenden Stellung in der Gesellschaft als Eigentümer von Produktionsmitteln in der Lage sind, der Arbeiterschaft einen Teil ihres Produktionsergebnisses vorzuenthalten, und zum anderen, wenn es ihnen gelingt, den Staatsapparat unter ihre Kontrolle zu bringen und auf diesem Wege der Gesellschaft die bestehende Herrschaftsordnung aufzuzwingen [24]). Mit der in der ökonomischen Realität anzutreffenden Kontrolle über die Investitionsfunktionen und die Investitionen selbst zwingen sie die Gesellschaft nur noch weiter unter ihre Herrschaft. Unter diesem Aspekt nehmen die Investitionskontrollen die Tendenz an, langfristige Herrschaftsfunktionen dauerhaft zu erweitern. Von den getätigten Investitionen in einer Gesellschaft wird nämlich der Aufschwung oder die Krise ihrer Wirtschaft bestimmt. Die Investitionsfreudigkeit der Unternehmer in einer kapitalistischen Gesellschaft ist nur dann gewährleistet, wenn die Gesellschaft bereit ist, ein Ausbeutungsverhältnis zu den Unternehmern einzugehen. Eine scheinbar „rationale" Optimierung dieses Verhältnisses hat die Profitmaximierung zum Ergebnis — die höchste Stufe der kapitalistischen Rationalität.

Wenn nun die Gesellschaft und insbesondere die Arbeiterschaft nicht mehr bereit wäre, das genannte Ausbeutungsverhältnis einzugehen, bzw. in der Lage war,

17) Vgl. Erich Gutenberg, Zur Frage des Normativen in den Sozialwissenschaften, in: Festschrift für Weisser, a.a.O., S. 126 f.; auch Anthony Downs, a.a.O., S. 7 f.
18) Vgl. John M. Keynes, a.a.O.
19) Vgl. Paul A. Baran, Unterdrückung und Fortschritt, edition suhrkamp 179, Frankfurt a. M. 1966, S. 99 ff., 129 ff.
20) Vgl. Gerhard Stavenhagen, a.a.O., S. 545 ff., 564 ff.
21) Vgl. Horst Hinze, Konjunktur und Herrschaft, in: Konjunkturpolitik, Heft 5/6, 13. Jg., S. 288—331.
22) Vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1968, S. 430 f.
23) Vgl. Werner Petschik, Lohnentwicklung 1968, in: Marxistische Blätter, Heft 1/1969, S. 10.
24) Vgl. Paul A. Baran, a.a.O., S. 129 ff., auch Maurice Dobb, Organisierter Kapitalismus, edition suhrkamp 166, Frankfurt a. M. 1966, S. 41 ff.

infolge eines beständigen Kampfes um die Verbesserung ihres Lebensstandards eine höhere Lohnquote zu erzielen, so wird damit die Profitaussicht der Unternehmer geschmälert. Deren Investitionsanreize in Form eben dieser Gewinnmaximierungsaussichten werden erheblich eingeschränkt. Ziehen diese Unternehmer nun einen Teil ihrer geplanten Investitionen zurück, so gelangt die kapitalistische Wirtschaft in eine erneute Krise, deren Ergebnis eine deutliche Minderung der Arbeitseinkommen sein wird.

Die sich hier offenbarenden Anachronismen der kapitalistischen Gesellschaft bestehen in folgendem:

a) Die Arbeiterschaft ist tatsächlich — entsprechend der kapitalistischen Wirtschaftstheorie — gut beraten, wenn sie mit den Kapitalisten ein möglichst intensives Ausbeutungsverhältnis eingeht, unter diesen Bedingungen einen der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft dienenden Lebensstandard akzeptiert und nicht durch zu hohe Lohnquotenforderungen die Profitanreize der Unternehmer gefährdet, um nicht die Leidtragenden einer — wie die bürgerliche Wirtschaftstheorie nachweist — von ihnen verursachten Wirtschaftskrise zu sein [25]).

b) Die primäre Zielsetzung der gesamten Wirtschaftsgesellschaft muß darauf gerichtet sein, Vorkehrungen für die Profitmaximierungsmöglichkeiten der Unternehmer zu schaffen und entsprechend all ihre Ressourcen dafür zur Verfügung zu stellen; ihr eigentliches Primärziel, die maximale Bedürfnisbefriedigung aller, muß vom genannten ersetzt werden und muß ihm weichen.

c) Die staatliche Wirtschaftspolitik hat sich in den Dienst der Unternehmerinteressen zu stellen, selbst wenn sozialistische Parteien die Regierung bilden, will die Staatsführung selbst nicht von den in der Gesellschaft Herrschenden bekämpft und gestürzt werden. Das Beispiel Großbritanniens und seine derzeitige wirtschaftliche Situation zeigt, in welchem Maße eine Volkswirtschaft auf die gütige Mitarbeit der Unternehmer angewiesen ist und ihnen entsprechende Profite in Aussicht stellen muß, wenn sie nicht den systematischen Boykott der Herrschenden erfahren und langfristige Krisen durchmachen will, es sei denn, diese Gesellschaft verändert den Kapitalismus von Grund auf. Aus der beispiellosen Hetze gerade in öffentlichen Meinungsmonopolen der BRD gegen die Arbeiterschaft Großbritanniens und die altväterlichen Ratschläge für sie, doch mehr, besser und billiger zu arbeiten, läßt sich kein anderer Schluß ziehen; sie demonstriert das oben Gesagte geradezu exemplarisch.

Daraus wird ersichtlich, wie stark das Instrumentarium und der Begriffsapparat der bürgerlichen Wirtschaftstheorie — in unserem Beispiel das Rationalitätsprinzip — zu einem Instrument der Verschleierung gezielter Interessen und vor allem der ökonomischen Wirklichkeit bzw. der Klassensituation der Arbeitnehmerschaft ist. Das Profitmaximierungsprinzip als Rationalität darstellen zu wollen, entspricht dem gesamten kapitalistischen Prinzip, die sich aus kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsbedingungen ergebenden Zwangsmechanismen auf die Individuen und auf die Wirtschaftsgesellschaft anzuwenden und sie mit der Rationalität erklären zu wollen [26]). Diese Tendenz wird offensichtlich, wenn Anthony Downs den Versuch unternimmt, den genannten Rationalitätsbegriff auf die übrigen Bereiche der Gesellschaft anzuwenden und ihn zum alles bestimmenden Prinzip werden zu lassen, für das Wählerverhalten ebenso wie für die Ausrichtung der Politik der Parteien [27]). Hier tritt offen zutage, daß in einer irrationalen Gesellschaft und Wirtschaft Irrationalität als Prinzip zur Rationalität wird.

[25]) Für die Unfähigkeit, von der Theorie her diesen circulus vitiosus zu durchbrechen, steht exemplarisch Erich Preiser, Wirtschaftspolitik heute, München 1967, bes. S. 92 ff.
[26]) Vgl. Joachim Bergmann, a.a.O., S. 93 ff.
[27]) Vgl. Anthony Downs, a.a.O.

Heinz Brüdigam

Verlagskonzentration und Literaturproduzenten

I

Die jüngste Konzentration im Buchverlagswesen war eines der Hauptthemen auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse. Wenige Wochen vor Eröffnung der Messe hatten fünf Verleger folgende Verlage, Buchgemeinschaften, Zeitungen und Druckereien in ein gemeinsames Unternehmen eingebracht, das künftig nach Bertelsmann der zweitstärkste Kulturkonzern sein wird: Georg v. Holtzbrinck den Deutschen Bücherbund, die Hanseatische Druckanstalt, den S. Fischer Verlag, die Fischer-Bücherei, den Henry Goverts Verlag, den Stahlberg Verlag, den Amadis Verlag, den Steingrüben Verlag, den Wolfgang Krüger Verlag, die Coron-Verlagsgesellschaft sowie die Zeitungen „Christ und Welt" und „Handelsblatt"; Erwin Barth v. Wehrenalp den Econ Verlag, den Claassen Verlag und den Marion-von-Schröder-Verlag; Willy Droemer den Verlag Droemer-Knaur; Ernst Leonhard die Deutsche Buchgemeinschaft; Friedrich Vogel seine Anteile am Handelsblatt-Verlag und am Econ-Verlag.

Es wird geschätzt, daß der künftige Gesamtumsatz dieser „Kooperation" etwa 250 Millionen DM betragen wird — der Umsatz der Bertelsmann-Buchfabrik beträgt rund 600 Millionen DM.

Besonders aufschlußreich in dem neuen Großunternehmen sind einige Teilaspekte wie die folgenden: Unter den Verlagen, die in diesen Buchkonzern eingebracht wurden, sind Econ und Droemer-Knaur besonders für ihre Sachbuchproduktion bekannt, die auch lexikalische Werke umfaßt. Künftig soll eine gemeinsame Lexikon-Produktion erfolgen, sicherlich mit dem Ziel, gegenüber den großen Lexikon-Verlagen, wie Brockhaus und Bertelsmann, konkurrenzfähiger zu werden. Auch auf dem Taschenbuchsektor — neben den zahlreichen Reihen der Fischer-Bücherei unterhält Droemer-Knaur eine umfangreiche Taschenbuchproduktion — soll eine Zusammenarbeit erfolgen. Ein gemeinsamer Taschenbuchverlag will die einzelnen Reihen koordinieren und deren Programme aufeinander abstimmen. Auch hier wird deutlich, daß man stärker, als es bisher einzeln möglich war, künftig gemeinsam mit den größten westdeutschen Taschenbuchverlagen, dem von elf Verlagen getragenen Deutschen Taschenbuch Verlag und dem Rowohlt Taschenbuch Verlag, in Konkurrenz treten will. Schließlich als letzter, aber nicht unwichtigster Punkt: die beiden Buchgemeinschaften, zu denen noch einige Zweigunternehmen gehören, bringen rund 1,8 Millionen Mitglieder in das Unternehmen ein. Und bei Buchgemeinschaften sind die Mitglieder das Wichtigste — nicht die Bücher —, sie wird man schon dazu bringen, das sie das kaufen, was der Konzern produziert.

Begründet wurde der Zusammenschluß mit „wirtschaftlichem Zwang": zur „Erreichung größerer Rationalisierungseffekte durch Kooperation", wie es in einer Erklärung hieß. Die einzelnen Verlage, Buchgemeinschaften und technischen Betriebe sollen unter ihrem angestammten Namen fortgeführt werden, und, wie weiter erklärt wurde, die Unternehmen sollen auch ihr „eigenes Profil" behalten

und „politisch unabhängig" bleiben. Doch derlei Versicherungen wurden mit dem Sprichwort kommentiert, daß man die Botschaft wohl vernommen habe, allerdings der Glaube fehle. Schließlich geschieht es nicht zum ersten Mal, daß eine gewisse Experimentierfreudigkeit kleinerer Verlage den rein wirtschaftlichen Überlegungen von Mammutunternehmen geopfert wurde. Unter den jetzt zusammengeschlossenen Verlagen gibt es einige, die bislang den westdeutschen Buchmarkt um wichtige literarische Werke aus dem In- und Ausland bereicherten, die aufgrund der kapitalistischen Struktur des hiesigen Buchhandels nicht unbedingt hohe Auflagen erreichten. Solche Bücher werden vermutlich der Vergangenheit angehören. Zu der Nachricht über die Verlagskonzentration gehörte auch die Mitteilung, daß die neue Unternehmensgruppe auch eine Beteiligung an einem eventuellen privaten Verleger-Fernsehen erstrebe. Es wurden auch schon Meinungen geäußert, daß ein solches Privatfernsehen das eigentliche letzte Ziel des Verlagszusammenschlusses sei. Doch bleiben wir für heute auf dem Buchmarkt.

Über die Folgen, die der Holtzbrinck-Konzern im westdeutschen Buchhandel zeitigen wird, gibt es zahlreiche Meinungsäußerungen, Kritiken, Bedenken und Warnungen. Jürgen Kolbe beschäftigte sich mit dem „Gründungskommuniqué" dieses „deutschen Großverlages" und schrieb u. a.: „Was einen Verlag, ob groß oder klein, ausmacht, ist sein Programm, dessen Qualität oder Miserabilität, die sich nach dem Grad der verlegerischen Verantwortung, so es sie gibt, ausrichtet. Die Ware Buch unterscheidet sich also, wie immer man's dreht, von den meisten anderen Waren dadurch, daß sie fast nie aufs pure Material — Papier, Farbe, Leim und Leinen — zu neutralisieren ist. Die Zukunft, die jetzt in München beginnen wird, sieht, da sie sich auch nach Herrn v. Holtzbrinck zu richten haben wird, anders aus. Er weiß längst, ‚daß die Verlage sich in Zukunft nicht nur mit dem Druck von Büchern und Zeitschriften befassen, sondern daß andere Kommunikationsmittel entstehen, die eine verlegerische Tätigkeit bedingen.'

Womit also — des Managers futuristische Kommunikationen mal aufs Jahr 1984 verschoben — beschäftigen sich die Verlage vor allem? Mit dem ‚Druck' von Büchern und Zeitschriften. Nicht mit dem Verlegen, das heißt Verantworten, Aussuchen (am besten mit Identifikationsmöglichkeit), Lektorieren, Ins-Programm-Setzen, aber natürlich auch Drucken und vor allem Verkaufen von Büchern. Wieder auf die Gefahr hin, Sätzen zu glauben, was sie aussagen, meine ich: Mit diesem Satz läßt der ‚deutsche Großverlag' die Katze aus dem Sack. Er wird, wogegen ja niemand etwas hat, Bücher drucken, aber er wird eben, zumal wenn man die Konsequenz oben zitierter Sätze bedenkt, nicht nur waagerechte Ornamente in regelmäßigen Abständen auf weiße Papierseiten verteilen" [1]).

Vor allem im Sortimentsbuchhandel, dem vertreibenden Einzelbuchhandel, werden aus der Verlagskonzentration weitreichende Konsequenzen befürchtet. So wies der Prokurist der Kölner Bahnhofsbuchhandlung Ludwig, Joachim Mansch, darauf hin, daß als „letzter Sektor der Kulturwirtschaft" mit der Gründung des Holtzbrinck-Imperiums „der klassische Buchhandel seiner kleinbürgerlichen Krämerherkunft entkleidet und über Nacht ins internationale Management spätkapitalistischer Produktions- und Distributionsmethoden umgestiegen" sei. Wer die zunehmenden Konzentrationstendenzen der Kulturwirtschaft im Pressebereich (Springer, Bauer etc.) mit den ihnen angeschlossenen Buchverlagen, schreibt Mansch, wer die monopolistischen Tendenzen von Schallplatten- und Filmindustrie, Funk und Fernsehen in Beziehung zur Bildung von Großverlagen, von Konzentrationserscheinungen des Buchhandels setze, könne dies nur als späte

[1]) Jürgen Kolbe, „Sätze aus der Buchfabrik — Über die Sprache, durch die sich ein deutscher Großverlag verrät", in: „Frankfurter Rundschau", Nr. 236, 11. Oktober 1969.

Reaktion des Buchsektors gegenüber allgemeinen Wirtschaftstrends sehen, die nun um so deutlicher Konsequenzen von ungeahntem Ausmaß nach sich ziehen werde. Joachim Mansch sieht u. a. folgende Konsequenzen:

„Großverlage verlassen sich längst nicht mehr auf den ‚persönlichen Einsatz' des Sortimentsbuchhändlers und konzentrieren nicht nur ihre Produktionsmethoden; sie bereiten die Änderung überalteter und überholter Vertriebswege vor. Zuerst erhält durch den neuen Großverlag der Holtzbrinck-Econ-Droemer-Gruppe Bertelsmann ein konzentriertes Gegengewicht auf dem Sektor Buchgemeinschaften. Dann werden die ihre Mischproduktion auf unterschiedlicher Ebene verbreitenden Verlage die zur Zeit am deutlichsten expandierenden Sektoren des Buchvertriebs (Reise- und Versandbuchhandel, werbender Buch- und Zeitschriftenhandel, Pressevertriebe und Kaufhäuser) bedienen und mitentwickeln helfen und zu immer deutlicherer Übernahme von Sortimentsbuchhandelsfunktionen ermuntern. Hunderte von bereits vorhandenen eigenen Beratungsstellen bieten hervorragende Handhabe für entsprechende Erweiterungen und neuartige Versuche des Vertriebs neuer Bücher und auch Einführung neuer Informationsträger usf. All das mit Sicherheit auf Kosten eines Sortimentsbuchhandels, der sein Heil nur noch in der reduzierten Funktion des Luxus- und Spezialsortiments für Traditionalisten, Gebildete und Fachleute zu suchen scheint. Der Umsatz der umfassenden Sortimentsbuchhandlungen in den Großstädten wird zunehmen, der Marktanteil und die Zahl der Firmen des so ohnehin überholten klassischen Sortiments aber tendenziell immer geringer. Selbst die relativ umsatzsicheren großen Buchhandlungen in den Innenstädten jedoch müssen ihre herkömmliche Praxis, ihre überalterte Warenpräsentation, ihre hinterwäldlerischen Angebotsformen und ihre soziale Praxis über Bord werfen, wenn sie gegenüber den neuen Tendenzen konkurrenzfähig bleiben wollen" [2]).

Es ist auch auf die Gefahr hingewiesen worden, daß bei einer weiteren Verlagskonzentration das System des festen Ladenpreises ins Wanken kommen könnte, wogegen sich die Buchhändler bisher noch mit Erfolg zur Wehr setzen konnten. Eine Aufhebung des festen Ladenpreises hätte mehrere Konsequenzen. Wenn das kapitalstarke Warenhaus das gleiche Buch durch Massenabsatz billiger verkaufen kann als die Sortimentsbuchhandlung, die nur ein relativ kleines Lager unterhalten kann, dann wird niemand mehr beim Buchhändler kaufen. Doch würde sich eine Aufhebung des Ladenpreises im Grunde nur auf Bücher auswirken, die auch massenhaft zu verkaufen sind, die gerade populär und daher zu „konsumieren" sind. Dagegen kaum auf progressive Belletristik oder wissenschaftliche und kritisch-politische Literatur. Die heute etwa bestehende Preisgleichheit zwischen Büchern unterschiedlichen Inhalts aber gleichen Umfangs und gleicher Ausstattung würde sich dann folgerichtig zuungunsten der „schwierigeren" ändern, die dadurch noch schwerer verkäuflich würden, als sie es ohnehin schon sind. So wird deutlich, daß eine Forderung nach Aufhebung der festen Ladenpreise bei Büchern nicht zu vergleichen ist mit Forderungen nach Aufhebung der Preisbindung bei Markenartikeln. Denn zwar ist im Kapitalismus auch das Buch eine Ware, doch zugleich eine Ware besonderer Art.

Der Westberliner Verleger Klaus Wagenbach, ein guter Kenner der Entwicklung des westdeutschen Verlagswesens, wies darauf hin, daß der heutige „Kulturträgergestus" des Herrn v. Holtzbrinck insofern überraschend kommt, als er noch 1963 erklärt hatte, die deutsche Literatur interessiere ihn nicht sonderlich. Was die Ankündigung betrifft, jedem einzelnen Verlag des neuen Großunterneh-

[2]) Joachim Mansch, „Untergang des klassischen Sortimentsbuchhandels", in: „Frankfurter Rundschau", Nr. 222, 25. September 1969.

mens werde die Unabhängigkeit garantiert, so erinnerte Wagenbach daran, daß der S. Fischer Verlag, als er vor einigen Jahren von Holtzbrinck aufgekauft wurde, nicht einmal vier seiner nicht gerade unbekanntesten Autoren (Johannes Bobrowski, Peter Huchel, Christoph Meckel und Christa Reinig) hatte halten können. Wagenbach schrieb, nicht ohne Ironie und Hohn, über den neuen Konzern:

„Diese biederen Geschäftsleute, allesamt verhinderte Industrielle mit kulturellem Feierabendkomplex, mögen — so denkt wohl mancher Liberale — sich ihrer Konzentrationsspiele erfreuen, solange Raum dafür bleibt, daß die übrigen Verlage sich auf ihr Programm konzentrieren können. Der ökonomische Zwang zu hohen Zuwachsraten und das fortdauernde Gefühl literarischen Niedrigwertes wird aber die Konzentrationspanegyriker zur Fortsetzung ihrer Strategie geradezu zwingen. Das Ende solcher Strategie wird dann so aussehen: Den kleinen und mittleren Verlagen, zu Buchgemeinschaftslieferanten degeneriert, wird die Publikation risikoreicher Titel abgewöhnt. Dem Leser werden in den Spalten der konzerneigenen Zeitungen nur die Bücher der konzerneigenen Verlage vorgestellt. Der Buchhändler, der sich weigert, seinen Beruf zu verraten, wird von Buchladenketten niederkonkurriert. Es eröffnet sich die freundliche Perspektive eines Staatsverlages für alles Progressive, Experimentelle und wissenschaftlich Neue" [3]).

II

Die Konzentrationsentwicklung im bundesdeutschen Buchverlagswesen begann in der ersten Hälfte der 60er Jahre, nachdem es schon solche Formen der Zusammenarbeit von Verlagen wie an den Projekten „Die Bücher der Neunzehn" und „das moderne sachbuch" gab und auch der von elf Verlagen gegründete Deutsche Taschenbuch Verlag bereits bestand. In allen drei Unternehmen, bei denen das wesentliche Element die Zusammenarbeit ist, zeichnete sich schon die Tendenz zur Konzentration ab. In den vergangenen Jahren wurden dann u. a. folgende Verlage zusammengelegt, bzw. aufgekauft: Herbig und Langen-Müller, Ehrenwirth und Schneekluth, Suhrkamp und Insel, Econ und Claassen, Goverts und Steingrüben, Nannen und Christian Wegner.

Um wenigstens einige Anhaltspunkte für die Größenverhältnisse im westdeutschen Buchverlagswesen zu geben, seien einige Zahlen genannt: 1968 gaben in der Bundesrepublik und Westberlin 1835 Verlage 24 861 Buchtitel heraus. Der größte Teil dieser Verlage sind Kleinverlage, die im Jahr nicht mehr als 10 Buchtitel herausgeben, nämlich 1402 Verlage oder 76,5 Prozent der Gesamtverlage. Von diesen kleinen Verlagen wurden 1968 4149 Buchtitel herausgegeben, das entspricht einem Anteil von 16,7 Prozent der Gesamttitelproduktion. 333 mittlere Verlage (18,1 Prozent), die im Jahr je 11 bis 50 Titel herausgeben, veröffentlichten 1968 7281 Titel (= 29,2 Prozent). Nur 100 Verlage waren zu den großen Unternehmen zu rechnen, die 51 und mehr Titel herausgaben, insgesamt 13 431. Davon gaben 43 Verlage je über 100 Titel heraus, zusammen 9510 Titel. Diese letzte Gruppe der Verlage über 51 Titel macht 5,4 Prozent der Gesamtzahl der Verlage aus, sie gab aber 54,1 Prozent der gesamten Buchtitel heraus. Bei der Gruppe der Verlage mit über 100 Buchtiteln lauteten die Zahlen: 2,3 Prozent der Verlage zu 38,3 Prozent der Titelproduktion. An diesen Zahlen wird deutlich, daß auch heute schon die meisten Bücher nur von relativ wenigen Großverlagen hergestellt werden.

Interessant ist ein Vergleich mit dem Jahre 1965: Damals gaben 1893 Verlage 23 171 Buchtitel heraus (mehr Verlage also weniger Bücher). Die Gruppe der

[3]) Klaus Wagenbach, „Perspektive : Staatsverlag", in: „Frankfurter Rundschau", Nr. 226, 30. September 1969.

großen Verlage (über 50 Titel) betrug damals 94 = 4,9 Prozent. Sie war mit 47,9 Prozent (= 11 091 Titeln) an der Gesamttitelproduktion beteiligt. Eindeutig hat sich also der Einfluß der großen Verlage in den letzten Jahren verstärkt. Die kleinen Verlage (1—10 Buchtitel) gaben 1965 4142 Titel (= 17,9 Prozent) heraus. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Verlage betrug aber 75,3 Prozent (= 1425 Verlage). Die Zahl der kleinen Verlage hat sich also kaum verändert, auch nicht die absolute Zahl ihrer Titelproduktion. Im Verhältnis zur Gesamttitelproduktion ist sie um rund 1 Prozent zurückgegangen, also auch unwesentlich. Die größten Veränderungen gab es bei den mittleren Verlagen (11—50 Buchtitel). 1965 gaben 374 Verlage = 19,8 Prozent (1968 333 = 18,1 Prozent) 7938 Buchtitel = 34,2 Prozent heraus (1968 7281 Titel = 29,2 Prozent). Damit ist die Titelproduktion der mittleren Verlage um 5 Prozent zurückgegangen. Tatsächlich sind von der Konzentrationsentwicklung die mittleren Verlage am meisten betroffen [4]).

Mit der besonderen Ware Buch hängt es zusammen, daß es auch heute im Buchverlagswesen — noch stärker im vertreibenden Buchhandel — noch eine so große Zahl von Klein- und Kleinstbetrieben gibt, deren tatsächlicher Einfluß, sprich Marktanteil, aber mit der Zeit immer geringer geworden ist. Und die meisten Buchhandelsangestellten arbeiten inzwischen auch schon in mittleren und Großbetrieben. Dennoch hat sich das vielfach mit einem Standesdünkel verbundene Berufsbild des Buchhändlers noch weitgehend erhalten können, gefördert durch eine rückwärts gerichtete Berufspolitik des Buchhändler-Börsenvereins, die beispielsweise herauszuheben versuchte, daß gerade der buchhändlerische Beruf besondere Chancen der Selbständigkeit biete . . .

Doch seit einigen Jahren sind auch die Buchhandels-Angestellten in Bewegung gekommen. Nachdem die Forderungen, den Buchhändler-Börsenverein von einem Unternehmerverband in eine buchhändlerische Fachorganisation umzuwandeln, der auch Angestellte beitreten können, nicht erfüllt wurden, begannen Buchhändler sich in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) des DGB zu organisieren. Dabei geht es um mehrere Probleme. 1) um soziale Fragen: Die soziale Lage der Buchhandelsangestellten hat sich vielfach kaum geändert und entspricht oft noch der Lage, wie sie in patriarchalisch geleiteten Kleinbetrieben üblich war. Noch 1968 wies eine gewerkschaftliche Untersuchung u. a. auf folgendes hin: Schlechte Ausbildung und miserable Bezahlung auch von qualifizierten Kräften sind noch an der Tagesordnung. Während es schweizerischen Buchhändlern beispielsweise gelungen ist, durch ihren Zusammenschluß in einer Arbeitnehmerorganisation Tarifverträge zu erreichen, in denen u. a. ein Anfangsgehalt von rund 700 Franken festgelegt ist, erhalten Buchhändler in der Bundesrepublik üblicherweise etwa 200 DM weniger. 2) geht es auch den buchhändlerischen Angestellten um Fragen der Mitbestimmung und 3) um den Charakter der alljährlichen Buchmesse in Frankfurt. (In diesem Zusammenhang soll die Frage ausgeklammert bleiben, ob der zur Buchmesse 1969 gebildete Messerat als ein Schritt zur Demokratisierung der Messe und damit möglicherweise auch zur Struktur des Buchhandels angesehen werden kann.)

Auf der Frankfurter Buchmesse 1968, die ja als eine Messe des Polizeieinsatzes in die Geschichte der Buchmessen eingegangen ist, erhielten die Buchhandelsangestellten, denen der gewerkschaftliche Zusammenschluß als der gegebene Ausweg erscheint, ihre soziale Lage zu verbessern und auch den autoritären Ansprüchen der Unternehmerorganisation Börsenverein entgegenzutreten, lebhafte Unterstützung durch eine Erklärung deutschsprachiger Schriftsteller, die unter

4) Zahlen nach den alljährlich vom Börsenverein des deutschen Buchhandels, Frankfurt, herausgegebenen Statistiken „Buch und Buchhandel in Zahlen", Ausgaben 1967 und 1969.

der Überschrift „Die Verhältnisse im Buchhandel können den Schriftstellern nicht gleichgültig sein" verbreitet wurde und von 66 Autoren unterzeichnet war. Diese Erklärung lautete:

„Buchhändler sind nicht nur Verleger und Inhaber einer Buchhandlung, sondern auch ihre Angestellten und Lehrlinge. Wer deren Alltag nur ein wenig kennt, der weiß, welcher Abstand zwischen sozialer Leistung und sozialer Lage in diesem Beruf klafft. Unsere Bücher haben in den Buchhandlungen ihren festen Preis. Aber was ein Buchhändler wert ist, bestimmt sein Chef. Tarifverträge, die in anderen Berufen angemessene Bezahlung und erträgliche Arbeitsbedingungen sichern, sind im Buchhandel fast unbekannt. Wir Autoren begrüßen es deshalb, wenn junge Buchhändler sich jetzt im Deutschen Gewerkschaftsbund organisieren. Wir möchten sie dazu ausdrücklich ermutigen. Nicht nur für Leser und Autor, auch für den Buchhändler ist eine materiell gesicherte Existenz Voraussetzung für selbständige geistige Arbeit. Eine solche Organisation wird auch in der Lage sein, unseren gemeinsamen Problemen Gehör zu verschaffen, wie zum Beispiel der Gefährdung von Meinungs- und Publikationsfreiheit durch die Verlagskonzentration. Uns Autoren kann es nicht gleichgültig sein, wenn der Buchhandel in der Öffentlichkeit nur durch seine Unternehmerverbände repräsentiert wird."

So kommen immer mehr Umstände zusammen, die die Verlagskonzentration — im Vergleich zur Konzentration in anderen Wirtschaftszweigen — so besonders gefährlich machen. Neben dem besonderen Charakter der Ware Buch kommt vor allem hinzu, daß die Angestellten erst jetzt beginnen, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Mit welchen Schwierigkeiten auch das noch verbunden ist, zeigte der Fall Goldmann, der ein krasses Beispiel von Unternehmerherrschaft im Buchverlagswesen gab. Im Münchener Goldmann Verlag, der seine Taschenbuchproduktion als „größte deutsche Taschenbuchreihe" bezeichnet, gab es im März 1969 eine kleine innerbetriebliche Rebellion. Dabei ging es keineswegs etwa um Fragen der Mitbestimmung, es ging um viel einfachere Dinge, nämlich um die Forderung nach der Wahl eines Betriebsrates — ein Wort, das vorher im Goldmann-Verlag ein Fremdwort war, da das Unternehmen autoritär von dem 72jährigen Verleger Wilhelm Goldmann geführt wird. Es wurde eine aus 48 Paragraphen bestehende Betriebsordnung bekannt, in der es u. a. hieß: „Der Betriebsangehörige hat mit Beginn der Arbeitszeit arbeitsbereit an seinem Arbeitsplatz zu sein und darf denselben nicht vor Schluß der Arbeitszeit verlassen"; „Rüsten zum Verlassen der Arbeit" und „das Waschen" hatten „außerhalb der Arbeitszeit" zu erfolgen. Bei einem derartigen „Betriebsklima" wurde die Forderung nach Wahl eines Betriebsrates anonym am Schwarzen Brett erhoben — und als der Verfasser des Anschlags bekannt war, wurde er fristlos entlassen.

Die Zustände im Goldmann-Verlag sind sicherlich nicht typisch für Verlagswesen und Buchhandel in der Bundesrepublik, aber sie sind doch bezeichnend dafür, was heute — weit entfernt von irgendeiner Mitbestimmung — im Buchhandel und Verlagswesen immer noch möglich ist. Das aus der Vergangenheit stammende patriarchalische System gehört noch längst nicht der Vergangenheit an, obwohl nur noch ein knappes Drittel aller Buchhändler in Verlagen oder Buchhandlungen in Klein- und Kleinstbetrieben arbeitet, fast die Hälfte aller Buchhändler in Betrieben mittlerer Größe und der Rest in Großbetrieben mit über 100 Angestellten tätig ist.

Im Verlaufe der Auseinandersetzungen um die Strukturen des Buchhandels ist der Begriff der „Literaturproduzenten" geprägt worden, die sich von den bisheri-

gen Verlegern und Buchhändlern u. a. durch Mitbestimmungseinrichtungen abgrenzen. Allerdings sind auch die Vorstellungen der Literaturproduzenten zum Teil derart unterschiedlich — die Frankfurter Buchmesse 1969 bot einige Beispiele dafür —, daß heute noch schwer auszumachen ist, worin denn nun eigentlich der wesentliche Unterschied zu den üblichen Verlegern besteht. Gewiß scheint bei allen Literaturproduzenten festzustehen, daß der Gewinn des Unternehmens nicht als Profit in die Taschen des Verlegers fließen, sondern an Angestellte und Autoren aufgeteilt bzw. investiert werden soll. Doch abgesehen davon, daß es dabei schon beträchtliche Unterschiede gibt, gehen auch die Ansichten über das Ausmaß der Mitbestimmung weit auseinander. Gehen die Forderungen und Absichten einiger Literaturproduzenten so weit, daß sie über Bücher, die ins Verlagsprogramm aufgenommen werden sollen, auch technische Hilfskräfte mitentscheiden lassen wollen, so erklärt zum Beispiel der Verleger Klaus Wagenbach kategorisch: „Manuskript-Entscheidungen können nicht kollektiviert werden. Das ist unsere gemeinsame Meinung. Das bleibt wie bisher. Aber selbstverständlich müssen diese Entscheidungen vor den Kollegen begründet werden."

Auf jeden Fall ist die Unruhe im Verlagswesen, ob sich nun die Unternehmen wie bisher zu den Verlagen oder zu den Literaturproduzenten rechnen, beträchtlich. Die erste Nachricht von inneren Veränderungen in einem der großen Buchverlage war aus dem Suhrkamp Verlag und dem ihm angeschlossenen Insel Verlag gekommen. Es war eine Lektoratsversammlung gegründet worden, die wie folgt motiviert worden war: „Diese Lektoratsversammlung, die aus Dr. Unseld und den Lektoren beider Verlage besteht, hat sich jetzt eine Geschäftsordnung gegeben. Ihr zufolge soll die Lektoratsversammlung Fragen der Verlagsprogramme und Verlagskonzeptionen diskutieren und alle wichtigen Entscheidungen in demokratischer Weise vorbereiten. Die Versammlung selbst versteht sich als eine Versammlung Gleichberechtigter. Cheflektoren wird es demnach nicht mehr geben. Pflicht und Recht des Leiters der Verlage zu unabhängiger Entscheidung ergeben sich aus seiner gesellschaftlichen Stellung."

Einige Wochen später kamen ähnliche Nachrichten aus dem Hanser Verlag in München. Auch dort war der Cheflektor abgeschafft und ein Lektoratsteam gebildet worden. (Weitere Verlage folgten inzwischen mit ähnlichen Veränderungen.) Doch im Suhrkamp Verlag hatten leitende Angestellte weitergehende Demokratisierungsvorstellungen als der Inhaber und Verlagsleiter Siegfried Unseld, der sich aufgrund „seiner gesellschaftlichen Stellung" Pflicht und Recht „zu unabhängiger Entscheidung" vorbehielt, damit deutlich die kapitalistischen Grenzen der Mitbestimmungen anzeigte und Forderungen von Mitarbeitern nach Umwandlung des Suhrkamp Verlages in ein genossenschaftliches Unternehmen ablehnte. Dadurch verlor Unseld führende Kräfte seines Verlages, und der vorherige Leiter der Abteilung Theaterverlag bei Suhrkamp, Dr. Karlheinz Braun, gründete mit einer Anzahl von Bühnenautoren den „Verlag der Autoren", der ein genossenschaftliches Unternehmen ist. Als Bühnenverlag benötigt der „Verlag der Autoren" im Vergleich zu anderen Unternehmen relativ wenig Produktionsmittel, und daher hofft man auch dort, daß sich am ehesten in einem solchen Unternehmen ein kooperatives Modell durchsetzen wird. Freilich hat es Dr. Braun auch wesentlich einfacher als ein Buchverlag, wenn er erklärt: „Wenn ein Kapitalgeber in irgendeiner Weise beteiligt ist, funktioniert das Modell schon nicht mehr so, wie es funktionieren soll. Deshalb ist Skepsis angebracht bei allen Versuchen, die auf fremdes Kapital angewiesen sind." Bei einem Theaterverlag, der hektographierte Exemplare der Stücke seiner Autoren an die Bühnen verschickt, mag das gehen.

Bei einem Buchverlag mit den hohen Kosten für die Herstellung der Bücher, für das Buchlager usw. sieht es entschieden anders aus.

Der „Verlag der Autoren" wurde gegründet, als sich bei einem Buchverlag, dem 1968 an die Öffentlichkeit getretenen Heinrich Heine Verlag in Frankfurt, alle Erklärungen von Verlagsarbeitern, bei ihnen werde die Demokratie in einem genossenschaftlichen System verwirklicht, als Illusionen erwiesen hatten. Der Widerspruch zwischen einem genossenschaftlichen System und dem privaten Kapital eines Verlegers mit Profitinteressen ließ sich nicht lösen. Inzwischen existiert der Heine Verlag nicht mehr, er wurde nicht einmal ein Jahr alt; Titel aus der umfangreichen Produktion gingen an einzelne (kapitalistische) Verleger, und die Edition Voltaire, die aus dem ehemaligen Westberliner Voltaire Verlag kam, wurde geschlossen herausgelöst und wird jetzt selbständig weitergeführt.

Das Scheitern des Heinrich Heine Verlages muß nicht unbedingt als ein Argument gegen kooperative Verlage gelten. Doch es sollte allen, in verschiedener Hinsicht, zu denken geben. Zunächst einmal wird abzuwarten bleiben, was aus anderen Versuchen, wie etwa dem März Verlag, dem Frankfurter Autorensyndikat und auch der Edition Voltaire werden wird. Wenn auch feststeht, daß sie der kapitalistischen Verlagskonzentration nur ein Minimum werden entgegenzusetzen haben, so könnte vielleicht doch dieses oder jenes Modell wegweisend für die Zukunft werden. Dabei muß man berücksichtigen, daß auch Hannes Schwenger von der Edition Voltaire freimütig erklärt hat: „Kein Verlag kann in dieser Gesellschaft ein anderer als ein kapitalistischer sein, weil er den kapitalistischen Marktprinzipien unterworfen ist" [5]).

Diese Erkenntnis hat Konsequenzen. Jede Mitbestimmung wird an die kapitalistischen Grenzen dieser Gesellschaft stoßen. Auch in Verlagen, die die besondere Ware Buch produzieren. Aus der Eigentümlichkeit der Ware Buch ergibt sich, daß es für den Leser primär unerheblich ist, welcher Verlag welches Buch herstellt. Überspitzt gesagt: in kapitalistischen Verlagen sind Bücher denkbar, wenn sie genügend verkauft werden und einen entsprechenden Profit abwerfen, die den Leser zur Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auffordern. Anders herum: die Struktur eines Verlages, und würde sie aus der idealsten Mitbestimmung bestehen, sagt noch nichts über die Buchproduktion aus. Da auch dieses Unternehmen den kapitalistischen Marktgesetzen unterworfen ist, wären auch Bücher denkbar, die — gewissermaßen zum Ausgleich der Bilanz — einen Massenkonsum finden, aber keinerlei gesellschaftliche Beziehungen haben. Daraus ergibt sich: Demokratisierung ist auf Teilgebieten bis zu einem gewissen Grade auch im Verlagswesen und Buchhandel möglich, doch darf sie sich nicht auf die inneren Strukturen eines Unternehmens beschränken, sondern muß — des besonderen Charakters der Ware Buch eingedenk — vor allem ihren Ausdruck im Verlagsprogramm, in der Buchproduktion finden. Das bedeutet gleichzeitig, daß eine solche Demokratisierung nur dann dauerhaft sein kann, wenn sie letztlich auf die Änderung der gesamten gesellschaftlichen Struktur gerichtet ist.

---

5) Diese Äußerung stammt ebenso wie die zitierten von Klaus Wagenbach und Dr. Karlheinz Braun aus dem Beitrag von Heinrich Mehrmann, „Macht Marx pleite? — Linke Verlagsmodelle heute: Rote Bücher — Rote Zahlen", in „pardon", Nr. 10, Oktober 1969.

Fernseh-Spalte

DEEP IN THE HEART OF TEXAS

„Es gibt in Texas ganze Landstriche ohne Elektrizität, Häuser, vor denen zum Skelett abgemagerte Menschen sitzen... Es gibt mehr Bettler in Texas als in allen Staaten Amerikas zusammengenommen" (Hans Habe, Der Tod in Texas). Ganz anders präsentierte sich der texanische way of life in einem „kritischen Bericht" von Arthur Lodge: Luxuriöses Herrenhaus mit Park; Negerfrauen als Dienstpersonal; im Musiksalon großbürgerliche Familienidylle: „Hauskonzert" der Lady und ihrer Töchter (Absingen amerikanischer Musical-Schnulzen mit hausgemachter Klavierbegleitung); weißhaarig, distinguiert der Patriarch, einer der reichsten, wenn nicht überhaupt der reichste Amerikaner: Haraldson Lafayette Hunt. — Ich hatte die Sendung erst kurz nach Beginn eingeschaltet, zufällig, da sie im Programm nicht ausgedruckt war (3. Programm Südwest, 29. 11. 1969). Leser in anderen Sendebereichen mögen verzeihen, daß ich dieses Thema gewählt habe. Die Gründe ergeben sich aus der Sache. Die Sache ließ sich, ohne Kenntnis der vorausgegangenen Ansage, beklemmend an. Jemand interviewte Hunt und plauderte über ihn. (Daß es sich um einen „kritischen Bericht" handelte, erfuhr ich erst aus dem Schlußtitel.) Der Luxusgreis, so erfuhr man, lebt nur für drei Dinge: Bekämpfung des Kommunismus, Geldmachen, Familie. Er ist entschiedener Gegner einer sozialen Krankenversicherung. Die Regierung, meint er, sei von Minderheiten beeinflußt. Der Präsident (Johnson) werde von zweifelhaften Leuten beraten. Die Massenkommunikationsmittel könnten das freie Amerika retten, aber sie seien im Besitz der Gegner einer konstruktiven Denkungsweise. Frage: Warum er sich nie philanthropisch oder als Mäzen betätigt habe. Antwort: Er interessiere sich mehr für das Sammeln von Reichtümern als für deren Verteilung. Was er von der Religion halte? Er sei für das Christentum. „Ich glaube, der Mann dort oben führt Buch über uns." Kommentar: „Die Texaner sind als Ganzes ein religiöses Volk." Inzwischen war der größte Teil der Sendung abgelaufen. Ich prüfte mehrere Male, ob es wirklich das 3. Programm war, das um diese Zeit meist nonkonformistische Filme bringt, Bertolucci, Godard, Underground. Aber es gab keinen Zweifel. Und mit einem Male begriff ich, was den Haß von Leroi Jones inspiriert, was in der Sprache von Black Power der „weiße Mann" ist: Es müssen Gesichter wie diese sein: fromm-bieder, gepflegt, die Larven von monströsen Zynikern. Nichts anderes kann gemeint sein, wenn Leroi Jones sagt: „Aber die Worte Faschist und mit ihm Faschismus sind allerdings durch die Worte Amerika und Amerikanismus außer Mode gekommen." (Ich bin alles andere als amerikafeindlich eingestellt, aber ich glaube jetzt zu wissen, warum schwarze Intellektuelle wie Jones solcher Worte fähig sind: „Der schwarze Künstler muß die Weißen ihren Tod lehren und den schwarzen Mann lehren, wie er ihnen zum Sterben verhilft.")

Die Identität H. L. Hunts mit dem mächtigsten Finanzier der John-Birch-Society, diesem exponiertesten Syndikat des Rechtsradikalismus in den USA, wurde erst in den letzten Metern des „kritischen" Filmberichtes enthüllt. Mit dem Hinweis auf die Warren-Kommission war plötzlich auch wieder die John F. Kennedy-Tragödie gegenwärtig. Die einzige, vorsichtige, Anklage gegen Hunt bestand in der Anmerkung, ein Mitglied seiner Familie habe seinerzeit den Verleumdungsfeldzug gegen Kennedy unterstützt. Es ist merkwürdig, daß der Name H. L. Hunt in der Literatur über den amerikanischen Rechtsradikalismus und den Kennedy-Mord höchst selten vorkommt. Es gibt nur eine Erklärung: Hunts Machtfülle. Antikommunismus, Rechtsextremismus, unumschränkte Macht, der reichste Mann Amerikas („ein Ex-Pokerspieler"; Hans Habe) — aber die „härteste" Formulierung des Kommentators dieses „kritischen Berichtes" lautete: Was Hunt gefährlich macht, ist die Art von Leuten und Organisationen, die er unterstützt. Der Bericht kam aus den USA. Er wurde nicht von deutschen Fernsehjournalisten gemacht. Zu ihrer Ehre sei es gesagt. Aber so oder so: Auch ohne radikale Entlarvungsmethoden manifestierte dieser Beitrag, daß die Hebel der Washingtoner Politik nicht unbedingt in Washington, D.C., bedient werden. Der freundliche Greis aus Dallas könnte gewiß eine Oper davon singen.

E. H. Wahl

Bücher

Ein wichtiges Buch zur Mitbestimmungsdiskussion

Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges, herausgegeben und eingeleitet von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1969, 524 S., Ln. 19,80 DM.

Beim Wirtschaftstag der CDU/CSU 1965, auf dem beispiellos vulgär die unternehmerisch-kapitalistische „Privatinitiative" hochgelobt wurde, erinnerte sich ein Unternehmer wehmütig und unvorsichtigerweise an die Zeiten des „Dritten Reiches", „wo wir alle keine Absatzsorgen hatten". 1956 erklärten Wilhelm Beutler und Fritz Berg vom BDI, fast mit identischen Worten, daß Wirtschaftspotential Rüstungspotential sei, das wiederum politische Ziele durchsetzen helfe. Fern aller abendländischen Rhetorik sind durch diese Aussagen die Interessen der kapitalistischen Unternehmerwirtschaft dargestellt: die ungehinderte Profitoptimierung und -stabilisierung — wenn nötig, verbunden im Innern mit diktatorischen Regimen zur Unterdrückung von Selbstbestimmungsbestrebungen der Lohnabhängigen und nach außen mit expansiven Eroberungen zur Vergrößerung des ökonomisch verwertbaren Machtgebiets.

Der zum 30. Jahrestag der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges erschienene Sammelband mit 281 meist noch unveröffentlicht gewesenen Dokumenten drängt diese Einsichten geradezu auf; die Dokumente sprechen eine deutliche Sprache. Die zwei Linien, die die deutsche Großwirtschaft (die andere auch, aber diese besonders) zum Faschismus tendieren ließen, waren einmal — und wir können hier ohne Abstriche die Formulierung verwenden, mit der Reinhard Opitz die angestrebte „Formierte Gesellschaft" charakterisierte (s. „Blätter", 9/1965) — „die nach den Prinzipien der Wirtschaftsrationalität total durchorganisierte Gesellschaft" und weiter die imperialistische Vergrößerung von Deutschlands ökonomischer Basis notfalls mit militärischen Mitteln. Beide Ziele lagen (und liegen) weniger eindeutig im Interesse der Gesamtwirtschaft als in dem der großen Konzerne, bei denen gerade „Rationalisierung und wirtschaftliche Konzentration, Aufrechterhaltung von Monopolabsprachen sowie der daraus sich ergebende Druck auf kleine Mitbewerber (...) der fruchtbare Boden (war), auf dem der Massenfaschismus wuchs" (Hallgarten).

1922 schon führt ein Vorstandsmitglied der Vulcan-Werke AG Besprechungen mit der Kriegsmarine über geheimen U-Boot-Bau (82 f.), 1925 schon bespricht Generaloberst v. Seeckt mit den Ruhr-Konzernen verbotene Aufrüstungspläne mit der dazugehörigen Ausschaltung kleinerer Betriebe (83 ff.), bereits in den Jahren 1929 bis 1931 prüft der Mitteldeutsche Wirtschaftstag (Mitglieder u. a. Abs, Reemtsma, Blessing) Pläne zur Ausplünderung Südosteuropas (86 f.), und Krupp verfolgt mindestens ab 1930 Raketenpläne (87 f.). Diese Pläne brauchen eine Massenbasis, die der Faschismus schafft; im September 1930 bekommt das State Department von seinem Botschafter in Berlin Berichte über massive finanzielle Unterstützung der Nazis durch deutsche und US-Konzerne (88 f.); die Harzburger Front erfreut sich großindustriellen Schulterklopfens (89 f.); 1932 fordert die Automobilindustrie Subventionen, weil sie sich für wehrwichtig hält (90 f.). Nicht nur Fritz Thyssen war überzeugt von den wesentlichen Zielen der Nazis — alle Konzerne haben sie gefördert, finanziert, für sie intrigiert, besonders in Wahlen die Hitlersche Volksverdummung in jeder Form tatkräftig unterstützt (92 ff.). Der Bankier Schröder nannte später als Gründe dafür die Angst vorm Bolschewismus und die lukrativen Staatsaufträge (die offenbar der vielbemühten „freien Privatinitiative" bis heute nicht schaden), insbesondere auf dem Rüstungssektor (98 f.), weshalb auch der Reichsverband der deutschen Eisenindustrie strikt eine internationale Rüstungsbegrenzung einschließlich der Nichtrevision der bestehenden Grenzen, worüber Anfang 1933 in Genf verhandelt wurde, ablehnte (102 ff.).

Nach der „Machtergreifung" ging die Reorganisation der Wirtschaft im Sinne der weiteren Konzentration der Kommandostellen bei den Großkonzernen in Zusammen-

arbeit mit der Staats- und Parteiführung stetig voran (109 ff., 123 ff., 128 f., 160, 165 ff., 184 ff. u. ö.); die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch die Industrie lief weiter und brachte bis 1945 ca. 700 Millionen RM (114). Diese Gelder wurden überproportional wieder hereingeholt (32 f.), vor allen Dingen über die Rüstung, die immer offener zum Kriege steuerte, der Arbeitsheloten, Rohstoffe und Märkte bringen sollte (115 ff., 129 f. [Flick], 130 ff., 196 f. [Rechberg], 200 f. [Goerdeler] u. ö.). Viele Dokumente — wie etwa das, in dem Thyssen den Generalstraßeninspekteur Todt auf die strategische Bedeutung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes aufmerksam macht (117 f.) — zeigen, daß es nicht eine irgendwie „dämonische", „unheilvolle" „Staatspolitik" allein war, die den Krieg wollte und womit „die" Wirtschaft nichts zu tun hatte, sondern daß eben in der kapitalistischen Wirtschaft Gründe für Faschismus und Krieg lagen. In Dokumenten liegen die offenen und brutalen, in ihrer Profitrationalität aber mitnichten schicksalhaft-dämonischen Begründungen vor uns — bis hin zum Giftgaskrieg, den die IG-Farben („Die gewisse bestehende Diffamierung ist ein Zeichen sentimentaler Kritiklosigkeit", 186) planten (186 f., 188 f., 201 ff. u. ö.). Der „Mob-Fall" wurde von der deutschen Großwirtschaft früh ins Auge gefaßt (134 f., 139 ff., 154 f.); Röchling spricht 1936 von den gottlosen und auch noch kommunistischen Russen, vom herrschenden Weltjudentum, vom verjudeten England und bolschewistisierten Frankreich, gegenüber denen allen „der Krieg fast unvermeidlich ist", und zwar der totale (142 ff.); die Deutsche Bank, unter einem Manne, der sich nach Schröders späterer Aussage in Nürnberg in der Nazi-Zeit „als recht wertvoll für die Partei und für die Regierung erwiesen (hatte), indem er mit seiner Bank der Regierung half, Geschäfte in den besetzten Ländern und in anderen ausländischen Staaten zu machen" (101), und der heute wieder ähnliche Machtpositionen innehat und das Ganze sogar noch religiös überhöhen und mit einem Sitz im Zentralkomitee der westdeutschen Katholiken krönen konnte, forderte 1937 Raubzüge zur Eroberung von Kolonien (161 f.). 1936 schon zerbrach man sich bei Krupp und im Heereswaffenamt den Kopf über das Problem, wie man am besten beim Überfall auf die Sowjetunion mit der verschiedenen Spurweite der Eisenbahnschienen fertig wird (135). Auslandsspionage wurde forciert (139, Zeiss); die ökonomische Ausplünderung im Ausland (meist unter dem Stichwort „Arisierung") geplant, in die Wege geleitet (150 f., 153 f., 158 ff., 162 ff. [Flick], 169 ff. u. ö.) und durchgeführt (174, 176 f., 179 ff., 188, 191 ff., 197 ff., 205 f.). Neben der Profitoptimierung sorgten die Nazis in enger Zusammenarbeit mit der Industrie, die sie geboren hatte, für soziale Repression jeder Art: eine Volks- und Wehrgemeinschaft brauchte eben eine willige Gefolgschaft, und „die Wirtschaft (mußte) von den Fesseln sinnloser Tarifverträge" „frei" gemacht werden, wie Goerdeler es 1933 formulierte, vor allen Dingen, damit mehr und länger gearbeitet werden konnte (118, vgl. auch 121 f., 136, 177 ff.) — ein Ziel übrigens, dem sich damals auch der Doktorand der Jurisprudenz Gerhard Schröder widmete.

Ein Schlüsseldokument des Buches, das man auch deshalb mit Erschütterung studiert, weil immer wieder nicht nur personelle, sondern strukturelle Parallelen zur Gegenwart sich aufdrängen, scheint uns eine vertrauliche Denkschrift der Reichsgruppe Industrie vom 1. 8. 1940 zu sein (272 ff.), die die Perspektiven der deutschen Industrie nach einem gewonnenen Kriege ausmalte: Beherrschung von Ost- und Südosteuropa; „Privatinitiative" für die Unternehmer; Helotendienste slawischer (Unter)-Menschen und etwas darüber Kulidienste deutscher Lohnabhängiger; Arbeitszeitverlängerungen usw. usw. Wir wissen daraus, was wir für alle Zeit von der tabuisierten „Privatinitiative" dieser Herren zu halten haben: Instrument der Repression gegenüber den Lohnabhängigen; der Staat aber muß bei der Profitoptimierung mit Rüstung, Krieg, Eroberung und Subventionierung auf Kosten der Allgemeinheit helfen — „störendes" Eingreifen der Gesellschaft in diesen Mechanismus wäre „Kollektivismus".

Gegen Schluß sind die Briefe, Erklärungen und Notizen immer mühsamer zu lesen; es geht um KZ-Ausrüstungen und auszubeutende Fremdarbeiter einschließlich Kinder von 10 Jahren ab, um die der „Wettbewerb" einsetzt; um Ausplünderung der eroberten Länder, wobei offen der planmäßige Hungertod von „zig Millionen Menschen" einkalkuliert wurde (329); um immer gigantischere Imperialistenpläne, solange der Faschismus auf dem Vormarsch war. Namen tauchen immer wieder auf, die an der

Gangstermaschinerie, aufgezogen im Stile redlich-trockener deutscher Geschäftsbriefe, bei denen für den grausigsten Sachverhalt noch ein Aktenzeichen und ein Betreff gefunden wurde, mitwirkten und die ihre eigenen Reden und Notizen heute gern mit dem entrüsteten „Nie gesehen" kommentieren: Flick, Abs u. a. Und die Firmen sind unschwer heute wiederzuerkennen: IG-Farben, Dresdner Bank, Deutsche Bank, Krupp, Thyssen u. a.

Gegen Ende des Krieges mußte die kapitalistische Rationalität notwendig in Widerspruch geraten mit den Götterdämmerungsphantasien Hitlers und seinem „Nero-Befehl", lieber alles zu zerstören, als dem Gegner zu überlassen. Sie knüpfte rechtzeitig Verbindungen mit den Konzerngenossen im Ausland, machte Pläne fürs Überleben des „freiheitlichen Unternehmertums" nach dem Kriege — wie jeder weiß, mit beispiellosem Erfolg.

Die konzise Einleitung der Herausgeber befaßt sich besonders mit dieser Kontinuität, aber auch mit der Kontinuität der solches Geschehen beschönigenden (west-)deutschen Historiker. Der Faschismus wird bei letzteren identisch mit Hitler, der aber wird zum Dämonen; Schuldige gibt es keine mehr, insbesondere nicht in „der" Wirtschaft, die damals allenfalls von „der" bösen Politik verführt und geknebelt wurde. Wilhelm Treue ist ein Paradefall: Während er 1942 noch in großer Sorge war, daß nach einem gewonnenen Kriege die „repräsentative Leistung der Wirtschaft" dabei voll gewürdigt würde (11), negiert er heute die Hilfe bzw. Dominanz der Industrie bei der Entscheidung für Faschismus und Krieg (ebd.), und er bringt gar das zweifelhafte Kunststück fertig, im jetzt an die Thyssen-Aktionäre gratis verteilten 2. Teil der Thyssen-Werksgeschichte (Wilhelm Treue/Helmut Uebbing, Die Feuer verlöschen nie. August Thyssen-Hütte 1926—1966, Düsseldorf 1969, S. 69 ff.) im wesentlichen die Unschuld der Industrie daran zu fingieren. Bezeichnend für die „Wissenschaftlichkeit" solcher bezahlten Apologeten ist, daß in diesem Buch keinmal das Werk erwähnt wird, das Fritz Thyssen nach seinem Zerwürfnis mit Hitler veröffentlichte (Fritz Thyssen, I paid Hitler, London und New York 1941).

Im Nürnberger Prozeß sagte Krupp, daß seine Firma sich nie um Menschenleben, immer nur um ungestörtes Profitmachen gekümmert hat. Der Dokumentenband kann natürlich keine Analyse der ökonomischen Grundlage und der Triebkräfte des Faschismus ersetzen, aber seinen Lesern müßte u. E. noch klarer gemacht werden, als es in der Einleitung geschieht, daß es bei der auch heute noch lebenswichtigen Aufwerfung dieser Fragen nicht um Personen geht; daß es nicht damit getan wäre, wenn keiner der Abs, Flick, Poensgen usw. mehr herrschen würde. Sondern daß es um die Mitbestimmung im Kapitalismus und dann über ihn hinaus im Sinne der humanen Umformulierung des Sinnes von Arbeit und Produktion geht, wenn wir in Frieden und sozialer Gerechtigkeit leben wollen. Es hätte auch dem Buche genützt, wenn die Herausgeber die ungelösten Probleme der heutigen Faschismus-Diskussion angetippt hätten (vgl. Bernhard Blanke, Thesen zur Faschismus-Diskussion, in: Sozialistische Politik, 3, S. 52 ff.); auf jeden Fall wäre es gut gewesen, Rüstung, Krieg und Faschismus im Kontext kapitalistischer (notwendiger) Vergeudung zu interpretieren. Ein weiteres Hauptproblem heutiger Faschismus-Forschung drängt sich bei diesem Buch auf: Die Dokumente lassen eine gewisse Verselbständigung des faschistischen Staatsapparates von den ökonomisch Herrschenden (z. B. Hitlers „Nero"-Befehle contra kapitalistische Profitstabilisierung in der Schlußphase des Krieges) vermuten.

Wir bitten die Bundes- und Länderzentralen für politische Bildung, dieses wichtige Buch in ihren Verteiler aufzunehmen — in erster Linie um des Zieles willen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen kann.

Hans-Dieter Bamberg

Organisierte Friedlosigkeit

Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1969 (Reihe: Kritische Studien zur Politikwissenschaft). 320 S., DM 18,—.

Mit dem Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Menschheit. Viele meinen, daß es der letzte Abschnitt sein wird, denn die Menschen seien nicht in der Lage, das ihnen in die Hand gegebene mächtige Werkzeug der Atomkraft so anzuwenden, daß es nicht doch letztlich seine alleszerstörende Kraft gegen seine Entdecker selbst wendet.

In der Tat ist es ja bis heute nicht gelungen, der Bedrohung durch die Atombombe und alle anderen ihr folgenden Waffensysteme Herr zu werden. Im Gegenteil: das internationale System wird, wie es scheint, heute wie in den fünfziger Jahren stabilisiert durch ein „Gleichgewicht des Schreckens", durch ein atomares und konventionelles Patt zwischen der UdSSR und ihren Verbündeten auf der einen und den USA und ihren Verbündeten auf der anderen Seite.

Der Frieden oder zumindest der Zustand von nicht ausgebrochener Gewalt, so heißt es, wird durch dieses Gleichgewicht des Schreckens garantiert. Und als theoretischen Unterbau für diese Annahme verweist man auf die Konzeption der Abschreckung. Diese Konzeption besagt, daß bei der Gegenüberstellung zweier mächtiger Gegner wie den USA und der UdSSR ein einigermaßen friedlicher Zustand nur dann gewahrt bleibt, wenn jeder der Gegner über ein so umfangreiches militärisches Potential verfügt, daß keiner der beiden es wagen kann, einen Krieg zu beginnen, weil er damit riskiert, nein: weil er dann gewiß sein kann, daß es in diesem Krieg keinen Sieger geben wird, d. h. daß auch er vernichtet wird.

Diese Theorie oder Doktrin der Abschreckung liegt fast allen strategischen Äußerungen der westlichen Welt seit Mitte der fünfziger Jahre zugrunde. Die NATO hat sie ebenso akzeptiert wie etwa die Bundeswehr, wie das zu Beginn dieses Jahres publizierte Weißbuch zur Verteidigung beweist. Alle Anhänger dieser Doktrin sind der Auffassung, daß es nur deswegen bislang zu keiner kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den Supermächten gekommen ist, weil sie eben nach dieser Doktrin gehandelt haben.

Wie steht es um diese Auffassung? Kann man ihr zustimmen, was in der Konsequenz bedeuten würde, daß man weitere Aufrüstungen gutheißt? Oder muß man sie ablehnen, und zwar nicht nur aus moralischen, sondern aus politischen Gründen?

Die jetzt vorliegende Untersuchung des Frankfurter Politologen Dieter Senghaas, „Abschreckung und Frieden", hat genau diese Frage untersucht. Das Ergebnis seiner Studien ist die härteste, konsequenteste und überzeugendste Kritik an der Doktrin der Abschreckung, die von der bürgerlichen Politikwissenschaft bisher formuliert worden ist.

Es kommt Senghaas zugute, daß er vor allem die angelsächsische Literatur über diesen Bereich hervorragend kennt und durchgearbeitet hat, denn in den angelsächsischen Ländern hat es seit vielen Jahren wenigstens so etwas wie eine öffentliche Diskussion über solche strategischen Fragen gegeben, an denen sich außer Militärs, Politikern und Journalisten eben auch und nachhaltig die Wissenschaftler beteiligt haben. Diese Diskussionen haben zwar die politische Praxis der Führungsschicht in den USA nicht weiter beeinflußt. Im Vergleich zu dem Monopol in Sachen Strategie, das hierzulande widerstandslos den Militärs eingeräumt wurde, ist die bloße Existenz eines solchen öffentlichen Gesprächs aber bereits ein großer Fortschritt.

Zurück zu Senghaas: Die Stichhaltigkeit seiner Kritik an der Doktrin der Abschreckung gewinnt er schon von seinem Ansatz her. Indem er das Prinzip Abschreckung nicht allein von militär-strategischer Warte aus betrachtet, sondern auch und vor allem seine innenpolitischen Aspekte berücksichtigt, kommt er zu einer ganzen Reihe von Erkenntnissen über die Natur des internationalen Drohsystems, die sich anhand der politischen Praxis leicht verifizieren lassen.

„Abschreckung ist (...) kollektiv organisierte Furcht, gesellschaftlich organisierte Aggression, ein System der mobilisierten und eingedämmten Angst. Von ihren zwei Komponenten, der Organisation des militärischen (hard ware) Potentials und der organisierten Bereitschaft zur Gewalt, ist für ihre vermeintliche Effektivität letztere Organisation, die psychologische Aufrüstung, nicht nur unentbehrlich, sondern schlechterdings zentral" (S. 82). Hier liegt gewiß der widersinnigste Aspekt der Ab-

schreckungsdoktrin verborgen. Denn ihr liegt eine Interpretation vom Wesen der Politik zugrunde, die der des deutschen faschistischen Staatsrechtlehrers Carl Schmitt aufs Haar gleicht: die Deutung der Politik als ewigen Kampfes zwischen Freund und Feind.

In der Doktrin der Abschreckung erscheint der Gegner als eine Art Teufel, dem man alle Bosheit der Welt unterstellt, sogar unterstellen muß. Abschreckung nämlich ist nur dann „glaubwürdig", wenn man dem Feind auf allen denkbaren Ebenen begegnen kann. Eine lückenhafte Abschreckung ist nach dieser Theorie dysfunktional. Das heißt aber auch, daß der Feind dazu verurteilt wird, gleich der eigenen Partei zu handeln. Er kann die Theorie der Abschreckung nicht ad absurdum führen, weil jede seiner Handlungen von vornherein aus dem Freund-Feind-Schema heraus interpretiert wird.

Dem Gegner wird unterstellt, er sei aggressiv. Er hat keine Möglichkeit, diese Unterstellung in praxi zurückzuweisen, und schließlich wird die ihm zudiktierte Militanz, ungeachtet seines wirklichen Verhaltens, Grundlage des eigenen Verhaltens. Sehr deutlich wird dieser Mechanismus in den strategischen Überlegungen von Possony, Strauß-Hupé und Kintner, wobei nicht weniger deutlich in Erscheinung tritt, daß solche Doktrinen nicht zufällig formuliert werden, sondern mit ganz bestimmten Interessen des kapitalistischen Systems konvergieren, z. B. den Interessen der Rüstungsindustrie (s. 71).

Senghaas hat in seinem Buch diese Sackgassen-Mechanismen der Abschreckungsdoktrin von verschiedenen Gesichtspunkten aus analysiert. Am interessantesten ist dabei vielleicht die kommunikationstheoretische Fragestellung, und zwar deshalb, weil ihre Antworten auch für diejenigen überzeugend klingen müssen, die sich ansonsten über die Interdependenz von Politik, Ökonomie und Ideologie keine oder nur wenig Gedanken machen. Im Lichte der Kommunikations- und Kontrolltheorie kann man bestimmte Verhaltensweisen von Systemen als pathologisch (oder besser, um einen Ausdruck von Durkheim zu benutzen: anomisch) bezeichnen. Da nämlich ein System auf dauernde Kommunikation mit seiner Umwelt angewiesen ist, muß es dauernd Informationen aufnehmen und „lernen". Diese Lernprozesse werden in dem Augenblick jedoch dem System bei der Kommunikation mit der Umwelt hinderlich, wo sie die von außen kommenden Daten in irgendeiner Weise verzerren. Das ist z. B. der Fall, wenn bestimmte Informationen einfach nicht akzeptiert werden, wenn andere hingegen, wiewohl für das System von drittrangiger Bedeutung, völlig überbewertet werden. Hier ist vor allem der erste Tatbestand relevant. Tatsächlich heißt Abschreckung ja, daß dem Gegner ein bestimmtes Verhalten von vornherein unterstellt wird, so daß Informationen, die dieser Unterstellung widersprechen, einfach nicht hingenommen werden.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel: die Note der Sowjetunion vom März 1952, in der sie recht präzise Vorstellungen über die Modalitäten der Wiedervereinigung Deutschlands entwickelte. Der Inhalt dieser Note wurde von Adenauer und der CDU niemals ernstlich untersucht. Kommunikationstheoretisch gesprochen: die Information wurde nicht akzeptiert, obwohl sie vielleicht die Zukunft des Systems Bundesrepublik (bzw. der Systeme BRD und DDR) in ganz andere und friedlichere Bahnen hätte münden lassen können.

Ein wenig komplizierter liegt der Fall auf internationaler Ebene. Denn hier wird Kommunikation mit dem Gegner nicht einfach abgelehnt. Im Gegenteil. „Dem Augenschein nach findet weder eine Kommunikation mit der gegnerischen Gesellschaft statt, noch wird eine ihr geltende ‚Lernbereitschaft' an den Tag gelegt, während für bestimmte Gruppen in den Abschrekkungsgesellschaften — Administration, Intelligence Service, Universitäten — die Untersuchung des feindlichen Systems zur vordringlichen und kontinuierlichen Aufgabe wird" (S. 178). Man sehe sich nur einmal an, wieviele staatliche und halbstaatliche Stellen in der Bundesrepublik sich mit der Erforschung der „SBZ" beschäftigen. Diese Kommunikationsprozesse sind deshalb pathologisch, weil die Kriterien der Informationsbeschaffung ein für allemal feststehen. Neue Informationen werden so in das Prokrustes-Bett starrer ideologischer Muster gepreßt. Das Anomische dieser Vorgänge besteht darin, daß sie letztlich tautologisch bleiben, also immer nur das produzieren, was sowieso schon vorher feststand.

Senghaas gelingt es immer wieder, dem Leser den Teufelskreis der Abschreckung vor Augen zu führen. Diese Leistung muß hoch angerechnet werden; die Mängel seines Buches fallen dagegen bis auf einen nicht übermäßig ins Gewicht. So wäre es z. B. aus Gründen der Fairneß angebracht gewesen, wenn Autor und Verlag in aller Deutlichkeit vermerkt hätten, daß ein großer Teil der hier gesammelten Studien bereits an anderer Stelle abgedruckt wurde, die wichtigste des Bandes sogar schon zweimal. Auch hätte ein Stichwort-Verzeichnis am Schluß des Buches manchen Nutzen. Aber das ist nicht sehr wichtig. Wichtig hingegen ist, daß es Senghaas noch nicht vermocht hat, seine Arbeitsergebnisse in einer Sprache abzufassen, die es auch dem Laien ermöglicht, sie zu verstehen. In der vorliegenden Fassung gehört dieses Buch zu denjenigen, die selbst lernpathologische Verhaltensweisen unseres Systems verstärken, denn ihre Botschaft ist verschlüsselt. Es ist kein Zufall, daß deshalb Blätter wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" ein solches Buch dreispaltig loben, obwohl doch gerade in ihnen die Abschreckungsdoktrin ihren Herold hat. Friedensforschung, und Senghaas hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, darf nicht esoterisch sein, denn dann wird sie dem Frieden nicht dienen können.

Wilfried v. Bredow

Das Elend der „Elite" im Dritten Reich

Robert M. W. Kempner, Das Dritte Reich im Kreuzverhör. Aus den unveröffentlichten Vernehmungsprotokollen des Anklägers R. M. W. Kempner, Bechtle Verlag, München und Eßlingen, 300 S., Leinen 32,— DM, Studienausgabe Paperback 16.80 DM.

Die vorliegende Dokumentation, eine Sammlung bisher unveröffentlichter Vernehmungsprotokolle, ist die unfreiwillige Selbstdarstellung des Dritten Reiches durch eine Reihe seiner bekanntesten Repräsentanten und Funktionäre: Minister, Staatssekretäre und Diplomaten, Feldmarschälle und Generale, Professoren und Propagandisten, Juristen und Industrielle, Prinzen und Sekretärinnen — bis hinab zu den Ärzten, Kurieren und Chauffeuren der Hitler-Hierarchie und ihrer Hofhaltung. Was auf diese Weise — eben durch die Vernehmungen der Angeklagten und Zeugen — zusammenkam, ist in der Tat ein Spiegelbild jener „katastrophalen Epoche zwischen 1933 und 1945": unheimlich und alpdruckhaft als politisches Faktum und grotesk als psychologisches Spektrum. Als generell gültiges Charakteristikum fast aller von ihm Vernommenen stellt Kempner Mangel an Verantwortungsgefühl, politische, rassische und wirtschaftliche Wahnvorstellungen, fehlenden „Männerstolz vor Fürstenthronen", geistige Bedeutungslosigkeit und — im privaten Bereich — niedrige „persönliche Beweggründe wie Rivalität, Habsucht, Raffsucht und Mordlust" fest. Es gab, wie Kempner weiterhin sagt, nur wenige „liebenswerte" Menschen mit einigem Humor unter ihnen, kaum einen, der sich vorbehaltlos zu dem Geschehen bekannte. Was hier vor dem Tribunal der Geschichte stand, waren durchweg Kleinbürgertypen, die — ohne Uniform und pompöse Kulisse — überaus kläglich, ja bemitleidenswert wirkten, so als habe man ihnen die „Seele" genommen.

Was Kempner als vernehmenden „Staatsanwalt" auszeichnet, ist die feine psychologische Art, mit der er zunächst in fast allen Fällen mit einigen lässig hingeworfenen Fragen alle kontakterschwerenden Hemmnisse beiseiteräumt, bevor er zur Sache kommt. Er kennt seine „Leute", weiß aufgrund seines mit äußerster Gewissenhaftigkeit betriebenen Aktienstudiums schon vorher annähernd sicher, wie sie auf die ihnen zur Last gelegten Anklagepunkte reagieren werden, und stellt sich mit seinen Fragen darauf ein. Hin und wieder, wenn auch sehr selten, kommt es zwischen ihm und den Angeklagten zu erstaunlich warmen menschlichen Beziehungen, und zwar immer dann, wenn er auf eine Persönlichkeit trifft, deren geistige Substanz darauf schließen läßt, daß hier ein ernsthafter Gewissenskonflikt vorliegt. Doch sind das nur Einzelfälle, während das Gros der Angeklagten ihm mit nur schlecht getarnter Aversion und einer Verschleierungstaktik begegnet, die von gespielter Naivität bis zur Behaup-

tung reicht, nicht dabei gewesen zu sein. In solchen Fällen geschieht es nicht selten, daß Kempner — das mit so viel Verstellungskunst geflochtene Lügengewebe durchschauend — den Angeklagten plötzlich aus seinem fast unerschöpflichen Reservoir von ihnen unterzeichnete Dokumente unterbreitet, die sie entlarven und ihnen unvermutet die Maske des Biedermannes von den Gesichtern reißen.

Man kann sich vorstellen, daß es nicht immer leicht für ihn war, sich mit diesem Verbrechergesindel auseinanderzusetzen, mit diesen Repräsentanten eines Terrorsystems, das auch ihn, Kempner, aus Amt und Würden brachte. Da ist Hermann Göring, einer der führenden Männer der „Nazi-Vernichtungsmaschine", ein Mann, der es gewohnt ist, sich wie ein Barockfürst zu geben, doch ohne jede geistige Substanz, und da ist weiter Johanna Wolf, die engste Mitarbeiterin Hitlers, naiv, sentimental, leicht gerührt, die auf alle Fragen nur die eine Antwort hat: „Ich weiß es nicht", während der Hofzahnarzt, Professor Blaschke, ein seniler Greis, immer wieder betont, daß sein Chef ein „pathologischer Fall" gewesen sei. Dagegen beteuert der als Zeuge geladene Wiedemann, Hitlers Kompanieführer im Ersten Weltkrieg, daß Hitler alles anderes denn eine „Führerpersönlichkeit" gewesen sei. Das scheint indessen generell auch für die hohen Militärs im Zweiten Weltkrieg gegolten zu haben, zumal der Feldmarschall Gerd v. Rundstedt, Chef der Heeresgruppe Süd und zuletzt Oberbefehlshaber West, mehr als einmal feststellt, daß die Generale auf die Fixierung der militärischen Operationen ohne jeden Einfluß gewesen seien, so daß Kempner ihm sarkastisch entgegenhält, dann seien sie wohl nichts anderes gewesen als eine Clique „gehobener Briefträger".

Von Keitel, dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, berichtet der Autor, daß er zunächst in einem Anfall von aufrichtiger Zerknirschung bereit gewesen sei, ein volles Geständnis abzulegen, dann aber plötzlich — auf die geharnischten Vorwürfe Görings und der übrigen verhafteten Prominenz hin — seinen Entschluß wieder rückgängig gemacht habe. Interessant sowohl als politisches Kuriosum wie auch als psychologisches Faktum ist auch die Vernehmung des ehemaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der „die Brüder" von Anfang an durchschaut haben will und daher — postum — alle Anspielungen Hitlers auf eine mögliche Hohenzollernrestauration als nur für die „Galerie" gedacht empfunden habe, was indessen nicht hinderte, daß sich ein anderer Hohenzollernprinz, August Wilhelm, als Aushänge- und Kontaktfigur zum Hitlerstaat hergeben mußte: eine Rolle, die ihm offenbar nicht schwer gefallen ist.

Differenzierter lag dagegen der Fall des Prinzen Philipp von Hessen, der — zunächst Oberpräsident einer preußischen Provinz, dann Kurier zwischen Hitler und Mussolini — seine Verwandtschaft zum italienischen Königshaus mit der Einlieferung in ein bayerisches Konzentrationslager bezahlen mußte, während seine Frau Mafalda — eine Tochter des italienischen Königs — in Buchenwald umkam. Hier mischten sich Irrtum und Tragik auf eine so unentrinnbare Weise, daß man dem Opfer den menschlichen Respekt nicht versagen kann. Ein echter Gewissenskonflikt, so scheint es wenigstens, liegt auch in dem Fall des Staatssekretärs Ernst v. Weizsäcker vor, der glaubwürdig „immer dagegen war", dennoch aber dank seiner Stellung so tief mit alldem verstrickt war und blieb, daß er — trotz seines Memorandums gegen den Rußlandkrieg — Erlasse unterzeichnete, die die Zwangsdeportation mehrerer tausend Juden verfügten.

Und so geht es weiter: Die Szene wechselt, aber die auftretenden Männer und Frauen bleiben — wie an unsichtbaren Fäden agierende Marionetten — im Grunde einander gleich, zum mindesten ähnlich. Und was sie vorbringen, um ihre Schuld so gering wie nur möglich erscheinen zu lassen, wobei sie sich wechselweise den Schwarzen Peter zuzuschieben trachten, ist zumeist so erbärmlich, daß man ihnen jedes Mitleid verweigern muß, zumal wenn man daran denkt, welches Elend sie mit ihrem Tun über Millionen von Menschen gebracht haben. Kempner sagt: „Es waren vorwiegend Menschen von sehr kleinem Format, die große Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ihr eigenes Land begangen hatten", und das ist, alles in allem, sehr milde ausgedrückt.

Obwohl das Buch — als reine Dokumentarsammlung — nur Vernehmungen mit kurzen Zwischenkommentaren zur Sache und zur Person des jeweiligen Angeklagten

aneinanderreiht, liest es sich doch, weil es bisher unbekanntes Material zu Tage fördert, fast wie ein spannender Roman. Informierend und aufregend zugleich, ist das Buch das leidenschaftslos-nüchterne Stenogramm einer Zeit der Schuld, deren letzte Bewältigung durch uns — wie die Restaurationsbewegung in unserem Land beweist — nach einer Distanz von mehr denn zwanzig Jahren immer noch aussteht. So betrachtet, stellt es auch eine Mahnung an uns alle dar.

Wilhelm Kayser

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Hans Joachim Störig, Kleine Weltgeschichte der Philosophie (In zwei Bänden). Fischer Bücherei, Frankfurt / Bd. 1, 364 S. / Bd. 2, 346 S., br. je Band 4,80 DM (Fischer Handbücher, Bd. 1050/51). — Mit einem bibliographischen Teil und ausführlichem Stichwortverzeichnis.

Karl Marx, Das Kapital. Bd. I: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Ullstein Verlag, Berlin, 936 S., br. 9,60 DM (Ullstein Taschenbuch, Bd. 4025—28). — Die Textausgabe geht auf die zweite, noch von Marx selbst bearbeitete Auflage zurück. Die Ergänzungen der dritten und vierten Auflage von Friedrich Engels sind als Anmerkungen beigegeben. Mit erläuterndem Personen- und Sachregister, Übersetzung der fremdsprachigen Zitate, Literaturverzeichnis und der umfangreichen Einleitung von Karl Korsch.

Jan Hus, Schriften zur Glaubensreform und Briefe der Jahre 1414—1415. Herausgegeben von Walter Schamschula. Insel Verlag, Frankfurt, 200 S., Ln. 7,— DM (Sammlung Insel, Bd. 49). — Als Bd. 50 der Sammlung erscheint: Werner Kirchner, Der Hochverratsprozeß gegen Sinclair. Ein Beitrag zum Leben Hölderlins (240 S., Ln. 7,— DM).

Dieter Schellong, Warum Christen ihre Kinder nicht mehr taufen lassen. Zur kirchlichen Taufpraxis. Stimme-Verlag, Frankfurt, 192 S., Paperback 16,80 DM (Reihe „antworten", Bd. 18).

Novalis, Werke. Herausgegeben und kommentiert von Gerhard Schulz. Verlag C. H. Beck, München, VIII, 876 S., Ln. 28,— DM (Beck's kommentierte Klassiker).

Eike v. Savigny, Die Philosophie der modernen Sprache. Eine kritische Einführung in die „ordinary language philosophy". Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 472 S., Ln. 40,— DM, kart. 24,— DM. — Aus dem weiteren Herbstprogramm des Verlages: Steiner, Sprache und Schweigen. Essays. Mit einem Vorwort „An den deutschen Leser". Aus dem Amerikanischen von Axel Kaun (276 S., Ln. 26,— DM); Bertolt Brecht, Texte für Filme (Dünndruckausgabe in einem Band, 676 S., Ln. 30,— DM).

Mario Wandruszka, Sprachen: vergleichbar und unvergleichlich. Piper Verlag, München, 544 S., Ln. im Schuber 48,— DM.

James Krüss, Naivität und Kunstverstand. Gedanken zur Kinderliteratur. Verlag Beltz, Weinheim, 181 S., br. 20,— DM.

Manfred Sera, Utopie und Parodie bei Musil, Broch und Thomas Mann. Verlag Bouvier, Bonn, 212 S., kart. 26,80 DM (Bonner Arbeiten zur deutschen Literatur, Bd. 19).

Wilhelm Johannes Schwarz, Der Erzähler Günter Grass. Francke Verlag, Bern, 149 S., Paperback 8,80 DM.

A. Mádl, Politische Dichtung in Österreich (1830—1848). Akadémiai Kiadó / Verlag der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest, 358 S., Ln. 30,— DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Karl Marx/Friedrich Engels, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Herausgegeben von Iring Fetscher, Fischer Bücherei, Frankfurt, 304 S., br. 4,80 DM (Fischer Bücherei / Bücher des Wissens / Bd. 1043). — Der Auswahlband umfaßt nur einen Bruchteil der umfangreichen Publizistik, die Marx und Engels als gründliche Untersuchungen, aus aktuellem Anlaß verfaßte Zeitungskorre-

spondenzen und bissige Randglossen zu den verschiedenen Epochen der deutschen Geschichte hinterlassen haben. Mit Literatur- und Quellenverzeichnis.

Helmut Mathy, Franz Georges von Metternich, der Vater des Staatskanzlers. Verlag Anton Hain KG, Meisenheim, 250 S., 1 Falttafel, br. 29,50 DM (Mainzer Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, Bd. 8). — Zu einem anderen historischen Thema legt der Verlag vor: Ruth Köhler, Die Heiratsverhandlungen zwischen Eduard I. von England und Rudolf von Habsburg. Ein Beitrag zur englisch-deutschen Bündnispolitik am Ausgang des 13. Jahrhunderts (VIII, 142 S., br. 18,30 DM).

Sebastian Haffner, Die verratene Revolution. Die deutschen Ereignisse von 1918/19. Scherz-Verlag, München, 224 S., Ln. 19,80 DM.

Hans Fenske, Konservativismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918. Eine Studie zur Geschichte der nationalen Bewegung nach 1918. Verlag Gehlen, Bad Homburg v.d.H., 340 S., kart. 32,— DM.

Jörg-Johannes Jäger, Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Dritten Reiches vom Ausland, dargestellt am Beispiel der Stahlindustrie. Berlin Verlag, Berlin, 336 S., Balacron 50,— DM (Reihe „Internationale Wirtschaft"). — Mit 48 Tabellen, Personen- und Sachregister und einem umfangreichen Quellen- und Literaturverzeichnis.

Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942—1945. Herausgegeben und eingeleitet von Willi A. Boelcke. Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion, Frankfurt, IV, 487 S., 18 Abb., Ln. 58,— DM.

Aktuelle Themen

Die Welt in Zahlen (Harms Statistik 1970). Herausgegeben von der Geographischen Redaktion des List Verlags. Paul List Verlag, München, 336 S., Kunststoffbd. 4,80 DM. — Das neue Informations- und Nachschlagewerk mit den letzten verfügbaren Zahlen zur wirtschaftlich-sozialen Struktur aller Länder soll künftig regelmäßig jedes zweite Jahr erscheinen.

Heinrich End, Erneuerung der Diplomatie. Der Auswärtige Dienst der Bundesrepublik Deutschland — Fossil oder Instrument. Luchterhand Verlag, Neuwied, 186 S., kart. 14,80 DM (Soziologische Essays).

Max Jakobson, Finnlands Neutralitätspolitik zwischen Ost und West. Econ Verlag, Wien/Düsseldorf, 217 S., Ln. 15,— DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Rede des Nobelpreis-Trägers Dr. George Wald, Professor der Biologie an der Harvard-Universität, über die Schwierigkeit mit Studenten

Studentenunruhen gibt es, wie Sie wissen, seit einigen Jahren überall auf der Welt. Manchmal arten sie in Gewalttätigkeiten aus, besonders in England, Deutschland, Italien, Spanien, Mexiko und, natürlich, in den Vereinigten Staaten. Man hat viel darüber geredet, was das zu bedeuten hat. Natürlich bedeutet es in jedem Land etwas anderes. Und doch: Wenn wir nicht annehmen wollen, daß auf der ganzen Welt die Studenten verrückt geworden sind, dann muß es eine für alle gültige Erklärung geben.

Als Professor an der Harvard-Universität brauche ich nach einer solchen Erklärung nicht lange zu suchen. Ich unterrichte etwa 350 Studenten, meist junge Männer und Frauen in den Anfangsjahren ihres Studiums. Seit ein paar Jahren hatte ich immer mehr das Gefühl, etwas Entscheidendes stimme nicht mehr; in diesem Jahr mehr noch als im vergangenen.

Etwas scheint falsch geworden zu sein — beim Lehren wie beim Lernen. Es scheint fast so, als breite sich die Ansicht aus, Erziehung wäre nebensächlich geworden.

Eine Vorlesung ist viel mehr ein Dialog, als vielen von Ihnen wahrscheinlich bewußt ist. Wer eine Vorlesung hält, beobachtet die Gesichter der Zuhörer, die ihm antworten. Mir schien, besonders dieses Jahr, daß mir diese Antwort immer seltener gegeben wurde. Ich versuchte, die Studenten um diese Antwort zu bitten; aber sie wollten oder konnten mir nicht helfen. Nun glaube ich, daß ich sogar besser weiß als sie selbst, was sie bedrückt. Ich glaube, diese ganze Studenten-Generation ist von einer tiefen Sorge erfüllt. Ich selbst verstehe diese Sorge und verstehe deren Ursachen besser als sie.

Was bedrückt diese Studenten? Einige von ihnen nennen den Vietnam-Krieg. Nach meinem Empfinden ist der Vietnam-Krieg die beschämendste Episode der ganzen amerikanischen Geschichte. Der Begriff „Kriegsverbrechen" ist eine amerikanische Erfindung. Wir haben in Vietnam viele Kriegsverbrechen begangen. Aber vergessen Sie nicht, wir haben auch im Zweiten Weltkrieg Kriegsverbrechen begangen, noch bevor bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen davon geredet wurde. Die totale Bombenvernichtung der deutschen Städte war ein Kriegsverbrechen. Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki waren Kriegsverbrechen. Hätten wir den Krieg verloren, dann hätten sich einige unserer Führer für diese Taten verantworten müssen.

Seit einiger Zeit beschäftige ich mich mit dieser Frage und habe gefunden, es ist immer derselbe Trick: Wenn einer behaupten kann, er verteidigt sich gegen Aggression oder er übt Vergeltung, dann kann er alles tun. Und so leben wir heute in einer Welt, in der alle Kriege Verteidigungskriege sind, in der alle Kriegsministerien Verteidigungsministerien geworden sind. Das ist Ausdruck der Doppelzüngigkeit unserer Zeit. Der Angreifer ist immer auf der Gegenseite. Deshalb hat auch unser Ex-Außenminister Dean Rusk — ein Mann, bei dem Wiederholung die Stelle der Vernunft und Hartnäckigkeit die Stelle von Charakter einnehmen — sich so viel Mühe gemacht zu behaupten, daß wir in Vietnam gegen Aggression kämpfen. Denn stimmt es, daß wir gegen Aggression kämpfen, dann ist uns alles erlaubt. Sollte der Begriff Kriegsverbrechen je Bedeutung bekommen, dann müßte er als eine Kategorie von Taten definiert werden, die unabhängig von angeblichen Provokationen verübt werden — was heute nicht der Fall ist.

Nach meiner Ansicht, die von vielen Leuten geteilt wird, haben wir den Vietnam-Krieg verloren. Die Vietnamesen haben eine Geheimwaffe: Ihre Bereitschaft zu sterben, die größer ist als unsere Bereitschaft zu töten. Es ist, als hätten sie uns gesagt, ihr könnt uns töten, aber ihr werdet viele von uns töten müssen, vielleicht uns alle. Gott sei Dank, daß wir noch nicht soweit sind, das zu tun.

Allerdings sind wir dabei schon sehr erfolgreich gewesen, so sehr, daß viele von uns angeekelt sind; auch viele unserer Frontsoldaten. Doch ist der Vietnam-Krieg, so schrecklich und schändlich er ist, nur eine Episode in einer viel größeren und zäheren geschichtlichen Situation.

Meine Schwierigkeiten mit meinen Studenten ergeben sich zum Teil daraus, daß sie fast alle nach dem Zweiten Weltkrieg geboren sind, nach dem sich das Leben in den Vereinigten Staaten total verändert hat. Anfangs dachten wir, wir würden schon wieder zu normalen Verhältnissen zurückfinden. Aber dieser Zustand dauert nun schon über 20 Jahre; meine Studenten haben niemals etwas anderes gekannt. Sie glauben, wir hätten immer ein Pentagon, eine große Wehrmacht und die allgemeine Wehrpflicht gehabt. Sie wissen nicht, daß diese Dinge im amerikanischen Leben neu sind — unvereinbar mit dem, was man sich früher unter Amerika vorstellte.

Wer von ihnen weiß, daß kurz vor dem Zweiten Weltkrieg die gesamte amerikanische Armee, einschließlich Luftwaffe, nur 139 000 Mann betrug? Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde sie — obwohl wir noch nicht beteiligt waren — auf 268 000 Mann erhöht. Später wurden es dann 8 Millionen. Als der Krieg zu Ende war, fingen wir an, auf Friedensstärke zurückzugehen. Und 1950 hatten wir — trotz internationaler Verpflichtungen, Kaltem Krieg, Truman-Doktrin und so weiter — nur 600 000 Mann.

Heute ist unsere Militärmacht 3,5 Millionen Mann stark, davon 600 000 in Vietnam, weitere 350 000 Mann in Aufmarschgebieten im Pazifik und ungefähr 250 000 in Deutschland. Eine ganze Menge sind zuhause. Vor einigen Monaten wurde bekannt, daß 300 000

Mann der Nationalgarde und 200 000 Reservisten — eine halbe Million also — in der Technik, „Aufruhr in den Städten" niederzuschlagen, besonders trainiert wurden.

Wenn es nach mir ginge, sollte die Wehrpflicht nicht reformiert, sie sollte abgeschafft werden. Wehrpflicht in Friedenszeiten ist das Unamerikanischste, das ich kenne. Als ich aufwuchs, erzählte man mir von Unterdrückung in den mitteleuropäischen Ländern, wo junge Männer in den Militärdienst gezwungen wurden. Sie hackten sich einen Finger ab oder schossen sich ein paar Zehen weg; und, wenn sie's konnten, wanderten sie nach Amerika aus. Wir verstanden sie, sympathisierten mit ihnen und hießen sie willkommen. Heute sind Tausende von Amerikanern nach Kanada und Europa geflüchtet, um der Wehrpflicht zu entgehen.

Vor einigen Monaten stellte mir das „Harvard Alumni Bulletin" eine Reihe von Fragen, wie sich die Studenten zur Wehrpflicht verhalten sollten. Meine Antwort war, ich würde einem Studenten, der entschlossen ist, dem Wehrdienst zu entkommen, auf jede nur mögliche Weise helfen. Dabei würde ich mir wie ein Mitglied der „Underground-Railway" vorkommen, die vor dem amerikanischen Bürgerkrieg entlaufenen Sklaven half, nach Kanada zu entkommen. Damals war das auch keine allgemein geschätzte Funktion — aber heute denkt man ganz anders darüber.

Dem Senat wurde kürzlich von Senatoren aller Richtungen ein Gesetzesvorschlag unterbreitet, die Wehrpflicht abzuschaffen. Ich hoffe, er wird angenommen. Doch meine ich, wenn wir schon daran denken, die Wehrpflicht abzuschaffen, dann sollten wir auch unsere Wehrmacht reduzieren. In Friedenszeiten sollte eine Gesamtstärke von einer Million genug sein. Verbunden mit Diskussionen über eine Freiwilligen-Armee hören wir immer wieder, man müßte den Sold erhöhen, um genug junge Männer anzuziehen. Ich glaube, das stimmt nicht. Die meisten unserer Soldaten sind heute schon Freiwillige — z. B. die ganze Luftwaffe und Flotte und fast alle Marine-Soldaten. Das scheint mir Beweis genug, daß die Besoldung angemessen ist. Die Behauptung, es würde 17 Milliarden Dollar mehr kosten, die Wehrmacht auf Freiwilligenbasis umzustellen, scheint mir unhaltbar.

Weit wichtiger als die Wehrpflicht ist jedoch die Militarisierung Amerikas. Ex-Präsident Eisenhower warnte schon vor dem sogenannten Militär-Industriellen-Block. Ich fürchte, wir müssen heute mit einem Militär-Industriellen-Arbeitergewerkschafts-Block rechnen. Unter dem Vorwand des Kalten Krieges haben wir nicht nur die größte Friedensstreitmacht aufgebaut, sondern wir haben aus ihr eine ständige Einrichtung gemacht. Ich glaube nicht, wir können mit unserem heutigen Militärestablishment und seinem Budget von 80 Milliarden Dollar leben und Amerika als das erhalten, was es früher einmal war. Dieses Militärestablishment korrumpiert unser Leben: Es kauft alles, was ihm in den Weg kommt, Industrien, Banken, Universitäten und seit kurzem sogar Arbeitergewerkschaften.

Das Verteidigungsministerium jammert natürlich immer über Geldnot; aber was es mit seinen 80 Milliarden Dollars jährlich tut, kann sich die wildeste Phantasie nicht vorstellen. Zum Beispiel: das Rocky Mountain Arsenal am Stadtrand von Denver hat solche Unmengen von giftigem Nervengas fabriziert, daß man nicht mehr wußte, wohin mit dem Abfall. So gruben sie kühn einen Tunnel, 3 Kilometer unter Denver, in den sie inzwischen so viel vergiftetes Wasser gepumpt haben, daß Denver seit zwei Jahren von Erderschütterungen von zunehmender Stärke heimgesucht wird. Die Gefahr eines Erdbebens ist nun akut geworden, und eine Debatte ist derzeit im Gang, ob Denver sicherer wäre, wenn man diesen unterirdischen See von vergiftetem Wasser ableitet oder ihn stehen läßt („New York Times", 4. Juli 1968; „Science", 27. September 1968). Vielleicht ist Ihnen schon die Geschichte von den 600 Schafen bekannt, die plötzlich in Skull Valley, Utah, starben — vergiftet von einem Nervengas, das Resultat eines seltsamen und noch ungeklärten Unfalls (der nächste Prüfplatz lag 45 km entfernt).

Um auf Vietnam zurückzukommen; das Ausmaß von Bombenexplosionen ist erschreckend. Sie erinnern sich vielleicht noch an Khe-Sanh, den Flecken südlich der „demilitarisierten Zone", wo eine Marineeinheit eine Zeitlang belagert war. In dieser Zeit warfen wir auf den Umkreis von Khe-Sanh mehr Bomben als auf Japan im ganzen Zweiten Weltkrieg, mehr, als 1942 und 1943 auf ganz Europa abgeworfen wurden. Ein Offizier, der das miterlebte, sagte nachher: „Es sieht aus, als hätte die Welt die Blattern bekommen und wäre dran gestorben" („New York Times", 28. März 1968).

Die einzige Aufgabe einer Regierung ist, Leben zu schützen und zu fördern. Unsere Regierung beschäftigt sich vornehmlich mit dem Tod, mit dem Geschäft des Tötens und Getötetwerdens. Unsere sogenannte Verteidigung beansprucht heute 60 Prozent des Staatshaushaltes, ca. 12 Prozent des gesamten Volkseinkommens.

Wir sind wieder einmal in eine lebhafte Debatte verstrickt, ob die anti-ballistischen Geschosse — ABM — verwendet werden sollen oder nicht. Im September 1967 fand eine Zusammenkunft von MIT (Massachusetts Institut of Technology) und Harvard-Professoren statt, bei der es darum ging, ob und wie man den Aufbau des ABM-Systems, gegen das alle einstimmig waren, verhindern könnte. Einige der bestinformierten Anwesenden nahmen den scheinbar so praktischen Standpunkt ein, es sei alles bereits entschieden, die Gelder seien bereitgestellt. „Warum also um eine erledigte Sache kämpfen? Gehen wir also von da an weiter, wo wir momentan stehen."

Glücklicherweise ist es keine erledigte Sache. ABM ist eine nukleare Waffe, Teil des ganzen Komplexes von Atomwaffen, dem unsere Sorge gilt. und da hört man immer wieder schnell Phrasen wie „das sind eben die Tatsachen des Lebens". Wenn es so wäre! Es handelt sich im Gegenteil um die Tatsachen des Todes. Ich akzeptiere sie nicht und würde auch Ihnen raten, sie nicht zu akzeptieren. Immer wieder werden wir unter Druck gesetzt, Dinge zu akzeptieren, weil sie uns als schon erledigt dargestellt werden — als Entscheidungen, die unumstößlich getroffen worden sind. Immer wieder heißt es dann, gehen wir also von da an weiter, wo wir momentan stehen. Aber in diesem Fall können wir nicht weitergehen; bei dieser Frage müssen wir bleiben.

Die USA und Rußland haben angeblich zusammen ein Atomwaffenlager, das groß genug ist für 15 Tonnen Dynamit pro Kopf der Bevölkerung der Erde — Männer, Frauen und Kinder. Und jetzt empfiehlt man uns, unseren Vorrat noch zu vergrößern. Sehr bedauerlich, sagt man, doch so sind einmal „die Tatsachen des Lebens". Natürlich würden wir gerne abrüsten. Doch unser Verteidigungsminister sagt, es sei an der Zeit, unser Atomwaffenpotential erst einmal richtig zu vergrößern, damit wir dann aus einer Position der Stärke abrüsten können.

Sie wissen sicher so gut wie ich, daß es keine hinreichende Verteidigung gegen einen massiven Atomwaffen-Angriff gibt. Während wir davon reden, ABM einzusetzen, bauen wir MIRV, die Waffe, mit der ABM umgangen werden kann.

Meines Wissens beträgt die bescheidenste Schätzung, wieviel Menschen in den USA bei einem massiven Atomwaffen-Angriff umkommen würden, 50 Millionen, und zwar unter Berücksichtigung aller nur erdenklichen Vorsichtsmaßregeln, die zudem noch optimal funktionieren würden. Aber wir sind greulichen Statistiken gegenüber schon so abgebrüht, daß uns das kaum berührt. Wir denken „Knall", und wenn wir noch da sind, lesen wir in der Morgenzeitung, daß 50 Millionen Menschen getötet worden sind. Aber so wird es sich nicht abspielen. Als wir 200 000 Menschen mit unseren ersten, altmodischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki töteten, wurde ungefähr die gleiche Anzahl verstümmelt, verbrannt, geblendet, vergiftet oder sonstwie zum Tode verurteilt. Viele brauchten eine ganze Weile zum Sterben.

So würde es auch hier sein. Nicht ein Knall — und eine Unzahl von Leichen, die zu begraben sind. Sondern dazu noch Millionen von Hilflosen, Verstümmelten, Gefolterten und zum Tod Verurteilten — ein Land, in dem die Überlebenden eines Atomfeuers zusammengepfercht in Bunkern hausen und sich mit der Waffe in der Hand gegen ihre Nachbarn verteidigen würden, im Kampf um unvergiftete Nahrung und Wasser.

Vor einigen Monaten beendete Senator Richard Russel von Georgia im Senat eine Rede mit den Worten: „Wenn wir mit Adam und Eva wieder anfangen müssen, dann will ich, daß sie Amerikaner sein werden; und daß sie auf unserem Kontinent und nicht in Europa leben." So hört sich ein amerikanischer Senator an, der eine patriotische Rede hält. Sei es. Hier steht ein Nobelpreisträger, für den das die Worte eines geistesgestörten Kriminellen sind.

Wie konkret ist die Gefahr eines ausgewachsenen Atomkrieges? Vor einiger Zeit stellte ich diese Frage einem hervorragenden Gelehrten, der in der Harvard-Universität über Staatswissenschaft liest. Ich wollte wissen, welche Wette er wohl eingehen würde, daß in

absehbarer Zukunft ein weltweiter Atomkrieg ausbrechen würde. „Oh", sagte er behaglich, „ich glaube, ich kann Ihnen auf diese Frage eine ziemlich gute Antwort geben. Ich schätze die Wahrscheinlichkeit eines weltweiten Atomkrieges — vorausgesetzt, die Lage bleibt ungefähr so, wie sie jetzt ist — auf 2 Prozent pro Jahr." Nun kann sich jeder leicht ausrechnen, daß 2 Prozent pro Jahr heißt, daß die Chance eines weltweiten Atomkrieges 1990 ungefähr 1:3 ist — und 50:50 im Jahre 2000.

Ich glaube zu wissen, was die Studenten berunruhigt. Nach meiner Ansicht haben wir es mit einer Generation zu tun, die keineswegs sicher ist, daß sie eine Zukunft hat. Was mich betrifft, so ist meine Zukunft sozusagen schon hinter mir. Aber da sind diese Studenten; und da sind meine eigenen Kinder, zwei von ihnen heute 7 und 9 Jahre alt, deren Zukunft für mich unendlich kostbarer ist als meine eigene. Es ist für mich also nicht nur die Zukunft meiner Studenten, es ist auch die meiner Kinder. Werden sie, werden wir die Chance haben zu leben? Wir verlangen weder Wohlstand noch Sicherheit, sondern nur eine faire Chance zu leben, eine Chance, unser Schicksal in Frieden und Bescheidenheit zu entscheiden. Wir wollen in die Geschichte nicht als die apokalyptische Generation eingehen. Und es ist nicht nur der Atomkrieg. Eine andere, überwältigende Bedrohung ist die Bevölkerungsexplosion. Wir haben noch nicht einmal damit angefangen, sie zu kontrollieren. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich die Weltbevölkerung bis zum Jahre 2000 verdoppelt haben wird — mit der Aussicht auf eine weitverbreitete, unerhörte Hungersnot in vielen Teilen der Welt. Einige Fachleute erwarten die Hungersnot schon für 1980; andere glauben, man kann sie bis 1990 hinausschieben; nur wenige glauben, daß sie bis zum Jahre 2000 noch nicht stattgefunden hat.

Das ist unser Problem. So lange wir nicht sicher sein können, daß diese Generation überhaupt eine Zukunft hat, so lange ist nichts sonst wichtig. Es genügt nicht, sie mit liebender Sorgfalt zu umgeben, ihr ein nahrhaftes Frühstück und eine aufwendige Erziehung zu finanzieren. Diese Dinge sind nebensächlich, so lange diese Generation keine Zukunft hat; und wir sind nicht sicher, daß sie eine hat.

Nach meiner Ansicht handelt es sich also nicht um Jugend- oder Studentenprobleme. Alle die wirklichen Probleme, die ich kenne, sind Erwachsenenprobleme. Vielleicht werden Sie denken, ich rede völlig absurd, „akademisch" oder hoffnungslos harmlos, wenn ich jetzt fordere, daß wir uns der Atomwaffen entledigen müssen. Wir haben effektiv nichts, das wert wäre, es durch einen Atomkrieg zu erhalten — weder Materielles noch Ideologisches noch eine Tradition, die man verteidigen möchte. Denn ein Atomkrieg ist völlig selbstvernichtend. Diese Atombomben stellen eine unanwendbare Waffe dar. Die einzige Verwendung für eine Atombombe besteht darin, jemand anderen daran zu hindern, seine zu verwenden. Sie kann uns nicht schützen, sondern uns nur die zweifelhafte Genugtuung eines Gegenschlages geben. Atomwaffen haben nichts zu bieten als ein Gleichgewicht des Schreckens; und ein Gleichgewicht des Schreckens ist immer noch Schrecken. Wir müssen uns dieser Atomwaffen entledigen, hier und überall. Wir können nicht mit ihnen leben.

Ich glaube, wir haben den Zeitpunkt einer großen Entscheidung erreicht, nicht nur für unsere Nation, nicht nur für die gesamte Menschheit, sondern für das Leben auf der Erde überhaupt. Ich sage meinen Studenten mit dem Gefühl des Stolzes, das sie hoffentlich mit mir teilen, daß der Kohlenstoff, Stickstoff und Sauerstoff, aus denen 99 Prozent unserer Lebenssubstanz besteht, tief im Innern früherer Generationen erloschener Sterne gekocht worden sind. Von den Enden des Universums über Milliarden von Jahren gesammelt, wurden sie schließlich zu einem Teil der Substanz der Sonne, ihrer Planeten und unserer Erde. Vor drei Milliarden Jahren begann das Leben auf der Erde. In dieser Zeit sind viele Sterne geboren worden und erloschen.

Vor ungefähr zwei Millionen Jahren entstand der Mensch und wurde zur beherrschenden Art dieser Erde. Alle lebenden Dinge, Tiere und Pflanzen, leben durch seine Duldsamkeit. So ist er zum Hüter des Lebens auf Erden geworden. Es ist eine große Verantwortung. Der Gedanke, daß wir mit den Russen oder Chinesen in Konkurrenzkampf stehen, ist ein völliger Irrtum, eine Geringfügigkeit. In dieser Richtung liegt die Vernichtung von uns allen. Wir gehören der gleichen Art an, die nur diese eine Welt zu gewinnen hat. Überall im Universum gibt es ein Leben; aber in diesem ganzen Universum sind wir die einzigen Menschen.

Unsere Sache ist das Leben, nicht der Tod. Unsere Aufgabe besteht darin, nach unserem besten Gewissen darüber Rechenschaft abzulegen, was aus dem Leben in unserem Sonnensystem wird — aus dieser Ecke des Universums, die unsere Wohnung ist, und, vor allem, was aus den Menschen wird, den Menschen aller Nationen, Farben und Glauben. Es ist e i n e Welt geworden, eine Welt für alle Menschen. Nur die Vorstellung einer solchen „einen" Welt kann uns heute die Aussicht auf Leben und Fortschritt geben.

4. März 1969

Wortlaut der Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Atomwaffensperrvertrag) vom 28. November 1969

Als 94. Staat hat die Bundesrepublik Deutschland am 28. November 1969 den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen unterzeichnet (vgl. Wortlaut des Vertrags in „Blätter", Heft 7/68). Am gleichen Tag richtete die Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine Note an alle Staaten, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhält. In dieser Note präzisierte die Bundesregierung die Voraussetzungen, unter denen sie den Vertrag unterschrieben hat. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, der Regierung ... mitzuteilen, daß die Bundesregierung heute, am 28. November 1969, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen unterzeichnet.

Sie legt aus diesem Anlaß die Voraussetzungen dar, unter denen sie den Vertrag unterzeichnet.

Sie hat heute eine Note gleichen Inhalts an die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in ihrer Eigenschaft als Depositarregierungen des Nichtverbreitungsvertrages übermittelt.

1) Die Bundesregierung geht davon aus, daß der Vertrag der Bundesrepublik Deutschland gegenüber so ausgelegt und angewendet wird wie gegenüber den anderen Vertragsparteien; daß die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Verbündeten weiterhin durch die NATO oder ein entsprechendes Sicherheitssystem gewährleistet bleibt; daß die Resolution Nr. 255 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie die dieser zugrunde liegenden Absichtserklärungen der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritanniens uneingeschränkt auch für die Bundesrepublik Deutschland gelten; daß der Vertrag den Zusammenschluß der europäischen Staaten nicht behindert; daß die Vertragsparteien die im Vertrag vorgesehenen Abrüstungsverhandlungen, insbesondere auf dem Gebiet der nuklearen Waffen, alsbald aufnehmen werden.

2) Die Bundesregierung erklärt, daß mit Unterzeichnung dieses Vertrages keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR verbunden ist; für die Bundesrepublik Deutschland daher auch im Rahmen dieses Vertrages keine völkerrechtlichen Beziehungen zur DDR entstehen.

3) Soweit die friedliche Nutzung der Kernenergie und das mit der IAEO abzuschließende Überprüfungsabkommen betroffen sind, geht die Bundesregierung von folgendem aus:

a) Beschränkung auf den Vertragszweck. Der Zweck des Vertrages ist, die gegenwärtigen Nichtkernwaffenstaaten daran zu hindern, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder sonstwie zu erwerben. Die Bestimmungen des Vertrages sind daher ausschließlich auf die Verwirklichung dieses Ziels gerichtet. Keinesfalls führen diese Bestimmungen zu einer Beschränkung der Verwendung von Kernenergie für andere Zwecke durch die Nichtkernwaffenmächte.

b) Forschung und Entwicklung. Freiheit von Forschung und Entwicklung ist von wesentlicher Bedeutung für die Förderung der friedlichen Verwendung von Kernenergie, und es steht für die Bundesrepublik Deutschland außer Zweifel, daß der Vertrag niemals so ausgelegt oder angewandt werden kann, daß er Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet behindert oder unterbindet. Die Bundesregierung hat die Erklärung des ameri-

kanischen ständigen Vertreters bei den Vereinten Nationen vom 15. Mai 1968 und insbesondere folgende Feststellungen daraus zur Kenntnis genommen:

„... jegliche Besorgnis ist unbegründet, dieser Vertrag würde Nichtkernwaffenstaaten Verbote oder Beschränkungen hinsichtlich der Möglichkeit zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten auf dem Gebiete der Kernwissenschaft und -technik auferlegen."

„Dieser Vertrag fordert von keinem Staat, einen Status technologischer Abhängigkeit hinzunehmen oder von Entwicklungen in der Kernforschung ausgeschlossen zu sein."

„Das gesamte Gebiet der mit der Erzeugung elektrischer Energie verbundenen Kernwissenschaft ... wird allen, die es nutzen wollen, nach diesem Vertrag zugänglicher werden. Hierzu gehört nicht nur die gegenwärtige Generation von Kernkraftreaktoren, sondern auch die fortgeschrittene, noch in der Entwicklung befindliche Technologie von schnellen Brutreaktoren, die bei der Erzeugung von Energie gleichzeitig mehr spaltbares Material erzeugen, als sie verbrauchen."

„Viele Nationen betreiben gegenwärtig Forschung auf einem noch fortgeschritteneren Gebiet der Wissenschaft, nämlich dem der gesteuerten thermonuklearen Fusion. Die künftigen Entwicklungen dieser Wissenschaft und Technologie könnten durchaus zum Reaktor der Zukunft führen, in dem der Vorgang der Spaltung von Uran oder Plutonium durch Verschmelzungsreaktionen von Wasserstoffisotopen als Energiequelle ersetzt wird. Die Technologie der gesteuerten thermonuklearen Fusion ist vom Vertrag nicht betroffen ...

c) Beweislast. Im Zusammenhang mit Artikel 3 Absatz 3 und Artikel 4 des Vertrages ist keine nukleare Tätigkeit auf dem Gebiet der Forschung, Entwicklung, Herstellung oder Verwendung zu friedlichen Zwecken untersagt, noch kann die Lieferung von Kenntnissen, Material und Ausrüstungen Nichtkernwaffenstaaten allein auf der Grundlage von Unterstellungen verweigert werden, daß eine derartige Tätigkeit oder eine derartige Lieferung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern verwendet werden kann.

d) Artikel 4 begründet für Vertragsparteien, die hierzu in der Lage sind, die Verpflichtung zusammenzuarbeiten, um zur Weiterentwicklung der Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke beizutragen. Daher erwartet die Bundesregierung, daß Maßnahmen zur Beschränkung des unbehinderten Flusses wissenschaftlicher und technologischer Informationen überprüft werden, damit der weitestmögliche Austausch von wissenschaftlichen und technologischen Informationen für friedliche Zwecke gefördert wird.

e) Sonstige Kernsprengkörper. Beim gegenwärtigen Stand der Technik sind Kernsprengkörper Vorrichtungen, die in Bruchteilen von Sekunden in unkontrollierter Weise eine große Menge von Kernenergie unter Entwicklung von Stoßwellen freisetzen, d. h. Vorrichtungen, die als Kernwaffen verwendet werden können. Die Bundesregierung ist gleichzeitig der Auffassung, daß der Nichtverbreitungsvertrag Fortschritte auf dem Gebiet der Entwicklung und Anwendung der Technologie der friedlichen Verwendung von Kernsprengmitteln nicht behindern darf.

f) Sicherungs- und Verifikationsabkommen. Es besteht keine Unvereinbarkeit zwischen den Zielen des Nichtverbreitungsvertrages und des EURATOM-Vertrages. In bezug auf die Sicherungsmaßnahmen, die in seinem Artikel 3 vorgesehen sind, beschränkt sich der Nichtverbreitungsvertrag darauf, auf die Abkommen zu verweisen, die noch mit der IAEO zu schließen sind und deren Inhalt daher noch nicht festliegt.

Die in Artikel 3 Absatz 1 und 4 beschriebenen Sicherungsabkommen mit der IAEO können von den Vertragsparteien nicht nur „einzeln", sondern auch „zusammen mit anderen Staaten" abgeschlossen werden. Die Staaten, die einer Organisation angehören, deren Tätigkeit mit der der IAEO verwandt ist, genügen der Verpflichtung zum Abschluß dadurch, daß die betreffende Organisation das Abkommen mit der IAEO schließt, wie es auch in Artikel 16 des IAEO-Statuts und im IAEO-Sicherungssystem vorgesehen ist. Die Kontrollverpflichtung außerhalb des eigenen Hoheitsgebietes gemäß Artikel 3 Absatz 1 besteht nur dann, wenn eine nichtnukleare Vertragspartei die beherrschende und wirksame Verfügungsgewalt über eine nukleare Anlage hat.

Um zu vermeiden, daß die Durchführung des NV-Vertrages mit der Einhaltung der Bestimmungen des EURATOM-Vertrages unvereinbar ist, müssen die Überprüfungsmaßnahmen so definiert werden, daß die Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft unberührt bleiben, entsprechend der Stellungnahme, die die Kommission auf Grund des Artikels 103 des EURATOM-Vertrages abgegeben hat. Zu diesem Zweck wird die Kommission der europäischen Gemeinschaften in Verhandlungen mit der IAEO eintreten müssen.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, den NV-Vertrag so lange nicht zur Ratifizierung vorzulegen, bis die Verhandlungen zwischen der Kommission und der IAEO zu einer Einigung geführt haben.

4) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bekräftigt die anliegende Erklärung, die sie bei Unterzeichnung des NV-Vertrages abgegeben hat.

Wortlaut der Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Atomwaffensperrvertrag) vom 28. November 1969

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

1) begrüßt es, daß das Prinzip der Nichtverbreitung von Kernwaffen nunmehr weltweit in einem Vertrag verfestigt worden ist, und weist darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland bereits im Oktober 1954 im Brüsseler Vertrag auf die Herstellung nuklearer, biologischer und chemischer Waffen verzichtet hat und entsprechende Kontrollen angenommen hat;

2) bekräftigt ihre Erwartung, daß der Vertrag ein Meilenstein auf dem Wege zur Abrüstung, zur internationalen Entspannung und zum Frieden sein wird und daß er einen gewichtigen Beitrag zur Schaffung einer auf die Sicherheit unabhängiger Völker und den Fortschritt der Menschheit gründenden internationalen Gemeinschaft leistet;

3) geht davon aus, daß der Vertrag der Bundesrepublik Deutschland gegenüber so ausgelegt und angewendet wird wie gegenüber den anderen Vertragsparteien;

4) geht davon aus, daß die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch die NATO gewährleistet bleibt; sie bleibt ihrerseits den kollektiven Sicherheitsregelungen der NATO uneingeschränkt verpflichtet;

5) geht davon aus, daß die Resolution Nr. 255 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie die dieser zugrunde liegenden Absichtserklärungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion uneingeschränkt auch für die Bundesrepublik Deutschland gelten;

6) stellt fest, daß die in der Präambel des Vertrags enthaltenen Grundsätze und die in Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten völkerrechtlichen Prinzipien, die jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete Androhung oder Anwendung von Gewalt ausschließen, unabdinbare und auch für die Bundesrepublik Deutschland uneingeschränkt geltende Voraussetzungen des Vertrags selbst sind;

7) unterzeichnet den Vertrag in der Erwartung, daß er auch andere Abkommen über das Verbot der Anwendung und Androhung von Gewalt, die der Sicherung des Friedens in Europa dienen, fördert;

8) stellt fest, daß die Bundesrepublik Deutschland in einer Lage, in der sie ihre höchsten Interessen gefährdet sieht, frei bleiben wird, unter Berufung auf den in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen niedergelegten völkerrechtlichen Grundsatz die für die Wahrung dieser Interessen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen;

9) unterzeichnet den Vertrag in der Überzeugung, daß er den europäischen Zusammenschluß nicht behindert;

10) betrachtet den Vertrag nicht als einen Endpunkt, sondern vielmehr als Ausgangspunkt für die im Vertrag selbst zu dessen natürlicher Ergänzung und wirksamer Durchführung

vorgesehenen Verhandlungen über die Abrüstung, die friedliche Nutzung der Kernenergie und sich für die friedliche Anwendung der Kernenergie ergebenden Vorteile;

11) betont, daß die Forschung, Entwicklung und Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke und die inter- sowie multinationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet durch den Vertrag nicht nur nicht beeinträchtigt werden darf, sondern sogar gefördert werden soll, besonders bei den Nichtkernwaffenstaaten;

12) stellt fest, daß keine Unvereinbarkeit zwischen den Zielen des Nichtverbreitungsvertrags und des EURATOM-Vertrags besteht;

13) geht davon aus, daß die in Artikel III des NV-Vertrags beschriebenen Übereinkünfte zwischen der IAEO und EURATOM auf der Grundlage des Prinzips der Verifikation geschlossen werden und daß die Verifikation in einer Weise erfolgt, welche die politischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Aufgaben der Europäischen Atomgemeinschaft nicht beeinträchtigt;

14) besteht darauf, daß die Sicherungsmaßnahmen entsprechend dem Wortlaut und Geist des Vertrags nur auf Ausgangs- und besonderes spaltbares Material und in Übereinstimmung mit dem Grundsatz einer wirksamen Sicherung des Spaltstoffflusses an bestimmten strategischen Punkten Anwendung finden. Sie geht davon aus, daß die im Vertrag verwendeten Worte „Ausgangsmaterial" und „besonderes spaltbares Material" — vorbehaltlich von der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich angenommener Änderungen — die im gegenwärtigen Wortlaut des Artikels XX der Satzung der IAEO festgelegte Bedeutung haben;

15) geht davon aus, daß jede Vertragspartei bestimmt, welche „Ausrüstungen und Materialien" für sie unter die Exportauflage des Artikels III Absatz 2 fallen. Die Bundesrepublik Deutschland wird dabei lediglich solche Auslegungen und Definitionen der Begriffe „Ausrüstungen und Materialien" akzeptieren, denen sie ausdrücklich zugestimmt hat;

16) bekräftigt die Notwendigkeit einer Regelung der Frage der Kontrollkosten in einer Weise, die den Nichtkernwaffenstaaten keine unbilligen Lasten aufbürdet;

17) erklärt, daß die Bundesrepublik Deutschland den NV-Vertrag erst dann zu ratifizieren beabsichtigt, wenn zwischen EURATOM und der IAEO ein dem Artikel III des NV-Vertrages entsprechendes Abkommen abgeschlossen ist, das nach Form und Inhalt die Voraussetzungen der Ziffern 13, 14, 15 und 16 dieser Erklärung erfüllt, und die Vereinbarkeit mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft festgestellt worden ist;

18) betont die entscheidende Bedeutung, die sie im Interesse der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Chancengleichheit der Erfüllung der Zusage der Vereinigten Staaten und Großbritanniens hinsichtlich der Kontrolle ihrer friedlichen nuklearen Anlagen beimißt, und hofft, daß auch andere Kernwaffenstaaten entsprechende Zusagen abgeben werden;

19) bekräftigt ihre Auffassung, daß bis zum Abschluß des Abkommens zwischen der IAEO und EURATOM die zwischen EURATOM und den Vertragsparteien des NV-Vertrags getroffenen Liefervereinbarungen in Kraft bleiben und nach Inkrafttreten des NV-Vertrags Lieferabkommen im Interesse eines ungehinderten Austausches von Kenntnissen, Ausrüstungen und Material zu friedlichen Zwecken von allen zusätzlichen politischen und administrativen Beschränkungen befreit werden sollten.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet heute in Washington, London und Moskau, den Hauptstädten der drei Verwahrregierungen, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen.

Am gleichen Tage übergibt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Verwahrregierungen — bei gleichzeitiger Unterrichtung der Regierungen aller Staaten, mit denen die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen unterhält — den Wortlaut einer Note, mit der sie diese Erklärung den genannten Regierungen zur Kenntnis bringt. Die Note enthält auch die bekannten deutschen Interpretationen des NV-Vertrags zur Sicherung des friedlichen Bereichs und des Verfikationsabkommens, das zwischen der IAEO und EURATOM gemäß Artikel III des NV-Vertrags zu schließen ist.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten und 5,5 % MWSt.

Seiten	Auflage							
	100	250	500	750	1000	2000	3000	4000
4	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

Bemerkungen

Martin Hall, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig, 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA.

Klaus Ehrler, M.A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft.

Wilhelm M. Breuer, geb. 1944 in Eschweiler, studierte in Tübingen und Köln, Dipl.-Volkswirt, promoviert jetzt über Probleme Lateinamerikas; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Friedhelm Baukloh, geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig.

Rainer Rilling, geb. 1945 in Stetten/Württ., studiert Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg/Lahn; Mitautor des Buches Die NPD, Berlin 1967.

Horst Lemke, geb. 1932 in Essen, arbeitete zunächst als Schlosser, seit 1959 beim DGB, später in der Abteilung Berufsbildung beim Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Metall in Frankfurt tätig.

Dr. Marlis Krüger lebt in New York.

Sergio Vilar, geb. 1936 in Spanien, arbeitete dort als Redakteur und wurde international bekannt durch sein Buch über die spanische Opposition: Protagonistas de la España democrática. La Oposición a la Dictadura 1939—1969. Nach Veröffentlichung der Studie mußte er emigrieren und lebt seitdem in Paris.

Dr. Harry Gräser, geb. 1940, studierte Volkswirtschaftslehre, Politik und Soziologie in Berlin und Freiburg/Schweiz, promovierte 1966 zum Dr. rer. pol. mit einer Dissertation über das Verhältnis von Arbeit und Eigentum bei Marx; ist jetzt als Dozent an der Deutschen Außenhandels- und Verkehrsschule (HWF) in Bremen tätig.

Heinz Brüdigam, geb. 1929 in Hamburg, lebt als Journalist in Wedel b. Hamburg.

Hans-Dieter Bamberg, geb. 1942 in Dortmund, zunächst kfm. Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin.

Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln, promovierte über „Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit" (erschienen 1969 im Pahl-Rugenstein Verlag); Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn.

Wilhelm Kayser, geb. 1902 in Polle/Weser, Rektor i. R., Mitbegründer der Erwachsenenbildung (Volkshochschul-Bewegung) Niedersachsens, trat als Schriftsteller von Landschaftsbiographien, Romanen und Novellen hervor, lebt als Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften in Lüneburg.

Einer Teil-Auflage dieses Heftes liegen Prospekte des pläne-Verlags sowie des Pahl-Rugenstein Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Otmar Frhr. v. Aretin
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Dr. Wilhelm R. Bayer
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Prof. Dr. Igor Bestushew
Dr. Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
William Borm, MdB
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Dr. Wilfried Daim
Harold Davies, M. P.
Dr. Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann †
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch
Dr. Walter Grab
Dr. Jacques Otto Grézer
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Martin Hall
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Staatssekretär Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Dr. Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Dr. Rudolf Hilf
Egbert Hoehl
Prof. Dr. Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
Prof. D. J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Dr. Robert M. W. Kempner
Klemens Kepllcz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Fritz Köhler
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Dr. Reinhard Kühnl
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Heinz Langerhans
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Dr. jur Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser †
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Malhofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Dr. Peter Meier
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Nieklewicz
Reinhard Opitz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Dr. Wolfgang Plat
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Dr. jur. A. Poltorak
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Marianne Regensburger
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Dr. Peter Römer
Earl Bertrand Russell
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz B. Schick
Theo Schiller
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Max Steenbeck
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr. Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailovic
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda †
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn †
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Konni Zilliacus, M. P. †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

Bemerkungen

Martin Hall, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig, 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA.

Klaus Ehrler, M.A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft.

Wilhelm M. Breuer, geb. 1944 in Eschweiler, studierte in Tübingen und Köln, Dipl.-Volkswirt, promoviert jetzt über Probleme Lateinamerikas; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Friedhelm Baukloh, geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig.

Rainer Rilling, geb. 1945 in Stetten/Württ., studiert Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg/Lahn; Mitautor des Buches Die NPD, Berlin 1967.

Horst Lemke, geb. 1932 in Essen, arbeitete zunächst als Schlosser, seit 1959 beim DGB, später in der Abteilung Berufsbildung beim Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Metall in Frankfurt tätig.

Dr. Marlis Krüger lebt in New York.

Sergio Vilar, geb. 1936 in Spanien, arbeitete dort als Redakteur und wurde international bekannt durch sein Buch über die spanische Opposition: Protagonistas de la España democrática. La Oposición a la Dictadura 1939—1969. Nach Veröffentlichung der Studie mußte er emigrieren und lebt seitdem in Paris.

Dr. Harry Gräser, geb. 1940, studierte Volkswirtschaftslehre, Politik und Soziologie in Berlin und Freiburg/Schweiz, promovierte 1966 zum Dr. rer. pol. mit einer Dissertation über das Verhältnis von Arbeit und Eigentum bei Marx; ist jetzt als Dozent an der Deutschen Außenhandels- und Verkehrsschule (HWF) in Bremen tätig.

Heinz Brüdigam, geb. 1929 in Hamburg, lebt als Journalist in Wedel b. Hamburg.

Hans-Dieter Bamberg, geb. 1942 in Dortmund, zunächst kfm. Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin.

Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln, promovierte über „Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit" (erschienen 1969 im Pahl-Rugenstein Verlag); Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn.

Wilhelm Kayser, geb. 1902 in Polle/Weser, Rektor i. R., Mitbegründer der Erwachsenenbildung (Volkshochschul-Bewegung) Niedersachsens, trat als Schriftsteller von Landschaftsbiographien, Romanen und Novellen hervor, lebt als Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften in Lüneburg.

Einer Teil-Auflage dieses Heftes liegen Prospekte des pläne-Verlags sowie des Pahl-Rugenstein Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Fritz Strassmann
Karl Graf v. Westphalen
Ernst Wolf

XIV. Jahrgang | Dezember 1969 | Heft 12

Chronik des Monats November 1969

1. 11. — Naher Osten. In Kairo führen der Chef der palästinensischen Befreiungsfront „Al-Fatah", Yassir Arafat, und der Armeeoberbefehlshaber des Libanon, General Bustani, Gespräche über die Beilegung ihres Konflikts. — Am 2. 11. meldet Radio Beirut, die bewaffneten Auseinandersetzungen in den Grenzgebieten würden noch am gleichen Abend eingestellt. — Am 6. 11. vertritt Staatspräsident Nasser vor der Nationalversammlung in Kairo die Ansicht, ein neuer Krieg sei die einzige Lösung des Nahost-Problems. Nach dem Scheitern aller politischen Lösungsversuche bleibe den Arabern keine andere Wahl, da Israel sich weiterhin weigere, die besetzten Territorien zu räumen.

3. 11. — Vietnam. Der amerikanische Präsident Nixon verteidigt in einer Rede über Rundfunk und Fernsehen seine unveränderte Vietnam-Politik und gibt der Öffentlichkeit bei dieser Gelegenheit erstmalig Kenntnis von einer bisher geheimgehaltenen Korrespondenz mit dem nordvietnamesischen Staatspräsidenten Ho Chi Minh vom Juli/August dieses Jahres. Ho Chi Minh hatte unter dem Datum des 25. August 1969 auf einen Brief Nixons vom 15. Juli 1969 geantwortet und den Abzug der US-Truppen aus Südvietnam als „die korrekte Art" bezeichnet, „das Vietnam-Problem in Übereinstimmung mit den nationalen Rechten des vietnamesischen Volkes, den Interessen der Vereinigten Staaten und den Friedenshoffnungen der Völker der Welt zu lösen". — Am 15. 11. halten Gegner des Vietnamkrieges in vielen amerikanischen Städten ein „Moratorium" ab. — Am 20. 11. teilt das Weiße Haus den Rücktritt des amerikanischen Chefdelegierten bei den Pariser Vietnam-Gesprächen, Botschafter Cabot Logde, und seines Stellvertreters Lawrence E. Walsh mit. Für die Demission seien „persönliche Gründe" maßgebend. — Am 24. 11. fordern die Senatoren Percy (Illinois) und Young (Ohio) eine parlamentarische Untersuchung der aufsehenerregenden Berichte über eine Massenerschießung südvietnamesischer Zivilisten in dem Dorf My Lai durch amerikanische Soldaten im März 1968. Beide Senatoren beschuldigen das Pentagon, „das öffentliche Vertrauen mißbraucht und die Tatsachen in unglaublicher Art und Weise während 20 Monaten vertuscht" zu haben.

4. 11. — Hallstein-Doktrin. Die zum Springer-Konzern gehörende Tageszeitung „Die Welt" publiziert Einzelheiten aus

einer Dienstanweisung des Bundesaußenministers. Minister Scheel unterrichtet alle Botschafter der Bundesrepublik im Ausland über „neue Akzente" der Regierungspolitik und nimmt eine Neuformulierung der Hallstein-Doktrin vor: „Wir behandeln Staaten, die die DDR völkerrechtlich anerkennen, nicht nach dem Schema ‚Unfreundlicher Akt mit automatischen Sanktionen', sondern nach der jeweils gegebenen Interessenlage der Bundesrepublik." Das Fernschreiben („Nur zur persönlichen Unterrichtung") enthält gleichzeitig die Aufforderung, „einseitigen Anerkennungsbestrebungen der DDR weiterhin entgegenzuwirken".

5. 11. — NATO. Der Ständige Rat der Organisation befaßt sich in Brüssel mit den jüngsten Vorschlägen der Staaten des Warschauer Vertrages (Text in „Blätter", Heft 11/1969, S. 1238 f.) zur Einberufung und zu den Themen einer europäischen Sicherheitskonferenz. NATO-Generalsekretär Brosio berichtet vor der Presse, man habe „das Fehlen von Polemik" in der Prager Erklärung als „wohltuend" empfunden. Der Rat vertrete die Meinung, daß die Einladung der USA und Kanadas zu der geplanten Sicherheitskonferenz „außer Frage" stehe, da diese Staaten „als Mitglieder der Allianz Rechte und Interessen" hätten, die sie „zur Teilnahme berechtigen".

7. 11. — Sowjetunion. In einer Rede anläßlich des 52. Jahrestages der Oktoberrevolution weist Staatspräsident Nikolai Podgorny auf die Notwendigkeit regionaler „Sicherheitssysteme in verschiedenen Gebieten der Welt und vor allem in Europa" hin und präzisiert die sowjetische Haltung gegenüber der Bundesrepublik mit folgenden Worten: „Jetzt wäre es noch verfrüht, zu beurteilen, in welchem Maße sich das Streben nach Änderungen, das von den Wählern bei den kürzlichen Wahlen zum Bundestag zum Ausdruck gebracht wurde, in der Politik der Regierung Willy Brandts widerspiegeln wird. Davon werden ihre praktischen Taten zeugen, die erst noch bevorstehen ... Die Position der Sowjetunion war und bleibt die Festigung des europäischen Friedens, und wir sind überzeugt, daß die Durchführung einer Politik durch die neue Bundesregierung, die tatsächlich von den in Europa bestehenden Realitäten ausgeht, der Erreichung dieses Zieles in nicht geringem Maße förderlich sein könnte. Wir waren und sind für eine Verbesserung unserer Beziehungen zur BRD auf dieser Grundlage."

9. 11. — DDR. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" schreibt unter der Überschrift „Zur neuen Regierung in Bonn" in einem Leitartikel: „Die Beziehungen zwischen souveränen Staaten werden durch das Völkerrecht geregelt. Das Völkerrecht aber verlangt, die souveräne Gleichheit der Staaten, ihre territoriale Integrität zu achten und vor allem die bestehenden Grenzen anzuerkennen. Das gilt auch — ob man das heute in Bonn bereits einsieht oder noch nicht — für die Beziehungen zwischen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik. Auch ihre Beziehungen müssen umfassend uneingeschränkt auf der Basis des Völkerrechts geregelt sein. Sie unterscheiden sich nicht von den Beziehungen zwischen anderen souveränen Staaten. Nur auf diesem Wege ist eine Annäherung beider Staaten möglich und die Normalisierung ihrer Beziehungen."

11. 11. — UNO. Mit 56 gegen 48 Stimmen bei 21 Enthaltungen lehnt die in New York tagende Vollversammlung einen Antrag Albaniens ab, die Volksrepublik China anstelle von Nationalchina in die Rechte eines Mitgliedes einzusetzen.

13. 11. — Indien. Ministerpräsident Frau Gandhi erhält mit großer Mehrheit das Vertrauen der Parlamentsfraktion ihrer regierenden Kongreß-Partei. Die Fraktion stellt sich damit gegen den „Arbeitsausschuß" der Partei, der am Vortag die Mitgliedschaft von Frau Gandhi suspendiert hatte. — Am 16. 11. kommt es zur formellen Spaltung der Fraktion. Von den etwa 430 Abgeordneten schließen sich mehr als einhundert einer Oppositonsgruppe an, die von dem früheren stellvertretenden Premierminister Desai geführt wird. Desai gilt als scharfer Gegner der gegenwärtigen Regierungspolitik und der vom Kabinett vor einiger Zeit beschlossenen Verstaatlichungsmaßnahmen. — Am 22. 11. kann Frau Gandhi gegen den Widerstand des Parteivorsitzenden Nijalingappa die Einberufung einer Delegiertenversammlung durchsetzen; von den 705 Delegierten folgen 440 der Einladung. Nijalingappa wird seines Postens enthoben und zum interimistischen Präsidenten der ehemalige Ernährungsminister Subramaniam gewählt.

14.—24. 11. — Weltraum. Im Rahmen eines großangelegten Experiments mit „Apollo 12" betreten zum zweiten Mal Menschen den Mond. Die amerikanischen Astronauten Charles Conrad und Alan Bean landen am 19. 11. für 32 Stunden im **„Meer der Stürme"**, *während Astronaut Richard Gordon mit dem Raumschiff den Erdtrabanten umkreist.*

15. 11. — Gewaltverzicht. Der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Helmut Allardt, händigt dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Nikolai Firjubin ein Schriftstück aus, in dem unter Bezugnahme auf den früheren Notenwechsel vorgeschlagen wird, auf diplomatischer Ebene in Moskau zweiseitige Gespräche über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen aufzunehmen.

17. 11. — Abrüstung. In der finnischen Hauptstadt Helsinki beginnen vertrauliche zweiseitige Gespräche zwischen amerikanischen und sowjetischen Diplomaten über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen. Die amerikanische Delegation wird vom Chef der US-Abrüstungsbehörde, Gerald Smith, geleitet. An der Spitze der sowjetischen Abordnung steht der stellvertretende Außenminister Wladimir Semjonow.

17.—18. 11. — CDU. In Mainz hält die Christlich-Demokratische Union ihren Parteitag ab. Mit 386 gegen 51 Stimmen bei 31 Enthaltungen wird der frühere Bundeskanzler Kiesinger erneut zum Vorsitzenden gewählt.

21. 11. — USA / Japan. Zum Abschluß eines Besuches von Ministerpräsident Sato in Washington unterzeichnen Präsident Nixon und sein japanischer Gesprächspartner eine umfangreiche Grundsatzerklärung. Beide Seiten bekräftigen ihre Absicht, den im nächsten Jahr auslaufenden Sicherheitsvertrag zu verlängern. Die von den USA besetzten und als Militärstützpunkte benutzten Inseln Okinawa und Ryukyu sollen im Jahre 1972 wieder unter japanische Oberhoheit gestellt und in den Sicherheitsvertrag einbezogen werden. Japan verpflichtet sich dagegen, seine Handels- und Kapitalrestriktionen gegenüber den Vereinigten Staaten so schnell wie möglich abzubauen.

25. 11. — B- und C-Waffen. Der amerikanische Präsident Nixon erläutert neue Richtlinien für den Umgang mit bakteriologischen und chemischen Waffen und ihre militärische Verwendung. Die Vereinigten Staaten seien bereit, die bestehenden Arsenale bakteriologischer Waffen zu vernichten und auf den „Ersteinsatz" chemischer Waffen zu verzichten; Tränengas, „Kontrollgasstoffe gegen Unruhen" sowie Chemikalien „zur Vernichtung pflanzlichen Lebens" sollten jedoch davon ausgenommen bleiben.

— Bundesrepublik / Polen. Der Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau, Dr. Heinrich Böx, überreicht im polnischen Außenministerium eine Note, in der die Bundesregierung die Aufnahme bilateraler Gespräche zwischen beiden Ländern vorschlägt.

26. 11. — Bundesrepublik / DDR. Beauftragte der Verkehrsministerien aus beiden deutschen Staaten konferieren in Bonn. Die DDR-Delegation unterbreitet als Diskussionsgrundlage den Entwurf eines Vertrages über den grenzüberschreitenden Verkehr, der nach Unterzeichnung eine Ratifizierung durch den Bundestag und die Volkskammer vorsieht.

28. 11. — Kernwaffen. Die Bundesrepublik läßt durch ihre Botschafter in Moskau, Washington und London den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 (Text in „Blätter", Heft 7/1968, S. 767 ff.) unterzeichnen. Gleichzeitig richtet das Auswärtige Amt eine Note an die drei Depositarregierungen, die einzelnen Bestimmungen des Vertrages eine besondere Auslegung gibt und Bedingungen für eine spätere Ratifizierung stellt. Ausdrücklich erklärt die Bundesregierung, mit der Unterzeichnung des Vertrages sei „keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR verbunden". Am 24. 11. hatten die UdSSR und die Vereinigten Staaten das Vertragswerk ratifiziert. Am 26. 11. war auch die Schweiz dem Abkommen durch Unterschriftsleistung beigetreten.

30. 11. — Südtirol. Der österreichische Außenminister Waldheim kündigt nach einem Treffen mit seinem italienischen Kollegen Moro in Kopenhagen den baldigen Abschluß eines Vertrages an, mit dem die jahrelangen Differenzen über den Status der deutschsprachigen Minderheit in der italienischen Provinz Alto Adige (Südtirol) beigelegt werden sollen.